Donnerstag, 28. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 50 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Entführung: Eine Lufthansa-Maschine ist nach einer Mitteilung der Fluggesellschaft auf ihrem Weg von Frankfurt nach Damaskus entführt worden. Die Maschine sollte in Wien zwischenlanden, doch hätten sich die Entführer nicht dazu entschließen können.

Rußlanddeutsche: 2000 Rußlanddeutsche sollen 1984 in der „DDR" angesiedelt worden sein, berichtete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Sie seien vor die Wahl gestellt worden, entweder in die „DDR" auszureisen oder für immer auf die Ausreise zu verzichten.

Belohnung: Für Hinweise, die zur Ergreifung der Mörder des Industriellen Ernst Zimmermann führen, setzte Bayerns Innenministerium eine Belohnung von einer Million Mark aus.

„Fall Leinen": Im Zusammenhang mit der umstrittenen Verwendung staatlicher Gelder durch Josef Leinen bezeichnete der Rechnungshof in einem Gutachten, das heute dem Haushaltsausschuß vorliegt, belegte Ausgaben als „nicht vertragsgemäß". (S. 4)

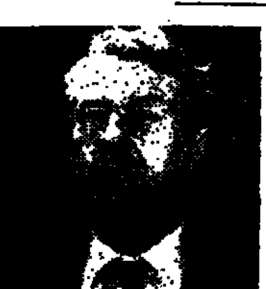
Gromyko im Vatikan: Als „gut" wertete Moskaus Außenminister Gromyko sein Treffen mit Papst Johannes Paul II. Der Vatikan teilte mit, die Lage der Katholiken in der Sowjetunion und die Themen Abrüstung sowie Frieden seien Gegenstand des Gesprächs gewesen. (S. 5)

Verstimmung: Die Bemerkung des israelischen Verteidigungsministers Rabin, Frankreichs UNO-Soldaten in Libanon seien „große Schurken", wächst sich zu einem Eklat zwischen Paris und Jerusalem aus. Gegenüber dem ins Außenministerium zitierten Botschafter Israels, Sofer, meinte Außenminister Dumas, die Äußerung Rabins sei „würdelos".

Absage: Als eine Absage an den Kurs des Staatschefs Zia kommentierten Beobachter den Wahlausgang in Pakistan. Sieben Minister mußten liberalen Gegenkandidaten weichen. (S. 5)

Anschlag: Mutmaßliche Mitglieder der baskischen Terror-Organisation töteten in einem Lokal in San Sebastian einen Reeder mit Pistolenschüssen.

ZITAT DES TAGES



„Der Streik ist erledigt"

Peter Walker, britischer Energieminister, zum Bergarbeiterstreik in England (S. 5)
FOTO: STUDIO X/ACHACHE

WIRTSCHAFT

Innerdeutscher Handel: Nach Wachstumsraten von 8 bis 13 Prozent stagnierte der innerdeutsche Handel 1984 bei rund 15,5 Milliarden DM. Während die Lieferungen aus der Bundesrepublik um 6 Prozent auf 7,25 Milliarden DM sanken, kletterten die Importe aus der „DDR" um 9 Prozent auf 8,24 Milliarden DM. (S. 11)

Einigung: Die EG-Landwirtschaftsminister haben sich in Brüssel auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Weinüberschüsse und auf Änderungen des Milchquotensystems geeinigt. (S. 11)

Rat: Mit der Drohung, in den Kapitalverkehr einzugreifen, soll Europa die USA zum Abbau des Etatdefizits bewegen, empfahl der frühere Kanzler Schmidt. (S. 11)

Börse: Ratlos reagierten die Börsen auf die Verluste des Dollar, im Verlauf festigte sich aber das Kursniveau. Der Rentenmarkt blieb fest. WELT-Aktienindex 170,0 (169,7). BHF-Rentenindex 100,600 (100,368). Performance Index 98,946 (98,690). Dollarmittelkurs 3,3150 (3,4690) Mark. Goldpreis pro Feinunze 290,75 (285,75) Dollar.

Gesundheit, Fitness, Kuren

Durch Phantasie der deutschen Heilbäder-Manager und wachsende Eigenverantwortung der Patienten konnten die Auswirkungen des Kostendämpfungsgesetzes zum Teil aufgefangen werden. Das WELT-Journal „Gesundheit, Fitness, Kuren" beleuchtet die Lage.

KULTUR

Bowery: Eine nach Motiven sortierte Fotoauswahl der Bowery, einer der berühmtesten Straßen New Yorks, stellt das Schöneberger Haus in Berlin vor. Jahrelang fotografierte die Deutschamerikanerin Carin Drechsler-Marx die Straße, im 19. Jahrhundert Nobelmeile der Stadt. (S. 17)

„Texte und Thesen": Ein anspruchsvolles, nicht teures Periodikum-Sachbuch für eine konservativ-liberale Leserschaft geschaffen zur Information wie zur Wertorientierung, mitunter sogar zur Lebenshilfe, bietet die „Edition Interfrom" in Zürich mit ihrer Reihe „Texte und Thesen". (S. 17)

SPORT

Fernsehen: Der Privatsender RTL-plus bricht erstmals im Fußball in das Monopol von ARD und ZDF ein. Er überträgt am 6. März das Europapokalsspiel Inter Mailand gegen den 1. FC Köln. (S. 16)

Ski Alpin: Der Italiener Leonardo David ist sechs Jahre nach einem Sturz in Lake Placid gestorben. David lag nach dem Unfall lange im Koma und lebte zuletzt gelähmt in einem Rollststuhl. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Mafia: Mit der Festnahme der Chefs der fünf Mafia-Familien ist die „Enthauptung" der New Yorker Mafia, Hochburg des organisierten Verbrechens in den USA, gelungen, meint das FBI. Unter anderem sitzt der 72jährige Paul Castellano, der sogenannte „Boß aller Bosse", hinter Gittern. (S. 18)

Lebenslänglich: Ein Londoner Gericht verurteilte den 32jährigen Malcolm Fairley, der als sogenannter „Fuchs" in die Kriminalgeschichte einging, wegen Vergewaltigungen in Buckinghamshire zu sechsmal lebenslänglich.

Wetter: Bewölkt. 4 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kontroverse Debatte über Bericht zur Lage der Nation

Das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt und der Wille zum Ausgleich mit dem Osten standen im Mittelpunkt des Berichts zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, den Kanzler Kohl im Parlament erstattete. In der Debatte kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, obwohl Kohl an alle Parteien appelliert hatte, „stets zuerst nach Gemeinsamkeit zu suchen". Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Apel attackierte Unionspolitiker, die daran schuld seien, daß sich in der Deutschlandpolitik fast nichts mehr bewege. Der Chef der Unionsfraktion, Dregger, hingegen warf der SPD vor, mit ihrem Entschließungsantrag den Zustand Deutschlands „bürokratisch und opportunistisch" protokolliert zu haben.

Kohl: Wille zu Einheit in Freiheit ungeteilt

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern im Bundestag die Rechtspositionen der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik bekräftigt, gleichzeitig aber die Bereitschaft zur Verständigung und zum Dialog mit der „DDR" und den osteuropäischen Staaten unterstrichen. An den Anfang seines Berichts zur Lage der Nation stellte er den Satz: „Deutschland ist geteilt, ungeteilt aber ist der Wille des deutschen Volkes zur Einheit in Freiheit."

Kohl betonte, solange die Deutschen nicht wieder zusammenleben dürften, bleibe ihr Anspruch auf Selbstbestimmung auf der Tagesordnung. „Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen können. Nicht Grenzen zu verschieben, sondern sie zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist der Kern unserer Ost- und Deutschlandpolitik."

Der Kurs der Bundesregierung bleibt nach den Worten des Kanzlers „bestimmt durch das Grundgesetz, den Deutschlandvertrag, den Moskauer und den Warschauer Vertrag, die Briefe zur deutschen Einheit sowie die gemeinsame Entschließung des Bundestages vom 17.5.1972, den Grundlagenvertrag mit der DDR und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975". Diese Dokumente bekräftigten das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt ebenso wie den Willen zum Ausgleich.

Zu der am Vortag in der CDU/CSU-Fraktion kontrovers diskutierten Frage der deutschen Ostgrenzen äußerte sich Kohl, indem er den Warschauer Vertrag und die darin verankerte „Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen" mit Nachdruck bejahte.

Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit stehen nach den Worten des Kanzlers nicht zur Disposition. „Für uns gibt es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit." Kohl rühmte die im letzten Jahr in der Deutschlandpolitik erzielten „beachtlichen Erfolge", fügte jedoch hinzu: „Die menschenverachtenden Sperranlagen der DDR an den Grenzen mitten durch Deutschland zeigen mehr als alles andere, wie weit wir von Normalität immer noch entfernt sind."

Als eine nationale Aufgabe bezeichnete Kohl Berlin. „Die Bundesregierung wird in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, die Lebensfähigkeit der Stadt zu stärken und die

● Fortsetzung Seite 4

SPD gibt Konsens in Deutschlandpolitik auf

Co. Bonn

Die SPD hat in ihrem Entschließungsantrag zur Lage der Nation auf wesentliche Punkte verzichtet, die in einer auch von den Sozialdemokraten gebilligten Bundestagsresolution vom 9. Februar 1984 enthalten waren. So fehlen bei der Aufzählung der Grundlagen der Deutschlandpolitik der vor einem Jahr ausdrücklich erwähnte Deutschlandvertrag, die Bundestagsentschließung vom 17. Mai 1972 sowie die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und vom 7. Juli 1975.

Die vorjährige gemeinsame Entschließung ist gestern von CDU/CSU und FDP in diesem Jahr erneuert worden. Die Sozialdemokraten brachten dagegen einen eigenen Entschließungsantrag ein, der zum Teil ganz andere Akzente setzt. So fehlen – neben den erwähnten Grundsatzdokumenten – der 1984 noch von der SPD bejahte Hinweis, daß „die deutsche Frage offen ist", ferner die Feststellung, daß zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" keine „völkerrechtlichen Beziehungen bestehen können wie zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind".

Nicht in den SPD-Text aufgenommen wurde auch der Passus der Resolution von 1984, die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zur „DDR" sei bisher daran gescheitert, „daß konkrete Belastungen wie das Grenzregime der DDR, der Schießbefehl, Beschränkungen der DDR im Reiseverkehr" fortbestünden.

Demgegenüber haben die Sozialdemokraten folgende neue, im vergangenen Jahr nicht in der Entschließung erwähnte Elemente in ihren Text aufgenommen:

- Die „DDR" dürfe nicht „destabilisiert" werden.
- „Sicherheitspartnerschaft" wird als Ziel angeführt.
- Der Bundestag solle offizielle Beziehungen zur Volkskammer der „DDR" aufnehmen.
- „Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft soll mit einer öffentlichen, regierungsamtlichen Feststellung verdeutlicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, der dies nicht will."
- In Verhandlungen mit der „DDR" sollen die Frage der Fortführung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter und der Grenzverlauf an der Elbe geklärt werden. Grundsätzlich sollte Bonn „auf alle Gesprächswünsche der DDR eingehen, die Substanz der Forderungen ausloten und schließlich Einigungen erzielen".

Strauß findet scharfen Widerspruch

Staatspräsident und Knesset-Vorsitzender: Keine deutschen Waffen für Saudi-Arabien

lz. Jerusalem

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog und der Vorsitzende der Knesset, Shlomo Hillel, haben gestern in Jerusalem bei Gesprächen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß eindringlich vor deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gewarnt. Ein Sprecher des Präsidenten berichtete auf Anfrage, bei der einstündigen und „sehr lebendigen" Unterredung mit Strauß seien auch „einige Meinungsunterschiede" zutage getreten. Herzog habe Strauß sein Buch „Arabisch-Israelische Kriege" überreicht und den Gast aufgefordert, darin nachzulesen, „daß sich die Saudis an allen Kriegen gegen Israel beteiligt haben".

Hillel hat offenbar aus Protest gegen das Eintreten von Strauß für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien seine Teilnahme an einem Essen zu Ehren des bayerischen Gastes abgesagt. Über sein Gespräch mit Strauß äußerte er, er habe es als seine Pflicht betrachtet, seinen Gast darüber zu unterrichten, „welche Empfindungen in unserem Volk beim Gedanken an deutsche Waffen in saudischen Händen ausgelöst werden". Ein solches Geschäft wäre „ein Hasardspiel mit dem Schicksal unseres Staates".

In Israel ist Strauß offenbar bemüht, seine besonders herzliche Einstellung zum jüdischen Staat zu demonstrieren und seine Äußerungen über deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien herunterzuspielen. „Ich würde nie eine Entscheidung befürworten oder unterstützen", beteuerte der CSU-Vorsitzende, „die eine Gefahr für den Staat Israel darstellen würde".

Im Gespräch mit der WELT erklärte Strauß, es sei stets seine Überzeugung gewesen, „daß sich Politik und Politiker nicht an Worten, sondern an Taten messen lassen müssen, deshalb blieb meine Freundschaft mit Israel nie nur auf das Wort beschränkt; dort, wo ich handeln konnte, habe ich gehandelt". In Israel ist es ein offenes Geheimnis, daß es sich dabei um Waffenlieferungen Ende der fünfziger Jahre handelte. Strauß bestätigt dies nun insoweit, als er sagt: „Ich möchte nur einen Blick zurück auf meine Jahre als Verteidigungsminister richten und darauf, was ich damals und das keineswegs ohne Risiko für mich, getan habe und habe tun können." Die guten und engen politischen wie menschlichen Beziehungen zum Premierminister Shimon Peres, dessen persönlicher Gast Strauß in diesen Tagen ist, reichten in diese Zeit zurück.

Der Peres-Vertraute Eser Weizman, der Strauß am Flugplatz empfing, hat den Gast trotz massiver öffentlicher Kritik als einen langjährigen und guten Freund Israels bezeichnet. Strauß dankte ihm dafür ausdrücklich. „Ich habe", sagte der bayerische Regierungschef gegenüber der WELT, „für das Lebensrecht des Staates Israel in gesicherten Grenzen, in Frieden und Freiheit mit allen meinen politischen Möglichkeiten gerade dann unerbittlich gestritten, wenn sich da und dort in der europäischen Politik Entwicklungen abzeichneten, die, auch aus Unkenntnis der möglichen politischen Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten, israelischen Interessen abträglich waren." Dafür habe er sich manche Kritik gefallen lassen müssen. Er spielt dabei auf die Venedig-Erklärung der EG an, in der ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ein souveräner Staat westlich des Jordan gefordert wird. Niemals werde er bereit sein, so betont Strauß, am Westufer des Jordans ein militärisches Aufmarschgebiet gegen Israel zu erlauben: „Unter welchen Umständen auch immer." Von der deutschen und der europäischen Politik forderte Strauß, daß sie Amerika, Ägypten und Israel darin unterstützt, die Lücken im Camp-David-Abkommen zu füllen. Strauß: „Camp David ist nur ein Gerüst."

Zwei Knesset-Abgeordnete stellten den Antrag, das Parlament solle sofort über den umstrittenen Strauß-Besuch debattieren. Einer der beiden, der Mapam-Abgeordnete Yair Saban, begründete seinen Wunsch damit, daß es eine Katastrophe wäre, wenn deutsche Waffen gegen Israel eingesetzt werden könnten.

Shimon Peres, der Strauß gestern erstmals traf, hat sich zu dem Besuch seines Gastes bisher nicht öffentlich geäußert. Einer Labour-Abgeordneten gegenüber, die bei ihm gegen seine Einladung an Strauß protestierte, sagte er jedoch, Strauß müsse im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen seine Meinung ändern.

Dollar-Sturz nach massiver Intervention

cd. Frankfurt

Der Dollar ging gestern vom Höhenflug zum Sturzflug über. Von knapp 3,48 Mark am Dienstag rutschte der Kurs bis zum frühen Nachmittag auf unter 3,29 DM. Dieser stärkste jemals beobachtete Kurseinbruch radierte allerdings lediglich die Kursgewinne von gut einer Woche aus. Auslöser des Kursrückgangs waren konzertierte Interventionen von Notenbanken des Europäischen Währungssystems (EWS) unter Führung der Bundesbank, die mit vom Devisenhandel auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar geschätzten Abgaben am aktivsten war. Nach längerer Enthaltsamkeit von Eingriffen hielten die Zentralbanken Interventionen gestern für besonders erfolgsversprechend, weil der Devisenmarkt nach einem ersten Einbruch des Dollars am Vorabend in New York nervös und anfällig geworden war und sich die Neigung zur Realisation hoher Kursgewinne verstärkt hatte. Der amtliche Dollarkurs, der am Dienstag mit 3,4690 Mark den höchsten Stand seit 1971 erreicht und damit seit Ende 1984 rund 33 Pfennig gewonnen hatte, ging gestern auf 3,3150 Mark zurück. Die Kurskorrektur wurde überall – außer in Kreisen nun schiefliegender Spekulanten – erleichtert aufgenommen. Ein Wiederanstieg aus technischen Gründen wird nicht ausgeschlossen. Der Rentenmarkt reagierte mit Kursgewinnen.

Seite 11: Unsicherheit

DER KOMMENTAR

Strauß und Leopard

HERBERT KREMP

Die Bundesregierung hält die neue Diskussion über Panzer-Lieferungen an Saudi-Arabien für unglücklich. Um in Bayern verstanden zu werden, fiel das Wort, sie sei „überflüssig wie ein Kropf". Die Saudis wissen seit dem Besuch des Kanzlers im Oktober 1983 definitiv, daß sie mit dem deutschen Raubtier Leopard 2, das dem israelischen Panzer „Merkava II" überlegen ist, nicht rechnen können.

Auch andere deutsche Waffensysteme werden nicht geliefert. Helmut Kohl hatte im Kommuniqué von Dschidda am 11. Oktober 1983 zwar „Möglichkeiten der Lieferung deutscher Rüstungsgüter, die für die Verteidigung bestimmt sind", ins Auge gefaßt. Sie sollten geprüft werden. Zu diesem Zweck wurde eine saudiarabische Expertengruppe empfangen. Konkret geschehen ist seitdem aber nichts, gar nichts, wie der Kanzler dem israelischen Außenminister Shamir versicherte.

Der Rückgriff des bayerischen Ministerpräsidenten auf den bereits verweigerten Leo 2 hat die Verbindlichkeit eines Monologs. Waffengeschäfte mit dem Nahen Osten passieren nach den Bonner Regeln den Bundessicherheitsrat. Ihm gehören unter anderen der Kanzler, der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Innenminister an. Franz Josef Strauß nicht. Der CSU-Vorsitzende kann zwar eine abgeschlossene Diskussion neu entfachen, aber keine Panzer in Marsch setzen. Das ist im übrigen der Sachstand seit dem Sommer 1980, als Helmut Schmidt seinem damaligen Besucher, König Chaled, zum ersten Mal die „Prüfung" der Panzer-Lieferung zugesagt hatte. Mehr ist nicht passiert und mehr wird nicht passieren.

Bis auf eines: Die Diskussion hat die Atmosphäre verdorben. Bei den Saudis wurden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten; in Israel wurden Befürchtungen wach, die nur schwer zu beruhigen sind. Ein doppeltes Defizit. Kohl mußte seinem israelischen Gast in Bonn versichern, daß die Absichtserklärungen von Strauß, der gerade in Jerusalem weilt, nichts bedeuten. Zur gleichen Zeit erinnerte Strauß in Jerusalem daran, daß er schon als Verteidigungsminister deutsche Rüstungsgüter an Israel habe liefern lassen – bei hohem Risiko. Diese Diplomatie gleicht einer Darmverschlingung.

Gegen die Ansicht von Strauß, die Bundesrepublik solle ihre Chance auf dem Waffenmarkt voll nutzen, ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Dafür gibt es Exportbestimmungen. Das Argument jedoch, wenn wir den Saudis nichts lieferten, lieferten eben andere, muß in erfahrenen Ohren anstößig klingen. Wir können den Nahen Osten nicht merkantil betrachten. Die deutsche Politik stand schon zu lange unter dem Eindruck des Öls, das heute nur noch die Hälfte wert ist. Die eigentliche Gefahr für die Saudis gleicht der Bedrohung, der der Schah zum Opfer fiel. Sie kommt von innen. Dagegen helfen keine Panzer. Die werden allenfalls zur Beute.

Deutsche Maschine von Polisario abgeschossen

DW. Bonn/München

Das deutsche Expeditionsflugzeug „Polar 3" ist am 24. Februar auf dem Rückflug vom Südpol von Polisario-Guerilleros abgeschossen worden. Die Besatzung ist beim Absturz der zweimotorigen Turboprop-Maschine vom Typ Dornier 228 ums Leben gekommen. Das Auswärtige Amt in Bonn hat ein entsprechendes Kommuniqué der Polisario, mit dem der Bundesregierung offiziell der Abschuß von „Polar 3" mitgeteilt wurde, erhalten.

Die „Polar 3" hatte zusammen mit dem Schwesternflugzeug „Polar 2" im Dezember und Januar während des Polarsommers in der Antarktis die Forscher in der deutschen Station „Gondwana" am Roßmeer unterstützt. Am 24. Februar hatten sich die beiden Expeditionsflugzeuge auf dem Rückflug vom Südpol befunden. Während der Flug der „Polar 2" reibungslos verlief, hatte sich die „Polar 3" nicht mehr, wie vorgesehen, beim Passieren des Funkfeuers „Dakhla" gemeldet. Sie hätte gestern in Oberpfaffenhofen landen sollen.

Seite 18: Das Ende der „Polar 3"

Rege Kontakte zwischen Israel und Ägypten

DW. Jerusalem

Parallel laufende Gespräche führten der israelische Energieminister Moshe Shahal in Kairo mit Präsident Mubarak und der Sonderbeauftragte der ägyptischen Regierung, Ussama el Bas, in Jerusalem mit Ministerpräsident Peres. Nach einer vierstündigen Unterredung ist der Gesandte Mubaraks wieder nach Kairo zurückgekehrt. Ein Gewährsmann teilte mit, die israelischen Gesprächspartner hätten el Bas versichert, daß sie keine Vorbehalte gegen eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation bei einer möglichen Nahost-Friedenskonferenz auf neutralem Boden in Nahost hätten. Israel werde auch keine Einwände dagegen erheben, wenn Jordanien auf einer Konferenz in den Vereinigten Staaten beharren werde. Die Gespräche sollten gestern abend wieder aufgenommen werden. Der israelische Rundfunk meldete, Halim Bedawi, Leiter der ägyptischen Delegation bei den Gesprächen zur Beilegung des Grenzstreits in Israel, sei der neue ägyptische Gesprächspartner.

Seite 2: Friedensengel

Beschwerdenflut beim BVG wird eingedämmt

hey, Bonn

Das Bundeskabinett hat nach der Zustimmung des Bundesrats gestern die Gegenäußerung zu der Novelle zur Entlastung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) verabschiedet. Die Vorlage wird jetzt vom Bundestag beraten werden. Bundesjustizminister Engelhard hatte den Entwurf erarbeitet, weil sich die Zahl der BVG-Verfahren in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat. Dagegen sind Verfahren, die nicht für jederman, aber doch für viele Arbeitnehmer von Interesse sind, leicht in den Hintergrund getreten. Hier nehmen Zahl und Bedeutung arbeits- und sozialrechtlicher Entscheidungen am BVG zu.

Bei mißbräuchlicher Anrufung des Gerichts soll eine Gebühr bis zu 5000 Mark erhoben werden. Die „Dreier-Ausschüsse", die Verfahren vorprüfen, sollen künftig einstimmig Verfassungsbeschwerden stattgeben können. Bei einstweiligen Anordnungen in Eilfällen sollen Richter aus anderen Senaten als Vertreter solange ausgelost werden, bis die Beschlußfähigkeit hergestellt ist.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mubarak als Friedensengel

Von Peter M. Ranke

Stundenlang verhandelten der israelische Ministerpräsident Peres und führende Minister in Jerusalem mit dem Sonderbotschafter des ägyptischen Präsidenten Mubarak. Ein zweiter Emissär kam am Mittwoch, auch die Israelis schickten einen Diplomaten nach Kairo. Bei der dramatischen Hektik, die Mubarak in Sachen „Friedenssuche" vor seiner USA-Reise entfaltet, will sich Israel nicht in die Ecke der Nein-Sager manövrieren lassen. Das Angebot des Ägypters, die Israelis und eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation sollten in Kairo oder Washington direkte Verhandlungen beginnen, muß eingehend erörtert werden.

Dabei stellte sich heraus, daß Mubarak ein Meister im Nachfordern ist. Natürlich müsse die PLO Arafats in der Delegation vertreten sein, erklärte er, nachdem er vorher nur von einer jordanisch-palästinensischen Abordnung gesprochen hatte. Aus Tunis tönte Arafats Genosse Abu Iyad, ohne eine handfeste Vertretung der PLO an der Seite der Jordanier laufe nichts. Die Israelis wiederum lehnen den Trick ab, daß sich ihre Todfeinde von der PLO vielleicht als „Jordanier" oder zivile „Palästinenser" einschmuggeln dürften.

Welche Rolle spielt Mubarak? Er hat ausgerechnet den Berater als Unterhändler nach Jerusalem gesandt, nämlich Usama el Baz, der als Architekt der ägyptischen „Heimkehr" in das arabische Lager und als Erfinder des „kalten Friedens" mit Israel hervorgetreten ist. Unter seinem Einfluß weigert sich Mubarak, einen ägyptischen Botschafter nach Israel zurückzuschicken, und stellt immer neue Vorbedingungen dafür. Erst war es der Rückzug Israels aus Südlibanon und die Einstellung der Siedlungspolitik. Nun ist es die Übergabe des Wüstenstreifens Taba und die „Besserstellung" der Palästinenser, die Usama el Baz soeben in Jerusalem lang und breit erörterte.

Für den US-Kongreß benötigt Mubarak eine „Friedensinitiative" mit viel Qualm, denn in seiner Devisenkasse ist Ebbe und er braucht dringend zwei Milliarden Dollar zusätzliche Hilfe zu den 2,3 Milliarden, die Ägypten ohnehin 1986 bekommen soll. Ein Friedensengel ist er deshalb nicht. Denn er hat den Frieden von Camp David zu einem Stück Papier verkommen lassen.

Zurück zur Uniform

Von Enno v. Loewenstern

Es ist ein Foto, daß man sich die Augen reibt: ein strahlender Willy Brandt, umgeben von den verhalten lächelnden Spitzen der Bundeswehr, Generalinspekteur Altenburg und den Inspekteuren v. Sandrart, Wellershoff und Eimler. Und das alles in der Bonner Baracke! Wandel durch Annäherung?

Nicht doch. Das SPD-Präsidium hat seit Godesberg nie die Bundeswehr abgelehnt oder gar den NATO-Austritt gefordert. Es hat sich nur vornehm zurückgehalten, wenn der allseits als kommender junger Mann geltende Oskar Lafontaine und seinesgleichen danach riefen. Es hat die Strategie der NATO bitter kritisiert, es hat sich gegen die Nachrüstung gewandt und wendet sich jetzt gegen die Weltraumverteidigung (SDI). Es fordert eine stärkere konventionelle Verteidigung und läßt die Parteifreunde zugleich unwidersprochen Senkung der Rüstungskosten fordern. Kurz und schlecht, es betreibt oder duldet zumindest eine Polemik, die unsere NATO-Zugehörigkeit und unsere Landesverteidigung in Frage stellt.

Aber ansonsten hat man nichts gegen die Bundeswehr. Jedenfalls nicht dagegen, daß die Soldaten und alle anderen Bürger, die Sicherheit und nicht Kapitulation wollen, SPD wählen. Man steckt in einem Wählerstimmengetto, und einer der Hauptgründe ist eben der Verdacht, eine SPD-Regierung würde die Bundesrepublik Deutschland wehrlos machen. Das beflügelt die Bereitschaft zu Gesten.

Aber der Hinweis, man habe doch bisher die Bundeswehr gut behandelt, muß nicht verfangen. Man befand sich bisher in der Koalition mit der FDP, die auf dem Gebiet der inneren Sicherheit viel Unfug trieb und treibt, auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit aber die Koalitionsfrage gestellt hätte – und sie ja auch nicht zuletzt deswegen schließlich gestellt hat. Für die Zukunft aber sieht es so aus, als steuere die SPD einen Partner an, für den die Bundeswehr auch ein Koalitionsfragezeichen ist, aber andersherum. Solange diese eheähnliche Beziehung nicht geklärt ist, wird ein gelegentlicher Flirt mit der Uniform kaum viele Herzen gewinnen. Brandt, mit anderen Worten, müßte völlig klare Verhältnisse schaffen, zur Landesverteidigung, zum Bündnis, zu den Grundlagen unserer Freiheit. Aber Brandt und klare Verhältnisse?

Prüfers Prüfung

Von Heinz Heck

Seit einiger Zeit besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen Bundesregierung und Parlament, die nun stärker an die Oberfläche dringt. Es geht darum, ob der Präsident des Bundesrechnungshofs künftig nicht mehr von der Regierung bestimmt, sondern vom Parlament gewählt wird.

Der Vorstoß erscheint sinnvoll und berechtigt. Dieses Verfahren ist in westlichen Demokratien – auch in den Bundesländern – üblich. Dagegen ist die bisherige Praxis, wonach der Prüfling seinen Prüfer selbst bestimmt, zumindest anfechtbar.

Darüber sollte in Bonn rasch Einigkeit zu erzielen sein. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der entsprechende Gesetzentwurf kommt nicht von der Stelle, obwohl er laut Zusage des Finanzministers bis zur Sommerpause verabschiedet sein sollte, da der amtierende Rechnungshofpräsident Karl Wittrock im Herbst die Altersgrenze erreicht und sein Nachfolger nach dem neuen Gesetz bestimmt werden soll.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg will dem Bundestag kein Wahl-, sondern nur ein Zustimmungsrecht zubilligen. Damit ist das Parlament, wie die Beratungen im Haushaltsausschuß und in der Ad-hoc-Kommission „Parlamentsreform" gezeigt haben, nicht einverstanden. Die SPD reagierte prompt: Sie will heute einen Gesetzentwurf vorlegen, der die einstimmig beschlossenen Forderungen der Parlamentarier berücksichtigt und dadurch die Regierung in Zugzwang bringen soll.

Der Kanzler möchte seinen getreuen Waldemar Schreckenberger zum Rechnungshof-Präsidenten machen, aber dieser Plan hat keine Chance – trotz Schützenhilfe von der Fraktionsspitze der Union, wo es heißt: jede Stärkung des Parlaments (auch durch das Recht zur Wahl des obersten Prüfers) bedeute eine Schwächung der Regierung. Eine, gelinde gesagt, merkwürdige These, die den Parlamentariern nicht imponiert.

Gerade der Finanzminister, der noch auf Jahre hinaus seinen Sparkurs fortsetzen will und muß, sollte das größte Interesse an einer effizienten parlamentarischen Kontrolle des Ausgabengebarens der Exekutive haben. Dazu ist ein stärker an das Parlament herangeführter oberster Rechnungsprüfer eine ganz wichtige Voraussetzung.



Ich kenne keine Profilneurose KLAUS BÖHLE

Die Kehrtwendung

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Unionsfraktion des Bundestags kann das Protokoll ihrer erregten Debatte über die Deutschlandpolitik vom Vortag der Kanzler-Erklärung zur „Lage der Nation im geteilten Deutschland" beschämt beiseite legen. Mit ihrem Antrag zum Kanzler-Bericht hat die SPD neue Daten gesetzt. Wenn Volker Rühe und Friedrich Vogel ihre Einlassungen vom 6. Februar im Bundestag noch einmal zum SPD-Antrag querlesen, werden sie sich eingestehen müssen, daß sie sich in die Rolle von „nützlichen Idioten" begeben haben.

Rühe hatte philosophiert, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde die politische Bindungswirkung des Warschauer Vertrages nicht ignorieren können. Und Vogel, Staatsminister im Kanzleramt, hatte behauptet, für die Bundesrepublik Deutschland seien die Gebiete östlich von Oder und Neiße nach Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages „Ausland". Beide Einlassungen leisten den Sozialdemokraten Schrittmacherdienste zur Verwirklichung ihrer Absicht, ihren politischen Willen nicht länger von den Rechtsgrundlagen der Deutschlandpolitik einengen zu lassen. So weit wie möglich wollen sie die Rechtsgrundlagen als lästigen Formelkram vom Tisch wischen, um ungehemmt alles politisch anerkennen zu können, was sie die „Realitäten" in Europa nennen.

Dabei hatte sich die Kehrtwendung der SPD angekündigt. Erst vor Jahresfrist hatten CDU/CSU, FDP und SPD nach einem Jahrzehnt erbitterten Streits in einer parlamentarischen Entschließung zur Gemeinsamkeit über die Grundlagen und die Ziele der Deutschlandpolitik zurückgefunden. Doch Anfang Januar begann Peter Glotz plötzlich von einer „zweiten Ostpolitik" zu reden. Er versuchte, die Kanzlerpartei von vorherein ins Unrecht zu stoßen: „Wenn die Union versuchen sollte, an die Stelle deutscher Außenpolitik wortakrobatische Rechtsvorbehalte zu setzen, hat sie das Hauptthema künftiger politischer Auseinandersetzungen selbst gewählt." Nach solcher Vorbereitung kündigt jetzt die SPD die erst ein Jahr alte Gemeinsamkeit der drei verfassungtragenden Parteien im Bundestag auf.

Ein Textvergleich des SPD-Antrags mit der gemeinsamen – also auch von der SPD beschlossenen – Entschließung des Vorjahres enthüllt die Tragweite des Vorgangs. Die Sozialdemokraten ignorieren fortan den Deutschlandvertrag, die gemeinsame Entschließung des Bundestages aus dem Jahr 1972 zu den Ostverträgen und die einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts als geltende Rechtsgrundlagen der Deutschlandpolitik. Damit ignorieren sie, daß sich die drei Westmächte auf Initiative von Außenminister Genscher noch 1980 am 25. Jahrestag der Pariser Verträge zu einem „wiedervereinigten Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist," als Zielsetzung des Deutschlandvertrags bekannt haben. Und sie ignorieren die gesetzliche Wirkung, die alle Verfassungsorgane, also auch die Bundestagsfraktion der SPD, an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bindet.

Die neue Leitlinie der Sozialdemokraten ist eindeutig: Zwar erweisen sie dem Grundgesetz Reverenz; aber sie trachten danach, alle rechtlichen Sachverhalte, die sich auf die Fortdauer des Deutschen Reiches bis zu einer Friedenskonferenz gründen, durch Stillschweigen aus dem Verkehr zu ziehen, jedenfalls insoweit, als sie nicht in den Ostverträgen Willy Brandts, den Grundlagenvertrag mit der „DDR" eingeschlossen, enthalten sind. Statt dessen sollen die Ostverträge möglichst ausschließliche Grundlage einer „zweiten Ostpolitik" sein.

Dementsprechend sieht die SPD die deutsche Frage nicht mehr als offen an. Sie verzichtet darauf, die „DDR" für ihr Grenzregime und für den Schießbefehl zur Verantwortung zu ziehen, und sie reißt die völkerrechtliche Barriere ein, die vor einer Anerkennung der „DDR" durch die Bundesrepublik Deutschland als „Ausland" steht.


Muß Brandts Stoß ernst nehmen: Bundeskanzler Kohl FOTO: DPA

Man hat es hier mit der Handschrift Willy Brandts zu tun. Fraktionschef Vogel hat überliefert, daß Brandt sich seine „historische Leistung " nicht von „Tölpelhaftigkeit und Ignorantentum" kaputtmachen lassen wolle. Was der politisch-philosophische Inhalt einer „zweiten Ostpolitik" sein soll, hat Glotz offen gesagt: „Nur die vorbehaltlose Anerkennung schafft die Voraussetzung für allmähliche Änderung des Status quo. Wer die Teilung Europas in einem langen historischen Prozeß aufheben oder mindern will, der muß die Teilung Europas anerkennen."

Das ist Selbstsuggestion nach Art der unbewiesenen Behauptung, wie man sie oft in der Werbung findet. Muß man tatsächlich Jaruzelski vorbehaltlos anerkennen, damit Solidarnosc siegt? Statt die internationale Ordnungsmacht des Westens für Frieden und Freiheit, und damit für die deutsche Sache, zu nutzen, will sich die SPD auf Egon Bahrs blutleere Konstruktion einer „Sicherheitspartnerschaft" mit Ost-Berlin verlassen, gerade so, als ob der Schwanz „DDR" mit dem Hund Sowjetunion friedensbewegt wedeln könnte.

Kanzler Kohl hat jeden Anlaß, den sozialdemokratischen Stoß ernst zu nehmen. Erstens: Die SPD sieht im Verhandlungsklima zwischen den USA und der Sowjetunion neue Chancen einer „Entspannungspolitik" heraufziehen, und wie bei der „ersten Ostpolitik" beansprucht sie für die Bundesrepublik „im Rahmen der Entspannungstendenzen eine gewisse Führungsrolle". Zweitens: Ein Friedensvertrag scheint für die SPD kein Ziel mehr zu sein. Sie legt sich quer zu den alliierten Rechten für Deutschland als Ganzes und für Berlin und gefährdet damit die Freiheit Berlins. Drittens: Die Kehrtwendung ist nicht zuletzt als große und aushöhlende Versuchung der FDP gemeint; denn schon die erste sozial-liberale Koalition war als ost- und deutschlandpolitische Aktionsgemeinschaft zustande gekommen.

IM GESPRÄCH Alan Garcia

Junger Alt-Marxist

Von Günter Friedländer

„Cambio", die völlige Veränderung des bestehenden politischen und sozialen Systems, ist das beliebteste Schlagwort in Lateinamerikas Wahlkämpfen. Regierungsparteien und Opposition versprechen den „Cambio", während die radikale Linke meint, es könne ihn auf dem Weg von Wahlen nicht geben und die Revolution fordert.

„Cambio" verspricht denn auch der Rechtsanwalt Alan Garcia (35), einer der Kandidaten bei den kommenden Präsidentschaftswahlen in Peru und trotz seiner Jugend bisher der Aussichtsreichste, nachdem er im vorigen Jahr eine zentrale Figur der peruanischen Politik wurde. Er ist der Generalsekretär der ehrwürdigen Apra (Alianza Popular Revolucionaria Americana), der die Macht bisher immer vorenthalten wurde, obwohl sie oft und lange Mehrheitspartei war.

Die vor sechzig Jahren von Victor Haya de la Torre im mexikanischen Exil gegründete Apra war als eine über Perus Grenzen hinausreichende amerikanische Partei gedacht. So viel „Cambio" Alan Garcia in ihrem Namen den Peruanern verspricht, er hält im wesentlichen am Programm des schon zu Lebzeiten zur Legende gewordenen, 1979 verstorbenen Haya de la Torre fest: Bodenreform, Nationalisierung der Großunternehmen, eine umfassende Sozialgesetzgebung mit Hilfe der Gewerkschaften. Alan Garcia trägt seine Gedanken mit einer gehörigen Portion Rhetorik gegen den „USA-Imperialismus" vor, gegen die internationalen Banken und gegen Lateinamerikas neuen Prügelknaben, den Internationalen Währungsfonds. Perus Arbeitslosigkeit beträgt 15 Prozent, aber Garcia sagt, in Wirklichkeit seien 60 Prozent der Peruaner unterbeschäftigt und daß das monatliche Mindestgehalt von 35 Dollar, die Inflation, das Defizit des Staatshaushalts, die 13,5 Milliarden Dollar betragende Auslandsschuld und mangelnde Produktivität Peru in die schwerste Krise seiner Geschichte gestoßen hätten und weite Volkskreise dazu verurteilten, am Rand der Gesellschaft zu vegetieren.


In Haya de la Torres Schuhen: Garcia FOTO: REUTERS

Nicht so wortreich wie in der Analyse der Krise ist Garcia, wenn er von den „wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen" spricht, die er zusammen mit der „Front der Vereinigten Linken" nach einem „apristischen Sieg des Volkes", herbeiführen will. Er sieht die Apra als „Einheitsfront der ausgebeuteten Klassen" und will aus Peru „einen antiimperialistischen Nationalstaat" machen, der „u. a. auf die Integration der lateinamerikanischen Völker ... für ihre politische Vervollständigung und ihre wirtschaftliche Verteidigung" abzielt. Er ist in den Schuhen Haya de la Torres steckengeblieben. Sein Programm ist eher eine Erinnerung an die Frühzeit des Marxismus als ein Blick in die Zukunft.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse

Über Berlin und die Europameisterschaften im Fußball schreibt das österreichische Blatt:

Selbst bundesdeutsche Fußballfunktionäre können einfach „vergessen", daß es die alte Hauptstadt auch noch gibt. Und wenn nicht einmal sie zu Solidarität mit der isolierten Stadt bereit sind, dann ist das für die Berliner ein bedenkliches Symptom. Denn das seltsame völkerrechtliche Gebilde West-Berlin kann angesichts der Haltung Osteuropas nur überleben, wenn zumindest der Rest der Deutschen es nicht vergißt. Oder ist das für Fußballfunktionäre als deutsche Durchschnittsbürger schon ein zu großer Aufwand?

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Zur Frage von Panzern an die Saudis heißt es hier:

Bemerkenswert ist die unpolitische Begründung durch Strauß für deutsche Waffenexporte nach Nahost. Hier argumentiert nicht ein deutscher Politiker, sondern ein schlichter Lobbyist, ein Ministerpräsident, der den Waffenschmieden Bayerns etwas Gutes tun will. Der Hinweis auf Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie ... ist schlicht und einfach unsinnig. Das Positive an der deutschen Rüstungsindustrie war bisher, daß sie relativ unbedeutend ist und damit für den Arbeitsmarkt keine Rolle spielt. Dabei sollte es auch bleiben, nicht zuletzt aus moralischen und historischen Gründen.

TAGESANZEIGER

Das Zürcher Blatt entrüstet sich über Frau Ferraro:

Geraldine Ferraro, nationales Symbol der ersten Frau, die für den Posten des US-Vizepräsidenten kandidierte, hat eine Angebot von Pepsi-Cola angenommen, mit ihren zwei Töchtern kurz in zwei Fernseh-Reklamespots für Pepsi-Cola aufzutreten. Das Honorar dafür: 500.000 Dollar. Das hätte sie nicht tun sollen: Der Aufschrei in Amerikas Gazetten ist gellend. Die Linksliberalen schimpfen: „Geschmacklos, ein Symbol hat sich verkauft", die Rechtskonservativen schimpfen: „Neue amerikanische Immoralität" ... Geraldine Ferraros politische Karriere dürfte zu Ende sein.

DAILY MIRROR

Mit dem Kursanstieg des Dollar beschäftigt sich die britische Zeitung:

Der steigende Dollar bedeutet fortgesetzte Preissteigerungen für fast alles, was wir von außerhalb kaufen. Er bedroht Margaret Thatchers einzige Errungenschaft, die niedrige Inflation. Ein Pfund für einen Dollar scheint nun unumgänglich, und die Regierung kann nichts dagegen tun.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung meint zu der Aussetzung der Preiserhöhungen in Polen:

Das Zurückweichen der Mannschaft Jaruzelskis erscheint als schöner taktischer Sieg der „Solidarität". Aber Lech Walesa ... weiß genau, daß die Partie bisher nicht gewonnen ist ... Früher oder später wird die polnische Regierung sich dazu entschließen müssen, die Preise anzuheben ... In diesem Fall läuft sie Gefahr, der Bevölkerung neue Fegefeuer aufzwingen zu müssen. Das Einlenken der Regierung, die – zumindest für den Augenblick – den Wünschen der Bürger Rechnung getragen hat, wird vermutlich nicht auf einen echten Dialog mit der Opposition hinauslaufen ... Das eingeengte und unter Zwängen stehende Regime General Jaruzelskis würde den Drohungen des Friedensnobelpreisträgers gern ein Ohr leihen, verstopft sich aber sorgsam das andere, sobald es darum geht, ihm auch nur die geringste offizielle Rolle zuzugestehen.

Kostendämpfung: Sie hätte nicht scheitern müssen

Warum nicht Selbstbeteiligung statt Staatsdirigismus? / Von Peter Jentsch

Es kam, wie es nicht hätte kommen müssen: Die Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und dem Bundesverband der pharmazeutischen Industrie zur Begrenzung der Arzneimittelausgaben (15 Milliarden Mark jährlich) sind gescheitert. Der Bundesarbeitsminister muß nun nach anderen Wegen suchen, die wuchernden Kosten des Medizinbetriebs wenigstens mittelfristig in den Griff zu bekommen, damit die Verbraucher sich nicht für ihre Gesundheit totbezahlen.

Blüm vertraute auf das freie Spiel der Kräfte, als er Kassen und Industrie an einen Tisch zwang. Er hat diese Kräfte überfordert. Die Krankenkassen konnten nicht über ihren öffentlich-rechtlichen Horizont hinausdenken, und die Industrie war, gestützt auf den Bundeswirtschaftsminister und die Kartellbehörde, nicht bereit, ihre marktwirtschaftliche Maxime zu opfern.

Wie auch anders? Die Kassen forderten zunächst die Umwandlung des Bundesverbandes der Pharmaindustrie, der ein eingetragener Verein ist, in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit dieser Körperschaft – die etwa 1000 Pharmaunternehmen in der Bundesrepublik hätten Zwangsmitglieder werden müssen – wollten sie dann die Preise für Arzneimittel aushandeln, nach dem Muster der Honorarverhandlungen mit den Kassenärzten. Das ist mit Marktwirtschaft unvereinbar.

Das akzeptierten schließlich auch die Kassen. Und so machten sie sich von hinten durch die kalte Küche auf den Weg zum selben Ziel: Sie forderten eine Einschränkung der aufwendigen Pharmawerbung (3,5 Milliarden Mark im Jahr) und eine Einschränkung der kostenlosen Abgabe von Arzneimittelmustern an Ärzte (auch diese Muster sind im Preis kalkuliert) sowie die Entlassung von 2500 bis 3000 „Pharmareferenten", die in den Ärztepraxen „wissenschaftlich orientieren", zu deutsch: als Handelsvertreter werben.

Auf den ersten Blick scheinen diese Forderungen vernünftig. Warum sollen die Verbraucher die ärztliche Standespresse, die von den Anzeigen der Pharmaindustrie lebt, über den Arzneimittelpreis finanzieren? Warum die kostenlose Abgabe von Arzneimittelmustern oder das Heer der Pharmareferenten. Aber dieser Gedanke, daß die Wirtschaft eigentlich auf Werbung verzichten könne, ist zu ideologisch simpel – wie hätte der Pharmaverband diese Forderungen gegenüber seinen Mitgliedern durchsetzen können?

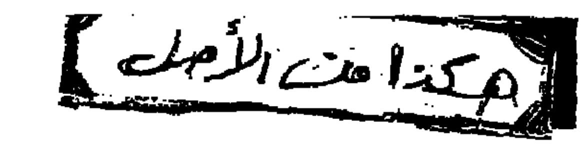
Das haben weder die Kassen noch der Minister bedacht – oder steckte in der „Überschätzung" der Selbstverwaltung durch Blüm und in der Kapitulationsforderung der Kassen eine Strategie, die es dem Gesetzgeber erlauben soll, mit reglementierenden Eingriffen die Pharmaindustrie und ihre Preise in den Griff zu bekommen?

Der Arbeitsminister hat bereits gesetzliche Maßnahmen für den Fall angekündigt, daß die Verhandlungen scheitern sollten. Er hat sich damit in Zugzwang gesetzt. Am 27. März wird er dem „Konzert in Weiß" die Frage stellen, wie man gedenke, die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung stabil zu halten. Die Ärzte, ohnehin durch ihre wundersame Vermehrung in Bedrängnis geraten, halten den Schlüssel zu den Arzneimittelkosten in der Hand. Sie bestimmen über die Menge der verordneten Präparate und über den Preis (sie können teuere oder preiswerte Medikamente verschreiben) die Arzneimittelausgaben der Kassen.

Zu den gesetzlichen Maßnahmen zählt Blüm die sogenannte Preisvergleichs- oder Transparenzliste, die es dem Arzt erlaubt, unter Berücksichtigung der Qualität eines Medikaments das kostengünstigste auszuwählen. Diese Liste hat aber den Nachteil, daß Jahre vergehen werden, bis sie für alle Indikationsgebiete erstellt ist, bis sie also kostendämpfend wirkt. Man wird sich also in der Zwischenzeit behelfen müssen. Deshalb fordern die Kassen entweder die Erweiterung der „Negativliste", die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kassenkosten ausschließt, oder die Einführung einer „Positivliste", in der all die Präparate aufgelistet sind, die von den Kassen erstattet werden dürfen. Letztere hat Englands Premier Margaret Thatcher durchgesetzt, weil jeder Arzt nur ei[n] Repertoire von etwa 500 Medikamenten hat, das er ständig benutzt.

Beide Mittel sind aber untauglich. Die Negativliste brachte nicht den erhofften Gewinn. Die Positivliste beschränkt die Therapiefreiheit des Arztes, die Notwendigkeit der individuellen Verordnung.

Freilich gibt es ein Rezept: die Selbstbeteiligung nach dem Muster der privaten Krankenversicherung. Sie kann einmal das Anspruchsv[er]halten der Versicherten ändern, indem diese gezwungen werden, über Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit eines Arzneimittels nachzudenken. Und sie lenkt auch das Leistungsverhalten des Arztes, der seinen Patienten den Aufwand erklären muß. Aber sie ist unpopulär, weil unbequem – aus eben diesen Gründen; und bittere Medizin schmeckt hal[t] nicht.



„Diese Mäntel wären die Glückseligkeit"

Während ihr Mann große Politik in Rom macht, bereitet Frau Lyvia Gromyko auf einer eigens für sie arrangierten Modenschau ein italienisch-sowjetisches Geschäft vor.

Von F. MEICHSNER

Eine Eintragung im Gästebuch des Castells von Guidonia in der römischen Campagna dokumentiert ein recht ungewöhnliches Ereignis am Rande eines Besuchs des sowjetischen Außenministers in einem kapitalistischen Land. Sie lautet auf „Lyvia Dimitriovna Grinevic" und hält für die Nachwelt fest, daß die Frau Andrej Gromykos am 26. Februar 1985 in einem ebenso mondänen wie geschichtsträchtigen Ambiente an einer extra für sie veranstalteten Präsentation der „Alta Moda Italiana" teilgenommen hat.

Das Castell von Guidonia, ein prachtvoll eingerichteter Bau aus dem 14. Jahrhundert, ist Residenz und Atelier der Modeschöpferin Laura Biagiotti, die ihre Modelle für die dem staatlichen ENI-Konzern gehörenden Textilfirmen „Lebole Euroconf" und „Lane Rossi" entwirft. Beide Unternehmen drängen auf den sowjetischen Markt, und da man auch in Rom um den Einfluß weiß, den Lyvia Dimitriovna Grinevic nicht nur im privaten Bereich auf ihren Mann ausübt, wurden für sie ausgesuchte Mannequins auf den Laufsteg geschickt, um italienische Mode in den für den Sowjetstaat gängigsten vollschlanken Größen zu präsentieren. Die ENI verhandelt schon seit längerer Zeit über drei Textilgroßprojekte für die Sowjetunion. Eines dieser Projekte im Werte von 600 Millionen Mark sieht die Lieferung von vier Millionen Stück Bekleidung pro Jahr, ein zweites (500 Millionen Mark) die Lieferung von Textilmaschinen vor. Das dritte wird als „streng geheim" klassifiziert.

Der hohe Gast aus Moskau ließ schon durch seine Aufmachung erkennen, daß bei ihm daheim durchaus einiger Bedarf an Modeprodukten aus Italien besteht. Lyvia Gromyko erschien in einem grauen Veloursmantel mit lila Foulard („Lila ist meine Lieblingsfarbe") über einem mit rotem und blauem Blumenmuster durchwebten Kostüm. Gediegenheit verrieten allerdings eine Krokodilleder-Handtasche, eine Goldbrosche mit fünf Perlen und ein Türkisring.

Nach einem Rundgang durch das Castell mit seinen Fresken aus dem Cinquecento nahm sie auf einem großen Diwan im Kaminzimmer Platz und ließ sich einiges aus Laura Biagiottis Kreationssammlung der „Portraitlinie", „Laura Più" und „Biagiotti Uomo" vorführen. Offensichtlich wurde sie sich dabaei nicht gewahr – oder vielleicht störte es sie auch nicht –, wie die hinter ihr stehende antike Mamorstatue eines schlanken Mädchens mit ihrer eigenen Erscheinung kontrastierte. Sie begeisterte sich besonders für einige Kaschmirmäntel. „Diese Mäntel", so meinte sie, „wären die Glückseligkeit vieler Frauen in Sibirien".

Ihre generelle Vorstellung von Mode faßte sie in die Worte: „Mode muß sich immer an der Realität orientieren, in der der Mensch lebt. Sie ist jedenfalls eine wunderbare Sache. Der Mensch ändert sich und deshalb auch seine Kleidung. Aber die Mode darf nie extravagant sein".

Extravagant war die füllige Ministergattin bei dem Modedefilee sicherlich nicht gekleidet, nicht einmal, so konstatierte man in Rom, mit der offensichtlich durch einen exzellenten Schneider garantierten zurückhaltenden Eleganz ihres Mannes. Aber die einstige Englischlehrerin, die ein perfektes amerikanisches Englisch spricht, hat zweifellos das Ohr ihres Mannes. Und darauf kam es den italienischen Organisatoren der Castell-Modeschau wohl in erster Linie an.

Wie der in den Westen gegangene Sowjetdiplomat Schewtschenko in seinen dieser Tage in den USA veröffentlichten Memoiren „Breaking with Moscow" behauptet, befolgt Andrej Gromyko den Rat seiner Frau sogar bei der Auswahl seiner engsten Mitarbeiter. Sie gelte deshalb als der eigentliche Personalchef des Außenministeriums.

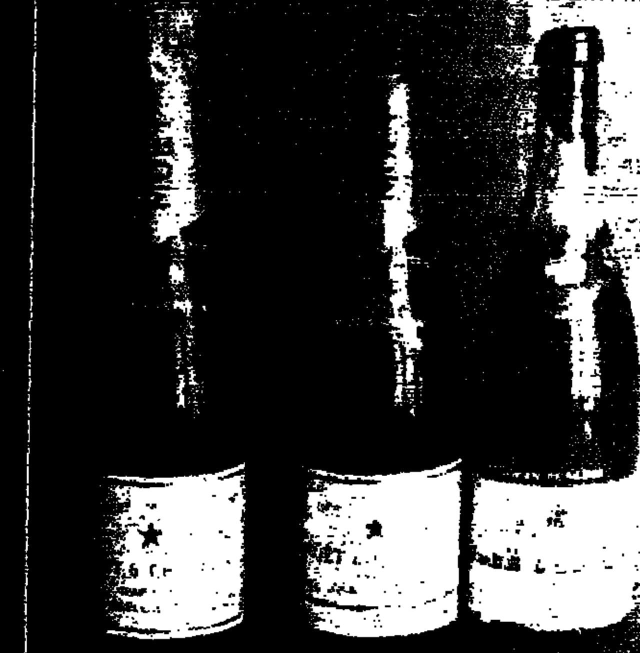
Daß Frau Gromyko alles andere als eine Schattenfigur der sowjetischen Nomenklatura ist, ließ kürzlich auch Bundesaußenminister Genscher bei einem Journalistengespräch anläßlich eines Rom-Besuchs durchblikkkcken. Er berichtete, was er erlebt habe, wie die Ministerfrau bei einem Essen ihren Mann in einem Gespräch über politische Themen unterbrochen und mit den Worten die Partei des Gesprächspartners ergriffen habe: „Andrej, da bin ich aber anderer Meinung".



Modenschau bei Laura Biagiotti: Lyvia Gromyko (zweite v. l.) hält Ausschau nach Modischem für die sowjetische Frau FOTO: AP







Original und Fälschung: Der Umsatz von kopierten Markenwaren umfaßt nach Schätzungen von Fachleuten weltweit bis zu neun Milliarden US-Dollar im Jahr FOTOS: W. KROPF [illegible]

Piraten mogeln sich in den Markt der Marken

Markenfirmen tragen sie hohe Umsatzverluste ein, mitunter sind ihre Produkte sogar lebensgefährlich: Die Hersteller billiger Plagiate von Markenartikeln – vor allem in Südostasien und Italien – sind zu einer Plage geworden, die nun mit schärferen Gesetzen bekämpft werden soll.

Von HANNA GIESKES

Wenn niemand mehr meine Kreationen nachahmt, werde ich mir ernsthafte Sorgen machen." Coco Chanel, die große Modeschöpferin von der Seine, konnte sich dies Selbstbewußtsein leisten, weil auch das imitierte Chanel-Kostüm für sie und ihre Ideen warb. Heute machen sich immer mehr Unternehmen ernsthafte Sorgen, weil ihre Produkte nachgeahmt werden. Ob Luxus- oder Gebrauchsgut, Werkzeug, Maschinen-Ersatzteil oder Arzneimittel – überall in der Welt grassieren billige, in der Regel minderwertige und gelegentlich sogar lebensgefährliche Kopien renommierter Markenwaren.

Fachleute schätzen das weltweite Handelsvolumen mit gefälschten Produkten auf vier bis neun Milliarden US-Dollar im Jahr. Im amerikanischen Generalkonsulat in Hongkong werden die Umsatzverluste, die US-Herstellern von Markenpiraten beigebracht werden, auf acht Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Die französische Industrie beziffert ihren Schaden mit umgerechnet 700 Mill. Mark, und Bundesjustizminister Engelhard vermutet, daß deutsche Hersteller durch Musterklau und Markenpiraten um einen Betrag geprellt werden, „der zwischen den französischen und den amerikanischen Zahlen liegt".

Der Unmut der Düpierten wächst. Längst ist Imitation nicht mehr nur der Preis der Berühmtheit – wenngleich nachgeahmte Uhren à la Cartier oder Rolex, Taschen und Koffer nach der Art von Vuitton oder Feuerzeuge im Dunhill-Design die Märkte überschwemmen. Heute werden vor allem Gebrauchsgüter kopiert, und das entlarvt die Kopisten als Diebe: Sie stehlen Umsätze dort, wo andere viel Zeit und Geld für eine Idee, Entwicklung und Fertigung eingesetzt hatten.

Schlimmer noch als Diebe sind jene Fälscher, die sich an Medikamenten oder Ersatzteilen für Autos oder Flugzeuge vergreifen: In England wurde einem Busunternehmer ein Anti-Blockiersystem geliefert, das im letzten Moment als Piratenware erkannt wurde. In den Vereinigten Staaten stürzten Flugzeuge ab, weil angeblich gefälschte Ersatzteile eingebaut waren, und ein nachgemachter wirkungsloser Mikrochip soll die Verzögerung des jüngsten Challenger-Starts verursacht haben.

Ein Ärgernis besonderer Art ist die Fälschung auf Bestellung: Verbindungsleute großer deutscher Handelsunternehmen geben nur ungern zu, daß sie gelegentlich von ihren Dienstherren quer durch Südostasien geschickt werden, um einen Produzenten zu finden, der billige Kopien eines bekannten Markenartikels liefern kann. So zum Beispiel kam die Uhr – „sie sieht aus wie eine Rolex" – zum Kaffeeröster, der sie für ein paar Mark in seinen Filialen verhökerte.

Den feinen Schweizer Uhrmacher hat dies natürlich keinen Umsatz gekostet, denn wer eine Rolex haben will, der kauft nicht die Kopie, und wer die Kopie kauft, weiß, daß es eine ist. Der deutsche Wäscheproduzent indes, der „sein" Miederhöschen aus der jüngsten Kollektion als billige Nachahmung in einem hiesigen Warenhaus wiederfand, wird um den Lohn seiner Mühe genauso geprellt wie der schwäbische Sägenmacher Stihl, als seine Original-Ersatzteile gefälscht und unter dem Namen sthil in Südostasien verkauft wurden.

Auf diese Weise kann der gute Ruf einer Marke ruiniert werden: Wenn die Käufer nicht wissen, daß sie statt des Originals die minderwertige Fälschung erworben haben. Große Unternehmen wenden deshalb viel Geld auf, um Plagiate abzuwehren. Sie lassen Anwälte und gelegentlich Detektive ausschwärmen, die Kopisten das Handwerk legen sollen. Fachleute schätzen, daß der amerikanische Jeans-Hersteller Levy sich dies rund eine Million Dollar im Jahr kosten läßt. Die Kleinen hingegen können sich kaum wehren, und die Koblenzer Industrie- und Handelskammer hat per Umfrage herausgefunden, daß die meisten von ihnen resignieren.

Nun hat Justizminister Engelhard den Fälschern den Kampf angesagt: Er will durch eine Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums erreichen, daß Geschädigte gegenüber den Zollbehörden Auskunft über Lieferanten gefälschter Ware erhalten, und vor allem möchte er das wirtschaftliche Risiko für die Piraten erhöhen: Bisher braucht lediglich das gefälschte Warenzeichen von der Ware entfernt zu werden, doch alle Experten sind sich einig, daß nur eine sofortige Vernichtung der Plagiate die Fälscher abschrecken kann.

Außerdem will Engelhard sich dafür einsetzen, daß in der Europäischen Gemeinschaft ein einheitliches Zollbeschlagnahme-Verfahren kopierter Produkte eingeführt wird. Eine entsprechende Richtlinie wird in Brüssel vorbereitet. Schließlich hat die Bundesregierung zugesichert, sich für ein Abkommen zur Bekämpfung der Markenpiraterie im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) stark zu machen.

Allerdings können und müssen die Betroffenen sich auch selbst helfen. Anthony R. Gurka, Rechtsanwalt in Hongkong und seit 21 Jahren Spezialist in Sachen Markenpiraterie, nennt als entscheidende Ursache des Übels mangelnde Vorsicht in den Unternehmen selbst. Oft werde versäumt, in den wichtigen ostasiatischen Ländern Warenzeichen registrieren zu lassen, „weil man das offenbar nicht für nötig hält". Ostasiatische Lizenznehmer würden von ihrem Lizenzgeber kaum je kontrolliert, „und dann arbeiten die in der ersten und zweiten Schicht für ihn, und in der dritten Schicht werden die Kopien gemacht".

Der Anwalt empfiehlt allen Markenartikel-Herstellern, für lückenlosen Markenschutz nicht nur im eigenen Land und auf den Exportmärkten zu sorgen, sondern auch in den Ländern, aus denen Plagiate [illegible] fürchten sind. Wer etwa [illegible] wan oder Hongkong registrie[illegible] ke fälscht, der wandert hinter Gitte[illegible] Beide Länder sind entgegen [illegible] figer Meinung keineswegs mehr P[illegible] ten-Nester; diese Rolle haben [illegible] Gurka inzwischen Südkorea, Thailand und Malaysia übernommen.

Doch längst nicht alle Plagiate kommen aus Fernost. Die Koblenzer Industrie- und Handelskammer hat Italien als europäische [illegible] Hochburg ausgemacht, und [illegible] Thrierr, Vorsitzender der Arbeits-gruppe „Warenzeichen" in der Internationalen Handelskammer in Paris beklagt, daß dort „Nachahmungen großer französischer [illegible] Marken" aufgetaucht sind. Die [illegible] te von Ventimiglia und [illegible] d'Espagna in Rom hätten [illegible] „sehr schlechten Ruf" [illegible] trieb von Nachahmungen [illegible] Und auch in England [illegible] weile Fälscher, die [illegible] „französischen" Parfüms [illegible] ten.

Rechtsanwalt Gurka [illegible] tert die größte Gefahr [illegible] schlägig bekannte Markenfälscher seien inzwischen aus der Kronkolonie Hongkong in die Volksrepublik China umgezogen, um dort, unbehelligt von Polizei und Justiz, [illegible] gerlichen Gewerbe nachzugehen [illegible] bei verweist er [illegible] „Auch die haben ihre [illegible] rung mit der Fälschung [illegible] Produkte begonnen – heute [illegible] eine der wichtigsten Industrienationen der Welt."

Friedrich Ebert – „der Lincoln der deutschen Geschichte"

Nach einer beispiellosen Rufmordkampagne, die – Arm in Arm – von den aufkommenden Nazis, NS-nahen Zeitungen und rechtsradikalen Richtern gegen ihn veranstaltet wurde, starb heute vor 60 Jahren Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident.

Von PETER PHILIPPS

Es wäre bequemer für uns, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. Aber in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und nicht zuletzt vor der Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten." Dieses Pflichtgefühl, das zugleich auch Ausdruck seiner Vaterlandsliebe war, hat das Denken und Handeln Friedrich Eberts geprägt.

Der erste Sozialdemokrat, der in Deutschland ein hohes Staatsamt bekleidete, wurde nach allen Regeln der Diffamierung von seinen politischen Feinden als angeblicher „Landesverräter" gehetzt und zugleich von Partei-Genossen als „Arbeiterverräter" verhöhnt – mit Langzeitwirkung: In den sechziger Jahren wurde ihm dieses Etikett in der Bundesrepublik Deutschland von linken Politologen ein weiteres Mal, posthum, angeklebt.

Der große Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen hat später einmal gesagt: Wenn das Deutsche Reich immer solche Führer gehabt hätte wie Ebert, dann wäre viel Furchtbares verhindert worden und das Reich würde noch bestehen. Theodor Heuss sprach vom „Abraham Lincoln der deutschen Geschichte". Hans-Jochen Vogel würdigte jetzt: „Mit Friedrich Ebert trat ein Mann ab, dem es ganz wesentlich mit zu verdanken war, daß die Weimarer Republik die ersten krisengeschüttelten Jahre ihrer Existenz überstanden hat."

Erst einmal sorgte allerdings der Aufstieg Eberts für eine der letzten Erschütterungen der Monarchie: Als Max von Baden ihm die Geschäfte des Kanzlers 1918 übergab, war die Empörung bei Bürgertum und Adel groß: Ein ehemaliger Sattlergeselle, Sohn eines Schneidermeisters an der Spitze der Reichsregierung, nachdem schon das Dreiklassen-Wahlrecht gefallen und für „Nivellierung" gesorgt hatte?

Der von der Reichsversammlung gewählte Friedrich Ebert war nicht der „Ersatzkaiser", den viele Wähler später in Hindenburg, dem direkt vom Volk gewählten Reichspräsidenten sahen. Seine Erscheinung war, wie ein Augenzeuge sagte, „schlicht, aber würdevoll".

Sehr zum Verdruß Bebels war Ebert 1905 in den SPD-Parteivorstand gekommen und wurde nach Bebels Tod 1913 dessen Nachfolger als Vorsitzender. Er repräsentierte nach der Abspaltung der Links-Sozialisten die SPD, in deren Kontinuität auch die heutige zu sehen ist. Ebert trug den Verbal-Radikalismus der Parteiprogramme mit und focht zugleich an vorderster Stelle für die realen Reform-Forderungen, die fernab jedes revolutionären Gedankens waren. Der Titel der „vaterlandslosen Gesellen" schwärte, Ebert setzte den Beschluß des Reichstags über die Kriegskredite mit durch, nach denen dann auch die Sozialdemokraten plötzlich „nur noch Deutsche" waren, da man „keine Parteien mehr kennt".



Friedrich Ebert: Erster Sozialdemokrat im höchsten Staatsamt FOTO: KEYSTONE

Als Philipp Scheidemann, der SPD-Fraktionsvorsitzende, die Republik ausrief, um Karl Liebknecht zuvorzukommen, war Ebert außer sich: Seinem Verständnis von Legalität entsprach es, eine solche Entscheidung einer Nationalversammlung vorzubehalten. Er entschied sich gegen die Revolution und für die Verteidigung der Ordnung, ließ schweren Herzens auf Aufrührerische schießen. Hans-Jochen Vogel befand jetzt: „Er hat einen schweren Preis bezahlt. Seine Politik entfremdete große Teile der Arbeiterschaft der Republik und machte das Bürgertum und die nationalen Rechten nicht zu ihrem Freund."

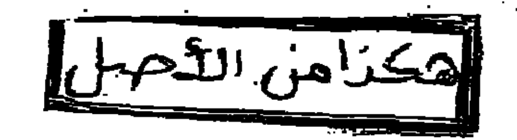
Nur, eine Alternative zu seinem Weg, der jungen, schwankenden Republik zu dienen und zu helfen, hat es kaum gegeben. Eberts historisches Verdienst war es, eben nicht den von radikalen Parolen gewiesenen, „leichteren" Weg der Revolution zu gehen, sondern „demokratisch" zu handeln.

Die Arbeiterschaft in Deutschland wollte auch damals nicht die Diktatur des Proletariats, sondern gleichberechtigte Bürger sein. Die SPD hatte – spätestens im Revisionismusstreit war dies deutlich geworden – keine andere Möglichkeit, als den langen Weg einer von der Arbeiterbewegung geprägten, aber im Grunde bürgerlichen Partei zu gehen.

Die politische und soziale Erneuerung in der ersten deutschen Demokratie scheiterte nicht wegen [illegible] und der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, sondern trotz ihrer [illegible] Januar war Ebert, damals [illegible] der der SPD-Mehrheitsfraktion [illegible] den Wunsch der Besonnenen [illegible] Arbeiterschaft in die Streikleitung bei den Munitions- und Rüstungsbetrieben eingetreten. Vor allem [illegible] war es zu verdanken, daß der gefährliche, weit um sich greifende Streik schnell beendet wurde. Doch [illegible] war der Anlaß, der es später [illegible] jedem Lümmel erlaubte, den Reichspräsidenten einen „Landesverräter" zu nennen.

In einem der 173 von Ebert angestrebten Prozesse befanden die Richter, daß Eberts Verhalten nicht nur vom juristischen, sondern auch vom politischen, moralischen und [illegible] schen Standpunkt aus bewertet werden müsse. Sie kamen zu dem Spruch, daß politisch [illegible] rechtfertigendes Verhalten [illegible] gleichwohl einen strafbaren Tatbestand darstellen könne und sich der Reichspräsident insofern [illegible] des Landesverrats im Kriege [illegible] gemacht habe.

„Ich kann es nicht mehr tragen", sagte er zu seinem Freund [illegible] Braun. In der durch die [illegible] den Wahlen immer stärker werdenden Hetzjagd auf ihn vernachlässigte Ebert seine Gesundheit, starb [illegible] voll an einer verschleppten Blinddarm-Entzündung.



„Wille zu Einheit ungeteilt“

● Fortsetzung von Seite 1

Anziehungskraft Berlins zu fördern.“ An die SPD gewandt, forderte der Kanzler „viel Behutsamkeit und guten Willen aller Demokraten“ für die Deutschlandpolitik. Wo Deutschland selbst auf der Tagesordnung stehe, sollten die Parteien stets zuerst nach Gemeinsamkeiten suchen.

Als Hauptredner der Opposition griff der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Berliner Bürgermeisterkandidat Hans Apel die Haltung der Bundesregierung und vor allem von Teilen der CDU/CSU scharf an. Zunehmend würden die deutsch-deutschen Beziehungen durch Äußerungen von Unionspolitikern belastet, die „unsere Ostverträge, insbesondere die polnische Westgrenze“ in Zweifel zögen. „Der Bundeskanzler taktiert, statt klare Position zu beziehen.“

Apel meinte: „Diese Änderungen in der Deutschlandpolitik scheinen grundsätzlicher Natur; auch wenn der Bundeskanzler ‚business as usual‘ beschwört – Fehlschläge häufen sich, und seit dem späten Sommer bewegt sich fast nichts mehr.“

Als Beispiele für ein angebliches Fehlverhalten nannte der SPD-Politiker die nach seiner Auffassung von Bonn verursachte Einschränkung des Jugendaustausches mit der DDR und die Absage des Besuches des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Honecker. Der Besuch sei „stümperhaft und dilettantisch zerredet“ worden. Wer aber die Grundlagen deutsch-deutscher Politik nicht beachte, werde keine Deutschlandpolitik gestalten können.

Apel lobte, daß der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe Anfang des Monats die „bisher zweideutige Haltung der Union zur Westgrenze Polens endlich klargestellt“ habe. Kanzleramtsminister Schäuble habe dann jedoch alles wieder in Frage gestellt, indem er die „Westgrenze Polens an Oder und Neiße“ nur als ein Provisorium anerkannt habe.

Wenn man wie Schäuble für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands die Westgrenze Polens schon heute in Frage stelle, dann werde man von niemandem in Ost und West die Zustimmung zu einer „größeren Einheit der Deutschen“ erreichen, fuhr der SPD-Politiker fort.

Apel forderte den Kanzler auf, Klarheit über die Deutschlandpolitik der Union und damit die Voraussetzungen für Gemeinsamkeit zu schaffen.

Demgegenüber kritisierte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger die Sozialdemokraten, weil sie einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht hätten, der nur den jetzigen Zustand Deutschlands „bürokratisch und opportunistisch protokolliere“.

Dregger meinte weiter, seit Abschluß der Ostverträge sei es das Ziel sowjetischer Politik, die Verträge einseitig auszulegen und als Ersatz für einen Friedensvertrag darzustellen. „Der einzige operative Ansatz, dem entgegenzuwirken, ist der Friedensvertragsvorbehalt, der nicht in Vergessenheit geraten darf.“

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe nannte es unverständlich, „daß die SPD ihren Alleingang ausgerechnet an der Frage der deutschen Staatsangehörigkeit aufhänge. In der Praxis gibt es hier keine Konfliktlage mehr. Der DDR wird die Staatlichkeit nicht bestritten, und keiner ihrer Bewohner wird gegen seinen Willen zum Bürger der Bundesrepublik Deutschland gemacht.“

Die SED habe jedoch ihrerseits mit der Forderung nach „Änderung oder Aufhebung“ von Artikel 116 des Grundgesetzes einen massiven Versuch unternommen, in die Angelegenheiten der Bundesrepublik einzugreifen. „So etwas kann es natürlich nicht geben“, betonte Hoppe. Gleichzeitig kritisierte er das „von einigen Funktionären angefachte Grenzgerede der letzten Monate“. Er meinte dazu: „Wer über die offene deutsche Frage schwadroniert, als gelte es, großdeutsche Träume zu erfüllen, verbaut den Deutschen lediglich jede gemeinsame Zukunft.“

Der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) plädierte dafür, „die DDR ernst zu nehmen“. Dies bedeute, auch unterschiedliche Auffassungen über die Freiheit und die Menschenrechte deutlich auszusprechen, aber ebenso eine „Fülle von deutschen Gemeinsamkeiten“ zu entdecken. Berlin braucht nach Auffassung Diepgens die Bindungen zum Bund genauso wie die Anwesenheit der Alliierten. „Aber Berlin bestimmt sich eben auch aus der Nähe zur DDR.“

Entscheidung über Franke-Verfahren

hey, Bonn

Zwei Jahre nach Beginn des Ermittlungsverfahrens und ein Jahr nach der Anklageerhebung gegen den früheren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke (SPD), dessen damaligen Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, und den Westberliner Rechtsanwalt Jürgen Stange will das Bonner Landgericht jetzt über die Eröffnung des Hauptverfahrens entscheiden. Der Berichterstatter soll nach WELT-Informationen heute der zuständigen Kammer die Ergebnisse seiner Aktenprüfung vorlegen. Sie wird voraussichtlich am 11. März ihre Entscheidung öffentlich bekanntgeben. Rücksichtnahme auf die Wahlen in Berlin, dem Saarland und in Hessen, die einen Tag zuvor stattfinden, wird vom Landgericht bestritten.

Die Staatsanwaltschaft hat Franke, Hirt und Stange wegen fortgesetzter Untreue und Urkundenunterdrükkung beziehungsweise Beihilfe angeklagt. Es geht dabei unter anderem um den Verbleib von 5,56 Millionen Mark. Der Bundestag hatte die Immunität Frankes aufgehoben, weil er „teilweise“ an strafbaren Handlungen „mitgewirkt“ haben soll. Hirt war zuständig für humanitäre Fragen im innerdeutschen Verhältnis, Stange war an Verhandlungen über Freikäufe von „DDR“-Häftlingen beteiligt.

EKD-Denkschrift zur Friedensfrage

epd, Hannover

Das von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als Fortschreibung ihrer Friedensdenkschrift von 1981 in Aussicht genommene einheitliche Friedensgutachten zur rüstungspolitischen Situation ist nicht zustandegekommen. Statt dessen veröffentlicht die EKD heute unter dem Titel „Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse“ Einzelstellungnahmen von sechs Wissenschaftlern zu friedenspolitischen Fragen.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Eduard Lohse, schreibt im Vorwort, das übereinstimmende Ergebnis der sechs Beiträge sei, daß eine „schlichte Absage an die gegenwärtige Friedenssicherung, wie sie vielfach gefordert wird, die gestellten Probleme nicht lösen, sondern neue Gefahren hervorrufen würde“. Der Weg zu einer internationalen Friedensordnung führe „über den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Stabilität in Entspannung und ‚antagonistischer Partnerschaft‘“. Eine politische Dimension bekomme die Friedensfrage nur, wenn sich die gegenwärtige Politik über die militärische Sichtweise hinaus in ihren Strukturen ändere. Aufgabe der Kirche sei es, bei der Suche nach den richtigen Schritten „Richtung und Rückhalt zu geben“.

Zahlungen an Leinen beanstandet

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesrechnungshof hat in einem Bericht an den Haushaltsausschuß des Bundestages Zahlungen an Jo Leinen beanstandet. Der Haushaltsausschuß hatte, wie berichtet, am 5. Dezember den Rechnungshof beauftragt, die Verwendung der vom Forschungsministerium an den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) für eine Wanderausstelung (80 000 Mark) und an die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) für einen Kohlekongreß (25 000 Mark) gezahlten Bundesmittel zu prüfen. Von den 25 000 Mark sind 4097,97 Mark „noch nicht ausreichend nachgewiesen“. Belegte Ausgaben von 5358,75 Mark hält der BRH „für nicht vertragsgemäß“, darunter 2500 Mark Honorar an Leinen für die Vorbereitung des Kohlekongresses. „Das Honorar war nicht beantragt und auch nicht im Finanzierungsplan enthalten, der Vertragsinhalt geworden war.“ Das Forschungsministerium werde die Bundesmittel, soweit nicht ausreichend belegt oder nicht vertragsgemäß gezahlt, zurückfordern müssen.

Auch hat der Rechnungshof BBU-Schatzmeister Kall letztmalig aufgefordert, bis zum 13. März Einsicht in alle Belege über die Wanderausstellung zu gewähren. „Eine weitere Verzögerung ist keinesfalls vertretbar.“

Bundeskabinett beschließt Wohngeld-Novelle

PETER JENTSCH, Bonn

Bereits vom 1. Januar 1986 an soll nach einer Entscheidung des Bundeskabinetts das Wohngeld aus Mitteln des Bundes um 450 Millionen Mark auf 3,2 Milliarden Mark gesteigert und damit durchschnittlich von 110 auf 152 Mark monatlich verbessert werden. Das kündigte Bundesbauminister Oscar Schneider gestern in Bonn an. Der Minister hob hervor, daß mit der Novelle „die soziale Treffsicherheit erhöht“ werde.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf, der ursprünglich erst Mitte 1986 in Kraft treten sollte, eine Erhöhung der beim Wohngeld berücksichtigungsfähigen Miete um durchschnittlich 20 Prozent vor. Dadurch soll überdurchschnittlichen Mietsteigerungen in Altbauten infolge von Modernisierungen die Spitze genommen werden. Daneben sollen örtliche Mietunterschiede stärker berücksichtigt werden; das heißt, die Miethöchstbeträge werden nicht mehr nach der Gemeindegröße, sondern nach dem örtlichen Mietniveau gestaffelt. Schließlich sollen auch die Einkommensgrenzen um 20 Prozent angehoben werden. Danach kann künftig noch ein Vier-Personen-Haushalt mit einem Bruttoeinkommen von monatlich 4100 Mark Wohngeld beziehen. Das gilt übrigens auch für Hauseigentümer bei steigenden Zinsbelastungen. Durchschnittlich wird das Wohngeld für diesen Haushalt um 60 Mark angehoben.

Als zusätzliche familienpolitische Leistung wird ein Familienfreibetrag eingeführt, mit dem die Betreuung älterer Familienangehöriger in der Familie als Alternative zu einer Heimunterbringung erleichtert werden soll. Durch diesen Freibetrag erhöht sich für die Betroffenen das Wohngeld noch einmal um 45 Mark.

Schneider wies darauf hin, daß das Wohngeld auch dazu beitrage, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mindern. Inzwischen seien zehn Prozent der Wohngeldbezieher Arbeitslose.







Sondermarken zur Vertreibung jetzt als Privatdrucke

Die Bundespost hat Entwürfe für vier Sonderbriefmarken aus Anlaß des 40. Jahrestages der Vertreibung abgelehnt, weil sie zu spät vom Berliner Landesverband der Vertriebenen eingereicht worden waren. Der Vignettenblock zeigt Motive aus Danzig, Breslau, Stettin und Königsberg.

Die abgelehnten Entwürfe sind unter Vorauszahlung von fünf Mark zu beziehen vom Sozialwerk ostdeutscher Landsmannschaften, Stresemannstr. 90, 1000 Berlin 61, Post-Girokonto Nr. 380 81-104 Berlin-West. Der gesamte Erlös kommt der sozialen Betreuung von Aussiedlern, vor allem im Durchgangsheim Marienfelde, zugute. Der Versand des vierfarbigen Gedenkblattes ist portofrei.

„Unterhosen reichen bis zum Kinn“

Parlamentarierinnen nahmen Kleiderkammern der Bundeswehr kritisch unter die Lupe

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bei der Bundeswehr lagern in Kleiderkammern und Schränken 1,3 Millionen Paar Turnschuhe, die „völlig unbrauchbar“ seien und verschenkt werden müßten. Diesen Rat an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gaben fünf weibliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Den Mitgliedern des Haushaltsausschusses war aufgefallen, daß Klagen der Truppe über ungeeignete oder fehlende Kleidungsstücke zum Dauerthema wurden. Aus diesem Grunde hatten sie sich zu einer Inspektionstour zu allen drei Truppenteilen aufgemacht.

Lieselotte Berger von der CDU/CSU, Ursula Seiler-Albring von der FDP und die drei Abgeordneten der SPD Heide Simonis, Ruth Zutt und Brigitte Traupe sind „ein bißchen stolz darauf, daß uns eine solche Reise zusammen mit den drei stellvertretenden Inspekteuren Generalleutnant Kasch, Generalleutnant Feldhoff und Konteradmiral Wellershoff gelungen ist“. In einem Abschlußbericht über ihre Expedition durch Lagerhallen, Kleiderkammern und durch die Stuben von Soldaten, den sie gestern Wörner übergaben, wird festgestellt: Die Lösung ist überhaupt keine Frage des Geldes, sondern der Abschaltung von Bürokratie, es sollte nicht alles zentral beschafft werden.

So wurden beispielsweise bei größter Kälte an Wachsoldaten keine Pelzstiefel ausgegeben, obwohl sie massenhaft in den Kammern lagerten und dort täglich gezählt wurden. Truppenversuche mit Kleidung wurden von den Damen generell als „zweifelhaft“ bezeichnet, weil sie viel zu lange dauern, keine klaren Verantwortlichkeiten haben und häufig unklare Vorgaben. So wurde der überall geschätzte Parka plötzlich 20 Zentimeter kürzer als vorher.

Die Stiefel seien bei der Truppe trotz verschiedener Änderungen „immer noch nicht in Ordnung“, die Unterwäsche (die Frau Berger bei der Marine selber anprobierte) habe „zum Teil einen unmöglichen Schnitt“, Unterhosen reichten bis zum Kinn und hätten unerklärbare seitliche Beutel. Bei keiner Teilstreitkraft, so heißt es in dem Brief an Wörner, seien die Handschuhe in Ordnung, Bekleidung und Sturzhelm der Kradfahrer seien „unzweckmäßig und zum Teil gefährdend“, und die Munitionstaschen aus Plastik seien bei großer Kälte nicht zu öffnen.

Negativ bewertete Minister Wörner allein den Vorschlag, daß Stiefel nach Ende der Dienstzeit den Soldaten mit nach Hause gegeben werden sollten. Er selber habe durch alle Dienstgrade hindurch immer schon getragenes Schuhzeug bekommen, „ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen“. Wörner hat jetzt einen „Bekleidungsbeauftragten“, Oberst Heinz Möller, ernannt.

Unions-Fraktion im reinigenden Gewitter

THOMAS KIELINGER, Bonn

Einige der Teilnehmer sprachen von einem lange überfälligen Gewitter. Andere nannten es schlicht den Nachholbedarf an Aussprache, wie er entstehen müsse, wenn die parlamentarische Fraktion einer regierenden Partei sich in einer zentralen politischen Frage nicht ausreichend berücksichtigt vorkomme.

Gewitter oder Nachholfbedarf an Diskussion: Die Unionsfraktion unterzog sich am späten Dienstagnachmittag einer dreistündigen Katharsis über die Deutschlandpolitik, über das Verhältnis zu Polen, über die Grenzfrage. Die reinigende Wirkung dieser Debatte dürfte zu neuer politischer Gemeinsamkeit führen.

Diese Gemeinsamkeit schien auf dem Spiel zu stehen, seitdem in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 6. Februar der Staatsminister im Kanzleramt, Friedrich Vogel, von den Gebieten jenseits von Oder und Neiße sagte, sie seien „für die Bundesrepublik Ausland“ und in der gleichen Debatte der Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühe dem Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen „politische Bindewirkung“ zumaß, „die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könnte.“

Die Unruhe in Kreisen der Union ob dieser Feststellungen berief sich auch auf Äußerungen Helmut Kohls in der Aktuellen Stunde vom 6. Februar. Der Kanzler stellte sich damals eindeutig hinter die Äußerungen Rühes und auch Windelens, die, wie er sagte, „meine Position noch einmal aus der Sicht der Union sehr klar unterstrichen“ haben. Das schien manchen Unionsabgeordneten schon fast nach einer Sprachregelung zu klingen; Protest regte sich – eine Aussprache wurde fällig.

Abeleins Attacke auf den Kanzler

Sie wurde am Dienstagabend durch einen hochpolemischen Beitrag des Abgeordneten Abelein eröffnet, an dessen Stil und Ton später vor allem CDU-Generalssekretär Geißler Anstoß nahm. Abelein äußerte seine „Enttäuschung“ über den Kanzler, dem er vorwarf, mit seiner Erklärung für Rühe nicht mehr „in der Sukzession“ Konrad Adenauers zu stehen. Sofort unterbrach an dieser Stelle Fraktionschef Dregger, der diese Kritik am Kanzler „bedauerte“ und Abelein aufklärte, Kohl habe sich seinerzeit über den allgemeinen Ton und die Zielrichtung der Rüheschen Auslassung geäußert, sich aber nicht „einzelne Formulierungen zueigen gemacht“. Es sei nicht des Kanzlers Aufgabe, „jede Formulierung eines Kollegen zu zensieren.“

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die „Ausland“-Formulierung Friedrich Vogels zunächst damit exegetisch bereingt, daß sich die Mehrzahl auf die Interpretation „Nicht Inland“ einigten. Vogel selber stellte fest, daß natürlich der Friedensvertragsvorbehalt weiter bestehen bleibe. Nach diesem relativ rasch herbeigeführten Kompromiß konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die der Rüheschen Formulierung zugrundeliegenden Begriffsunterscheidung zwischen „Recht“ und „Politik“.

Rühe erläutert seinen Standpunkt

Unter großem Beifall aller Anwesenden rief der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, dazu auf, sich in der Deutschland- und Grenzfrage dem „Brückenschlagen“ und der „Annäherung“ zuzuwenden. Eine Vertreibung sei genug gewesen, fügte Czaja hinzu. Was die praktische Auslegung des Warschauer Vertrages angehe, so erlaube „das Vertrags- und Verfassungsrecht einen weiten politischen Spielraum,– aber nur bis zur Präambel des Grundgesetzes.“ Czaja plädierte dafür „Recht und Politik auf ein Papier“ zu setzen und nicht die Begriffe auseinanderzudividieren.

Rühe selber erläuterte noch einmal seinen Standpunkt, der vor allem von Kanzleramtsminister Schäuble, Staatsminister Mertes, Heiner Geißler und Paul Mikat unterstützt wurde: Daß „die bloße Beschreibung der Rechtslage ohnehin noch keine praktische Politik“ sei. Im Übrigen sei durch die „törichten Diskussionen der vergangenen Wochen“ ein Schaden entstanden, den er habe begrenzen wollen. In der Tat könnte eine politische Bindung auch rechtliche Auswirkungen haben – aber nur für den, der diese Bindung eingeht, also nicht unbedingt der „gesamtdeutsche Souverän“. Trotzdem mache man sich etwas vor, meinte Rühe, wenn man meine, der Warschauer Vertrag würde bei einem Friedensvertrag überhaupt keine Rolle mehr spielen.

Klärend interpretierte Professor Mikat, man dürfe „plausible Interessen nicht dadurch schwächen, daß man sie für obsolet erklärt.“ Schon der permanente Streit um die Rechtsposition könne „den Eindruck erwecken, als ob bei uns die Rechtsposition zur Disposition stünde.“ Andererseits warnte Mikat, wie viele andere Redner auch, Vertragstexte und Rechtspositionen „überzustrapazieren“; sie müßten sich vielmehr von selber verstehen.

Die „komplizierte Rechtslage“ überführte Fraktionschef Alfred Dregger am Schluß der Debatte souverän in die „politischen Perspektiven“, und die „können doch nur europäisch sein“. Denn die wichtigste Frage sei, ob Polen und Deutsche „das Recht erhalten, als souveräne Staaten ihren Frieden durch einen Friedensvertrag abzuschließen.

„Selbstbestimmung und Freiheit sind unteilbar“

Auszüge aus dem Bericht des Kanzlers zur Lage der Nation

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland unter anderem wörtlich:

Deutschland ist geteilt, ungeteilt aber ist der Wille des deutschen Volkes zur Einheit in Freiheit.

Nation und Freiheit zu verbinden – das ist der Maßstab, vor dem unsere Deutschlandpolitik bestehen muß. Gerade der 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 erinnert uns Deutsche an das kostbare Gut der Freiheit und an die Verantwortung für die Bewahrung von Frieden und Freiheit. Dieser Tag ist ein Tag der Selbstbesinnung, ein Tag der Erinnerung und Trauer ebenso wie der Dankbarkeit und der Hoffnung.

Wir gehören zum Westen. Nur dadurch hat die Freiheit der Deutschen eine Chance. Im Grundgesetz und in den Pariser Verträgen – einschließlich des damals neugefaßten Deutschlandvertrags – haben wir uns definitiv auf die europäische Einigungsidee festgelegt. Freiheit und Selbstbestimmung sind unteilbar.

Unsere Deutschlandpolitik ist Arbeit für Europa. Europa ist geteilt, weil ein Teil Europas unfrei ist. Deutschland ist geteilt, weil ein Teil Deutschlands unfrei ist. Europa wie Deutschland wollen frei zur Einheit finden.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung bleibt bestimmt durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, den Deutschlandvertrag, den Moskauer und den Warschauer Vertrag von 1970, das Viermächte-Abkommen von 1971, die Briefe zur deutschen Einheit sowie die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, den Grundlagenvertrag mit der DDR und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975.

Diese Dokumente bekräftigen unmißverständlich die deutschen Rechtspositionen, das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt ebenso wie unsere Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn.

Wir bekräftigen jetzt und für die Zukunft den Warschauer Vertrag und die darin zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen verankerte „Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen“ als „eine grundlegende Bedingung für den Frieden“. Wir, die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen, haben gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche und werden solche auch in Zukunft nicht erheben.

Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit stehen nicht zur Disposition. Für uns gibt es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Wir bürgern niemanden aus. In der Praxis gibt es damit übrigens auch gar keine Probleme: So bestreiten wir der DDR nicht das Recht, im Ausland diejenigen ihrer Bürger zu betreuen, die dies wünschen. Wir unsererseits lassen uns nicht das Recht nehmen, die Deutschen im Ausland zu betreuen, die sich uns zuordnen.

Unsere anhaltenden Bemühungen um Dialog und Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn verstehen wir als Ergänzung zum Gespräch der Weltmächte. Nur mit Zustimmung der vier Mächte – also auch der Sowjetunion – wird das deutsche Volk die Chance zur freien Selbstbestimmung erhalten. Solange aber bleibt dieser Anspruch auf der Tagesordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen können. Nicht Grenzen zu verschieben, sondern sie zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist der Kern



Bundeskanzler Helmut Kohl FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

unserer Ost- und Deutschlandpolitik. Deshalb bekennen wir uns auch zur Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der DDR.

Die menschenverachtenden Sperranlagen der DDR an den Grenzen mitten durch Deutschland zeigen mehr als alles andere, wie weit wir von der Normalität immer noch entfernt sind.

Brennpunkt der ungelösten deutschen Frage und zugleich Gradmesser der Beziehungen im West-Ost-Verhältnis ist und bleibt Berlin. Wir sollten uns gemeinsam darüber freuen, daß die Stadt wieder zu einem Anziehungspunkt geworden ist. Berlin bleibt eine nationale Aufgabe. Die Bundesregierung wird daher in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, die Lebensfähigkeit der Stadt zu stärken und die Anziehungskraft Berlins zu fördern.

Wohl kein anderes Feld der Politik braucht so viel Behutsamkeit und guten Willen aller Demokraten wie die Deutschlandpolitik. Wo Deutschland selbst auf der Tagesordnung steht, sollten die Parteien, die diese Republik von Anfang an mit aufgebaut haben, stets zuerst nach Gemeinsamkeiten suchen: Nach dem, was uns verbindet, und nicht – wozu wir sonst manchmal neigen – nach dem, was uns trennt.

Der Fußball und der 8. Mai

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Je näher der 8. Mai rückt, desto mehr sind in der SED auch Ideen gefragt, diesen 40. Jahrestag des Weltkrieg-Finales auf besondere Weise zu begehen. In den Agitprop-Abteilungen überschlägt sich zur Zeit die Flut der Vorschläge – bis hin zu den abstrusen. So steht schon jetzt im Kalender jedes kernigen „DDR“-Joggers die Teilnahme am „Friedensmarathon“ als schlichtes Muß fest: Am 5. Mai sollen sich Zehntausende von Lauf-Fans in Seelow – vor den dortigen Höhen fielen Tausende von Sowjetsoldaten – in Bewegung setzen und nach Strausberg im Osten Berlins laufen. Dort erreichten die ersten Vorhuteinheiten der Roten Armee das Stadtgebiet Berlins.

Ulrich Wenzel aus dem Kupferbergbau von Mansfield warb dafür im FDJ-Blatt „Junge Welt“: „Seit einigen Jahren bin ich Heimerzieher im Lehrlingswohnheim des BBS ‚Tru Van Tho‘ des VEB Walzwerks Hettstedt und begeisterter Anhänger der Laufbewegung.“ Auf Schusters Rappen zum Ruhme der Sowjetarmee ...

Die Gefahr, dabei vollends ins Peinliche zu geraten, was die Soldaten des Mai 1945 nicht verdient hätten, wird immer größer. Selbst das Organ aller Kicker-Fans der „DDR“, die altehrwürdige „Fußballwoche“, schreibt fleißig Wettbewerbe aus. Unter dem Motto „Freund Alexander verhalf zu einem Lederball“ werden die Leser animiert, ihren Erinnerungen an erste Fußballkämpfe gegen die Sowjetfreunde zu notieren.

Beim Kramen im Archiv stießen die Ball-Experten bedauerlicherweise nur auf Matchs im heutigen Westteil Berlins. So habe schon am 3. Juni 1945 eine Elf aus Moabit gegen ein Armeeteam gekämpft. Und Oberst Bersarin, erster Stadtkommandant, sei im späteren US-Bezirk Schöneberg (wo später der in Ost-Berlin so unbeliebte RIAS Quartier nahm) bei einem Anpfiff aktiv geworden und habe den Ballanstoß vorgenommen.

Was den schlichten Rotarmisten von heute von ihren Politoffizieren erzählt wird, läßt sich am Beispiel Dresden verdeutlichen. In der „Armee-Rundschau“, Illustrierte aus dem Hause von NVA-Chef Heinz Hoffmann, berichten Viktor, Valeri, Igor und Rachim, was ihnen der Politstellvertreter nach einem Ausflug in die sächsische Königstadt erzählte. Bombardiert worden sei Dresden deshalb, „weil die eigenen Verbündeten nur den Vormarsch der Roten Armee durch das Chaos verzögern wollten, das sie in dem mit Flüchtlingen überfüllten Dresden hervorriefen. Die Engländer und Amerikaner wußten, daß unsere Soldaten zuerst den betroffenen Menschen helfen würden.“ Abenteuerlicher geht's nimmer.

Aus der Presse von drüben

Angesichts solcher Merkwürdigkeiten tut es wohl, auch gelassene Betrachtungen der Wirklichkeit in der Bundesrepublik zu lesen. Ein Beispiel: Während das „Kleine Politische Wörterbuch“ aus dem SED-eigenen Dietz-Verlag auch in der Auflage von 1983 in der Bundesrepublik die „Macht des Imperialismus und Militarismus“ aus Vorkriegszeiten „wiederhergestellt“ sieht, gehen die Ostberliner Historiker schon wesentlich vorsichtiger mit der Wahrheit um.

In Nr. 11/1984 der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ differenziert Autor Günter Benser in einem Beitrag über die Entnazifizierung in Ost und West sehr wohl die SED-Standardthese von der „Braunen Brut“, die angeblich seit 1945 unbehelligt im Westen niste. „Es soll nicht unterstellt werden“, notiert er, „daß es in den Westzonen außer den Kommunisten niemanden gegeben habe, der Faschisten und Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen wollte. Für die Entnazifizierung haben sich viele Sozialdemokraten und so mancher bürgerliche Demokrat engagiert.“

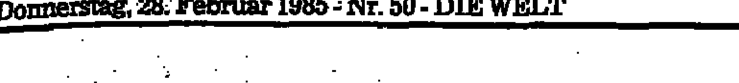
Auch die „Mehrzahl der in den westlichen Besatzungsorganen Tätigen“ sollte nicht der Sympathie für Faschismus „oder gar für Naziverbrecher verdächtigt werden“. Immerhin seien in den drei Westzonen 3,5 Millionen Fälle entschieden worden, „wobei 1167 Hauptschuldige, 23 000 Belastete und 150 000 Minderbelastete ermittelt wurden“.

Die Mär von der „braunen“ Bundesrepublik hat, quod erat demonstrandum, ihre Urheber eingeholt ...

Was immer wieder, bei aller Schärfe des Unterschieds, vergnüglich stimmt – das sind die Ähnlichkeiten. Beispielsweise in der Annäherung der Beschreibung von „DDR“-Spitzenmanagern im Vergleich zu westlichen Mustern in der Familienzeitschrift „Wochenpost“. Unterderhand-Verkaufsschlager an jedem Kiosk von Zinnowitz bis Zittau, schildert Reporter Fred Seeger den Genossen Generaldirektor Professor Dr. Hansjoachim Hahn, „Held der Arbeit“ und Chef von 29 000 Mitarbeitern im Kombinat Elektromaschinenbau.

Das geht in eine „home story“ über, wie sie jedes westliche Managermagazin ebenfalls feilbietet: „Im Licht der hellen, modernen Lampe strahlt Hansjoachim Hahn Zufriedenheit aus. Es ist, als hätte er sie sich in diesem Augenblick verordnet. Oder macht es die Gediegenheit, die das Zimmer beherrscht, wirken die undefinierbaren Kräfte der Bücherwände und der großen Bilder? ... Professor Hahn sieht auf die Uhr (scheinbar seelenruhig) und komplimentiert mich und sich hinaus. ‚Bis später. Warte bitte nicht.‘ (zu seiner Frau, d. Red.) Der Fahrer öffnet den Wagenschlag und übergibt eine dicke Unterschriftenmappe. Auto-Arbeit für morgen früh ...“

Eine Szene, auch in Leverkusen, München oder Stuttgart-Untertürkheim spielbar. Deutsches aus deutschen Chefzimmern.



Kohl mit elf Ministern nach Paris

Dollarkurs und Genf wichtige Themen / Mitterrand kündigt Initiative für Europa an

A. GRAF VON KAGENECK, Paris

Großer personeller Aufwand kennzeichnet seit Jahren die routinemäßigen deutsch-französischen Gipfelgespräche an Rhein und Seine. Nicht anders ist es diesmal. Bundeskanzler Kohl reist heute mit elf Ministern nach Paris – mehr als zwei Dritteln seines Kabinetts.

Schon am Vorabend waren die Minister des Äußeren und der Verteidigung, Genscher und Wörner, zu ihren inzwischen ebenfalls zur Routine gewordenen Gesprächen über beide Länder berührende Sicherheits- und strategische Fragen mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Hernu in Paris eingetroffen. Heute gehen neben Kohl die Minister Stoltenberg, Bangemann, Zimmermann, Kiechle, Dollinger, Riesenhuber, Blüm, Warnke, die Koordinatorin für deutsch-französische Fragen, Frau Helga Wex, sowie Staatssekretär Boenisch auf die Reise.

Wie immer gibt es keinen Themenkatalog. Den Gesprächsstoff zu diesen „deutsch-französischen Ministerräten", wie Giscard es einmal formulierte, liefere die jeweilige Aktualität. Gegenwärtig stehen der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn an, der Europäische Rat in Rom und die nächste Gesprächsrunde in Brüssel über die Süderweiterung der EG.

Welches ist der Standort Europas im west-westlichen und west-östlichen Spannungsfeld, zu denen der hohe Dollarkurs und die bevorstehenden Abrüstungsgespräche zwischen Sowjets und Amerikanern in Genf die Stichworte liefern? Die Franzosen dringen in jüngster Zeit stark auf eine energischere Ausweitung der europäischen Wirtschaft „auf der Basis eines gesunden Wachstum der EG-Staaten" (Wirtschaftsminister Beregovoy auf einem Symposium der „Internationalen Herald Tribune" in Paris), die die europäischen Währungen attraktiver machen und die beste Parade gegen einen zu starken Dollar darstellen würde.

Gerade von den Deutschen erwarten sie, daß sie sich französischen Plänen zur Stärkung des ECU, der europäischen Verrechnungseinheit, erkenntlicher zeigen.

Präsident Mitterrand sorgte im Vorfeld des Gipfels für Aufsehen, als er anläßlich einer Ehrung für seinen früheren Außenminister und heutigen Europa-Kommissar Claude Cheysson in Paris „eine neue Europa-Initiative in den nächsten Monaten" ankündigte, die „einige Leute erstaunen werde."

Dem Vernehmen nach wollen Mitterrand und Kohl in einem länger als gewöhnlich angesetzten Vier-Augen-Gespräch zu Beginn des Gipfels hierüber sprechen. Im Elysée schweigt man noch dazu. Eine der Ideen Mitterrands könnte die Einführung der einfachen Mehrheit bei Ministerratsbeschlüssen sein.

Die Süderweiterung der EG und die israelischen Wünsche hierzu sowie der leidige deutsch-französische Streit über die Einführung des umweltfreundlichen Katalysatorautos sind weitere Themen. Zum letzteren Problem setzt man in Paris viel Hoffnung auf einen belgischen Vorschlag, die Einführung umweltfreundlicher Autos je nach Zylinderinhalt auf mehrere Jahre zu staffeln.

Zweifel an der Zuverlässigkeit der Armee Riads

lim. Bonn

Die Zuverlässigkeit der saudischen Armee wird in militärischen Fachkreisen immer stärker bezweifelt. Dies gilt nicht nur für die Einschätzung der Israelis von den Streitkräften des arabischen Landes. Auch arabische Experten weisen unterderhand auf Schwächen in der saudischen Armee hin, die vor allem ethnisch-religiös bedingt sind. Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle in Amman erfährt, sollen vorwiegend pakistanische Soldaten der saudischen Heeresführung Sorge bereiten. Riad habe deshalb im Januar zum zweitenmal Islamabad darum gebeten, einen Teil der pakistanischen Soldaten zurückzurufen. Pakistans Präsident Ziaul Haq lehnte das Begehren ab.

Der Grund für die Bitte Riads war offenbar das Versagen der pakistanischen Söldner bei Einsätzen in den politisch und wirtschaftlich bedeutsamen Erdöl-Regionen Katif und Dammam. In diesen Regionen ist es wegen subversiver Tätigkeiten radikal-islamischer Kreise aus Iran mehrfach zu Unruhen gekommen. Die Bevölkerung dieser Landstriche am Golf ist überwiegend schiitischen Glaubens. Auch viele pakistanische Söldner im Dienste Riads sind Schiiten. Bei Polizeiaktionen gegen schiitische Unruhestifter, die Terror- und Sabotageaktionen planten, verweigerten diese Pakistanis den Befehl. Sie wollten nicht gegen schiitische Glaubensbrüder kämpfen. Die meisten der rund 9000 pakistanischen Söldner in Saudi-Arabien leisten ihren Dienst in der Panzertruppe. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Saudis Schwierigkeiten mit ihren pakistanischen Soldaten. Mehrere Einheiten desertierten bei Zwischenfällen an der Grenze zum Nordjemen.

Wendet sich Beirut Moskau zu?

Die Kataeb-Partei entscheidet sich für eine Pax Syriana / Schiedsrichterrolle für Sowjets

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Mit der atemberaubenden Sicherheit eines Schlafwandlers schreitet die Republik Libanon in den politischen Einflußbereich der Sowjetunion. Moskaus Botschafter in Beirut, Soldatow, der von einer kurzen Unterbrechung im zweiten Halbjahr 1982 abgesehen seit mehr als zehn Jahren die Ereignisse in dem unruhigen Land begleitet, hat der libanesischen Regierung jetzt sowjetische Waffenhilfe und Beratung angeboten. Das hatte das Politbüro-Mitglied Aliew bereits Anfang April des vergangenen Jahres bei einem Geheimbesuch in Beirut getan. Der 61jährige Aliew stammt aus einer muslimischen Familie. Er ist im Politbüro für Nahost zuständig.

Das nun öffentlich geäußerte Interesse der Sowjets fällt zeitlich zusammen mit einer internen Situation in Libanon, die Moskau in aller Stille die Rolle eines Schiedsrichters der libanesischen Verhältnisse zuweist. Mit den Schiiten unter Führung des Nabih Berri und den Drusen unter Walid Dschumblatt unterhält Moskau seit längerer Zeit intensive Kontakte. Sie werden von Karen Brutens, dem stellvertretenden Leiter der Auslandsabteilung der KPdSU, gepflegt. Bislang fehlte noch der Draht zu den Parteien der libanesischen Christen, vor allem zur Kataeb. Hier bemüht sich besonders Botschafter Soldatow.

Seine Mühen haben nun zu einem sichtbaren Erfolg geführt. Eine hochrangige Delegation der Kataeb-Partei machte dieser Tage in Damaskus dem syrischen Präsidenten Assad ihre Aufwartung. Assad hält fast die Hälfte des Landes militärisch besetzt und ist der engste Verbündete Moskaus in der Region. Seine Begegnung mit dem Vorsitzenden der Partei, dessen politischen Chefberater und dem Verbindungsmann der Partei zur Regierung wurde offenbar von Präsident Amin Gemayel gewünscht. Die prosyrischen Erklärungen der Delegation nach dem Besuch wurden in Jerusalem mit Enttäuschung, in Washington mit Schweigen und in Moskau mit Genugtuung aufgenommen, die jetzt im Angebot Soldatows zum Ausdruck kam.

Der Schwenk der Kataeb-Führung ins syrische Lager und somit in den Bannkreis der Sowjetunion ist bei den libanesischen Christen umstritten. Nüchterne und von der Partei unabhängige Köpfe halten die Option für eine pax syriana in Libanon für einen strategischen Fehler. Andere, weniger Unabhängige, argumentieren mit dem Druck, den Assad über den libanesischen Präsidenten auf die Parteispitze ausübe. Bereits die Abwahl des israelfreundlich gesinnten Chefs der Forces Libanaises, Fadi Frem, und die Wahl seines Nachfolgers Fuad Abunader im Dezember vergangenen Jahres haben den bestimmenden Einfluß Amin Gemayels auf die größte organisierte Kraft des Landes, eben die Kataeb-Partei, offenbart. Abunader ist ein Neffe Gemayels. Die Sowjets interessieren sich für Amin Gemayel. Da er die Legalität verkörpert, wünschen sie ein Abkommen mit ihm. Eine Achse Moskau-Damaskus-Beirut hätte in der Tat weitreichende politische Folgen im arabischen Raum. Außer dem Ziel des politischen Kondominiums, das Moskau über die Ausweitung seiner Machtbasis via Beirut anstrebt, interessieren sich die Sowjets freilich auch für den Beiruter Hafen, die Mittelmeerküste und die geostrategisch wichtigen Höhen und Hochtäler der Libanon-Berge.

In Israel beobachtet man die Entwicklung mit Sorge. Man sieht sie im Zusammenhang mit der maßlosen Aufrüstung der syrischen Streitkräfte, die im Frühjahr beendet sein wird. Daß der Kreml die syrischen Gebietsforderungen wenigstens teilweise unterstützt, geht unter anderem aus einer offiziellen Broschüre hervor, die Moskau im Herbst 1983 veröffentlichte. Sie zeigt Israel nur noch in den Grenzen von 1948 und die Golan-Höhen als Teil des syrischen Staatsgebiets. In Libanon fehlen nun die Ansprechpartner. Zwar unterhalten die Forces Libanaises noch ein Büro in Jerusalem, aber niemand weiß, wie lange die Syrer und Sowjets dies noch dulden werden. „Der Mord an Beschir Gemayel war der Wendepunkt", heißt es, „das hat dem Widerstand der libanesischen Christen das Rückgrat gebrochen." Jetzt gebe es zwar viele Motive, aber weder Organisation noch Führergestalt für den Widerstand.

Rau zerstreut in USA Sorge über NATO-Treue

FRITZ WIRTH, Washington

Die Einstellung der SPD zum NATO-Bündnis und die Rolle der Grünen in der deutschen Politik gehörten zu den meistgestellten Fragen, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident auf seiner dreitägigen Amerika-Reise zu beantworten hatte. „Ich habe meine Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß die NATO-Diskussion in meiner Partei keine Diskussion über das Bündnis, sondern innerhalb des Bündnisses ist", erklärte Rau in einer Bilanz seines Besuches. „Ich habe den Eindruck, daß ich hier einiges korrigieren und klarmachen konnte, daß es keinen Anlaß zur Besorgnis über die Verläßlichkeit der SPD im Bündnis gibt."

Zum Thema der Grünen sagte Rau: „Ich bedaure, daß dieses Thema vor allem unter dem Aspekt gesehen wird, wer mit wem geht. Ich habe dazu sagen können, daß wir in Nordrhein-Westfalen keine Koalitionsabsichten mit den Grünen haben. Weitere Rückfragen wurden nicht gestellt."

Im Mittelpunkt seines Besuchs in Washington stand ein einstündiges Gespräch mit Vizepräsident Bush, das sich fast ausschließlich auf osteuropäische Themen konzentrierte. Rau berichtete über seine kürzlichen Reisen nach Ungarn und in die „DDR" und stieß dabei, wie berichtet, bei seinem amerikanischen Partner auf „intensives Interesse".

Zu den weiteren Gesprächspartnern Raus gehörten Sicherheitsberater Robert McFarlane und der designierte neue Bonn-Botschafter Richard Burt, die beide ein besonderes Interesse an den sicherheitspolitischen Positionen der SPD zeigten. Rau erklärte später, daß er noch kein abschließendes Urteil über die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans habe.

Bei den Wahlen in Pakistan unterlagen sieben Minister

Absage an die fundamentalistische Politik des Staatschefs

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Die Wahlen in Pakistan, so wünschte es sich der 1977 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene General Ziaul Haq, sollten friedlich verlaufen und eine eindeutige Bestätigung seiner Regierung sein.

In beidem wurde Präsident Zia enttäuscht: Mindestens sechs Tote und 40 Verletzte forderten Zusammenstöße oppositioneller Demonstranten mit der Polizei. Sieben amtierende Minister mußten nach Wahlniederlagen zurücktreten, und Zias treuester politischer Partner, die fundamentalistische Jamat-i-Islami-Partei erlitt eine empfindliche Niederlage.

Parteien waren bei den Wahlen verboten, lediglich Einzelpersonen als Kandidaten zugelassen. Die meisten hatte Zia selbst ausgesucht und vor allem auf den Erfolg der Jamat-i-Islami-Partei gebaut.

Doch statt sein Kriegsrecht-Regime zu bestätigen, erteilten jene 50 Prozent der 34 Millionen Wahlberechtigten Pakistans, die tatsächlich zu den Urnen gingen, dem Präsidenten eine eindeutige Absage. Sieben amtierende Minister, darunter Zia-Freunde wie der Verteidigungsminister Ali Ahmed Talpur und Informationsminister Raja Zafarul Haq, unterlagen jüngeren, liberalen Gegenkandidaten, politisch meist unbeschriebene Blätter.

Diese Absage der Wähler an Kandidaten, die im Namen des Islam angetreten waren, mußte auch die Jamat-i-Islami verspüren. Von ihren 61 Kandidaten können nur zwölf in die Nationalversammlung einziehen. Nicht ganz so erfolglos war die – ebenfalls rechte – Pagaro-Fraktion der Moslem-Liga, die sich in den Wochen vor der Wahl um Distanz zu Zias Politik bemüht hatte. Mit 20 der 237 Sitze im Parlament stellt sie jetzt die stärkste Gruppe und erhält nach pakistanischer Verfassung somit das Recht, den nächsten Ministerpräsidenten zu stellen.

Die in der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie zusammengeschlossenen elf oppositionellen Parteien hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Den Wahlen war die Verhaftung der meisten Oppositionsführer und von mehr als tausend Regimekritikern vorausgegangen.

Auf den Schlag gegen die fundamentalistische Politik seiner Regierung hat Zia schnell reagiert und unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses sein Kabinett aufgelöst. Acht Minister, darunter Außenminister Yakub Khan und Finanzminister Ishaq Khan, versehen ihre Ämter allerdings weiter, ebenso wie Zakarta Kamdar, Berater für Religions- und Minderheiten-Fragen.

Der Präsident kann zwar mit der für Pakistan hohen Wahlbeteiligung zufrieden sein, „auch hat er", wie ein westlicher politischer Beobachter in Neu-Delhi meint, „seine demokratische Pflicht erfüllt, er ist aber geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen."

Heute werden die Parlamente für die vier Provinzen gewählt. Danach, so hatte Zia angekündigt, werde er einschneidende Liberalisierungs-Vorschläge sowie eine Änderung der Verfassung dem am 23. März zusammentretenden Parlament vorlegen. Ob er nun tatsächlich auf das Kriegsrecht verzichten und dem Parlament, dem Ministerpräsidenten sowie dem Präsidenten neue Rollen zuteilen kann, ist jetzt fraglich.

Kohlestreik: 50 Prozent arbeiten

fu, London

Zum ersten Mal seit Beginn des Kohlestreiks vor einem Jahr sind jetzt mehr als 50 Prozent der britischen Bergleute an ihren Arbeitsplätzen. Nach Angaben der staatlichen Kohlebehörde NCB sind gestern mehr als 93 000 Bergarbeiter in die Zechen eingefahren oder haben ihre Übertageschicht angetreten. Insgesamt gehören der Bergleute-Gewerkschaft NUM rund 186 000 Mitglieder an. Nach den gescheiterten Friedensversuchen in der vergangenen Woche kehrten am Montag 3807 streikende Kumpel erstmals wieder an ihre Arbeitsplätze zurück, soviel wie nie zuvor an einem einzigen Tag während dieses Ausstands. Am Dienstag waren es 1464 und gestern gut 1200.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zwiespältiges Interesse für Gromyko

Das spanisch-sowjetische Verhältnis / Zum Empfang eine antiamerikanische Kampagne

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der sowjetische Außenminister Andreij Gromyko kommt heute nicht zum ersten Mal zu einem offiziellen Besuch nach Spanien. So wie im November 1979 dürfte auch diesmal das Verhältnis Spaniens zur NATO ein wichtiges Gesprächsthema bilden. Spanien trat 1982 der Allianz bei, fror jedoch den Eintritt in die militärische Struktur ein. Ministerpräsident Felipe Gonzalez am Vorabend des Gromyko-Besuches: „Ich persönlich bin gegen die Einbindung Spaniens in die militärische Struktur."

Einen Tag vor Gromyko traf der amerikanische Sonderbotschafter, General Vernon Walters, in Madrid ein. Offiziell, um den für Anfang Mai geplanten Besuch des Präsidenten Reagan in Madrid vorzubereiten. Walters sieht sich mit einer antiamerikanischen Kampagne in Zeitungen und auf dem staatlichen Bildschirm konfrontiert. Vor kurzem wurden zwei amerikanische Diplomaten wegen Spionage ausgewiesen – sie fotografierten die Antenne auf dem Regierungspalast. Da die Ausweisung von Diplomaten eines befreundeten Landes zum ersten Mal offiziell bekanntgegeben wurde, muß auf eine konzertierte Aktion geschlossen werden. Dazu gehört die gewiß gezielte Äußerung des Sprechers des Auswärtigen Amtes in Madrid gegen einen Atomplan der USA. Danach könne Spanien von der NATO gezwungen werden, Atomwaffen auf seinem Territorium zu lagern; und zwar dann, wenn es der militärischen Struktur angehören sollte. Tatsächlich aber wurde in dem 1976 revidierten spanisch-amerikanischen Abkommen die Lagerung von Atomwaffen in Spanien ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Wiederbelebung der spanisch-sowjetischen Beziehungen, die nach dem Bürgerkrieg abgerissen waren, gehen bis auf die fünfziger Jahre zurück. Noch in der Franco-Ära besuchte der damalige Außenminister Lopez Bravo die Kreml-Führung in Moskau. Als nächster reiste Außenminister Marcelino Oreja – nunmehr als Vertreter der Demokratie – zu einem offiziellen Besuch nach Moskau. Nach dem Gegenbesuch Gromykos in Madrid startete das spanische Königspaar 1983 zu einer mehrtägigen offiziellen Reise nach Moskau und Leningrad. 1967 wurde das erste Schiffahrts- und Fischereiabkommen abgeschlossen. 1973 errichteten beide Länder Handelsmissionen, die im Februar 1977 in Botschaften umgewandelt wurden.

Das im Juni 1983 erneuerte spanisch-sowjetische Seetransportabkommen dürfte ein wichtiges Gesprächsthema des Gromyko-Besuches sein. Dieses Abkommen festigt die Stützpunktrechte der sowjetischen Fischereiflotte in Las Palmas und Santa Cruz auf den Kanarischen Inseln, schränkt sie jedoch hinsichtlich der Zahl der dort stationierten Trawler ein.

Unter der Kontrolle der spanisch-sowjetischen Firma „Sovhispan" mit Sitz in Las Palmas haben über 300 Trawler, Fabrik- und Werkstattschiffe unter sowjetischer Flagge geschützte Hafenrechte. Die Aeroflot transportiert jährlich etwa 15 000 sowjetische Seeleute nach Las Palmas, da die Besatzungen der Trawler alle halbe Jahre ausgewechselt werden.

In einem Interview mit dem spanischen Ministerpräsidenten Gonzalez brachte der Korrespondent der WELT Anfang 1983 die Sprache auf die militärische Bedeutung dieser Stützpunkte. Ein desertierter Matrose aus Lettland habe ihm berichtet, daß die Fischereifahrzeuge über abgeschlossene Räume verfügen, in denen die Besatzungen mit Sicherheit Waffensysteme vermuten. Außerdem würden die Trawler jeden Monat gruppenweise zu militärischen Übungen unter sowjetischen Seeoffizieren zusammengezogen.

Felipe Gonzalez dazu: „Ich will hier keine Spekulationen über diese Aussagen anstellen. Aber offensichtlich gibt es einen Widerspruch zwischen den Aufgaben einer Fischereiflotte und dem, was ein Risiko anderer Natur sein kann." Für das – danach abgeschlossene – Abkommen kündigte der Ministerpräsident in dem Interview an: „Bei dem Abkommen wollen wir natürlich Situationen ausschließen, die gewissermaßen durch die Hintertür entstehen könnten."

Polen lieferte den Wendepunkt

Die trojanischen Pferde haben ausgedient: Der Abstieg der eurokommunistischen Bewegung

Um den Eurokommunismus ist es in den letzten Jahren still geworden. Der Höhepunkt der Diskussion lag in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, ausgelöst durch die spektakuläre Ostberliner Konferenz europäischer Kommunisten (1976), durch Carrillos „Eurokommunismus' und Staat" (1977) und Wolfgang Leonhards „Eurokommunismus – Herausforderung für Ost und West" (1978). Inzwischen sind Entwicklungen eingetreten, die – nicht zuletzt durch eine Offensive der KPdSU – in zwei der drei eurokommunistischen Länder dieses Phänomen eher als Episode erscheinen lassen: Carrillo, der Programmatiker des Eurokommunismus, ist ins politische Abseits geraten, die KPS durch Richtungskämpfe gelähmt; und Frankreichs Kommunisten sind nach ihrem eurokommunistischen Flirt wieder brav auf den rechten Weg sowjethöriger Orthodoxie zurückgekehrt. Lediglich Italiens starke kommunistische Partei widerstand dem sowjetischen Druck und bleibt wohl auch über Berlinguer hinaus auf „Eurokurs".

Man sollte meinen, daß angesichts solcher Entwicklungen eine wissenschaftliche Untersuchung über den Eurokommunismus eher einem Grabgesang gleichkommen müsse. Dem ist nicht so. Klaus Kellmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Kiel und mit Veröffentlichungen zum Eurokommunismus bislang kaum in Erscheinung getreten, hat als Frucht einer mehr als fünfjährigen Arbeit eine Arbeit vorgelegt, die die Diskussion um den Eurokommunismus beleben dürfte.

Das auf umfassender Quellenkenntnis basierende Werk muß als die z. Zt. bedeutendste Arbeit unter den kaum mehr übersehbaren Titeln zum Phänomen des Eurokommunismus angesehen werden. Und dies nicht nur der auf den neuesten Stand gebrachten Gesamtdarstellung von Teilaspekten wegen, die in der Substanz durch Arbeiten vor allem von W. Leonhard, K. Priester und H. Timmermann kundigen Lesern bereits seit langem bekannt sind.

Der Wert des Buches liegt – neben seinem monographischen Charakter – in der Methodik der Verknüpfung dreier Analyse-Ebenen – der historischen, politischen und futurologischen; und er liegt in der zentralen Fragestellung, ob sich die eurokommunistische Bewegung mit dem Pluralismus der sie umgebenden politischen Kulturen versöhnen läßt oder auf halbem Wege wieder zu einem Totalitarismus sowjetischer Prägung zurückkehrt. Die Frage nach dem „pluralistischen Kommunismus" gibt so zu Recht den Titel des Buches ab, denn sie ist in der Tat das Leitmotiv der Untersuchung. Der Autor entscheidet die Frage nicht, nimmt aber die pluralistische Perspektive als wahrscheinlichere Entwicklung an.

Auch wer diesem Urteil skeptisch gegenübersteht, wird das Werk mit Interesse lesen. Die Analyse der Gesellschaftsphilosophie von Antonio Gramsci, dem „Ahnherrn" des Eurokommunismus, ist glänzend geschrieben, die Differenzierung zwischen den kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs kenntnisreich und subtil, die Frage nach Indizien der Glaubwürdigkeit des Eurokommunismus – vor allem in bezug auf die innerparteiliche Diskussion und Toleranz – bohrend. Nirgendwo begegnen oberflächliche Feststellungen und klischeehafte Behauptungen. Kellmann vermeidet derlei Gemeinplätze vor allem durch die Kunst der Frage, die er in seltener Weise beherrscht und die dem Werk insgesamt einen essayistischen Charakter verleiht, ohne seiner Wissenschaftlichkeit Abbruch zu tun. So entstand ein lesbarer Text, der auch in seinen schwierigsten Passagen zu fesseln vermag.

Klaus Kellmann:
Pluralistischer Kommunismus?
Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. 398 S., 106 Mark.

Der Hiweis im Vorwort, diese als Dissertation verfaßte Arbeit richte sich nicht nur an Wissenschaftler, sondern gleicherweise an NATO-Offiziere, Theologen, Gewerkschaftler und Politiker, ist kein billiger Werbetrick, sondern in der Sache gerechtfertigt – wenn man einmal von einigen, im übrigen stets gut gewählten Zitaten absieht, die der Verfasser im Original anführt und damit den weniger fremdsprachenkundigen Leser unnötig überfordert.

Weniger gerechtfertigt dagegen ist der Untertitel des Buches, der mit der „Reaktion auf die Erneuerung in Polen" einen Aspekt ansagt, der im Rahmen der Monographie keinen herausragenden Platz einnimmt. Zudem erweckt Kellmann den Eindruck, das Engagement vor allem der italienischen Kommunisten für Solidarność sowie die äußeren Übereinstimmungen in politischen Zielsetzungen der polnischen Erneuerungsbewegung und der KPI beruhten auf einer inneren Verwandtschaft. Hier hat der Autor die Chance vergeben, seine zentrale Frage nach einem pluralistischen Kommunismus in einem sozialistischen Land unter der Hegemonie der UdSSR im Sinne seiner Historie, Politik und Futurologie verküpfenden Analysemethode zu stellen.

Angesichts der politischen Kultur Polens mit einer langen republikanischen und pluralistischen Tradition hätte eine solche Analyse zu interessanten Ergebnissen geführt, die dem Autor wohl auch als Elemente seiner Vision zukünftiger Entwicklung, wie er sie im Schlußteil entwirft, willkommen gewesen wären. Dort finden sich im übrigen höchst nachdenkenswerte und diskutable Fragen nach dem Verhältnis von Eurokommunismus und NATO sowie nach der weltpolitischen Bedeutung eines pluralistisch gewandelten Kommunismus als Langzeitphänomen europäischer Politik, ja als möglicher dritter Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas.

Mit derlei Visionen wird freilich der Boden gesicherter Analyse verlassen, und der Autor weiß dies auch. Doch es macht ihn beim Lesen sympathisch, daß er sich als Historiker ein prognostisches Denken erlaubt, das weit in die Zukunft vorausgreift. Und das bei den Unwägbarkeiten, die der Analytiker Kellmann zutage fördert! So ist der Leser gehalten, mit den Visionen des Futurologen Kellmann höchst vorsichtig umzugehen. Auch wenn er am Ende überzeugt ist, daß die Los-vom-Kreml-Bewegung italienischer Kommunisten kaum mehr umkehrbar ist und der Eurokommunismus als trojanisches Pferd wohl ausgedient haben dürfte, so wird die sowjetische Politik es andererseits für absehbare Zeit zu verhindern wissen, daß der Bazillus im eigenen Lager eine Epidemie auslöst.

Und solange der Eurokommunismus nicht bei irgendeinem Godesberger Programm anlangt und die bislang verweigerte Sozialdemokratisierung vollzieht, dürfte die westeuropäische Politik darauf bedacht bleiben, die Kommunisten von der Macht fernzuhalten – auch wo sie, wie in Frankreich, durch eine Linkskoalition in die Regierungsverantwortung eingebunden werden. Doch wenn es gilt – und die Analyse von Kellmann führt dafür gewichtige Gründe an –, daß der gesellschaftliche Pluralismus die Nagelprobe einer Wandlung des Kommunismus ist, dann liegt es nicht zuletzt in unserer eigenen Wertschätzung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus, welchen Weg Europa in Zukunft einschlägt.

THEO MECHTENBERG

Die Gefahr durchaus erkannt

Eine Lücke in der Literatur über die Endphase der Weimarer Republik schließt eine jetzt im Colloquium Verlag, Berlin, erschienene Sammlung weitgehend unbekannter Quellen: **„Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933"** (136 S., 16,80 Mark). Flugblätter, Wahlkampfaufrufe und Plakate zeigen die vergeblichen Anstrengungen auch der Parteien der Mitte, den Radikalismus von rechts und links abzuwehren. Sie zeigen, daß nicht nur SPD und KPD, sondern auch die staatstragenden Mitte-Rechts-Parteien die wachsende Gefährdung des Weimarer Staates durch die Nationalsozialisten durchaus erkannten. Das Buch wendet sich vor allem an Schüler, Lehrer und Studenten und regt zur Auseinandersetzung mit dem politischen Radikalismus an. plü.

An der Realität gemessen

Er schuf nicht nur die angeblich einzige „wissenschaftliche Weltanschauung", auch die modische „kritische Wissenschaft" beruft sich gern auf ihn. Nur seine Lehre soll dieser Kritik nicht unterzogen werden. Daran hielten sich die sieben Wissenschaftler allerdings nicht, die Konrad Löw in dem Band vereinte: **„Karl Marx – Bilanz nach 100 Jahren"** (Deutscher Instituts-Verlag, Köln. 212 S., 24 Mark). Sie messen die Verheißungen von Marx an den Realitäten, insbesondere seine Theorien über die „nicht-entfremdete Arbeit" und über die Wirtschaft. Das Ergebnis ist nicht neu, aber es wird überzeugend und in einer leicht verständlichen Argumentation vorgetragen: Die Lehre von Marx ist eine „Heilslehre und Herrschaftsideologie" (Topitsch), die sich zur Rechtfertigung totalitärer Macht, nicht aber zur Erklärung politischer und sozialer Wirklichkeit eignet. P.D.



Erfolgreiche sowjetische Doppelstrategie: Breschnews Handschlag mit Carter bei den Salt-II-Verhandlungen in Wien FOTO VOTAVA

Nüchternheit ist Trumpf

Ein Bonner Fraktionsvorsitzender analysiert die Weltlage

Er hat, als Fraktionsführer der Unionsparteien im Deutschen Bundestag, einen der zeitraubendsten und ablenkungsreichsten Jobs im politischen Arbeitsmarkt der Republik. Um so höher ist es Alfred Dregger anzurechnen, sich die Zeit für dieses Buch genommen zu haben. „Der Preis der Freiheit" behandelt in seinem Hauptstück die Sowjetunion und ihren Aufstieg zur Weltmacht. Man liest den Text nicht mit der Neugier auf Ungeahntes, sondern mit einem Behagen, wie es die gültige Darstellung von Vertrautem zu stiften pflegt. Dregger schreibt wie einer, der, indem er erklärt und erläutert, sich selber den Stoff sozusagen neu beibringt.

Der Stil ist ruhig, unaufgeregt, ja, der Autor ermahnt sich und das Publikum wiederholt zu leidenschaftsloser Betrachtung des Gegenstandes. „Es hat keinen Sinn, sich über die sowjetische Strategie zu entrüsten", liest man da; oder: schon „aus Gründen einer nüchternen Positionsbestimmung" sei es unumgänglich, sich „die politischen Erfolge Breschnews einzugestehen". Mit diesem realistischen Blick bewaffnet, kommt der Autor seinem Sujet nicht schlecht bei – ganz abgesehen davon, daß in der politischen Analyse wie im politischen Leben die Unerschütterlichkeit zu den ersten Voraussetzungen der Macht gehört.

Das Bild, das uns der Autor über die Rolle des Expansionismus in der russischen Geschichte und im heutigen sowjetischen Auftreten entwirft, ist scharf und kenntnisreich konturiert. Eine Fülle von Zitaten und Details illustriert die Genese dieser wohl schicksalhaftesten Ideologie, mit der die Welt je konfrontiert war. Der Autor läßt gelegentlich fast Bewunderung durchblicken, vor allem in dem Kapitel, in dem er die Breschnewsche „Doppelstrategie" von Verhandlungen und Aufrüstung – also das sowjetische Erfolgsrezept der 70er Jahre – beschreibt und konstatiert, daß die Sowjetunion „mit dieser politisch-militärischen Doppelstrategie in kaum mehr als zehn Jahren den Schritt von einer kontinentalen Militärmacht zu einer globalen militärischen Supermacht vollziehen konnte". Aber die „Bewunderung" des Autors dient nur einem pädagogischen Zweck: Die Sowjetunion sei immer unterschätzt worden, ruft Dregger mit Recht in Erinnerung, und diesen Luxus dürfe sich der Westen nicht wieder leisten.

Das Buch gewinnt durch seinen Rahmen an Interesse: Geschickt wirft der Autor um die Kernanalyse der Sowjetunion die Betrachtung der heutigen deutschen Lage und der Lage Europas. Die Teilung Deutschlands, so schreibt er, spiegele die Ausschaltung Europas als eines politischen Machtfaktors am Ende des Zweiten Weltkrieges; daraus ergibt sich für Dregger zwingend, daß es Gleichgewicht in Europa nur geben kann, „wenn beide außereuropäischen Mächte daran beteiligt sind". Auf diese Analyse baut er zwei Schlußfolgerungen: Ein starkes Deutschland als alleiniges Gegengewicht zur Sowjetunion könne es nie geben, und eine europäische Eigenstarkung – nach der Dregger dringend verlangt – könne nie ohne die Bindung an Amerika auskommen.

Alfred Dregger:
Der Preis der Freiheit
Universitas Verlag, München. 230 S., 29,80 Mark.

Spätestens an dieser Stelle enthüllt der heutige Fraktionsführer der Union, daß ihm das Wort vom „deutschen Gaullisten" zu Unrecht anhängt. Die kritische Bilanz möglicher deutsch-französischer Zusammenarbeit gehört sogar zu den provokantesten Passagen des ganzen Buches. Auch hier überzeugt Dregger durch Nüchternheit. Frankreichs Sicherheitspolitik, so analysiert er schonungslos, „setzt bei anderen westeuropäischen Ländern das voraus, was sie selbst nicht zu geben bereit ist: die Einbindung und Einordnung in eine gemeinsame Verteidigung". Über diesen französischen Standpunkt könnten keine „Beteuerungen der deutsch-französischen Freundschaft . . hinwegtäuschen".

Überhaupt erfreut der Text mit manchen lakonischen „a parts". So hätten 1939 die Westmächte nur Deutschland, nicht aber der UdSSR den Krieg erklärt – obwohl doch beide, Hitler und Stalin, Polen überfielen und unter sich aufteilten. Die richtige Konsequenz aus der Doktrin der „flexible response", so schreibt Dregger an anderer Stelle, habe nicht die NATO selber, sondern der Warschauer Pakt gezogen: nämlich konventionell aufzurüsten. Und weiter: „Je höher der Lebensstandard der europäischen Länder wird, je deutlicher die globalen Militärlasten der USA zunehmen, um so geringer wird die amerikanische Bereitschaft sein, in Europa Lücken auszufüllen, die durch selbstverschuldete europäische Schwächen entstanden sind."

THOMAS KIELINGER

Wer fühlt sich ausgebeutet?

Oskar Lafontaines Suche nach dem „anderen" Fortschritt

Oskar Lafontaine, der Sozialdemokrat, der am 10. März nach dem Amt des saarländischen Ministerpräsidenten greift, stapelt tief: Einen Beitrag zur aktuellen politischen Diskussion wolle er mit seinem Buch liefern, „ein höherer Anspruch ist damit nicht verbunden". Doch wenn er, Symbolgestalt vieler SPD-Linker und zugleich in seiner Jugend von Jesuiten intellektuell Geprägter, mitten im Wahlkampf und zu Beginn der SPD-internen Diskussion über ein neues Parteiprogramm ein Buch schreibt, dann erwartet der Leser mehr.

Die Sozialdemokraten wissen um ihr größtes Kompetenz-Defizit in den Augen des Publikums, nämlich im Bereich der Wirtschaftspolitik. Seit den seligen Tagen der Heinrich Deist, Claus-Dieter Arndt, Alex Möller und Karl Schiller fehlen hier die großen Figuren. Und im Programmatischen hat die Partei sich noch zu wenig umgestellt in ihren Vorstellungen, die nur auf der Basis stetigen und kräftigen Wirtschaftswachstums zu verwirklichen wären. Wenn weniger zu verteilen ist, müssen neue Wege gesucht werden. Es ist wie eine Schere: links die Ökos und rechts die sozialen Ansprüche.

Oskar Lafontaine:
Der andere Fortschritt
Verantwortung und Verweigerung. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg. 244 S., 28 Mark

Für Lafontaine geht es „um die Wiederherstellung der Verantwortung des einzelnen", auch im Produktionsprozeß. Für ihn mußten die bisherigen Versuche der Sozialdemokraten, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf der Basis der wachstumsorientierten Industriegesellschaft zu erreichen, scheitern. Dies sei der eigentliche Grund für den Verlust der Regierungsmacht.

Der Saarbrücker Oberbürgermeister, der vor allem in seinem Engagement gegen die Politik Helmut Schmidts und gegen den NATO-Doppelbeschluß bundesweit bekannt wurde, hat im Saarland den Grünen für den Fall eines entsprechenden Wahlergebnisses eine Koalition angeboten und versucht gleichzeitig, durch seine eigene Politik die Partei der Grünen zu schwächen. So ist es nur folgerichtig, wenn er in seinem Buch schreibt: „Es gibt jenseits aller oberflächlichen Taktiererei für die Politik der Sozialisten und Ökologen einen fundamentalen Schnittpunkt: das Eintreten für die Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen. Der andere Fortschritt hat einen Namen: Ökosozialismus. Er verbindet den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen mit dem Kampf gegen die Ausbeutung der Natur. Zu fragen ist, welche gesellschaftlichen Gruppen und Schichten diesen anderen Fortschritt mitzutragen bereit wären."

Dies ist in der Tat die Frage. Denn wenn sich die ganz überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung gar nicht ausgebeutet fühlt, was dann? Wenn niemand mehr freiwillig auf den alten Marx setzen will?

Es kommen die bekannten Schlagworte von der Beschneidung des Verteidigungsetats zugunsten des Sozialetats, von „der Jugend, die eine Kultur anstrebt frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Unterwerfung". Doch beschreibt dies die gesellschaftliche Wirklichkeit unserer Republik bzw. ist dies die Perspektive, die die SPD wirklich wieder mehrheitsfähig machen wird? Was Lafontaine an Gedanken zusammengetragen hat, ist reizvoll, um sich daran zu reiben, faßt viele Thesen in der ihm eigenen, teilweise brillant formulierten Art zusammen – aber das neue, überraschende Element fehlt. Man hatte mehr von ihm erwartet.

PETER PHILIPPS



NOTIZEN

Exportlizenz erteilt

Hamburg (dpa) – Das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg erhält voraussichtlich im März einen bereits im Dezember 1983 in den USA bestellten extrem leistungsfähigen Computer. Das US-Handelsministerium hat jetzt die erforderliche Exportlizenz für den Rechner erteilt. Nach Angaben der Lieferfirma ist der 15 Millionen Mark teure Computer der derzeit schnellste Rechner der Welt. Er war von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Hamburger Institut bestellt worden und steht in den USA seit Dezember 1984 versandfertig bereit. Die Exportlizenz ist mit einigen Auflagen für Schutzvorschriften verknüpft.

Aufforstung an Straßen

Wiesbaden (dpa) – Straßenbau und Landschaftspflege müssen nach Auffassung des hessischen Wirtschaftsministers Ulrich Steger keineswegs im Widerspruch zueinander stehen. Allein in den letzten 15 Jahren seien an hessischen Straßen 16 Millionen Gehölze und über 800 000 Bäume gepflanzt worden. Dies ergebe eine Forstfläche von 1700 Hektar, meinte der Minister.

Werte kaum verändert

Hamburg (DW.) – Auf einer Überwachungsfahrt des Forschungsschiffes „Gauß" des Deutschen Hydrographischen Instituts (DHI) wurden an 50 Stationen im Bereich des deutschen Festlandsockels in allen Wassertiefen Nährstoff- und Erdölkohlenwasserstoff-Konzentrationen bestimmt. Gegenüber dem Vorjahr zeigten die Messungen in der deutschen Bucht kaum Veränderungen.

Unkontrolliertes Altöl

Essen (DW.) – Einen Mangel an Altöl-Sammelstellen in der Bundesrepublik beklagt die Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine (VdTÜV) in Essen. Vor allem bei den Kommunen sollten mehr Sammelbehälter für Altöl aufgestellt werden, an denen jedermann möglichst auch samstags Altöl abgeben kann, beispielsweise bei der Müllabfuhr oder bei der Feuerwehr. Das meiste unkontrolliert beseitigte Altöl, so die VdTÜV, stamme aus Ölwechseln an Kraftfahrzeugen, die die Fahrzeughalter selbst durchführen.

Vor den Toren Hamburgs, in Großhansdorf, befindet sich das Institut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft. Professor Hans Muhs, stellvertretender Direktor, zeigte in einem Gespräch mit der WELT auf, wie dem Waldsterben mit neuen Züchtungskonzepten begegnet werden soll.

Exoten aus Amerika sollen bald Kiefern und Fichten ersetzen

Von G. KRANEFUSS

Hans Muhs vergleicht die kranken Bäume mit Menschen, die über Jahre den Krebs in sich tragen, ohne daß er nach außen erkennbar ist. „Wird die Krankheit sichtbar, ist es meistens auch beim Baum zu spät."

Müssen sich die Wissenschaftler mit dem Waldsterben abfinden, oder gibt es Möglichkeiten, es aufzuhalten und für die Zukunft zu verhindern? „Wir finden uns nicht einfach damit ab. Wir wissen zwar, daß wir vielerorts die Fichte, Tanne und Kiefer nicht retten können. Aber speziell im norddeutschen und niedersächsischen Raum und in Nordrhein-Westfalen haben wir schon mit dem Aufforsten von importierten Exoten begonnen. Aus Oregon, Washington und Britisch Columbien haben wir die Douglasie, hier bekannt als Douglas-Tanne, und die große Küstentanne geholt, die widerstandsfähiger und sturmfest sind."

Auf die Frage, ob diese Arten auch den Umweltbelastungen besser widerstehen werden, meint Hans Muhs: „Eine Anfälligkeit wird es sicher geben, aber trotzdem sollen 20 Prozent der aufzuforstenden Flächen mit ihnen bepflanzt werden, das heißt, dort, wo es sinnvoll ist, werden wir sie bei Aufforstungen unserer Kiefer und unserer Fichte vorziehen."

Eichen als Stütze für den Aufbau neuer Wälder

Bisher bestanden die Wälder zu 40 Prozent aus Fichten, die wegen ihrer Schnellwüchsigkeit der „Brotbaum der Forstwirtschaft" genannt werden. Wenn diese jetzt geschädigten Bäume vorzeitig, das heißt nach 40 statt nach 60 oder 70 Jahren geschlagen werden müssen, erzielen sie nicht mehr die gewünschten Gewinne. Dann werde zu überlegen sein, ob man diese Baumart wieder an denselben Standorten anpflanzen soll. „Wir wollen auch wieder vermehrt Pappeln, Buchen und Eichen pflanzen", sagt Hans Muhs, „Baumarten, die nach etwa 25 Jahren beziehungsweise zwischen 120 und 140 Jahren und nach 140 bis 300 Jahren schlagreif sind." Und er fügt hinzu: Die Buche ist der „Mutterbaum" unseres Waldes. Sie ist für die Bodenverbesserung und den Nährstoffkreislauf unverzichtbar. Ihrer hohen Gefährdung müssen wir gegensteuern. Die Eiche zeigt noch eine relativ hohe Resistenz. Sie kann deshalb dem Aufbau neuer Wälder als Stütze dienen. Die Pappel ist für Standorte geeignet, die heute belastet sind, weil sie wegen ihres sehr kurzen „Umtriebes" früher geerntet werden kann und weil auch neue, aussichtsreiche Aufschlußverfahren in der Entwicklung sind, mit denen das früher schwer verwertbare Holz der Zellstoffherstellung zugeführt werden könnte.

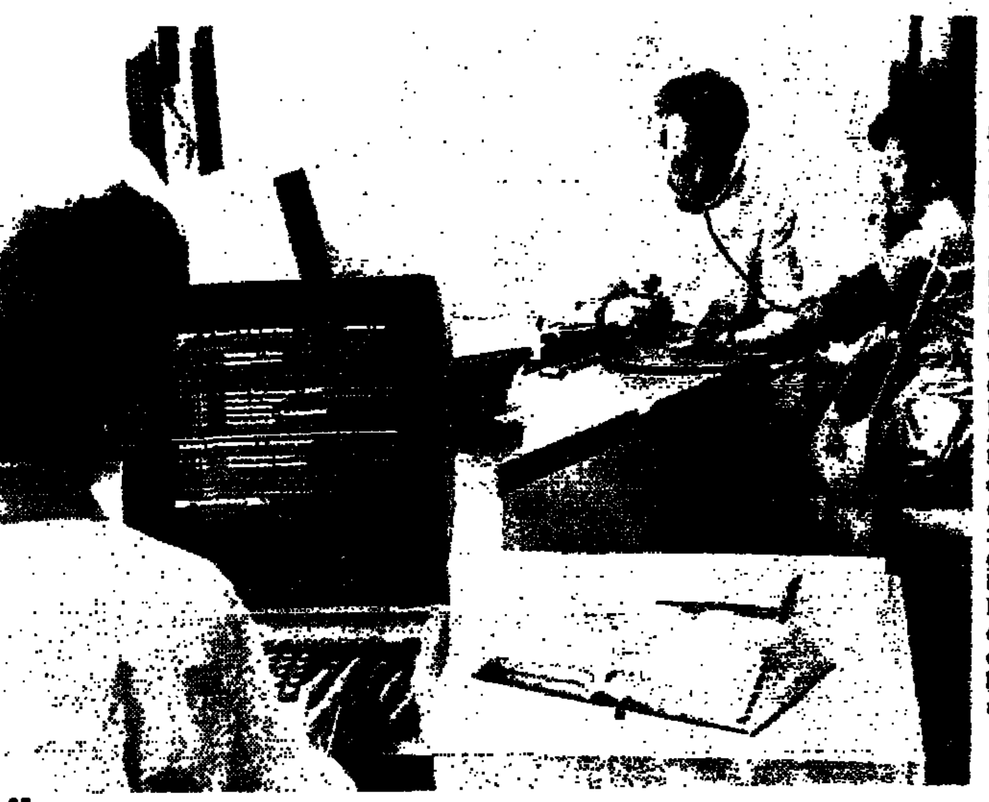
Zu der Arbeit der neun Wissenschaftler bei Hamburg gehört es auch, Zuchtmaterial für künftige Wälder zu sammeln. Hans Muhs erklärt dazu: „Wir können den einzelnen Baum draußen im Wald nicht retten. Wir können bestenfalls Saat- oder Vermehrungsgut durch Stecklinge und Ableger erhalten. Die Gefahr ist schon groß, daß so viel vernichtet wird, daß wir die geschädigten Wälder später nicht mehr verjüngen können, daß heißt, daß bestimmte Arten unwiederbringlich verloren sind. Wir können auch nicht von einer Tanne ein Päckchen mit Samen einfrieren, es in zwanzig Jahren auftauen, wenn die Boden- und Umweltbedingungen wieder gut sind, und dann aus 10 000 Samen vielleicht 5000 Pflanzen gewinnen, auf deren Verwertung wir weitere 70 Jahre warten müssen."

Nach Muhs setzen die Wissenschaftler zunehmend auf die vegetative, also ungeschlechtliche Vermehrung, die bei vielen Baumarten wie Weiden und Pappeln eine der natürlichen Vermehrungsarten ist. Die Wissenschaftler bedienen sich hier der modernen Technik der Verklonung, mit der innerhalb von drei bis vier Monaten Tausende neuer Pflanzen aus einem einzigen Ausgangsbaum produziert werden können. Dabei kann der besonders ausgewählte Ursprungsbaum in seiner ganzen genetischen Vielfalt vermehrt werden – mit der Folge, daß der Zuwachs in einem Betand um bis zu 20 bis 40 Prozent gesteigert werden kann. Bei der Tanne gelingt das aus bisher unbekannten Gründen nicht, bei der Fichte ist diese Technik erfolgreich, bei der Kiefer zeichnen sich erste Erfolge ab.

Mittelmeerländer als warnendes Beispiel

„Der Wald", sagt Hans Muhs, „steht mit seinem ganzen Ökosystem unter dem Naturgesetz, und das ist von ganz anderer Art als jene Gesetze, die wir Menschen uns machen. Da kann man nicht verhandeln, wieviel wir vom Wald gesunderhalten wollen und wieviel wir, sagen wir, unserer Nachlässigkeit opfern wollen. Auch der Laubwald wird mit Verzögerungen sterben, wenn nichts gegen die Umweltverschmutzung geschieht, da werden uns auch unsere schönsten Züchtungserfolge nicht helfen."

Professor Muhs hält Resignation jedoch für gefährlich: „Wir brauchen den Wald, weil an ihm die gesamte Landschaftsökologie, die Trinkwasserversorgung und in besonderem Maße der Lebensraum der Alpen und Mittelgebirge hängt." Ein warnendes Beispiel müßten uns die Mittelmeerländer sein: „Wir vergessen oft, daß auch Italien und Jugoslawien zur Römerzeit stark bewaldet waren. Aber für den Schiff- und Hausbau wurden die Wälder abgeholzt, und der zweite Waldzerstörer nach dem Menschen waren dann die Ziegen: Sie fraßen auch den Jungwuchs, so daß sich der Wald nicht mehr verjüngen konnte. Was zurückblieb, ist eine Mondlandschaft kahler Felsen. Und wenn wir nicht aufpassen", sagt der Waldprofessor, „geht es uns ebenso."



Während der Arzt den Blutdruck mißt, kann die Helferin per Computer bereits die neuesten Erkenntnisse über bestimmte Krankheiten bei einer Datenbank abrufen. Dort wird die Flut an Forschungs-Berichten, Aufsätzen und Büchern aufbereitet und den Medizinern zur Verfügung gestellt. Der Patient kann bei seinem Arzt also mit dem aktuellsten Kenntnisstand rechnen. FOTO: WERKFOTO

Ärzte nutzen Computer zu selten

Datenbanken helfen Medizinern, die Informationsflut an Fachliteratur zu bewältigen

Von H. WATERMANN

Vor mehr als einhundert Jahren gelang der Medizin der entscheidende Schritt von einer empirisch-deskriptiven zu einer theoretisch fundierten Disziplin. Dieser Wende verdankte sie hauptsächlich die seitdem erzielten Fortschritte und den enormen Anstieg des medizinisch-biologischen Einzelwissens, der die Medizin stärker denn je in Einzeldisziplinen aufgesplittert hat. Das Wissen war für den einzelnen zu umfangreich geworden, und der wissenschaftliche Fortschritt dynamisierte den Einzug der Technik in die Medizin.

Die vielfältigen Entdeckungen der letzten Jahre, vor allem in den Biowissenschaften, schaffen der Ärzteschaft Probleme. Man schätzt, daß jährlich weltweit etwa eine Million Forschungsberichte, Aufsätze und Monographien veröffentlicht werden und daß sich das Wissen in der Medizin alle vier bis fünf Jahre verdoppelt.

Dem Arzt stellt sich heute die bange Frage, wie er die ständig anschwellende Informationsflut bändigen soll. Zudem erreichen ihn über Fachzeitschriften, Lehr- und Handbücher, Kongreßbesuche und -protokolle nur Bruchteile vom neuesten Stand der Wissenschaft. Darüber hinaus sind die Lehrbücher, ehe sie den Arzt erreichen, bereits in großen Teilen ihrer Aussage veraltet.

Als Hilfe für den Arzt, der dem Kranken den neuesten Stand der Wissenschaft zur Verfügung stellen will, bieten sich die medizinischen Datenbanken an. International von Behörden, Kliniken, Forschungsinstituten und Pharmaunternehmen aufgebaut und unterhalten, werden in ihnen die neuesten Erkenntnisse gespeichert und aufbereitet.

Doch nur wenige Arztpraxen verfügen über einen geeigneten Computer. Und oft besteht die Schwierigkeit, die unterschiedlichen Computersprachen und -systeme zu beherrschen. Zur Überwindung dieser Schwierigkeit bieten sich dem Arzt als Vermittler die medizinischen Informationsbroker an, wie die MED INFO München, die Zugriff auf vierzig nationale und internationale Datenbanken hat.

Dem Arzt, der Angaben über eine Krankheit und deren Behandlung anfordert oder einen Überblick über die neuesten Forschungsergebnisse in seiner Disziplin verlangt, liefert MED INFO zwanzig Kurzfassungen relevanter Beiträge und teilt darüber hinaus mit, wie viele weitere Ausarbeitungen zu dem Thema noch gespeichert sind. Der Auftraggeber kann dann entscheiden, ob seine Anfrage ausreichend behandelt wurde, oder sein Thema weiterverfolgen, einengen oder den aufgezeigten Literaturhinweisen nachgehen.

Neben der Recherchearbeit bietet MED INFO auch an, die in den Kurzfassungen erwähnte Literatur zu beschaffen. Während die Dokumentationen großer Pharmaunternehmen ähnliche Anfragen von Ärzten, wenn auch nur eigenproduktbezogen, noch kostenfrei beantworten, haben die Dienstleistungen von MED INFO ihren festen Preis: Die erste Anfrage mit zwanzig Kurzfassungen kostet 250 Mark, der Dauerauftrag kommt billiger – jährlich 130 Mark als Grundbetrag und 4,50 Mark pro Kurzfassung. Die Vermittlung seltener Literatur – bei den gekürzten Bibliotheksetats gibt es bereits sehr viel davon – wird nach Aufwand berechnet.

Ob es an den Preisen liegt, die von MED INFO in Rechnung gestellt werden oder ob in der Ärzteschaft Vorbehalte gegenüber Computern bestehen, der Mitbegründer von MED INFO, Leo Krutoff, beklagte in einem Gespräch mit der WELT das noch geringe Interesse der Ärzte an medizinischen Datenbanken. Dem muß das Resümee des bekannten amerikanischen Mediziners und Biologen Lewis Thomas gegenübergestellt werden: „Wir brauchen mehr Wissen. Das ist die eigentliche Lehre des Jahrhunderts. Wir brauchen die Wissenschaft, mehr und bessere Wissenschaft ..."

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser ehemaliger Direktor des Verkaufs Cigarette, Herr

Hans Carl Schielin

im 83. Lebensjahr unerwartet verstorben ist.

In den langen Jahren der Zugehörigkeit zu unserem Hause hat der Verstorbene in hervorragender Weise durch seine dynamische Persönlichkeit mit außerordentlicher Fachkompetenz und mit unermüdlicher Schaffenskraft zu der Entwicklung unseres Unternehmens beigetragen. Wir verdanken ihm sehr viel.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand und Mitarbeiter
der
MARTIN BRINKMANN AG

Der Lebensweg unseres lieben Vaters und Großvaters

Dr. Kurt Junge

Rechtsanwalt und Notar a. D.

* 30. Juni 1899 † 24. Februar 1985

ist vollendet.

Wir gedenken seiner in Liebe und Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen
Dr. Helmut Junge und Frau Sigrid geb. Kessler
Klaus Hellwig und Frau Helga geb. Junge
und fünf Enkelkinder

2000 Hamburg 56, Wülpensand 8

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 5. März 1985, um 14.00 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Sülldorf.

Unser Justitiar und Mitglied der Geschäftsleitung, Herr

Dr. jur. Hans-Bernhard Kawerau

hat uns nach schwerer Krankheit im Alter von 42 Jahren für immer verlassen. Sein Engagement war uns Vorbild und seiner Persönlichkeit galt unser Respekt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der
Rheinisch-Westfälischen
Immobilien-Anlage Gesellschaft mbH.

Wir haben die traurige Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß das Mitglied unseres Verwaltungsbeirates und ehemalige Vorstandsmitglied

Dr.-Ing.
Erich Artur Schaack

am 24. Februar 1985 im Alter von 80 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Schaack gehörte von 1954 bis 1970 dem Vorstand unseres Unternehmens an. Anschließend war er Mitglied des Verwaltungsbeirates der RHENAG.

In seiner langjährigen Tätigkeit als Vorstandsmitglied unseres Unternehmens hat er sich durch sein erfolgreiches Wirken ausgezeichnet. Während seiner Zugehörigkeit zum Verwaltungsbeirat der RHENAG haben wir ihn als sachverständigen Berater kennen- und schätzengelernt.

Wir nehmen in tiefer Trauer Abschied von dem Verstorbenen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
RHENAG RHEINISCHE ENERGIE AKTIENGESELLSCHAFT

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

ANNEMARIE NISSEN
GEB. MÜNCH
* 30. OKTOBER 1925 † 24. FEBRUAR 1985

GODBER NISSEN
ELISABETH JAHR GEB. NISSEN
ALETTA NISSEN

TRAUERFEIER AM DIENSTAG, DEM 5. MÄRZ 1985, UM 11 UHR IN DER KIRCHE ZU HAMBURG-NIENSTEDTEN, ELBCHAUSSEE.

STATT ZUGEDACHTER KRANZSPENDEN BITTEN WIR UM UNTERSTÜTZUNG ZUGUNSTEN DER „FLÜCHTLINGSSTARTHILFE E.V.". BANKHAUS DELBRÜCK & CO. (BLZ 200 203 83), KTO.-NR. 21 105.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer, Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

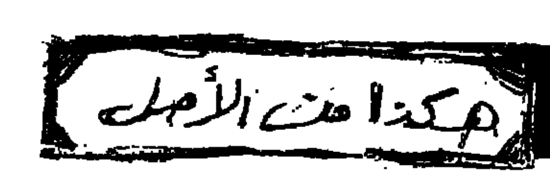
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Der Komfort unserer Slumberettes genügt, Sie in den Schlaf zu wiegen.

Nocturne

Frédéric Chopin, Opus 37 Nr. 1

Sorry Frédéric, dass First Class-Passagiere in unseren B-747 und DC-10 selbst Deine Musik manchmal nur noch ganz entfernt und dann überhaupt nicht mehr hören.

Die Klangqualität unserer elektronischen Kopfhörer ist zwar nicht zu überbieten. Aber der Komfort unserer Schlaffauteuils eben auch nicht.

Sie lassen sich per Knopfdruck stufenlos in praktisch jede gewünschte Position bringen. Also zum Beispiel von der Schlafstellung in eine bequeme Essstellung, wenn Sie wieder aufgewacht sind.

In unserer First Class erleben Sie übrigens einen Service, der die Rückkehr aus dem Land der Träume jederzeit angenehm macht.

So werden Sie mit ausgesuchten Delikatessen verwöhnt, die Sie sich aus drei vorgeschlagenen Menüs ganz nach Ihrem Geschmack zusammenstellen können. Auf gewissen Langstrecken kommen Sie in den Genuss der besonders leichten Cuisine Moderne Swissair. Dazu bieten wir eine Getränkeauswahl, die ihresgleichen sucht.

Und unsere Air Hostessen und Stewards betreuen Sie so zuvorkommend, aufmerksam und persönlich, dass es eigentlich fast schade ist, den Flug zu verschlafen.

Die Swissair oder Ihr IATA-Reisebüro gibt Ihnen gerne alle weiteren Auskünfte.



Schnelle Anpassung der „DDR"-Übersiedler

Studie des „Deutschland Archiv" weist auf „Pioniergeist"

hrk. Berlin

Mit bemerkenswertem Selbstbewußtsein, Beharrlichkeit, einer hohen „Ich-Stärke", Bescheidenheit und einem gewissen, im Westen weitgehend abhanden gekommenen „Pioniergeist" haben sich viele der 40 000 „DDR"-Übersiedler des Jahres 1984 in Nordrhein-Westfalen eine neue Existenz aufgebaut. Viele äußern sich kritisch über die „eher oberflächlichen und reservierten" zwischenmenschlichen Beziehungen in ihrer neuen Heimat.

Dies sind Ergebnisse aus einer im Februar-Heft des „Deutschland Archiv" abgedruckten Untersuchungsreihe des Wuppertaler Soziologieprofessors Volker Ronge:

● 50 Prozent der Befragten warteten „nur" bis zu zwei Jahre auf ihre Ausreise. Die Zeit bis zum erwarteten positiven Bescheid wurde durch verstärkte Analyse aller West-Fernsehsendungen über den Alltag in der Bundesrepublik und häufig in „regelrechten Vorbereitungsgruppen" von Einzelpersonen und Familien genutzt.

● In einzelnen Fällen wurde sogar Englisch gelernt bzw. die Kinder in der Schule dazu veranlaßt.

● Die Übersiedler zeigten in den Interviews, daß sie bereits drüben „durchgängig auch über Problemaspekte der Bundesrepublik" informiert waren.

● Von den befragten Haushalten besaßen rund zehn Prozent ein halbes Jahr nach der Übersiedlung weder ein Erwerbs- oder Renteneinkommen. In jedem fünften Haushalt waren schon beide Eheleute erwerbstätig, in jedem zweiten zumindest der Ehemann.

Berufliche Motivation

● Am günstigsten trafen es Ingenieure und technische Facharbeiter „mit besonderen, durch berufliche Fortbildung in der DDR erworbenen zusätzlichen Qualifikationen". Sie fanden am schnellsten Arbeit, auch weil sie „hohe berufliche Motivation sowie ein ausgesprochen aktives individuelles Verhalten mit entsprechendem Selbstbewußtsein und Optimismus" zeigten.

● Bemerkenswert ist, daß diese Erfolgreichen ihre Arbeitssuche „sehr strategisch, beharrlich, unkonventionell sowie durchgängig ohne Zuhilfenahme der amtlichen Arbeitsvermittlung" vornahmen. Eine typische Interviewbemerkung zu diesem Punkt lautete: „Wenn jemand arbeiten will und sich wirklich bemüht, also nicht nur zu Hause sitzt und wartet, bis was vom Arbeitsamt kommt, der findet auch Arbeit."

● Dieser Übersiedlertyp bejaht ausdrücklich die höheren Leistungsanforderungen im Westen: „Das ist es ja, was wir wollten" oder „Hier weiß ich, wofür ich arbeite. Da macht es Spaß, sich anzustrengen" sind Beispiele für diese Einstellung.

Selbstintegration betrieben

Autor Ronge stellt über diesen Typ fest: „Eine starke Ausreisemotivation, die in mehrjähriger Wartezeit entwickelt oder stabilisiert worden ist. Diese Übersiedler wußten, warum und wofür sie ‚die Gesellschaft wechselten'. In der Bundesrepublik werden sie nicht integriert; vielleicht betreiben sie ihre Integration."

● Schwieriger als für Techniker gestaltete sich für Handwerker, Landwirtschaftsberufe und Eisenbahner beispielsweise der Start im Westen. Sie nahmen häufig einen beruflichen Abstieg in Kauf, dafür erfolgte der Einstieg „extrem rasch, zum Teil schon nach wenigen Tagen nach der Ankunft". Auch hier spielte das Arbeitsamt „praktisch keine Rolle". Es überwog die Hilfestellung von Verwandten, die ihre Angehörigen häufig im selben Betrieb unterbrachten, in dem sie selbst arbeiteten.

Aus dieser Gruppe werden auch die kritischsten Stimmen über die Reaktion ihrer neuen Kollegen laut. Sie seien auf Vorwürfe wie „Was wollen Sie denn hier? Sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg!" oder „Sie sind erst so kurz hier und haben schon Arbeit?" gestoßen. Der Bericht im „Deutschland Archiv" verschweigt nicht, was vor allem diese Gruppe in ihrer neuen Heimat vermißt: „Soziale Einbettung und sozialen Schutz, den sie in der DDR erlebt und genossen haben."

Gleichzeitig wird jedoch gerade aus dieser Gruppe auch Distanz gegenüber westdeutschen Arbeitslosen laut: „Die sind zu wählerisch. Die versteifen sich auf einen bestimmten Beruf, und wenn sie den nicht kriegen, sind sie lieber arbeitslos", heißt es in einem Interview.

Gromyko beim Papst: Mehr als Höflichkeit

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Fragen des Weltfriedens und die Lage der Katholiken in der Sowjetunion bildeten die Themen eines fast zweistündigen Gesprächs, das Johannes Paul II. gestern im Apostolischen Palast mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko führte. Die Atmosphäre der Begegnung wurde vom Vatikansprecher als „herzlich" bezeichnet. An der Unterhaltung nahmen von vatikanischer Seite auch Kardinalstaatssekretär Casaroli, der päpstliche „Außenminister", Erzbischof Silvestrini, und ein Jesuitenpater als Dolmetscher, auf sowjetischer Seite der stellvertretende Außenminister und ehemalig Botschafter in Rom, Rischow, ein anderer Ex-Botschafter in Italien, Lunkow, und ebenfalls ein Dolmetscher teil.

Die Größe des Gesprächskreises und die Dauer der Unterhaltung sprengten deutlich die Form einer rein protokollarischen Höflichkeitsvisite. Tatsächlich sprach der Vatikansprecher von einem „Arbeitsgespräch". Über dessen detaillierten Inhalt und Verlauf wurden weder vom Vatikan noch von den Sowjets irgendwelche Angaben gemacht. In diplomatischen Kreisen Roms wird jedoch allgemein angenommen, daß sich Gromyko um eine päpstliche Stellungnahme gegen das amerikanische Projekt eines Weltraumverteidigungssystems bemüht hat. Johannes Paul II., der diesmal nicht, wie bei der letzten Begegnung im Januar 1979 Russisch, sondern Italienisch sprach, dürfte in erster Linie Probleme der Menschenrechte und der Religionsfreiheit angeschnitten haben.

Kurz vor der Begegnung war im Vatikansender die Vermutung wiedergegeben worden, daß auch der Wiederaufbau des von Stalin unterdrückten uniert-orthodoxen, also mit Rom verbundenen, Episkopats in der Ukraine und die Möglichkeit eines Papstbesuchs in der Sowjetunion erörtert werden könnten. Auf diesen letzten Punkt angesprochen, sagte Gromyko nach Beendigung des Gesprächs: „Die Frage stand nicht zur Debatte". Als er am Ende an der aufmarschierten Schweizer Garde vorbeiging und von einem Monsignore gefragt wurde, ob er vor dieser Armee Angst habe, antwortete er auf englisch: „Nein, das ist die ungefährlichste Armee der Welt".

Kohl vor Medienkongreß der Union: Die letzte Zwangswirtschaft aufheben

Offensive Auseinandersetzung mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

GERNOT FACIUS, Mainz

Das Signal zu einer offensiven Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat Staatssekretär Edmund Stoiber (CSU) gegeben. Anders als der um Zurückhaltung bemühte Bundeskanzler verband Stoiber auf dem Medienkongreß der Unionsparteien in Mainz das Festhalten am Prinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit einer Reihe von Konditionen: „Ich kann die Anstalten nur davor warnen, ihre Ansprüche im Bereich der Werbung zu überziehen, einen noch größeren Anteil am Werbeaufkommen zu fordern und damit die wesentliche Finanzierungsgrundlage der privaten Anbieter zu schmälern. Dann könnte sehr rasch ihr Gebührenmonopol in Frage gestellt werden".

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei ging auf Distanz zu den bisherigen Festlegungen der Ministerpräsidenten, daß auch in einer durch Private veränderten Medienlandschaft schon das Bereithalten eines Rundfunkgeräts eine Gebührenpflicht zu Gunsten der Anstalten begründen soll. Stoiber: „Damit wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk gegenüber privaten Anbietern erheblich bevorzugt". Der CSU-Politiker definierte die „spezifische Funktion" des derzeitigen Monopolrundfunks: Er bleibe auch in Zukunft in besonderer Weise der Vermittlung von Information, der Vielfalt von Meinungen, den Anliegen von Erziehung und Bildung und dem Gemeinwohl verpflichtet. „Nur wenn er diese Aufgaben sachgerecht erfüllt, hat er auch Anspruch auf eine funktionsgerechte Finanzausstattung durch das Gebührenprivileg". Ausgeschlossen sei jedoch eine beliebige Kombination der Vorzüge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit den „besonderen Möglichkeiten privater Programmveranstalter".

Mit dem Masseneinkauf ausländischer Filme, der Ausweitung von Unterhaltungsprogrammen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der kulturellen Aufgaben zeichne sich eine Art von „Selbstkommerzialisierung" der Anstalten ab. Stoiber: „Sie soll möglichen privaten Konkurrenten von morgen offenbar schon jetzt jeden erdenkbaren Raum der Entfaltung nehmen. Als Mahnung auch an die Adresse der Unionsparteien im Medienstaatsvertrag eine ausreichende Sicherung der Privaten zu garantieren, galt Stoibers Satz: „Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem eine Entscheidung fallen muß". Eine neue, eine andere Medienkultur gebe es erst durch eine „neue andere Medienordnung". Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Kohl hatte zuvor gefordert, daß der Staatsvertrag „endlich unter Dach und Fach gebracht wird". Dabei vermied es Kohl den Ländern im einzelnen Ratschläge zu geben. Er geißelte lediglich die „Verweigerungspolitik" Hessens. „Unsere Medienpolitik", versicherte der CDU-Vorsitzende, „richtet sich nicht gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten". Der CDU/CSU bleibe allerdings die Aufgabe vorbehalten, mit ihrem Eintreten für freie Veranstalter „die letzte Zwangsbewirtschaftung aufzuheben die es bei uns noch gibt".

Demonstrativ nahm Kohl Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling („Unseren ebenso oft wie ungerecht angefeindeten Freund") in Schutz. Ohne die von Schwarz-Schilling veranlaßten Vorleistungen der Post könnte ein zukunftsträchtiger Medienmarkt überhaupt nicht entstehen.

Bonn: DFB soll Berlin durchsetzen

AP/DW. Bonn

In unmißverständlicher Klarheit hat die Bundesregierung gestern in Bonn bekräftigt, daß Berlin ebenfalls Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 1988 sein muß. Der Deutsche Fußballbund (DFB) wurde aufgefordert, beim nächsten UEFA-Treffen im März sich diesen Standpunkt wieder zu eigen zu machen. Nach der Kabinettssitzung wurde in einer Erklärung bedauert, daß die DFB-Führung „eine Politisierung der Entscheidung über die Austragungsorte hingenommen hat". Die Bundesregierung halte eine Rückkehr zu rein sportpolitischen Gesichtspunkten für angezeigt.

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff betonte vor der Presse, es gehe um mehr als um die EM-Spiele. Hier seien Grundsatzfragen der politischen Entwicklung der letzten zehn Jahre angesprochen. Es handele sich auch um Fragen von nationalem Interesse.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann brachte in einem Fernschreiben an DFB-Präsident Hermann Neuberger das tiefste Bedauern der Bundesregierung über das Verhalten des DFB bei der Bewerbung um die Ausrichtung der EM zum Ausdruck. In dem Fernschreiben heißt es, die Bundesregierung habe Anlaß zu der Annahme gehabt, „daß der DFB an der Einbeziehung Berlins in den Kreis der Städte für die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 1988 festhalten werde. Leider ist von Ihnen zu keiner Zeit gegenüber der Bundesregierung eine Mitteilung erfolgt, daß in dieser Frage Schwierigkeiten entstehen könnten". Neuberger habe niemals die Hilfe der Bundesregierung in dieser Frage in Anspruch genommen. Dazu erklärt Zimmermann: „Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß Sie sich statt dessen bei der Vorbereitung einer Entscheidung über die Vergabe der Fußball-Europameisterschaft 1988 politischem Druck gebeugt und auf die Einbeziehung Berlins in die Spielpläne von sich aus und ohne jeden weiteren Kontakt mit der Bundesregierung verzichtet haben. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Auffassung, daß Berlin in den Kreis der ausrichtenden Städte einbezogen werden muß, wenn die Fußball-Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet."

Wischnewski greift Reagan scharf an

dpa, Bonn

Das SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski hat in einem „Offenen Brief" an US-Präsident Ronald Reagan dessen Nicaragua-Politik massiv angegriffen: „Die Finanzierung des gegen Nicaragua geführten Krieges aus dem Haushalt der Vereinigten Staaten ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar." Die Gegner der sandinistischen Führung Nicaraguas, bei denen es sich vor allem um Anhänger des früheren Diktators Somoza handle, als Freiheitskämpfer zu bezeichnen, sei „ein Hohn auf die Freiheit". Der von Reagan „auf die Regierung von Nicaragua ausgeübte Druck fördert die demokratische Entwicklung nicht", sie behindere auch die notwendige Blockfreiheit Nicaraguas. Die Politik der USA gegen die sandinistische Regierung zerstöre auch die Bemühungen der Contadora-Gruppe.

AL soll sich zur Gewaltfrage äußern

F. D. Berlin

Der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeier hat anläßlich des 10. Jahrestages der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz dazu aufgerufen, „unseren demokratischen Rechtsstaat gegen jede Form von Terror zu verteidigen". Er erklärte, die Entführung habe, wie andere terroristische Anschläge, „nur das eine Ziel" gehabt, „unseren Rechtsstaat kaputtzumachen".

Straßmeier warf der Alternativen Liste (AL) das Fehlen einer eindeutigen Stellungnahme zum Thema der Gewaltanwendung vor. Er warnte eindringlich davor, die AL, die für die Berliner Wahlen einen der Lorenz-Entführer als Kandidaten nominiert hat, zu wählen. Niemand, der für den demokratischen Rechtsstaat sei, dürfe durch eine Stimmabgabe für die AL diesem Rechtsstaat den Boden entziehen.

Opposition klagt Flick-Akten ein

hey, Bonn

SPD und Grüne wollen beim Oberlandesgericht Köln erneut Beschwerde gegen die Entscheidung des Vorsitzenden der 7. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts, Hans-Henning Buchholz, einlegen. Buchholz hatte es erneut abgelehnt, vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre nachträglich angeforderte Akten zur Verfügung zu stellen (WELT v. 27. 2.).

Über die Beschwerde wird der Ausschuß heute in nicht-öffentlicher Sitzung entscheiden. Dabei wollen SPD und Grüne auf ihrem Minderheitenschutz bestehen, wenn die Mehrheit von CDU/CSU und FDP gegen diesen Antrag stimmen sollte. Die Opposition will damit durchsetzen, daß je ein Vertreter der vier Fraktionen Einsicht in die 58 Ordner erhält.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Menschenrechte und UNO

„Schießbefehl: Todesurteil ohne Gerichtsverfahren": WELT vom 13. Februar

Etwa 30 000 Beschwerden aus aller Welt sind im letzten Jahr bei dem UNO-Menschenrechtszentrum in Genf eingegangen, wie der dort arbeitende Experte Dr. Alfred de Zayas in Mainz berichtete. Direktor Dr. Herndl und sein Stab von 100 UNO-Beamten haben also alle Hände voll zu tun, auch wenn erfahrungsgemäß höchstens ein Drittel der Beschwerden nach Inhalt und Form dafür geeignet sein dürften, in das Bearbeitungsverfahren eingeführt zu werden. Bei nur einem kleinen Bruchteil von diesen handelt es sich nicht um individuelle Beschwerden oder Sammellisten, sondern um ausgearbeitete 1503-Eingaben, mit denen anhand gleicher Fälle eine systematische, schwerwiegende Menschenrechtsverletzung in einem Land nachgewiesen wird.

So verständlich es ist, daß Individualbeschwerden in der Regel nicht öffentlich behandelt werden, so wichtig wäre es für die Völkergemeinschaft, von systematischen, schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in einem UNO-Mitgliedsstaat zu erfahren. Hier hilft Verhandeln hinter geschlossenen Türen nur bis zu einem gewissen Punkt. Dann müßte seitens der UNO-Menschenrechtskommission eine öffentliche Mitteilung zumindest darüber erfolgen, welche 1503-Beschwerden eingegangen und behandelt sind, ob sie nach Prüfung als berechtigt angesehen werden, wie die entsprechende Regierung reagiert hat und was die Schlußfolgerung der Kommission ist.

Freilich, eine derartige Verlautbarung wird systematische Menschenrechtsverletzung nicht sofort beheben, ebensowenig wie Resolutionen der UNO-Vollversammlung den Krieg in Afghanistan beenden konnten. Aber Öffentlichkeit setzt Maßstäbe. Öffentlichkeit ist das wirksamste Mittel bei Bemühungen um Verwirklichung der Menschenrechte.

Ausreiseanträge von Deutschen in der „DDR" z. B. sind schon jahrelang von SED-Zentralkomitee und Staatssicherheitsdienst in Ost-Berlin hinter verschlossenen Türen verhandelt worden – ohne Erfolg für die Antragsteller. Es ist völlig sinnlos, die 1503-Eingaben der IGFM über dieses Problem dann in Genf weiterhin hinter verschlossenen Türen zu behandeln. Wem nützt das? Hier ist die UNO-Menschenrechtskommission dringend aufgerufen, nach 39 Jahren ihres Bestehens ihre Arbeitsweise zu überprüfen.

Dr. R. Gnauck, Vorsitzender Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Deutsche Sektion e. V., Frankfurt/Main

Die Lasten der „Brummis"

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter der Überschrift „Brummis kehren die Hackordnung um" bringt Ihre Wirtschaftsredaktion unter dem 13. Februar einen Artikel, in welchem über die rigorose Fahrweise der Schwerlastwagen und der Omnibusse berichtet wird.

Der in dem Artikel erwähnte Kölner Verhaltensforscher Bernd Hartmann glaubt u. a., daß das nicht angepaßte Tempo auch auf die Akkordvorgaben der Betriebe zurückzuführen sei.

Als Mitinhaber einer Kraftwagenspedition muß ich ganz eindeutig darauf hinweisen, daß es irgendwelche Akkordvorgaben in unseren Betrieben nicht gibt. Es werden weder Prämien, noch werden Kilometergelder, noch sonstige Beträge bezahlt, um rechtzeitig oder besonders früh das Ziel zu erreichen. Es werden in keiner Weise Schnellfahrten oder bestimmte Kilometergeschwindigkeiten vorgeschrieben, sondern es bleibt dem Fahrer völlig alleine überlassen, mit welcher Geschwindigkeit er auf den Autobahnen und Bundesstraßen fährt. Dies muß einmal klargestellt werden, sonst entsteht immer in der Öffentlichkeit der Eindruck, besonders wenn es in Ihrer Zeitung geschrieben wird, daß die Lastwagenfahrer unter Zeitdruck stehen würden.

Sicherlich wird einmal der eine oder andere Fahrer bei normalen Straßenverhältnissen das Tempo etwas erhöhen, um rechtzeitig den Heimathafen zu erreichen. Trotzdem verstößt dies selbstverständlich gegen die Vorschriften, denn die Höchstgeschwindigkeit der Lastwagen und Omnibusse beträgt 80 Stundenkilometer. Daß jetzt in den Wintermonaten bei Eis und Schneeglätte einige schwere Unfälle passiert sind, ist außerordentlich bedauerlich und einzig und alleine auf das Verhalten des jeweiligen Fahrers zurückzuführen.

Was den technischen Bereich der deutschen Lastwagenhersteller anbetrifft, so sind die Lkw optimal ausgerüstet, und Sie mögen dies durch einen Sachverständigen überprüfen lassen. Wenn aber ein ausländischer Lkw bei Salzburg mit Sommerreifen über die Grenze fährt, dann wäre es doch Sache der Grenzbehörden, hier einzuschreiten, sei es den Fahrer zu bestrafen oder aber die Einfahrt zu verweigern.

Mit freundlichen Grüßen
Gerald A. Vrancken, Krefeld

*

Ich würde Sie sehr gerne einmal zur Mitfahrt einladen, damit Sie auch die von Ihnen angeschnittenen Probleme, die uns seit Jahrzehnten bedrängen, kennenlernen. Gerade die Beschränkung der Lenkzeit auf stur acht Stunden mit Pause (kein Pkw-Fahrer kennt so etwas, er fährt von Köln bis an die Riviera [ohne Verkehrserfahrung] in Urlaub). Die mit 35 Prozent überladenen Wohnanhänger, die an der Grenze in Passau mit 200 Mark von Schnellrichtern bestraft werden, sind kein Einzelfall. Pkws werden auf Gewicht nur ganz, ganz selten von der Polizei geprüft. Lkws dagegen werden bei jeder Fahrt an der Grenze und auch unterwegs gewogen und bei Verstößen sofort bestraft. Bei Übergewicht um mehr als fünf Prozent muß sofort abgeladen werden.

Technische Mängel sind durch den strengen Paragraphen 29 an deutschen Kraftfahrzeugen keine Unfallursache mehr.

Sie schreiben vom ABS Bremssystem: Dies ist erst wenige Jahre kurz von der Industrie angeboten, und die Bewährung hat sich erst kurz gezeigt. Es mag sein, daß das schwere Unglück in Langenruck mit dieser Ausrüstung nicht passiert wäre. Wir haben es auch erst kurz.

Wir haben in unseren Lastzügen die „Non Stop"-Schneekettensätze nachträglich eingebaut, da diese vorher nicht erfunden waren. Daß man mit dieser Nachrüstung (aus Sicherheitsgründen soll das Beste gut genug sein) bei den technischen Beamten der Grenzpolizei Schwierigkeiten hat, ist kaum glaubhaft, aber wahr. Aus diesem Grund ist verständlich, daß das Gewerbe mit Neuheiten nun vorsichtig wird und vor allem langsam.

Wir vom Gewerbe zahlen Steuern, die höchsten der Welt. Die Bundesbahn, die das größte Omnibusunternehmen und Güterfernverkehrsunternehmen mit Lastzügen ist, erhält Milliarden-Subventionen.

Wir sind besorgt um die Sicherheit im Straßenverkehr und wünschen Ihnen „Gute Fahrt" auf allen Wegen!

A. Schnellhammer, Dommelstadl/Passau

Die verlorene Heimat

Sehr geehrte Damen und Herren,

es war Anfang der 70er Jahre, als ich anläßlich einer Fachmesse in Bad Pyrmont in der Bierklause eines Hotels abends mit meinem Tischnachbarn, einem Herrn im mittleren Alter, ins Gespräch kam. Es stellte sich heraus, daß er Direktor eines Holzkombinats in Polen war. Auf meine Frage, woher er ein so perfektes Deutsch spreche, antwortete er: „Meine Mutter stammt aus Essen-Katernberg, und mein Vater arbeitete im belgischen Kohlenrevier. Als ich schulpflichtig wurde, schickte mich mein Vater nach Polen. Ich sollte im Kulturkreis der Vorfahren meiner Eltern meine Erziehung und Ausbildung erhalten. Und so bin ich durch Krieg und die Zeit danach in unserer alten Heimat geblieben."

Ich fragte ihn dann gegen Ende unseres Gesprächs, wie er sich die Lösung der durch Jalta und Potsdam geschaffenen Lage in Ostdeutschland denke. Seine Antwort: „Wenn einmal alle, die von dort stammen und jetzt im Westen sind, gestorben sind, hat sich das Problem von selbst gelöst."

Wenn ich heute, 15 Jahre später, die Diskussionen in der Mehrzahl unserer Medien verfolge, kann ich diesem Mann aus Polen in seinem Urteil nur recht geben.

Was wir dort drüben verloren haben an unendlich Schönem, an geistigem und kulturellem Gut und vor allem an staatstragender und staatserhaltender Substanz, werden wir wohl nie wieder aufholen können.

H. Kühne, Rheda-Wiedenbrück

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir als interessiertem Amerikaner in der Bundesrepublik, in die lang anhaltende Diskussion um Ostdeutschland generell und Schlesien insbesondere einzugreifen.

Ich finde den Vorschlag des Herrn Schneider aus Eisenberg/Pfalz (und wie leider auch dieser Tage von einem sonst so scharfsinnigen Zeitgenossen wie Franz Josef Strauß ähnlich formuliert), man möge eine Umfrage in die Wege leiten, um festzustellen, wie viele Altschlesier heute bereit wären, wieder nach Schlesien zu gehen, schlicht unfair und unrealistisch.

Mir scheint es selbstverständlich, daß unter den derzeit herrschenden Umständen die allerwenigsten dieser Menschen in die alte Heimat zurückkehren wollten. Wenn man aber vorwegschicken würde, wenn es möglich wäre, daß es in den deutschen Ostgebieten plötzlich wieder ein Minimum an Selbstbestimmung geben würde, so daß die Menschen selber ihr Schicksal lenken und mitgestalten könnten, dann, glaube ich, würde eine solche Umfrage sehr zugunsten der alten Heimat ausfallen.

Fast täglich stehen die ehrenwerten Diplomaten in der UNO auf und fordern die Rückgabe der von den Israelis in den '67er und '73er Kriegen eroberten Gebiete an die Araber. Diese Tatsache demonstriert, daß man es immer noch als unzivilisiert und unlegitim betrachtet, erobertes Land als „Kriegsbeute" permanent zu besetzen. Wo blieben also die letzen 40 Jahre die Stimmen, die daran erinnern würden, daß Breslau, Stettin, Danzig und Königsberg eine 700jährige deutsche Geschichte haben?

Mit freundlichen Grüßen
Jerald C. Kelsey, Neckarsteinach

Hackethal

Sehr geehrte Redaktion,

in der WELT vom 22. Februar stand die Nachricht, daß die ärztliche Standesorganisation es Professor Dr. Hackethal untersagen will, seinen Beruf auszuüben. Wissen diese Herren, wieviel Angst und Unruhe sie unter einem sehr großen Bevölkerungsanteil ausgelöst haben?

Professor Dr. Hackethal ist die letzte Hoffnung unzähliger Krebskranker, denen er als erstes die Angst nimmt und die er dann menschenfreundlich und sanft behandelt. Ich war selber bei ihm, durfte große Besserung durch ihn erfahren, und meine Selbstmordgedanken sind vertrieben. Eine Freundin, mit dem gleichen Krebs wie bei mir, ist langsam an Chemotherapie und Bestrahlungen zugrunde gegangen und lebt nicht mehr.

Die evangelische Kirche läßt ihre linken Pastoren ihr Unwesen treiben, und keiner erhält Berufsverbot, was sehr nötig wäre. Aber einem so großen Menschenfreund und Heiler wie Professor Dr. Hackethal will man seine segensreiche und erfolgreiche Arbeit verbieten. Ich kann mir dies nur mit bodenlosem Neid erklären – und das zeugt von schlechtem Charakter.

I. Milthaler, Alpen

Wort des Tages

„Man soll sich im Leben ein Ziel stecken und dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren, aber man soll auch nicht versuchen, dieses Ziel auf einmal zu schnell zu erreichen, denn dann wird man es wahrscheinlich überhaupt nie erreichen."

Carl Friedrich von Siemens (1872–1941)

Personalien

GEBURTSTAGE

Einer der großen Förderer der Musik, Professor **Ernest Wolff**, feiert morgen in Frankfurt am Main seinen 80. Geburtstag. In Baden-Baden geboren, ging er nach dem Abitur nach Frankfurt, wo er am Hochschen Konservatorium von dem Pianisten **Jung**, dem Dirigenten **Rottenburg** und von **Sekles** in der Komposition unterrichtet wurde. Bald wurde Wolff Mitarbeiter von **Kurt Weill** und half **Bert Brecht** bei den Musikfestspielen von Baden-Baden. Von **Clemens Krauss** wurde er als Solorepetitor an die Frankfurter Oper verpflichtet. Nach 1933 war Wolff Assistent von **Fritz Busch**, **Erich Kleiber**, **Hermann Schwerchen**, **Leo Blech** und nicht zuletzt von **Max Reinhardt**. In Amerika leistete er Pionierarbeit für die Verbreitung deutschen Liedgutes. Seit 1953 konzertierte er wieder in Europa als Begleiter, Dirigent und Sänger.

*

Am Samstag feiert in Frankfurt am Main der frühere Kulturdezernent, Stadtrat a.D. Dr. **Karl vom Rath**, seinen 70. Geburtstag. Der promovierte Kunstwissenschaftler, der vor seiner Tätigkeit in Frankfurt am Main bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung war, leitete von 1950 bis 1970 als hauptamtlicher Stadtrat das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt. Bei seiner Amtseinführung 1950 war er der jüngste Stadtrat. Verbunden mit seiner Amtszeit sind der Wiederaufbau der kulturellen Institutionen in den Nachkriegsjahren – unter ihm wurden Schauspiel und Oper wieder neu aufgebaut – und insbesondere das Wirken des Generalintendanten der Städtischen Bühnen, **Harry Buckwitz**, und des Generalmusikdirektors der Frankfurter Oper, **Georg Solti**.

AUSZEICHNUNGEN

Der Präsident des Lions Clubs, Hagen, Dr. **Klaus Pieper** (73), ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung wurde das große Engagement des früheren ärztlichen Direktors des Allgemeinen Krankenhauses in Hagen gewürdigt. Pieper, der seit Oktober 1983 in Ruhestand ist, war außerdem von 1966 bis 1983 Chefarzt der chirurgischen Klinik. Sein Verdienst war es mit, daß das Allgemeine Krankenhaus Hagen der Gesamthochschule Essen als Lehrkrankenhaus angegliedert wurde. Besonders bemühte er sich um die Ausbildung des studentischen Nachwuchses. Beispielhaft waren auch Dr. Piepers Bemühungen um den Aufbau des Notarzt-Wagen-Rettungsdienstes in Hagen sowie der Aufbau und die Betreuung der Stoma-Kranken und einer Krebsselbsthilfegruppe.

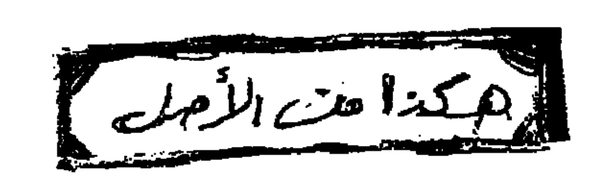
VERANSTALTUNG

Entwicklungshilfeminister **Jürgen Warncke** und die beiden Staatssekretäre **Jürgen Ruhfus**, Auswärtiges Amt, und **Siegfried Lengl**, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gehörten zu den zahlreichen Gästen beim togolesischen Nationalfeiertag in Bad Godesberg. Eingeladen hatte Togos Botschafter **Assiongbon Agdenou**, der seit 1976 in Bonn ist. Er gehört inzwischen zu den Botschaftern mit der zweitlängsten Dienstzeit in der Bundeshauptstadt. Togo besitzt exzellente Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. In den 18 Jahren seiner Unabhängigkeit entwickelte das Land feste Bande zu westlichen Staaten. In Godesbergs Stadthalle unterstrichen dies jetzt auch erneut US-Botschafter **Arthur F. Burns** und sein französischer Kollege Botschafter **Jacques Morizet**.

KIRCHE

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat den hannoverschen Stadtsuperintendenten **Hans Werner Dannowski** zu seinem neuen Filmbeauftragten berufen. Der 52jährige wird im März Nachfolger von **Gerd Albrecht**, der das nebenberufliche Amt seit 1971 ausübte und 1980 Direktor des Deutschen Instituts für Filmkunde in Frankfurt am Main wurde.

Die Mutter des Dichters **Wolfgang Borchert**, **Hertha Borchert**, ist in Hamburg acht Tage nach ihrem 90. Geburtstag verstorben. Das teilte der Regisseur **Eberhard Fechner** in der Hansestadt mit. Zu ihrem 90. Geburtstag hatte der Hamburger Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** in einem Gratulationsbrief an ihren Sohn erinnert, dessen Werke fortleben und unvergessen seien. Wolfgang Borchert war 1947 im Alter von 26 Jahren gestorben, kurz bevor sein Theaterwerk „Draußen vor der Tür" uraufgeführt wurde. Hertha Borchert hatte das Werk ihres Sohnes verwaltet.



Noch einige Lücken

Py. – Als „Lohn verbesserter Kundenbeziehungen" wertet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) die neueste Beschwerde-Statistik des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin. Dafür spricht sicher einiges, denn seit 1980 ist die Zahl der begründeten Beschwerden – und das ist neben der (gleichfalls) gesunkenen Zahl der dem Amt zugeleiteten Fälle die wahre Richtgröße für die Akzeptanz der Versicherungswirtschaft – zurückgegangen. Sie lag 1980 bei 16,6 Prozent, für 1984 werden 12,3 Prozent genannt. Nur jeder achte Beschwerdefall gab Anlaß zum Einschreiten der Behörde.

Ebenso interessant wie dieses Zahlenverhältnis ist die erkennbar gestiegene Zahl der zugunsten des Kunden auf dem Kulanzweg geregelten Fälle. Ist es Ausdruck schlechten Gewissens der Versicherer oder verbirgt sich darin das Gefühl, auch mal im einen oder anderen Fall über den eigenen Schatten zu springen, selbst wenn juristisch einiges zu beanstanden ist?

Sogar dem Aufsichtsamt, das sich nach Recht und Gesetz mit den Beschwerden „herumschlagen" muß, „schienen die Versicherungsnehmer zufriedener zu sein als in den Vorjahren". Eines ist aber ebenso sicher: Vor den Versicherungsgesellschaften liegt noch viel Basisarbeit, bis die auch vom BAV beanstandeten Wissenslücken beim Versicherungskunden geschlossen werden. Das ist sicher des Schweißes der Edlen wert.

Untersuchungs-Theater?

Von JOACHIM WEBER

Es ist schon ein Grund zum Aufatmen für die Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH wie auch fürs ganze Saarland: Gleich zwei Unternehmensberater haben dem Dauerpatienten bescheinigt, daß die seit 1978 selbstverordnete Therapie der Neustrukturierung richtig war und zur Genesung führen sollte.

Daß an solche Feststellungen und die zugehörigen Risikoabschätzungen auch ein paar Empfehlungen zur Absicherung der Rekonvaleszenz geknüpft sind, gehört zum Pflicht-Repertoire jedes Unternehmensberaters, der sich seiner Gage würdig erweisen will. Den Empfehlungen ist jedenfalls kaum etwas zu entnehmen, was im Unternehmen nicht schon seit längerem diskutiert wurde, sieht man einmal vom zusätzlichen Personalabbau ab, dessen Quellen ohnehin im Nebel liegen.

Warum also ein derartiger Aufwand, so mag man sich fragen, wenn am Ende doch nur ein schlichtes „okay" herauskommt? Warum auch gleich zwei Beraterstäbe monatelang und gleichzeitig im Unternehmen, wo es doch eine Binsenweisheit ist, daß ein einziges Beraterteam mit seinem unstillbaren Informationshunger in der Regel schon genügt, jede auch noch so arbeitsfreudige Führungsspitze nahezu lahmzulegen?

Die Doppelarbeit geht auf zwei verschiedene Fragestellungen zurück: Der Berater McKinsey prüfte die Saarstahl-Chancen im Auftrag Brüssels, weil die staatliche Förderung der Saarhütten nach dem EG-Subventionskodex Ende 1985 abgeschlossen sein müßte. Roland Berger dagegen war von der „Schäfer-Kommission" hinzugerufen worden, die auf Wunsch der Landesregierung die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Saarstahl und anderen Stahlunternehmen – zu allererst dem „Nachbarn" Dillinger Hüttenwerke – prüfen sollte.

Beide hatten zunächst die Überlebenschancen des Patienten abzuschätzen, freilich mit einem kleinen Unterschied: Während Kinsey nach EG-Spielregeln auf Daten von 1982 zurückgreifen mußte, konnte Berger mit den neuesten Zahlen spielen. Erstaunlich unter diesen Voraussetzungen, wie nahe die maximalen Verlustschätzungen für 1986 (Berger: 120 Mill. DM, McKinsey: 170 Mill. DM) beieinanderliegen. Beide Prognosen können je nach Markt- und Unternehmensentwicklung von der Realität erheblich unterboten werden – größter Risikofaktor ist der Dollar.

Solche Hochrechnungen sind gewiß tröstlich für ein Unternehmen, dem der Ruf anhängt, ein Faß ohne Boden zu sein. Für den Trost allein wäre das ganze Verfahren aber denn doch zu teuer. Vor allem für die Arbeit der Schäfer-Kommission gibt es eine weitere Legitimation: Im Falle Arbed Saarstahl geht es nur teilweise um reine Betriebswirtschaft, weit im Vordergrund steht die Politik, die Strukturpolitik eines Bundeslandes.

Viele Maßnahmen, die zweifellos die Gesundung des Unternehmens beschleunigt hätten, scheiterten in den vergangenen Jahren an regionalpolitischen Einwänden. „Wir haben hier nicht etwa ein Unternehmen zu sanieren, sondern ein ganzes Bundesland", hatte der zum Jahresende 1984 aus Gesundheitsgründen ausgeschiedene Saarstahl-Chef Jürgen Krackow immer wieder betont.

Nur unter diesem Aspekt sind auch jene 3,2 Milliarden Mark öffentlicher Mittel zu rechtfertigen, die dem Unternehmen seit 1978 zugeflossen sind. So ist es auch verständlich, daß sich die verantwortlichen Politiker – vor allem des Saarlands, das sich dafür hoch verschuldet hat – immer wieder fragen lassen mußten, ob sie da nicht Steuermittel in ungeheurer Höhe verbuttert hätten.

Diese Frage wird nun (gerade rechtzeitig zu den Wahlen an der Saar) mit einem deutlichen Nein beantwortet. Jene 290 000 Mark pro Arbeitsplatz (wenn man von 11 000 Beschäftigten am vorläufigen Ende der Roßkur ausgeht) sind wenigstens insofern nicht aus dem Fenster geworfen, als der Erfolg in Gestalt nicht mehr subventionsbedürftiger Arbeitsplätze absehbar ist.

Darin liegt auch für die Saarstahl-Manager das wichtigste Ergebnis des ganzen Untersuchungs-Theaters: Der Spruch der neutralen Gutachter räumt endlich auf mit all den Zweifeln, die immer wieder an ihren Aussagen laut wurden. Das bringt die Arbed (hoffentlich) fürs erste aus der politischen Schußlinie. Es kann dem Unternehmen nur guttun, wenn seine Spitze sich wieder ihrer eigentlichen Arbeit zuwenden kann.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Schmidt: Nationale Wege sind langfristig ohne Chance

KAREN SÖHLER, Bonn

Die europäischen Regierungen, Unternehmerverbände und Zentralbanken machen alle einen Fehler: Sie bilden sich ein, daß mit einer nationalen Wirtschaftspolitik im Inland gesteckte Ziele erreicht werden können. Das ist ein Irrtum, meinte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Vortrag vor der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung in Bonn.

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft, deren Wirtschaften aufgrund der Exportabhängigkeit eng miteinander verflochten sind, könnten nur bestehen, wenn sie ihre Haushalts-, Währungs-, Wechselkurs- und Handelspolitik abstimmen würden. USA oder China, deren Wirtschaften nicht auf ausländische Märkte angewiesen sind, könnten sich eine nationale Politik leisten.

Schmidt warnte davor, sich von den augenblicklichen Exportchancen in die USA blenden zu lassen. Der Aufschwung beruhe neben psychologischen und politischen Gründen vor allem auf der Politik, erheblich mehr auszugeben als einzunehmen. Irgendwann müsse die Etatlücke, inzwischen fast 200 Mrd. Dollar, geschlossen werden und dann entstehe eine Schwäche – beim US-Wachstum und beim Dollarkurs.

Die Rede vom Aufschwung sei im Zusammenhang mit Europa nicht ganz richtig. Die Produktivität steige schneller als die Produktion, die Arbeitslosigkeit nehme eher zu als ab. An dieser Stelle betonte Schmidt seine Kernaussage: Auch das Beschäftigungsproblem ist nur international zu lösen. Statt über die Bauern sollten die Regierungen über eine Lösung für die rund elf Prozent Arbeitslosen in der EG diskutieren.

DEVISENMÄRKTE / Unsicherheit über die künftige Entwicklung der US-Währung

Nach Intervention der Notenbanken fiel der Dollarkurs um 15 Pfennig

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar erlebte gestern einen so heftigen Sturz wie nie zuvor. Am Dienstag noch mit fast 3,48 DM gehandelt, rutschte der Kurs am frühen Nachmittag auf unter 3,29 DM ab. Interventionen der Notenbanken des Europäischen Währungssystems (EWS) haben maßgeblich dazu beigetragen, den Dollar von seinem wochenlangen Höhenflug in einen praktisch freien Fall zu befördern. Der Markt wurde von einer panikartigen Nervosität ergriffen. Dennoch ist man nicht sicher, ob die Dollarhausse jetzt endgültig gebrochen ist.

Die europäischen Zentralbanken unter Führung der Bundesbank haben gestern nach längerer Enthaltung von größeren Eingriffen in den Devisenmarkt einen ausgesprochen günstigen Zeitpunkt für gemeinsame Interventionen abgepaßt. Die Bundesbank, die nach Händlerschätzungen mehr als 500 Millionen Dollar an den Markt geworfen hat, davon den größten Teil am Kassamarkt und kleinere Beträge per drei Monate am Terminmarkt, begann mit ihren Dollarverkäufen im Laufe des Vormittags, als sich im Handel eine immer größere Unsicherheit und Nervosität breit machte. Innerhalb von ganz kurzer Zeit sauste der Dollarkurs daraufhin um fast zehn Pfennig auf 3,31 Mark runter.

Der Markt war bereits am Vorabend in New York weich geworden, wo der Dollar in einer halben Stunde um mehr als sechs Pfennig auf 3,40 Mark zurückgegangen war. Auslöser für den Kursrückgang in New York waren zunächst Gewinnmitnahmen, zu denen das hohe Kursniveau reizte, sowie – das wurde jedenfalls vermutet – auch „verdeckte" Interventionen der New Yorker Federal Reserve Bank. In diese nervöse Stimmung hinein platzte dann US-Notenbank-Chef Volcker mit seinen besorgten Äußerungen zur Konjunktur- und Währungsentwicklung in den USA.

Vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hatte Volcker am Dienstag die bisherigen Versuche der Zentralbanken, den Höhenflug des Dollars durch Interventionen zu bremsen, als gescheitert bezeichnet. Es gefiele ihm nicht, was an den Märkten geschehe, weder die nervösen Schwankungen noch die Tendenz. Er wiederholte seine Warnung, daß der Umfang des Handelsbilanzdefizits und der Verschuldung im Ausland den Keim zum eigenen Untergang lege. Je mehr im Ausland gepumpt werde, um so größer werde das Mißtrauen. Wenn nicht mehr genügend Auslandskapital ins Ausland käme, müßten die Zinsen steigen, worin ein großes Risiko für die amerikanische Konjunktur liege.

In Fernost konnte sich der Dollar zwar trotz Interventionen der japanischen Zentralbank wieder erholen, und bei Geschäftsbeginn in Europa wurde er zwischen 3,43 und 3,4350 DM gehandelt. Doch als dann die Bundesbank mit ersten Abgaben in den Markt ging, begann der Tiefflug. An der Börse wurde der Dollarkurs amtlich mit 3,3150 nach 3,4690 DM am Dienstag notiert: offiziell trat die Bundesbank beim Fixing nicht in Erscheinung. Nach Meinung von Händlern hat sie jedoch über Banken verdeckt Dollar in den Markt geschleust. Die Unterbrechung des Dollarhöhenfluges hat gestern umfangreiche Gewinnrealisationen ausgelöst.

Der Rentenmarkt reagierte auf den „Absturz" des Dollarkurses mit hausseartigen Kurssteigerungen bis zu 1,40 DM, und die von der Bundesbank berechnete Umlaufrendite von Bundesanleihen ging von 7,66 auf 7,55 zurück. Der Aktienmarkt, wo erstmals seit einigen Tagen wieder kleine Auslandskäufe beobachtet wurden, hat sich leicht erholt.

AUF EIN WORT

„Die europäische Computerindustrie hat gute Chancen, sich im internationalen Wettbewerb durchzusetzen und ihre Marktposition auszubauen. Ihre entscheidenden Vorteile gegenüber der amerikanischen und auch der japanischen Konkurrenz sind die Anwender- und Dienstleistungsorientierung sowie die Breite ihrer Software-Technologie."

Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, Paderborn. FOTO: DIE WELT

KONJUNKTURTEST

Wachsender Auftragsbestand

DANKWARD SEITZ, München

Eine deutliche Verbesserung des Auftragseingangs vor allem im Investitionsgüterbereich verzeichnete die deutsche Industrie im Januar 1985 gegenüber dem Vormonat. Und obwohl die Produktionstätigkeit gesteigert wurde – auch für die kommenden drei Monate sind die Unternehmenspläne auf weitere Expansion gerichtet – konnten sich die Auftragsbestände allgemein gut auf dem Stand des Dezember 1984 behaupten.

Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Bei insgesamt verbesserter Geschäftslage beurteilt das verarbeitende Gewerbe seine Aussichten jedoch etwas weniger zuverischtlich. Wie im Vormonat werden die Exportchancen verhalten positiv eingeschätzt.

Von spürbaren bzw. sprunghaften Verbesserungen des Geschäftsklimas berichtet das Ifo im Einzel- und Großhandel. Die Unmsätze im Januar dürften in beiden Bereichen die des Vorjahres übertroffen haben; zudem sei der Lagerdruck nicht mehr so stark. Unterschiedlich werden allerdings die längerfristigen Geschäftsaussichten bewertet.

Während der Großhandel weit weniger skeptisch ist als bisher, haben sich die Erwartungen im Einzelhandel weiter verschlechtert.

Ausnahmen bilden hier aber die Warenhäuser, Verbrauchermärkte und der Versandhandel, die ihre Aussichten ähnlich günstig wie im Dezember oder positiver einschätzen.

VERKEHRSPOLITIK

Dollinger warnt vor Folgekosten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine „kopflose Umweltdiskussion" darf nicht die Qualität des Verkehrssystems gefährden. Davor warnte auf dem Verkehrspolitischen Jahresgespräch vor rund 60 Vertretern aus dem Wirtschafts- und Verkehrsbereich Bundesverkehrsminister Werner Dollinger gestern in Bergisch Gladbach. „Deshalb darf auch noch soviel Ökologie nicht die Dynamik der Mobilität behindern." Unter ökonomischen und ökologischen Aspekten spiele die bessere Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern eine wesentliche Rolle. 2,8 Millionen Lkw-Fahrten pro Jahr könnten eingespart werden, wenn die Bahn das ehrgeizige Ziel erreiche, bis zum Jahr 2000 das Aufkommen im kombinierten Verkehr von heute knapp 15 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen zu verdreifachen.

Dollinger warnte davor, daß mit der Begründung gemeinwirtschaftlicher Notwendigkeiten immer höhere Folgekosten produziert würden. Die Fortschritte der Bahn bei der Konsolidierung könnten nur gesichert werden, wenn die vorhandenen Finanzmittel in marktorientierte Zukunftsinvestitionen zur Attraktivitätssteigerung und Modernisierung gesteckt würden. „Die bloße Konservierung vorhandener gemeinwirtschaftlicher Angebote würde den öffentlichen Personennahverkehr auf Dauer unfinanzierbar machen", ergänzte der Minister. Das in den bahnpolitischen Leitlinien der Regierung betonte Verursacherprinzip solle bewirken, daß mit gemeinwirtschaftlichen Forderungen in Zukunft vorsichtiger umgegangen wird.

INNERDEUTSCHER HANDEL / Nach Stagnation für 1985 Zunahme erwartet

Verschnaufpause wieder beendet

PETER WEERTZ, Berlin

Nach dem beachtlichen Wachstum in den Vorjahren (plus acht und 13 Prozent) stagnierte der innerdeutsche Handel 1984 mit einer Zunahme um nominal zwei Prozent auf 15,5 Mrd. DM. Ohne Preissteigerungen ist er sogar leicht zurückgefallen. Das Bundeswirtschaftsministerium wertet die Entwicklung als „Verschnaufpause". Für 1985 ist das Ministerium jedoch zuversichtlich, denn die genehmigten Warenlieferungen sind schon seit Herbst vorigen Jahres wieder gewachsen. Vor allem wird 1985 mit einer ungefähr gleichen Entwicklung der gegenseitigen Lieferungen gerechnet, die im Vorjahr sehr unterschiedlich verliefen.

Denn 1984 haben sich lediglich die westdeutschen Lieferungen mit einem Rückgang von sechs Prozent auf 7,25 Mrd. DM schwach entwickelt. Die mitteldeutschen Lieferungen wuchsen hingegen um neun Prozent auf 8,24 Mrd. DM. Allein im Warenverkehr (ohne Dienstleistungen und Sonderzahlungen) entstand dadurch ein Überschuß für die „DDR" von 1,5 Mrd. DM.

Gründe hierfür sind die Zurückhaltung Ost-Berlins bei seinen Bestellungen in der Bundesrepublik besonders im ersten Halbjahr und die wachsenden Einkäufe der Warenhäuser und des Versandhandels bei Textilien, Damenoberbekleidung und elektrotechnischen Konsumgütern. Hier wirkt sich für Ost-Berlin günstig der steigende Dollarkurs aus. Wenn die Lieferfähgkeit der „DDR" größer gewesen wäre, hätten die Warenhäuser noch mehr aus Mitteldeutschland bezogen.

Infolge des Überschusses der mitteldeutschen Lieferungen sind die Verbindlichkeiten Ost-Berlins gegenüber der Bundesrepublik von 4,1 auf unter drei Mrd. DM zurückgegangen. Den zinslosen Überziehungskredit (Swing) hat Ost-Berlin im Vorjahr und in diesem Jahr kaum ausgenutzt. Zur Zeit beträgt der Swing 600 Mill. DM, davon waren bis Februar dieses Jahres weniger als 100 Mill. in Anspruch genommen. Hier wie auch im Außenhandel mit anderen westlichen Ländern ist Ost-Berlin darauf bedacht, seine Kreditwürdigkeit zu demonstrieren.

Der Rückgang der westdeutschen Lieferungen um sechs Prozent konzentriert sich besonders auf Eisen und Stahl mit 741,8 Mill. DM (minus 29 Prozent), Agrarprodukte auf 820,3 Mill. DM (minus 15 Prozent) sowie Maschinen, Anlagen und Elektroerzeugnisse mit 905 Mill. DM (minus elf Prozent). Dadurch ist der Anteil der Investitionsgüter am Gesamthandel auf 15 (1980 noch 25) Prozent gesunken. Im neuen Jahr hat Ost-Berlin zusätzlich Steinkohle (etwa 130 Mill. DM) bezogen, die kurzfristig im Ostblock nicht zu erhalten war.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ministerrat kann sich nicht über Getreidepreise einigen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Als ein Zeichen, daß die EG doch noch zu Entscheidungen fähig ist, wird beim Deutschen Bauernverband das Ergebnis des Agrarministerrats interpretiert. Allerdings sei mit dem Kompromiß bei Wein allenfalls ein Stein auf dem Wege zur Süderweiterung weggeräumt worden. Die Einigkeit bei Milch läßt nach Meinung im Bonner Landwirtschaftsministerium keinen Rückschluß auf die Preisrunde zu. Diese Problematik sei nicht andiskutiert worden. Freitag will der Bauernverband für höhere Preise Stimmung machen.

Durch die jetzt gefundene Einigung bei Wein kann der Beschluß des letzten EG-Gipfels vom Dezember in Dublin umgesetzt werden. Aus deutscher Sicht ist von dem Kompromiß in erster Linie der Finanzminister betroffen. Denn das Strukturprogramm, aus dem die Umstellung von Betrieben finanziert wird, soll in den nächsten fünf Jahren nur ein Gesamtvolumen von 435 Millionen ECU (rund eine Milliarde Mark) haben. Ursprünglich waren 740 Millionen ECU angestrebt. Überdies wurde ein Sonderprogramm für Griechenland und Regelungen für die obligatorische Destillierung beschlossen.

Im Milchbereich wurde das Problem gelöst, wem beim Auslaufen eines Pachtvertrages die Milchquote zusteht, die an die Fläche gebunden ist. Es soll zwar dabei bleiben, daß der Bauer, der zu viel Milch produziert hat, eine Abgabe zahlt. Diese muß jedoch nicht an die Gemeinschaftskasse abgeführt werden, sondern kann gegen nationale Aufwendungen wie der Milchrente verrechnet werden, wenn es in der gleichen Region Landwirte gibt, die weniger produziert haben. Beim einzelbetrieblichen Förderungsprogramm konnte kein Durchbruch erzielt werden.

Nach Ansicht des Bonner Landwirtschaftsministeriums hat die Garantiemengen-Regelung den EG-Milchmarkt bereits deutlich entlastet. So sei der Kuhbestand in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um 2,7 und in der EG um 4,3 Prozent gesunken. Die Milcherzeugung sei in der Bundesrepublik um vier, in der EG um 2,8 Prozent gesunken. Allerdings sei der Verbrauch in der Bundesrepublik um 3,9 Prozent und in der EG um 1,6 Prozent gestiegen. Trotzdem hätten die Butterbestände sich weiter erhöht. Die Magermilch-Halden seien kleiner geworden.

Mehr aus Verlegenheit haben die Minister gegen Sitzungsende kursorisch das Preisproblem angesprochen. Dabei hat Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle seine Ablehnung der Preisvorschläge der EG-Kommission noch einmal bekräftigt. Vor allem wendet sich Kiechle gegen die vorgeschlagene Senkung des Getreidepreises um 3,6 Prozent, obwohl aufgrund eines früheren Ministerratsbeschlusses wegen der Superernte des vergangenen Jahres ein Abschlag von fünf Prozent erfolgen müßte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ausgaben der Kommunen geringfügig gestiegen

Köln (dpa/VWD) – Die finanzielle Lage der deutschen Städte und Gemeinden ist nach wie vor angespannt. Die Kommunen konnten durch einen weiterhin geringen Ausgabenzuwachs von durchschnittlich 2,2 Prozent bei um drei Prozent gestiegenen Einahmen das Jahr 1984 voraussichtlich ohne Finanzierungsdefizit abschließen. Doch insbesondere in den strukturschwachen Städten sei noch kein Bewegungsraum vorhanden, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetags in Köln. Sorge bereite der Einbruch bei den städtischen Investitionen seit 1980. Nach einem kommunalen Investitionsvolumen von 41 Mrd. DM 1980 betrug es 1984 nach einem erneuten leichten Rückgang nur noch 30,5 Mrd. DM.

Neues Beistandsabkommen

London (VWD) – Jugoslawien und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben sich gestern über die Konditionen für ein neues Beistandsabkommen für 1985/86 geeinigt. Dies ebnet den Weg für neue Kreditverhandlungen mit mehr als 600 ausländischen Banken sowie den Regierungen von 16 Gläubigerländern. Dabei geht es um die teilweise Umschuldung von nahezu 20 Mrd. Dollar jugoslawischer Auslandsschulden.

Auch 1985 Wachstum

Berlin (AP) – Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird die Expansion der Berliner Wirtschaft 1985 ähnlich stark sein wie im Vorjahr. 1984 kam nach ersten Berechnungen ein Wachstum von 2,9 Prozent zustande. Mit einer anhaltend kräftigen Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen entstünden auch neue Arbeitsplätze, und die Zahl der Beschäftigten nehme zu, heißt es in dem jüngsten Wochenbericht des DIW. Doch sei der Anstieg zu gering, um die Lage am Arbeitsmarkt wesentlich zu verbessern.

Reges Interesse

Bonn (DW) – Das Programm der Bundesregierung zur Förderung des Ausbaus kleiner und mittlerer Tankstellenunternehmen mit bleifreiem Benzin ist in der Branche auf reges Interesse gestoßen. Bis jetzt sind bereits über 1000 Investitionszuschußanträge und Anfragen bei der Bewilligungsbehörde, dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW), eingegangen. Die Zuschußrichtlinien sind im Bundesanzeiger Nr.21 vom 31. 1. 1985 veröffentlicht. Die Bundeszuschüsse sollen dazu beitragen, die Strukturvielfalt auf dem deutschen Benzinmarkt zu erhalten und den Aufbau eines Netzes von Tankstellen mit bleifreiem Benzin zu beschleunigen.

Köhler nach Ostafrika

Bonn (HH) – Zu Gesprächen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Sudan und Somalia reist Staatssekretär Volkmar Köhler vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für eine Woche in die beiden ostafrikanischen Länder. Neben Gesprächen mit Präsident Numeiri und Regierungsmitgliedern geht es im Sudan auch um die Erörterung deutscher Hilfsmaßnahmen für das ebenfalls von der Hungerkatastrophe heimgesuchte Nachbarland Äthiopiens.

Handel mit Nordamerika

Wiesbaden (dpa/VWD) – Trotz der drastischen Exportsteigerungen in die USA hat Nordamerika nur einen Anteil von knapp zehn Prozent am deutschen Außenhandel. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, gestern mitteilte, stiegen die Ausfuhren in die USA und Kanada im vergangenen Jahr um 42 Prozent auf 51,2 Mrd. DM. Die deutschen Importe nahmen um 13 Prozent auf 35,2 Mrd. DM zu.

Stahlrat verschoben

Brüssel (dpa/VWD) – Die ursprünglich für den 5. März angesetzte Sondersitzung der EG-Wirtschafts- und Industrieminister über die Stahlsubventionen ist verschoben worden. Als neuer Termin wurde gestern im EG-Ministerrat der 23. oder der 25. März genannt.

Rekordüberschuß

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Leistungsbilanz hat im Januar mit einem Überschuß von 800 Mill. Dollar abgeschlossen. Es ist der erste Aktivsaldo für diesen gewöhnlich eher schwachen Monat seit 20 Jahren. Nach Angaben des Finanzministeriums in Tokio wurde dieses Ergebnis durch die ungewöhnlich günstige Exportentwicklung erwirtschaftet.

Kooperation mit China

Berlin (Wz.) – Für den Berliner Finanzsenator Gerhard Kunz, der gerade von einer Reise in das Reich der Mitte zurückkehrte, ist die Volksrepublik China ein Markt der Zukunft – auch für die Berliner Wirtschaft. Das Ministerium für Leichtindustrie in Peking hat der Berlin Consult BC einen Kooperationsvertrag für Investitionsobjekte vor allem in der Nahrungsmittelproduktion angeboten. Im Gespräch sind unter anderem ein Schlachthof und eine Fleischverwertungs-Anlage in Xining sowie eine Fabrik für Schinken.

WGZ-BANK

Eigenkapital ist gestiegen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach dem spektakulären Fall der Hammer Bank mit einem Kredit-Sanierungsbedarf von 500 Mill. DM und einem „besonders pflegebedürftigen atypischen Kreditvolumen" von 600 Mill. DM wollen die Genossenschaftsbanken wieder zu den Tugenden des Regionalitätsprinzips zurückfinden. Wäre dieses Prinzip, Aktiv- und Passivgeschäft nur im regionalen Umfeld zu betreiben, in der Vergangenheit stärker beachtet worden, wäre es zu dem „Hammer-Sündenfall" sicher nicht gekommen, meinte Georg Unckell, Vorstandsmitglied der Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG (WGZ), Düsseldorf. Neben dem Hammer-Desaster waren in weiteren 23 Fällen die genossenschaftlichen Sicherungseinrichtungen im Rheinland und in Westfalen im letzten Jahr tätig geworden. In den meisten Fällen gehe es hier jedoch um kurzfristige Liquiditätsengpässe.

Als „noch zufriedenstellend" kennzeichnet der WGZ-Vorstand das Geschäftsergebnis der mit 666 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen und deren addierter Bilanzsumme von 90 Mrd. DM größten regionalen Genossenschafts-Zentralbank in der Bundesrepublik. Der WGZ-Jahresüberschuß ging leicht auf 58,2 (59,9) Mill. DM zurück. Das lasse Spielraum für die beabsichtigte Aufstockung des Eigenkapitals. So sollen wie im Jahr zuvor 45 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt werden, was eine Steigerung der Eigenkapitalquote von 3,03 auf 3,09 Prozent bedeutet. Auf Vorjahreshöhe bleibe auch die Bruttodividende von 8,5 Prozent.

Der Zinsüberschuß ist 1984 um 9,2 Prozent auf 234 Mill. DM zurückgegangen. Die Zinsspanne fiel auf 1,08 (1,27) Prozent zurück. Zurückgegangen ist auch der Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie die Zuführungen und Wertberichtigungen im Kreditgeschäft (46 nach 61 Mill. DM).

Die WGZ steigerte die Bilanzsumme um 6,6 Prozent auf 21,2 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um sieben Prozent auf 22,8 Mrd. DM. Die Forderungen der Mitgliedsbanken stiegen um 0,7 auf 7,7 Mrd. DM, die der Kunden um 0,3 auf 3,2 Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten gegenüber fremden Banken wuchsen um 0,8 auf 6,4 Mrd. DM, gegenüber den eigenen Instituten um 0,3 auf 10,7 Mrd. DM.

DEUTSCHE LEASING / Gesellschafter werden für 1983/84 mit einer höheren Gewinnabführung verwöhnt

Die Wachstumschancen bleiben unverändert gut

INGE ADHAM, Frankfurt

„Richtig betriebenes Leasing bietet unverändert gute Wachstumschancen", konstatiert Albrecht Dietz, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Leasing AG (DL), Frankfurt, mit Hinweis auf die jetzt vorgelegten Zahlen der Deutschen Leasing für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.). Daß erstmals seit Bestehen des Leasing im vergangenen Jahr die Neuzugänge für die Gesamtbranche geschrumpft sind – das Ifo-Institut schätzt den Rückgang auf 2,7 Prozent – ist Folge des geänderten Angebotsverhaltens eines großen Leasing-Unternehmens, betont Dietz, und habe nicht mit der ungebrochenen Akzeptanz des Leasing von mobilen Ausrüstungen, Computern und Transportmitteln zu tun.

Gemeint sind mit dieser Aussage die Folgen des Fast-Zusammenbruchs der Deutschen Anlagen Leasing GmbH (DAL), Mainz, die sich seither am Markt zurückhält, nachdem sie in der Vergangenheit fast mit der Hälfte zum Neugeschäft dieser Sparte beigetragen hatte. Darauf schrumpfte das Immobilien-Leasing-Neugeschäft bereits 1983 um ein Viertel und dürfte 1984 weitere rund 10 Prozent auf 3,6 Mrd. DM eingebüßt haben. Auch in diesem Jahr wird dieser Bereich nach Dietz' Einschätzung weiter schrumpfen. Die Deutsche Leasing ist davon freilich kaum betroffen. Bei ihr hat das Immobilien-Leasing, als Ergänzung für die Kunden betrieben, nur einen bescheidenen Anteil von etwa zehn Prozent.

Schwergewicht im Geschäft des DL-Konzerns ist weiterhin das Leasing von mobilen Industrieanlagen mit einem Anteil von 40 Prozent. Auf Computer und Büromaschinen entfallen 39 Prozent, 21 Prozent auf Transport und Verkehr; Bereiche, die sich im zurückliegenden Geschäftsjahr mit besonderer Dynamik auszeichneten. Inzwischen ist jedoch auch das Geschäft mit Industriemaschinen wieder deutlich angesprungen. Die gestiegene Investitionsneigung bescherte der DL im neuen Geschäftsjahr bis Mitte Februar eine Steigerung der Neuzugänge gegenüber dem Vorjahr um 34,4 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 1983/84 verwöhnt DL ihre Gesellschafter – die größten Anteile halten WestLB und Bayerische Landesbank – mit einer auf 12 (10) Mill. DM gesteigerten Gewinnabführung. In die Rücklagen fließen 10 (8) Mill. DM, gleichzeitig soll das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln um 5 auf 40 Mill. DM erhöht werden, was die DL-Eigenmittel auf 75 (65) Mill. DM steigen läßt. Hinter dem hervorragenden Ergebnis steht, so Dietz, vor allem der Verzicht auf Abschlüsse ohne angemessene Rendite. Dies hat DL an raschem Wachstum nicht gehindert, in den letzten beiden Geschäftsjahren zusammengenommen stieg das Abschlußvolumen um 47 Prozent.

Nach dem kräftigen Schub des Vorjahrs um 36 Prozent durch die Aufnahme des Sparkassen-Leasing (LSG) und das Immobilienleasing (DOL) wuchs das Neugeschäft im Konzern im Jahr 1983/84 nochmals um 8 Prozent auf 890,7 (825) Mill. DM. Der Bestand an Mietausrüstungen (zu Anschaffungspreisen) expandierte damit um 4,3 Prozent auf 3,09 (2,96) Mrd. DM. Die ausstehenden Forderungen für abgeschlossene Verträge (Mietvolumen) erreichen damit 2,25 (2,09) Mrd. DM, knapp acht Prozent mehr als im Vorjahr. Die Abschreibungen auf das Vermietvermögen wurden um 5,6 Prozent auf gut 1,72 Mrd. DM erhöht. Vor allem mit der Ausnutzung der Abschreibungsmöglichkeiten treibt die DL also Risikovorsorge.

Die kräftige Geschäftsausweitung der beiden Vorjahre hat auch auf den Umsatz (die Mieteinnahmen) mit einer Steigerung um knapp 16 Prozent auf 897,9 Mill. DM durchgeschlagen. Am Ende des Geschäftsjahres waren 404 (353) Mitarbeiter beschäftigt. An der DL sind über eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts die Westdeusche Landesbank mit 36 Prozent, die Bayerische Landesbank mit 26 Prozent, die Landesbanken Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg mit jeweils 9 bis 10 Prozent, die Saarländische und Niedersächsische Landesbank, die Girokasse Stuttgart, die Hamburger Sparkasse und die Württembergische Kommunalbank beteiligt. Bei der Refinanzierung – bei mittel- und langfristigen Geschäften grundsätzlich fristenkongruent – stützt sich DL vor allem auf ihre Gesellschafter.

PHARMAVERBAND / Gespräch über Arzneimittelstreit

Weichenstellung erwartet

PETER JENTSCH, Frankfurt

Eine „deutliche Weichenstellung der Bundesregierung zur Kostendämpfung im Medizinbetrieb" erwartet der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie (BPI), Professor Hans Rüdiger Vogel, spätestens nach der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen am 27. März. Das gelte vor allem für den Arzneimittelbereich, sagte Vogel in einem Gespräch mit der WELT, insbesondere nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Krankenkassen aufgrund deren „starren Beharrens auf für uns unerfüllbaren Forderungen".

Als eingetragener Verein und aus ordnungspolitischen Gründen habe der BPI aber „weder eine Lösung im Sinne vetraglich geregelter Einzelpreisverhandlungen für Pharmaprodukte mit den Kassen akzeptieren, noch einer Umwandlung des BPI in eine Körperschaft öffentlichen Rechts nach dem Muster der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zustimmen können". Diese Bedenken hätten auch der Bundeswirtschaftsminister und die Kartellbehörde geltend gemacht. Im Falle einer Umwandlung des Verbands in eine Körperschaft hätten mehr als 1000 Pharmaunternehmen Zwangsmitglied werden müssen.

Auch die Forderung der Kassen, die Pharmaindustrie solle rund 3000 Pharmareferenten entlassen und die Abgabe von Arzneimittelmustern einstellen, „konnte der Verband nicht akzeptieren; er kann sie auch nicht durchsetzen". Vogel: „Ich hoffe, daß Bundesarbeitsminister Blüm jetzt keine überstürzten Maßnahmen ergreift, die das gesamte System der Arzneimittelversorgung infrage stellen, sondern Regelungen findet, die wirklich einen Beitrag zur Kostendämpfung leisten". Diese Maßnahmen dürften sich aber nicht allein auf die Pharmaindustrie beschränken.

In diesem Zusammenhang machte Vogel deutlich, daß „ein Gesetzgeber, der nur ökonomisch denkt, und in der Pharmaindustrie eine Gruppe sieht, die sich auch aus gesellschaftspolitischen Gründen sehr gut dazu eignet, an den Pranger gestellt zu werden, und deren Produkte sich für die Risiko-Diskussion so herrlich eignen, fahrlässig handelt". Zwar sei die Diskussion über die Kostendämpfung berechtigt; das System müsse finanzierbar bleiben. „Aber die fiskalische Betrachtungsweise dominiert zu stark."

Vogel meinte, daß „die eigentliche Dynamik der Preisentwicklung im Bereich der Rentner" liege. Die Arzneimittelausgaben für Rentner hätten die höchsten Zuwachsraten. Insoweit sei die Frage zu stellen, inwieweit man den Rentnern bestimmte Therapeutika vorenthalten wolle.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gerolsteiner mit Minus

Essen (Bm.) – Die Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co., Gerolstein, hat im Geschäftsjahr 1984 ein Absatzminus von 1,2 Prozent auf 2,6 Mill. Hektoliter hingenommen. Im Durchschnitt der Branche ging der Mineralwasserabsatz um fast drei Prozent zurück. Das Geschäftsjahr 1984 stand ganz im Zeichen der Übernahme der Marke „Gerolsteiner Flora". Der Umsatz bei Gerolsteiner lag mit 140 Mill. Mark etwas über dem Vorjahresergebnis. Mehrheitsgesellschafter bei Gerolsteiner ist die Bitburger Brauerei.

Reales Umsatzplus

Bramsche (hdt.) – Um insgesamt 15 Prozent auf 96 Mill. DM konnte die Deutsche Duni GmbH, Bramsche, ihren Umsatz 1984 erhöhen. Dies bedeutet gleichzeitig eine mengenmäßige Absatzsteigerung um zwölf Prozent, da durch günstige Kapazitätsauslastung und Rationalisierung Preiserhöhungen im Rohstoffbereich weitgehend aufgefangen wurden. Im Markt für Papierservietten, der im Vorjahr um elf Prozent wuchs, konnte die Marktführerposition weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich um 60 auf insgesamt 425. Für 1985 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung gerechnet.

Durchschnittspreise höher

Frankfurt (adh.) – Weine im Wert von 9,52 Mill. DM haben die hessischen Staatsweingüter, der größte Weinerzeugerbetrieb in der Bundesrepublik, im vergangenen Jahr verkauft. Davon entfallen gut 9,35 Mill. DM auf den Erlös von knapp 1,3 Millionen verkauften 0,75-l-Flaschen. Das entspricht einem Durchschnittspreis von 7,24 DM je Flasche. Gegenüber dem Vorjahr (7,01 DM) sei damit eine „weitere Festigung" der Durchschnittspreise erreicht worden, teilen die hessischen Staatsweingüter mit. Die Domänenweinbauverwaltung in Eltville schließt das Jahr 1984 mit 0,5 Mill. DM Überschuß ab.

Basse: Konkurs eröffnet

Berlin (dpa/VWD) – Über das Bankhaus Wilhelm Basse KG, Hannover, das bereits am 25. Januar von der Bankenaufsicht geschlossen worden war, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Dies bestätigte ein Sprecher des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen in Berlin. Konkursverwalter ist Egon Kretschmer. Grund der Schließung durch das Aufsichtsamt waren Schwierigkeiten im Kreditgeschäft. Die Basse-Bank mit einer Bilanzsumme von rund 100 Mill. DM ist der Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken angeschlossen.

Glunz übernimmt

Hamm (dpa/VWD) – Der größte deutsche Spanplattenhersteller, die Glunz Industrie GmbH, Hamm, hat mit Wirkung vom 1. Januar 1985 die Mehrheit an der britischen Caberboard Ltd., Cowie/Schottland, übernommen. Wie Glunz mitteilte, hat sie 86,84 Prozent der Caberboard-Aktien von der Biso-Werke Bähre u. Greten GmbH + Co. KG, Springe, übernommen. Caberboard ist mit 40 Prozent Anteil an der britischen Produktion der größte Spanplattenproduzent der Insel und erreichte nach Glunz-Angaben 1984 mit 280 Mitarbeitern einen Umsatz von knapp 120 Mill. DM.

USA: 7,4 Prozent Arbeitslosenrate

Sbt. Washington

Obwohl seit November 1982, dem Ende der schlimmsten Rezession seit den 30er Jahren, 7,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden sind, hat der US-Arbeitsmarkt noch viele Dellen. Wie aus einer Aufstellung des Arbeitsministeriums in Washington hervorgeht, registrierten 1984 noch sechs Bundesstaaten doppelstellige Arbeitslosenquoten.

In den USA erreichte die Arbeitslosenrate 1984 im Durchschnitt 7,5 (9,6) Prozent. Die Zahl der Amerikaner ohne Job verringerte sich von 10,7 auf 8,5 Millionen. Sie ist auf diesem Niveau eingefroren, nachdem sich die Arbeitslosenquote im Januar wieder von 7,2 auf 7,4 Prozent verschlechtert hat. Mit 6,8 Prozent war 1984 im amerikanischen Nordosten die Rate am niedrigsten. Im Süden machte sie 7,2, im Westen 7,6 und im Norden 8,4 Prozent aus. 32 von den 50 US-Bundesstaaten lagen unter dem nationlen Durchschnitt.

Wie die Behörde weiter mitteilte, wurde in den USA im vierten Quartal 1984 ein durchschnittlicher Wochenlohn in Höhe von 337 Dollar (etwa 1166 Mark) gezahlt – 5,4 Prozent mehr als in der gleichen Zeitspanne 1983. Das mittlere wöchentliche Einkommen einer mehrköpfigen Familie erreichte 513 Dollar (plus 5,9 Prozent).

AUDI / Produktion sinkt noch um vier Prozent

Die Ertragsspur gehalten

DANKWARD SEITZ, München

Trotz Streik und Abgas-Diskussion wird 1984 als ein gutes Jahr in die Unternehmensgeschichte der Audi AG, Ingolstadt, eingehen. Obwohl Vorstandsvorsitzender Wolfgang Habbel noch keine endgültigen Zahlen präsentieren konnte, deutete er in München an, daß das Ergebnis „nicht unter dem des Jahres 1983" liegen wird, für das ein Gewinn nach Steuern von 176 Mill. DM ausgewiesen worden war.

Deutlicher erkennbar werden die Spuren, die die Tarifauseinandersetzungen hinterlassen haben, allerdings in den Umsatz- und Produktionszahlen. So stieg zum einen der Umsatz durch den Trend zu höherwertigen Autos zwar noch um rund fünf Prozent auf etwa 8,5 (8,09) Mrd. DM, womit aber das Ziel von 9 Mrd. DM verfehlt wurde. Auf der anderen Seite konnte durch Produktionssteigerungen und Sonderschichten wieder aufgeholt werden, letztendlich verblieb aber noch ein Produktionsminus von 4 Prozent auf rund 370 000 Pkw.

Besonders erfreulich verlief nach Angaben von Habbel das Geschäft im Ausland, wo rund 220 000 (181 000) Autos abgesetzt werden konnten. Der Exportanteil erhöhte sich auf 60,5 (50,2) Prozent. Wesentlichen Anteil daran hatten die USA, wo 71 000 (52 000) Pkw ausgeliefert wurden. Einen leichten Rückgang mußte man in Europa verzeichnen. Der Marktanteil in der Bundesrepublik sank auf 6,1 (7,1) Prozent.

Bei aller noch bestehenden Unsicherheit wegen der Einführung des Katalysators – „in den nächsten Monaten muß Bonn einen Kompromiß mit seinen europäischen Nachbarn finden" –, hat man sich bei Audi für 1985 „einiges vorgenommen": Die Produktion soll auf 400 000 Fahrzeuge steigen und der Umsatz in die Größenordnung von neun Mrd. DM.

Nach einem „relativ ordentlichen" Auftragseingang im Dezember sind die Planzahlen im Januar zwar um 15 Prozent unterschritten worden, der Februar habe aber schon wieder eine Erholung gebracht. Preiserhöhungen sind nach Angaben von Habbel in den nächsten drei Monaten nicht zu erwarten; insgesamt hofft man, 1985 mit einer Anhebung auszukommen.

Atlas Copco voll im Aufschwung

J. G. Düsseldorf

Mit Plusraten von zwölf Prozent auf 9,1 Mrd. skr Umsatz (3,2 Mrd. DM) und von 16 Prozent auf 9,58 Mrd. skr Auftragseingang hat die von der Stockholmer Atlas Copco AB geführte internationale Druckluft- und Hydraulikgruppe 1984 zwei magere Vorjahre wenigstens zum Teil wieder überwunden. Auch real besserte sich der Umsatz um 8 Prozent (nach 10 Prozent Vorjahresminus). Die beiden deutschen Verkaufsgesellschaften der Gruppe in Essen kamen auf „zufriedenstellende" 128 (124) Mill. DM Umsatz.

Den stärksten Aufschwung erreichte der Konzern bei seinem auf 573 (235) Mill. skr oder 6,3 (2,9) Prozent des Umsatzes verbesserten Gewinn vor Steuern. Der 1983 halbierte Dividendensatz wurde darob auf 4,50 (drei) skr je Aktie oder 40 Prozent des Bruttogewinns erhöht. Die schon 1983 gute Kompressoren-Produktgesellschaft Airpower N. V. in Wilrijk/Antwerpen war auch 1984 mit Steigerungen des Umsatzes um 17 Prozent auf 4,3 Mrd. skr und des Bruttogewinns auf 390 (190) Mill. skr der erfolgreichste Konzernzweig.

VARTA / Vorjahresergebnis deutlich übertroffen

Alle Sparten im Plus

dos. Hannover

Mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich besseren Ergebnis rechnet der Vorstand der Varta AG, Bad Homburg, für das Geschäftsjahr 1984. In einem ersten Überblick verweist das Unternehmen, das weltweit zu den führenden Batterieherstellern zählt, auf den gestiegenen Umsatz und die Maßnahmen zur Kostensenkung. Zahlen allerdings werden nicht genannt. Für 1983 hatte Varta einen Jahresüberschuß von 29 (16) Mill. DM ausgewiesen und eine Dividende von 12 (8) Prozent ausgeschüttet. Ob der Dividendensatz erneut angehoben wird, läßt der Vorstand noch offen.

Zur Steigerung des Weltumsatzes um acht Prozent auf 1,71 (1,58) Mrd. DM haben im Berichtsjahr alle Geschäftssparten beigetragen. Im Inlandskonzern erhöhten sich die Umsatzerlöse um sieben Prozent auf 1,03 (0,96) Mrd. DM. Parallel dazu stieg der Export auf 389 (361) Mill. DM; das entspricht einer Exportquote von 38 Prozent. Das internationale Geschaft lag bei 63 (62) Prozent des Weltumsatzes.

Das stärkste Wachstum verzeichnete mit einem Plus von zehn Prozent auf 528 (478) Mill. DM die Sparte Gerätebatterien. Aber auch die Bereiche Industriebatterien (405 nach 377 Mill. DM) und Starterbatterien (713 nach 667 Mill. DM) übertrafen den Vorjahresumsatz deutlich um jeweils sieben Prozent. In allen Sparten wurde die Ausweitung vor allem vom internationalen Geschäft getragen. Die Varta-Plastic GmbH, Gelnhausen, erhöhte ihren Umsatz auf 46 (42) Mill. DM.

Planmäßig wurden 1984 die Investitionsprogramme abgewickelt. Weltweit investierte Varta 67 (61) Mill. DM; davon entfielen knapp 38 Mill. DM auf Projekte im Inland. Leicht erhöht wurde im Berichtsjahr die Belegschaft. Ende 1984 beschäftigte Varta weltweit knapp 12 000 Mitarbeiter, 235 mehr als vor Jahresfrist.

LINTAS DEUTSCHLAND / Etatverluste durch das Neugeschäft wettgemacht

Gestärkt in das neue Jahr gegangen

JAN BRECH, Hamburg

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1984 könne „sicher nicht übermäßig glücklich" stimmen, doch gebe es keinen Grund zur Resignation. Aus der Sicht des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Ingo Zuberbier, hat die Werbeagentur Lintas Deutschland sogar eine „respektable Leistung" vollbracht, indem sie die erheblichen Hypotheken aus den Vorjahren aufgearbeitet und dabei noch ein geringes Plus erzielt habe.

Die Umsatzsteigerung von 0,7 Prozent auf 435 Mill. DM reichte allerdings weder aus, den Platz eins unter den deutschen Agenturen zu halten noch den Einbruch des Jahres 1983 auszugleichen. Im Vorjahr hatte Lintas rund 20 Mill. DM an Umsatz eingebüßt. An Vorbelastungen für das Jahr 1984 zählt Zuberbier den Verlust von insgesamt sieben großen Kunden und eine Reihe von Etatkürzungen auf. Zudem habe Lintas Mitte des Jahres die Tochteragentur H. M. K., Hamburger Marketing Kommunikation verkauft, so daß deren Umsatz für das zweite Halbjahr nicht mehr konsolidiert worden sei.

Diese Etatverluste sind nach den Worten von Zuberbier durch ein „überaus erfolgreiches" Neugeschäft wettgemacht worden. Lintas habe 1984 von bestehenden Kunden 14 und von neuen Kunden acht Etats dazugewonnen. Außerdem meldet Zuberbier für die ersten Wochen dieses Jahres den Abschluß mit drei weiteren Kunden, darunter den Verband der Chemischen Industrie.

Trotz aller Einbußen und Rückschläge, so Zuberbier, signalisiere dieses Neugeschäft, daß Lintas an Professionalität und Leistungsstärke nichts eingebüßt habe. Durch eine Reihe struktureller und personeller Maßnahmen vor allem im kreativen Bereich gehe die Agentur sogar gestärkt aus dem Jahr 1984 hervor. Nach einem weiteren Personalabbau von 445 auf 415 Mitarbeiter habe der Pro-Kopf-Umsatz zum ersten Mal eine Mill. DM überschritten. Aufgrund von Kostensenkungen liege auch die Rendite deutlich über der von 1983, sei allerdings, wie bei den meisten anderen Agenturen auch, noch keineswegs ausreichend. Nähere Angaben machte Zuberbier nicht, doch dürfte Lintas in den letzten Jahren auf rund ein Prozent abgesackt sein.

Das Kostenmanagement, so Zuberbier, habe bei der wirtschaftlichen Absicherung des Unternehmens aber natürlich Grenzen, an denen Lintas nahezu angelangt sei. Daher müsse die Zukunft nun verstärkt durch qualitatives Wachstum über Etatgewinne sichergestellt werden. Die Entwicklung der letzten Monate zeige dabei, daß Lintas wieder im Aufwärtstrend liege.

Weiter ausgebaut werden soll vor allem der institutionelle Bereich. Lintas sei zwar nach wie vor eine klassische Marktartikel-Agentur, wozu sie sich auch bekenne, doch steuerten die Sparten „Dienstleistungen" und „institutionelle Kommunikation" bereits ein Viertel zum Gesamtumsatz bei. Offenbar zahle sich die jahrelange Überzeugungsarbeit bei Behörden, Institutionen und Verbänden über den Wert moderner Kommunikation nunmehr aus.

Feste Kurse am Rentenmarkt

Der Rentenmarkt reagierte auf den Dollarkurssturz mit ausgesprochen festen Notierungen. Die Nachfrage hat sich spürbar belebt. Im Bereich fünfjähriger Papiere sanken die Renditen am Mittwoch um 0,1 bis 0,15 Prozentpunkte. Die neuen Käufe gründeten sich auf die Hoffnung, daß der Zentralbankrat am Donnerstag nun kein Zinssignal nach oben geben werde und daß der Markt aus dem Schattendasein der US-Zinsen werde heraustreten können. Die Kurssteigerungen erfaßten öffentliche Anleihen, DM-Auslandsemissionen und auch Pfandbriefe.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		27. 2.	26. 2.
7 dgl. 77	2/87	100	95,9
6 dgl. 77	9/87	97,1	97
6 dgl. 78 II	7/88	96,6	96,5
6½ dgl. 77	5/89	97,15	97

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silber-Notierungen konnten sich am Dienstag an der New Yorker Comex von dem Einbruch am Vortag erholen und schlossen durchweg fester. Kupfer schloß sich der Aufwärtstendenz bei den Edelmetallen an und konnte in den meisten Sichten ebenfalls höher aus dem Markt gehen. Die Kaffee-Notierungen beendeten die Dienstag-Sitzung uneinheitlich, während Kakao durchweg schwächer schloß.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26. 2.	25. 2.
März	347,25	346,00
Mai	337,25	335,00
Juli	327,50	326,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	26. 2.	25. 2.
St. Lawrence 1 CW	261,26	260,36
Amber Durum	240,74	238,81

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,10	128,20

Kakao New York ($/t)	26. 2.	25. 2.
Terminkontr. März	2121	2165
Mai	2165	2190
Juli	2145	2165
Umsatz	–	3835

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11		
März	3,89	3,86
Mai	4,08	3,97
Juli	4,43	4,32
Sept.	4,73	4,63
Okt.	4,87	4,76

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Ratlosigkeit nach Dollarsturz

Unsicherheit an den Aktienmärkten

DW. – Der Kurssturz des amerikanischen Dollars versetzte die Aktienmärkte an der Mittwochbörse in schockartige Ratlosigkeit, obgleich er sich in London schon am Dienstagabend angedeutet hatte. Zunächst wußte niemand so recht, wie die richtige Einstellung zu finden sei. Die Dollar-Gewinnmitnahmen führten allerdings zu Aktienkäufen, doch hielten sich die Kursveränderungen meist in engen Grenzen. Im Verlauf festigte sich der langsame Aufwärtstrend durch Kaufaufträge aus der Schweiz.

An der Kurssteigerung gemessen, lagen Deutsche Bank mit zeitweise plus sechs vorn, nicht zuletzt in der Erwartung, daß nicht höhere Zinsen das Kreditgeschäft beeinträchtigen werden. Konsumnahe Papiere wie Warenhäuser lagen eher leichter. Unter den Elektronikwerten wurden nach längerer Zeit Nixdorf bei freundlicheren Notierungen wieder stärker beachtet, und PKI zogen um rund 10 DM an. Maschinenbauaktien waren etwa gehalten. Bei den Stahlwerten fiel der Kursanstieg von Hoesch um 2,50 DM auf. Stromversorgungspapiere lagen etwas freundlicher, vor allem NWK und RWE.

Frankfurt: Adt verminderten um 5,10 DM und Grünzweig u. Hartmann um 4 DM. Andreae Noris Zahn und BBC stockten um 4,50 und Holzmann um 7 DM auf. Henninger Bräu verminderten um 5,50 DM und MAN Roland sanken um 9,90 DM.

Düsseldorf: Bilfinger gaben um 4 DM und Pegulan St. um 5 DM nach. Ver. Rumpus verminderten um 8 DM und Braun VA um 15 DM. Aufgestockt haben Gehe um 3 DM und Stolberger Zink um 10 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Allianz Leben um 50 DM und Victoria um 85 DM.

Hamburg: Hapag Lloyd konnten zu 131 DM untergebracht werden. HEW blieben mit 93 DM unverändert, während NWK-Vz. bis 168 DM umgesetzt wurden. Phoenix Gummi gingen zu 122 DM aus dem Markt. Beiersdorf konnten sich bei 469,50 DM gut behaupten.

Berlin: Bergmann wurden um 10 DM heraufgesetzt. Berthold verbesserten sich um 1,80 DM, Berliner Bank und Berliner Kindl um je 1,50 DM. Lehmann taxierten man um 4,50 DM niedriger. Herlitz gaben um 3,50 DM und Berliner Elektro um 2,50 DM nach.

München: Audi AG verloren 2 DM und Bay. Lloyd 8 DM. Dywidag verbesserten sich um 2 DM, Electro 2000 um 10 DM und Esterer um 9 DM. Brauhaus Coburg schlossen mit 748 DM. NAK Stoffe und Neue Baumwolle Hof stockten um je 1 DM auf.

Stuttgart: Daimler verbesserten sich um 3,50 DM und Porsche um 15 DM. Schwäbischer Zellstoff erzielten einen Gewinn von 6,90 DM. Kolbenschmidt waren um 1,50 DM gebessert. SEL gaben um 3,10 DM nach und Stuttgarter Hofbräu Stamm- und Vorzugsaktien verloren 9 DM und 5 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 170,0 (169,7)
WELT-Umsatzindex: 3390 (3060)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	27. 2.	26. 2.
AEG	109-9,8-9,5-9,8G	109G
BASF	200,8-0,5-99,5-200G	199,7
Bayer	202-2,5-1,5-1,7	201
Bayer. Hypo	308,7-14-09,5-12G	307
Bayer Vbk.	320,5bG-22-1-22G	322
BMW	383-5-1-1G	380G
Commerzb.	164-4,5-4-4	163
Conti Gummi	120,5-0,5-19,5-20G	120G
Daimler	654-5-1,5-4,5	650G
Dt. Bank	400,2-5-0,5-4	399
Dresdner Bk.	189-90,8-90-0,5G	189
DUB	218-7-7G	219G
GHH	155-4,5-2-3G	154G
Harpener	313-2,5-3G	312G
Hoechst	196-6-5-5	195,3
Hoesch	105-7,5-5,5-7,5	104,5
Holzmann	393-1G	380G
Horten	165-4,5G	165G
Kali + Salz	263-5-3,5-5,5G	264G
Karstadt	217-7G	219G
Kaufhof	216G-5,5	216G
KHD	259-8-7-8G	258G
Klöckner-W.	73,1-4,8-3,2-4,5G	73,5G
Linde	420G-17G	420G
Lufthansa St.	188-7G	187G
Lufthansa VA	182-2-1-2,5	180,5G
Mannesmann	153-3-2,5-2,5	151,5G
MAN	159,5-9G	158G
Mercedes-H.	564,5-4-1-2G	563G
Metallges.	258-40-40G	243G
Nixdorf	536-6-4gB-5G	533
Porsche	–	–
Preussag*	257	257G
RWE St.	161,5-1-1,5	159G
RWE VA	160,5-0,5-59,5-61	158,8
Schering	467-6-4-5	463G
Siemens	542bG-3-1,5-2,0G	538G
Thyssen	100,3-0,4-99,5-100,2	99,9
Veba	166-5,5	165,5G
VEW	123,5-2,5G	122G
VW	192-3-1-2	191G
Philips**	52,3-2,4-2,3-2,3G	53
Royal D.**	179,5-8,5	178
Unilever**	293,5-2,5G	294

Kurswert in 1000 DM

Inland

DM-Anleihen

Ausland

New York

Wien

	27. 2.	26. 2.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	237	216
Gösser-Brauerei	488	485
Länderbank Vz.	252	226
Österr. Brau AG	502	–
Perlmooser	432	412
Reininghaus	598	600
Schwechater Br.	255	250
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	168	164
Universale Hoch Tief	250	–
Veitscher Magnesit	380	398
Index	74,08	72,86

Kopenhagen

	27. 2.	26. 2.
Den Danske Bank	283	281
Jyske Bank	525	520
Kopenh. Handelsbk.	283	281
Novo Industri	346	356
Privatbanken	230	225
Ostasiat. Komp.	160	159
Dan. Sukkerfabr.	545	540
For. Bryggerier St.	810	805
Kgl. Porc. Fabr.	233	238

Brüssel

	27. 2.	26. 2.
Arbed	1675	1685
Brux. Lambert	2150	2145
Cockerill Ougrée	272	272
Ebes	2920	2885
Gevaert	3820	3780
Kredietbank	8050	8050
Petrofina	7010	7100
Soc. Gen. d. Belg.	1920	1915
Sofina	7800	7500
Solvay	4300	4260
UCB	4945	4970
Index	2233,42	2232,42

Singapur

	27. 2.	26. 2.
Cycle + Car.	3,38	3,40
Cold Storage	2,78	2,70
Dev. Bk. of Sing.	6,10	6,00
Fraser + Neave	5,40	5,20
Kl. Kepong	2,56	2,51
Mal. Banking	6,00	5,95
Nat. Iron	–	3,24
OCBC	9,20	9,15
Sime Darby	1,94	1,96
Singapur Land	3,12	3,00
Un. Overs. Bank	4,52	4,52

Sydney

	27. 2.	26. 2.
Brok. Hill. Prop.	5,56	5,40
Coles	3,90	3,93
CRA	5,72	5,80
CSR (Theiss)	2,79	2,76
Metals Expl.	0,49	0,49
MIM-Holdings	2,65	2,57
Myer Emporium	1,82	1,81
North Broken Hill	2,30	2,25
Oakbridge	0,68	0,67
Peko Wallsend	4,65	4,60
Poseidon	2,85	2,75
Thomas Nat. Tr	1,94	1,95
Waltons Bond	0,36	–
Western Mining	3,52	3,38
Woodside Petr.	0,78	0,79
Index	786,80	778,40

Optionshandel

Frankfurt: 27. 02. 85

1325 Optionen = 72 000 (105 150) Aktien,

davon 207 Verkaufsoptionen = 10 850 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/4,85, 7-100/17, 10-100/20, 10-110/12, 10-130/2,9, BASF 4-159,65/39,4, 4-169,65/29,6, 4-170/29,6, 4-179,65/19,5, 4-180/2, 4-189,65/10, 4-190/11,9, 4-199,65/6, 4-200/5, 4-210/3, 7-170/38, Bayer 4-160/42, 4-180/22, 4-190/13, 4-200/6,6, 7-180/33, 7-190/23, BBC 10-210/11,5, Bay. Hypo 7-320/18,5-18, Bekula 7-95/1,4, BMW 7-410/9, Commerzbk. 4-180/1,1, 7-170/8,7, 7-180/3,5, 7-190/2,4, 10-160/16,7, 10-170/12, 10-180/7,8, 10-190/4,5, Conti 4-110/12, 7-130/3,5, 10-130/7, Daimler 4-650/12, Dt. Babcock St. 4-160/13, Dt. Babcock Vz. 4-160/9,1, Deutsche Bk. 4-370/38, 7-410/18,3, Dresdner Bk. 4-170/22, 4-180/12,2, 4-200/2, 7-200/9, GHH St. 10-170/6, Hoechst 4-160/39, 4-170/27, 4-180/17,9, 4-190/8,15, 4-210/1,5, 7-180/28,5, Hoesch 4-100/8, 4-110/2,3, 4-116,25/1,4, 4-120/0,90, 7-100/13,5, Karstadt 10-220/10, Klöckner 4-65/10,8, 4-70/6,2, 4-75/4, 4-80/1,2, 7-75/7,4, 7-80/4,5, 7-85/3,4, 7-90/2,2, 10-75/11,1, 10-80/7,8, 10-85/5,4, 10-90/3,5, Lufthansa Vz. 4-180/8, Mannesmann 4-140/18, 4-150/7,1, 4-160/2,2, 4-170/0,90, 7-150/11,5, RWE St. 4-160/4, 7-170/5, RWE Vz. 7-170/2,5, Kali + Salz 7-280/9, Siemens 4-440/102, 4-480/64, 4-510/34, 4-520/28,8, 4-540/14, 4-570/66, 7-500/54, Thyssen 4-85/15, 4-90/10,3, 4-95/8,85, 4-100/5,4, 7-85/18, Veba 10-180/5,6, 10-190/2,8 VW 4-200/4,90, 4-220/1, 7-190/17, Alcan 4-100/3,1, 7-95/9, 7-110/4,4, 10-90/16, 10-95/15, Chrysler 4-110/4,5, 7-120/3,5, Elf 7-75/8,5, IBM 4-410/35, 4-450/14,4, 7-450/28, Norsk Hydro 10-35/8,1, Philips 4-45/7,4 Sony 4-80/1,6, 7-80/5, Sperry 7-160/11, 10-160/14,6, Xerox 10-150/15, 10-160/11. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-110/4,4, 10-95/1,2, 10-100/2,1, 10-110/5,9, BASF 7-180/1, 7-190/2, 10-190/3,5, Bayer 4-200/3,6, 7-190/2, BMW 4-380/3,5, 4-380/13, 10-330/2,6, 10-350/7, 10-360/9,9, Commerzbk. 4-160/2, 4-170/6,9, 10-170/8, Conti 4-120/2,2, 7-120/2,7, Daimler 7-650/15,4, 10-590/4,8, Deutsche Bk. 7-390/7,5, 7-400/10, Dresdner Bk. 4-190/3,9, 7-180/1,5, Klöckner 4-70/1, 7-70/1,7, Lufthansa Vz. 10-180/8, Mannesmann 10-150/3,5, RWE St. 7-160/2,8, Siemens 4-530/5, 7-540/14,3, Thyssen 4-100/2,1, 10-100/3,9, VW 7-180/1,9, 7-190/4,5, Alcan 10-90/2,8, Chrysler 4-110/4,2, 7-100/4, 10-100/5,5, General Motors 7-250/6,5, IBM 4-430/4,5, Norsk Hydro 10-40/3,7, Royal Dutch 7-170/1,5, Sperry 4-150/2,5, Xerox 10-140/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝– 8⅞	5⅝–6	5⅜–5¼
3 Monate	9¼– 9½	6 –6¼	5⅞–6⅛
6 Monate	9¾–10	6¼–6⅝	5⅞–6⅛
12 Monate	10½–10¾	6⅝–6⅞	5¾–6⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1615,00	2023,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1290,00	1556,85
5 US-Dollar (Liberty)	535,00	668,75
1 £ Sovereign alt	226,50	281,01
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	174,50	227,43
10 Rubel Tscherwonez	235,00	285,26
2 südafrikanische Rand	222,00	274,74
Krüger Rand, neu	1003,25	1183,61
Maple Leaf	1003,25	1183,61
Platin Noble Man	883,00	1046,52
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	237,75	299,54
20 schweiz Franken „Vreneli"	179,25	232,85
20 franz. Franken „Napoléon"	177,75	231,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	926,50	1120,05
20 österr. Kronen (Neuprägung)	184,25	232,85
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	126,54
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	431,25	525,83
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,50	138,51

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Ankfs-Kurs[4]	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	3,3110	3,3190	3,3895	3,29	3,40
London[1])	3,628	3,642	3,539	3,54	3,69
Dublin[1])	3,102	3,116	3,049	3,54	3,69
Montreal[3])	2,3960	2,4040	2,4190	2,42	2,52
Amsterd.	88,340	88,560	87,91	87,50	89,50
Zürich	117,300	117,500	117,56	116,50	119,25
Brüssel	4,930	4,950	4,906	4,88	5,06
Paris	32,645	32,805	32,275	31,75	33,50
Kopenh.	27,850	27,970	27,59	27,00	27,75
Oslo	34,990	35,110	34,455	34,25	38,00
Stockh.**)	35,120	35,280	34,695	34,75	38,50
Mailand[2]) **)	1,600	1,610	1,565	1,57	1,69
Wien	14,219	14,259	14,212	14,14	14,36
Madrid**)	1,798	1,808	1,778	1,76	1,88
Lissabon**)	1,758	1,778	1,722	1,43	2,25
Tokio	1,2755	1,2785	–	1,28	1,34
Helsinki	48,300	48,500	47,495	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	–
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,385	2,439	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,353	2,387	–	2,36	2,46
Johannesbg.*)	1,698	1,732	–	1,25	1,50

Alles in Hundert: [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar.
[4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt vollzog sich am 27. 2. eine dramatische Wende in der Bewertung des US-Dollar. Bereits in New York war gestern ein Rückgang um 10 Pfg. auf 3,37 zu verfolgen, als Notenbankchef Volcker auf die negativen Folgen des hohen Wechselkurses eindringlich hinwies. Eine spätere Erholung auf 3,4050 vollzog sich zunächst in Europa weiter und es wurden Kurse von wieder 3,45 erreicht. Im Verlauf des Vormittags geriet der US-Dollar erneut unter starken Druck und Gerüchte, daß die Bundesbank aktiv im Markt sei, verdichteten sich zur Gewißheit. Es kam zu einem dramatischen Kursrückgang der in der Spitze bis 3,27 am frühen Nachmittag ging. Das Volumen der Interventionen dürfte weit über 50 Mill. Dollar betragen haben. Über die amtliche Notiz von 3,3150, die ohne Beteiligung der Bundesbank zustande kam, wurde gegen Berichtsschluß bei 3,3250 gehandelt. Eine fast ebenso dramatische Entwicklung erlebte der Yen. War er gestern noch stark favorisiert, fiel er heute um 3,77 Prozent auf 1,2770 zurück. Überdurchschnittlich abgeschwächt notierten auch der Kanadische Dollar, der Schweizer Franken, die Schwedische Krone sowie der portugiesische Escudo. US-Dollar in: Amsterdam 3,7340; Brüssel 67,065; Paris 10,1750; Mailand 2070,00; Wien 23,4430; Zürich 2,8237; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,0965; Pfund/DM 3,635

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 26. Februar: In D-Mark 2,22134 (Parität 2,24184); in Dollar 0,639234 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 26. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Pfund/DM wurden am 27. Februar zu geringen Deports umgesetzt, ebenso die Abschläge für Pfund/Dollar.

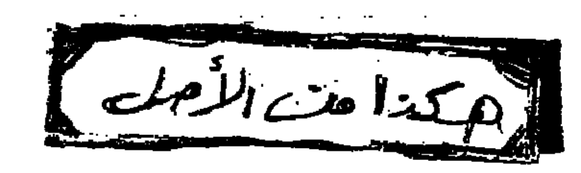
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87/0,77	2,80/2,70	5,75/5,55
Pfund/Dollar	0,45/0,43	1,13/1,09	1,50/1,45
Pfund/DM	3,10/ 1,70	7,40/ 6,00	11,70/10,24
FF/DM	21/5	49/33	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 2.: Tagesgeld 5,50–5,70 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 27. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,5...). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.



VERSICHERUNGEN / Weniger begründete Beschwerden

Viel über Kulanz geregelt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin hat sich 1984 mit weniger Beschwerden von Versicherungskunden auseinandersetzen müssen als im Jahr zuvor. Die bearbeiteten Beschwerdefälle gingen um 4,5 Prozent auf 17 551 zurück, 1983 war diese Zahl noch um 8 Prozent gestiegen.

Für die Versicherungsunternehmen sieht die Statistik sogar noch besser aus: Die Beschwerden der Kunden über Geschäfts- und Regulierungsgebaren der Gesellschaften, die das BAV für begründet hielt, in denen also Bearbeitungsfehler oder Rechtsirrtümer vorlagen und im Sinne des Versicherten geregelt wurden, nahmen sogar um 7,7 Prozent auf 2152 Fälle ab. Das bedeutet, daß 1984 nur 12,3 (12,7) Prozent der Beschwerden zu Recht erfolgt sind.

Jedoch: Weitere 2934 (2956) Beschwerden, das sind mehr als die begründeten Fälle, wurden auf dem Kulanzweg geregelt. Dabei ging es meist um Zweifels- oder Härtefälle. Insgesamt wurde also in fast 30 Prozent aller Fälle dem Beschwerdeführer geholfen.

Gestiegen ist dagegen die Zahl der unbegründeten Beschwerden. Sie stieg von 6011 auf 6466 Fälle; das sind 36,9 (32,8) Prozent der eingereichten Beschwerden. Hier wurde dem Beschwerdeführer nach Anhören beider Seiten dargelegt, aus welchem Grund die Beschwerde keinen Erfolg hatte. Über weitere 26,8 Prozent der Beschwerden konnte nicht entschieden werden. Das BAV mußte hier auf den Rechtsweg verweisen, da es sich vorwiegend um die Beurteilung ungeklärter Tatsachen handelte. Für den Rest von 7,3 (7,2) Prozent der Beschwerden war das Amt nicht zuständig.

Das BAV, das erstmals die Zahlen kommentiert, sieht die Hauptursache der unbegründeten Beschwerden darin, daß die Kunden die Regelungen in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen nicht kennen.

Besonders stark hat sich die Zahl der, auch begründeten, Beschwerden in der privaten Krankenversicherung verringert. Das gilt auch für die Sach- und Rechtsschutzversicherung. In der Unfallversicherung stieg zwar die Zahl der berechtigten Klagen, aber auch die Zahl der kulant geregelten und der unbegründeten Fälle.

KRAFTWERK UNION / Umsatz mehr als verdoppelt – Niedriger Auslastungsgrad in Mülheim und Berlin

Krümmel und Gundremmingen B füllten die Kasse

HANS BAUMANN, Mühlheim

Er begann mit der Aufzählung der Schatten, die das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) auf die Kraftwerk Union AG, Mülheim/Ruhr, geworfen hat. Da waren die Budget-Schwierigkeiten wichtiger Kundenländer, etwa Brasilien oder Argentinien (wo die Arbeit aber weitergeht, wenn auch verhalten), da war der niedrige Auslastungsgrad der Anlagen in Mülheim/Ruhr und in Berlin, den „Schmieden" des Kraftwerks- und Turbinenbauers, der eine Tochter von Siemens ist. Und daß die Zahl der Mitarbeiter noch einmal um drei Prozent auf insgesamt 14 102 Mitarbeiter zurückgegangen ist, war der letzte Schatten, von dem Vorstandsvorsitzer Klaus Barthelt vor der Presse zu berichten wußte.

Wo Schatten ist, da ist auch Licht. Die beiden großen Kernkraftblöcke Krümmel und Gundremmingen B konnten abgerechnet werden. Auf den Umsatz schlug sich das als eine Verdoppelung von 3,4 auf 7,5 Mrd. DM nieder. Im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 kommen Gundremmingen C, Grohnde und demnächst auch Philippsburg 2 ans Netz und in die Bücher. Der Umsatz wird also den des Berichtsjahres noch einmal übersteigen. Danach wird es wieder bergab gehen, Schicksal von Großanlagenbauern, die in Produktionsintervallen von rund zehn Jahren leben.

Der Auftragseingang hat sich mit 6,7 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr mit 8,0 Mrd. Mark etwas verringert. Fünf Gasturbinenaufträge kamen aus Indien und Singapur ins Haus, die neue Arbeit für das leidgeprüfte Berliner Werk der KWU bringen. Im Auftragsbestand von 29,5 (30,2) Mrd. DM sind 58 konventionelle Kraftwerksblöcke enthalten, darunter sechs Gasturbosätze sowie 14 Kernkraftwerke.

Um in der Technologie an der Spitze zu bleiben, sind die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung um zwölf Prozent auf 221 Mill. Mark erhöht worden. Zur Zeit wird mit den Japanern verhandelt, die die KWU-Kerntechnologie übernehmen möchten. Die KWU sucht nach neuen Betätigungsfeldern, etwa im Kraftwerksservice, in dem man schon für die USA tätig ist. Aber auch Probleme des Umweltschutzes sollen zu neuen Arbeitsgebieten werden.

Der heftige Wettbewerb auf ausländischen Märkten, der immer häufiger Finanzierungshilfen erforderlich macht, erzwang die Verdoppelung des Grundkapitals auf 622 Mill. DM. Zusammen mit den Rücklagen in Höhe von 189 Mill. DM beträgt das Eigenkapital der KWU 811 Mill. DM. Mutter Siemens erhielt wieder 16 Prozent Dividende (auf das aufgestockte Kapital).

Wie risikoreich Auslandsgeschäfte im Großanlagenbau sind, zeigt das Beispiel des für Ägypten geplanten Kernkraftwerkes von 1000 Megawatt. Es kostet rund zwei Mrd. DM. Hermes deckt das Projekt zu 25 Prozent. Die KWU steht also allein bei diesem einen Objekt in einem Risiko, das die eigenen Mittel übertrifft.

Investiert hat die KWU im Berichtsjahr 101 (90) Mill. DM. Auch im neuen Geschäftsjahr sollen wieder rund 100 Mill. DM eingesetzt werden. KWU hat sich mit 51 Prozent an der Poligrat-Nuklear GmbH, München, beteiligt (Beseitigung von Kontaminationen metallischer Oberflächen). Mit 80 Prozent beteiligte sich die KWU an der Kiener-Pyrolyse-Gesellschaft für thermische Abfallverwertung, die sie von der Energieversorgung Schwaben übernahm. Ziel: umweltfreundliche Müllbeseitigung. Es wird nicht mehr verbrannt, sondern verschwelt, das Gas gereinigt und zur Strom- oder Fernwärmeerzeugung verwendet.

Zur Frage nach dem Stand der Arbeiten an einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe sagte Barthelt, daß diese Anlage Investitionen um fünf Mrd. DM erforderlich machen werde. Das entspreche rund einem Pfennig je Kilowattstunde. Damit bleibe die Kernkraft weiterhin voll wettbewerbsfähig. Angebote zum Bau dieser Anlage haben KWU und Lurgi-Uhde abgegeben. KWU garantiert eine Lieferzeit von 134 Monaten. Wer den Zuschlag bekommt, ist noch offen. Denkbar ist auch eine Beteiligung beider Anbieter.

Für das neue Jahr sieht Klaus Barthelt neben einem höheren Umsatz auch noch einmal steigende Erträge. Wichtig ist ihm, daß das Werk in Mülheim mit vielleicht 52 (47) Prozent der technischen Kapazität besser ausgelastet werden kann. Die schon traditionellen 16 Prozent Dividende für Mutter Siemens werde man wohl auch wieder verdienen können.

DEUTSCHE BANK

Niederlassung in Australien

dpa/VWD, Canberra

Als einziges deutsches Institut unter 16 ausländischen Banken kann die Deutsche Bank AG, Frankfurt, in Australien das volle Bankgeschäft aufnehmen. Diese Entscheidung wurde gestern von der australischen Regierung getroffen. Insgesamt hatten sich 42 Banken aus 19 Ländern um eine Lizenz beworben. Überraschend kam keine Schweizer Bank zum Zuge.

Schatzminister Paul Keating erklärte, vier europäische und je sechs Banken aus Nordamerika und dem asiatisch-pazifischen Raum seien ausgewählt worden. Unter den erfolgreichen Bewerbern sind so angesehene Finanzinstitute wie die Bank of America, Chase Manhattan, Bank of Tokyo und Barclays. Die meisten Banken werden bereits Mitte dieses Jahres ihre Schalter in Australien öffnen. Sie sollen den Finanzsektor Australiens durch mehr Wettbewerb beleben, ihm neue Ideen zuführen und im übrigen zu einem größeren wirtschaftlichen Wachstum beitragen.

In Australien gibt es heute nur noch vier große örtliche Banken. Seit mehr als 30 Jahren sind keine ausländischen Institute zugelassen worden.

KÄSSBOHRER / Inlands-Schwäche ausgeglichen

Erfolgreich im Export

dpa/VWD, Ulm/Donau

Die Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, hat 1984 die ausgeprägte Schwäche des Inlandsmarktes zum Teil durch ein gutes Exportgeschäft ausgeglichen. Nach Angaben von Karl Kässbohrer, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, ging das konsolidierte Umsatzvolumen aller Kässbohrer-Gesellschaften im In- und Ausland 1984 auf 1,14 (1,2) Mrd. DM zurück. Für 1985 erwartet der Hersteller von Omnibussen der Marke „Setra", Lkw-Anhängern und -Aufbauten sowie von Schneepisten-Geräten der Marke „Pisten-Bully" weltweit einen Umsatz von 1,28 Mrd. DM. Der Exportanteil am Umsatz des in Familienbesitz befindlichen Unternehmens ist auf 54 (32) Prozent gestiegen.

Für 1984 wird ein „schwach positives" Ergebnis erwartet. Dabei seien die Erträge im Nutzfahrzeugbereich zwar verbessert worden, sie lägen aber immer noch unter der Gewinnschwelle. 1983 hatte Kässbohrer einen Jahresfehlbetrag von 3,05 Mill. DM ausgewiesen. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, 1985 eine weitere Verbesserung zu erreichen.

Der Omnibusbau ist auch 1984 der mit Abstand wichtigste Umsatzträger mit einem Umsatzanteil von 55 bis 60 Prozent gewesen. Produziert wurden 1984 insgesamt 1635 (1978) Fahrzeuge. Im Export wurden 1116 Omnibusse und im Inland 646 verkauft. Da der Omnibusmarkt in der Bundesrepublik 1984 um 31 Prozent rückläufig war, konnten die Setra-Omnibusse ihren Marktanteil bei den deutschen Neuzulassungen auf 24,7 (22,6) Prozent erhöhen. Damit liegt Kässbohrer auf dem deutschen Omnibusmarkt an zweiter Stelle hinter Daimler-Benz.

Weltweit beschäftigte das Unternehmen im vergangenen Jahr 7019 (6723) Mitarbeiter. Für 1985 sind 12 bis 15 Mill. DM Sachanlageninvestitionen vorgesehen nach 10 bis 12 Mill. DM im Jahr 1984.

WILKINSON / „Jede zweite deutsche Frau rasiert sich"

Geschäfte gut entwickelt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ausbau des Artikel-Sortiments „rund um die Rasur" und wohldosierte Diversifikation zu Schneidwaren vom Taschenmesser bis zum Gartengerät nennt die Solinger Wilkinson Sword GmbH als Erfolgsgeheimnis ihres in den letzten Jahren ansehnlichen Geschäftsaufschwungs. Der deutsche Ableger der englischen Wilkinson-Gruppe, die seit 1980 zum US-Konzern Allegheny, Pittsburgh, gehört, steigerte seinen Umsatz 1983/84 (30. 11.) um nochmals stattliche 17 (20) Prozent auf 90 Mill. DM mit 29 (24) Prozent Exportanteil und will im laufenden Jahr die 100-Millionen-Marke schaffen.

Proportional zum Umsatz, sagt Geschäftsführer Kurt Gruber, sei der (verschwiegene) Ertrag gewachsen. Die Belegschaftszahl wurde um 59 (48) auf 465 Personen erhöht. Auftrieb bei den Investitionen, die auf 4 (2,6) Mill. DM stiegen und im laufenden Jahr 6 Mill. DM ausmachen sollen.

Das stärkste Umsatzwachstum, das insgesamt auch real bei 14 Prozent lag, erzielte die Firma 1983/84 zwar mit 25 Prozent in ihrem seit etlichen Jahren vorsichtig ausgebauten Schneidwarensortiment. Das Rasierklingengeschäft jedoch, wo Wilkinson auf deutschem Markt mit nun 33 (32) Prozent Anteil hinter dem (auch weltweit größten) Gilette-Konzern (60 Prozent) die Nummer zwei ist, bringt nebst Apparaten immer noch 75 Prozent und nebst Zusatzartikeln etwa 85 (87) Prozent vom Gesamtumsatz.

Verläßlich stabil, aber auch in den Klingen-Verbrauchszahlen stagnierend, ist da bei der deutschen Männerwelt seit Jahren der bei gut 45 Prozent liegende Anteil der Naßrasierer. Aber auch für die Naßrasur wittert Wilkinson neue Chancen. Jede zweite deutsche Frau, fand man heraus, betreibe Haarentfernung mit Rasieren. Für die bringt man nun einen „Kosmetikrasierer" auf den Markt.

LBS WÜRTTEMBERG / Neugeschäft auf hohem Niveau

Wartefristen stabilisiert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Landesbausparkasse Württemberg, Stuttgart, die in einer durch überdurchschnittlich hohe Bauspardichte gekennzeichneten Region arbeitet, glaubt, im Geschäftsjahr 1984 in ihrem Gebiet an Marktanteilen gewonnen zu haben. 1984 verbuchte das Institut 105 427 eingelöste Neuverträge (plus 4,1 Prozent) mit einer Bausparsumme von 3,06 Mrd. DM (plus 0,8 Prozent). „Das freut uns und macht uns Mut", kommentiert Heinz Wilderer, geschäftsleitendes Vorstandsmitglied, dieses Resultat. Das Streben nach Wohneigentum sei ungebrochen, wenngleich gewisse Schrumpfungstendenzen im Wohnungsbau nicht zu übersehen seien.

Auch der Start in das Jahr 1985 war flott. Nach einem Neugeschäft von knapp 200 Mill. DM im Januar liege man auch im Februar auf dem Niveau der „ausgezeichneten" Vorjahreszahlen. Positiv wertet Wilderer den steigenden Anteil der Neuabschlüsse mit Bausparern unter 25 Jahren. Günstig für die Struktur des Bestandes wirkt auch die Abnahme neu abgeschlossener Großbausparverträge. Das weitaus größte Gewicht haben die Universaltarife. Schnelltarife und der Bonustarif machen acht Prozent aus. Über 30 Prozent des Neugeschäfts kamen über die Sparkassen herein. Am Jahresende verwaltete die Kasse 1,23 Mill. Verträge über eine Bausparsumme von 37,6 Mrd. DM.

Zugeteilt wurden Verträge über 2,3 Mrd. DM Bausparsummen (plus 3,9 Prozent). Die Wartezeiten bis zur Zuteilung haben sich bei 52 Monaten (Universaltarif mit 40prozentiger Sofortauffüllung) bzw. 37 Monate (50prozentige Auffüllung) stabilisiert, was Wilderer auch für 1985 prognostiziert. In Auswirkung des schwächeren Neugeschäfts der Vorjahre verringerte sich der gesamte Geldeingang um 4,8 Prozent auf 2,51 Mrd. DM, wobei der Spargeldeingang um zehn Prozent abnahm.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: WESO Energiespartechnik GmbH, Oyten 2; HST Heizungs- u. Sanitärtechnik GmbH, Oyten; **Bad Hersfeld:** Lampersbach GmbH u. Co. KG Tief- u. Straßenbau, Kirchheim; **Berlin Charlottenburg:** Modernes Wohnen Ges. f. schlüsselfertige Bauten mbH; Edith Pittioni; Nachl. d. Helene Werner; **Bielefeld:** Fritz Michael Fortmann, Kaufmann; Gottlieb Hartmann GmbH & Co.; **Braunschweig:** T-Shirt Meyne Werbestudio GmbH; **Bremen:** Holger Matschulat, Radio- u. Fernsehtechnikermeister; **Darmstadt:** Nachl. d. Wolfgang Hubert Sommer; **Deggendorf:** Wendelstein Jersey-GmbH & Co. Produktions KG, Plattling; **Detmold:** Nachl. d. Hans-Jürgen Mating, Bad Salzuflen; **Heidelberg:** IEW Ges. f. Energiekostenberatung mbH; IEW Datenzentrum f. Energieabnehmer GmbH; **Kaiserslautern:** Modestube Desiree GmbH; **Lüneburg:** Peter Odenbach (Reitschule Rehlingen), Rehlingen; **Nürnberg:** Nachl. d. Eugen Skiba.

Vergleich eröffnet: Saarlouis: Albert Lennartz, Inh. e. Textilhauses, Dillingen.

Vergleich beantragt: Aalen: Unilektra, Elektro Großhandlung GmbH; **Bremen:** KG i. Plange Kraftfutterwerk GmbH & Co. KG.

SKI ALPIN

Leonardo David nach langem Leiden gestorben

dpa, **München**

Das Bild ging um die Welt. Leonardo David lag regungslos auf der Piste. Der alpine Skirennläufer aus Italien war am 3. März 1979 bei einer Abfahrt in Lake Placid gestürzt und hatte schwere Kopfverletzungen erlitten. Fast genau sechs Jahre nach dem vorolympischen Test in den USA ist der 24 Jahre alte Leonardo David in der Nacht zum Mittwoch an den Folgen dieses Skiunfalls gestorben. Gestern gab die Familie des Italieners als Todesursache Herzversagen an.

Bei seinem Sturz hatte Leonardo David, der damals zu den Spitzenläufern im italienischen Skiteam zählte, so schwere Kopf- und Gehirnverletzungen erlitten, daß er lange im Koma lag. David wurde nicht nur in Italien, sondern auch in den USA, in Innsbruck und in der UdSSR von Spezialisten behandelt. Die Ärzte hatten allerdings keinen Erfolg. Seit 1982 lebte David in seinem Heimatort Gressoney im Aostatal in einem Rollstuhl. Er war gelähmt, konnte nicht sprechen und zeigte kaum Reaktionen auf seine Umwelt.

Der „Fall David" ist seit dem Unfall in Lake Placid eine ständige Warnung für alle Skirennsportler, nach einer schweren Verletzung wieder zu früh an den Start zu gehen. David war kurz vor dem folgenschweren Rennen, am 16. Februar 1979, gestürzt und soll vor dem Unfall in Lake Placid auf der Piste Schlangenlinien gefahren sein. Ein Arzt hatte nach dem ersten Sturz keine Kopfverletzungen feststellen können, obwohl die Hinterseite des Sturzhelms eingedrückt war. Seine Familie hatte nach dem Unglück den italienischen Skiverband (FISI) verklagt, weil ihrer Ansicht nach Leonardo von der FISI ohne Rücksicht auf die Gesundheit zum Start in Lake Placid gezwungen wurde.

Davids Tod und dessen Ursachen erinnern im nachhinein an die jüngsten Vorfälle im alpinen Skirennsport. So bestritten die beiden Schweizer Silvano Meli und Urs Räber nach schweren Stürzen und nicht unerheblichen Verletzungen schon wenige Zeit später wieder Rennen. Auch Abfahrer Klaus Gattermann vom Deutschen Skiverband (DSV) wagte sich nach seinem kapitalen Sturz in Kitzbühel frühzeitig wieder auf die Piste. Ähnlich verfuhr auch der Skispringer Peter Rohwein, der nach einem Unfall in Oberstdorf wenige Tage später wieder startete.

FUSSBALL

Der ungeliebte Dieter Hoeneß wieder als Retter

dpa/sid, **München**

Hauptdarsteller oder Hinterbänkler? Diese Frage stellt sich beim FC Bayern München immer, wenn der Name Dieter Hoeneß fällt. Beim 2:1 (1:1)-Sieg des Tabellenführers der Fußball-Bundesliga über Bayer Uerdingen war der lange Blonde wieder einmal zum richtigen Zeitpunkt mit dem Kopf zu Stelle und erzielte in der 70. Minute den entscheidenden Treffer. Es war für Hoeneß erst der sechste Einsatz in einem Pflichtspiel dieser Saison, erneut nur als Auswechselspieler, er kam zur zweiten Halbzeit.

Hoeneß hat schon viele wichtige Tore für den FC Bayern geschossen, seine Situation im Klub aber nie so recht verändern können: Selten Stammspieler, kaum beliebt, dennoch oft als Retter gefeiert. So wie jetzt, als die Zuschauer ihn mit Sprechchören umjubelten. Hoeneß: „Vielleicht erhalte ich zum Ende meiner Karriere auch von den Bayern-Fans ein wenig Anerkennung."

Die Anerkennung von Trainer Udo Lattek drückt sich in der Ankündigung aus, Hoeneß werde „mit großer Wahrscheinlichkeit" auch am Samstag gegen Borussia Dortmund eingesetzt. Im übrigen aber bleibt Münchens Trainer bei seiner allgemeinen Einschätzung, die Hoeneß selbstverständlich einschließt: „Was unsere Stürmer betrifft, so kann ich alle in einen Hut werfen und nur hoffen, daß ich die zwei richtigen herausziehe."

Manager Uli Hoeneß, der bei seinem Bruder nie Vertragsverhandlungen führt, gab seine familiäre Zurückhaltung nach dem Sieg über Uerdingen auf und hielt eine Lobrede auf Dieter: „So einen wie ihn brauchen wir bei unseren Heimspielen. Bei den defensiv eingestellten Gegnern kann man nicht nur mit Konterspielern zum Erfolg kommen. Deshalb suche ich in ganz Europa nach so einem Typ wie nach der Stecknadel im Heuhaufen. Ich habe aber bis jetzt noch keinen gefunden." Deshalb ist für den 32 Jahre alten Dieter Hoeneß künftig eine Vertragsregelung möglich, die auch mit Bernd Dürnberger getroffen wurde. Der erhielt zum Beginn der Saison einen Halbjahres-Vertrag, der mittlerweile bis zum Saisonende verlängert wurde. Hoeneß soll Anfang 1986 eine Gebietsvertretung bei einer Sportartikel-Firma erhalten.

Klaus Augenthaler erhielt die vierte gelbe Karte und wird am Samstag im Spiel gegen Dortmund fehlen.

FERNSEHEN / RTL-plus als Fußball-Konkurrenz für ARD und ZDF

Privater Sender überträgt original Europapokalspiel Mailand gegen Köln

sid/DW. **Bonn**

Das noch junge deutsche Privat-Fernsehen feiert eine Premiere. RTL-plus, dahinter verbirgt sich Radio Luxemburg, wird am 6. März original (ab 20.00 Uhr) das Schlagerspiel im Fußball-Europapokal zwischen Inter Mailand und dem 1. FC Köln übertragen. Damit wird erstmals das Monopol von ARD und ZDF durchbrochen. Wie ein RTL-Sprecher erklärte, können das Programm rund zwei Millionen Haushalte in Belgien und Frankreich, aber auch in grenznahen deutschen Gebieten, besonders in der Eifel, empfangen.

Diesen Eingriff in ihre Sendehoheit können die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht verhindern, da Radio Luxemburg als neues Mitglied der Europäischen Fernseh-Union (EBU) vertraglich abgesichert ist und die Rechte beim italienischen Fernsehen (RAI) erwarb. Das ZDF, das im wechselnden Übertragungs-Rhythmus am 6. März zuständig ist, hat für das Spiel in Mailand nur eine zeitversetzte Aufzeichnung ab 22.05 Uhr im Programm vorgesehen.

ZDF-Sportchef Dieter Kürten: „Eine Direkt-Übertragung durch RTL-plus kann nach der bestehenden Rechtslage nur Bayern München verhindern, das zur selben Zeit auf AS Rom trifft." Doch trotz der Initiative von RTL-plus sei es denkbar, daß das ZDF das Münchner Spiel original überträgt.

Für diese Begegnung sind im Vorverkauf bereits rund 50 000 von 78 000 Karten abgesetzt. Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß will die Live-Ausstrahlung des Kölner Spiels in Mailand nicht grundsätzlich verbieten, sagt aber gleichzeitig: „Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen. Die müssen uns etwas bieten. Unter 20 000 bis 30 000 Mark geht da nichts."

Hans-Heinrich Isenbart, Sportkoordinator der ARD, spricht von einer „interessanten Entwicklung": „Das gibt zusätzliches Geld für den Fußball." RTL-plus, das kürzlich schon original beim Davispokal-Endspiel und dem Masters-Turnier im Tennis dabei war und in diesem Jahr von allen Formel-1-Rennen im Automobilsport direkt berichten wird, profitiert bei sämtlichen Ausstrahlungen von der Zahl der angeschlossenen TV-Anstalten.

Mehr als 20 000 Mark hat der Sender für ein Großereignis noch nicht zahlen müssen. „Sport ist wichtig. Sport ist interessant, deshalb springen wir voll darauf an", sagte Volker Kösters, Chef vom Dienst der Nachrichten-Abteilung bei RTL-plus. Kösters kündigte bereits an: „Wenn möglich, werden wir auch das Uefa-Pokal-Rückspiel AS Rom – Bayern München am 20. März live übertragen." Dann entstünde eine umgekehrte Situation, weil die ARD an diesem Tag die Direktübertragung des Spiels Köln – Mailand plant. Wie der 1. FC Köln, der erst gestern über die Situation informiert wurde, reagieren wird, steht noch nicht fest. Geschäftsführer Maier warnt davor, daß Vereine in derartigen Situationen glauben, „leichtes Geld verdienen" zu können. Es gehe um prinzipielle Dinge, die genau überlegt werden müßten. Das Einzugsgebiet des 1. FC Köln reicht, anders als in München, in Gebiete hinein, in denen heute schon RTL-plus empfangen werden kann.

Von einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu sprechen wäre freilich verfrüht, denn in deutschen Stadien herrscht weiter absolute Vorfahrt für ARD und ZDF. Nach einer internen Regelung der beiden Anstalten mit den Vereinen und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) hat der private Anbieter SAT 1 zwar begrenzten Zugang in die Arenen, darf seine mit eigenen Kameras gedrehten Filme jedoch nicht vor den Sport-Sendungen von ARD und ZDF ausstrahlen.

Darauf verwies Bayern Münchens Schatzmeister Professor Fritz Scherer, Mitglied der Medien-Kommission des DFB: „Alles ist im Fluß und entwickelt sich rasant. Damit es auf internationaler Ebene nicht zu Kollisionen kommt, wird es über kurz oder lang zu Regelungen auf der Ebene der Europäischen Fußball-Union (Uefa) kommen müssen." Scherer spricht gleichzeitig von „neuen Möglichkeiten für die Bundesliga", etwa durch Übertragungen ins Ausland.

Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, ebenfalls in der Medien-Kommission tätig, erwartet „Riesenprobleme" für die Zukunft. Der Rechtsanwalt denkt dabei an die grenzüberschreitenden Übertragungen: „Es gibt zwar Bestimmungen, um den aktuellen Fußball im Stadion vor Fernseh-Übertragungen zu schützen. Die aber können durch die neuen Möglichkeiten des Satelliten-Fernsehens unterlaufen werden."

SPORT-NACHRICHTEN

Zuschauer-Boom

Rom (dpa) – Sieben Prozent mehr Zuschauer und 30 Prozent mehr Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die italienische Fußball-Liga nach 20 Spieltagen. Die Großverdiener unter den Vereinen sind der SSC Neapel (Einnahme 14,6 Millionen Mark in zehn Heimspielen), bei dem Diego Maradona spielt, und Karl-Heinz Rummenigges Klub Inter Mailand (11,7 Millionen in elf Spielen).

Terminsorgen

Hannover (dpa) – Wegen der zahlreichen Spielausfälle in der zweiten Fußball-Bundesliga erwägt der Spielausschuß des Deutschen Fußball-Bundes eine Verlegung der Aufstiegsrunde zur zweiten Liga. Bisher war der Beginn für den 19. Mai vorgesehen.

Verhandlung verschoben

Frankfurt (dpa) – Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes hat die Verhandlung um die Wertung des Spiels der Zweitliga-Klubs Fortuna Köln und KSV Hessen Kassel auf unbestimmte Zeit verschoben. Köln hatte gegen die Wertung des Punktspiels vom 2. Februar (1:1) Einspruch eingelegt, da Janus Gudlaugsson beim Warmlaufen vom Hund eines Wachmannes gebissen worden war und deshalb nicht eingesetzt werden konnte. Gudlaugsson leidet unter einer Lungenentzündung und konnte zur Verhandlung nicht erscheinen.

Spanien ohne Higueras

Madrid (sid) – Ohne José Higueras bestreitet Spanien vom 8. bis 10. März in Sindelfingen die Begegnung der ersten Runde um den Tennis-Daviscup gegen Deutschland. Der ehemalige Weltklasse-Spieler wurde von seinem Verband nicht berücksichtigt.

Umfrage zur EM

Köln (sid) – Bei einer Umfrage des Emnid-Institutes haben sich 62 Prozent der befragten Personen für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen, auch wenn Berlin kein Spielort ist. Auftraggeber der Umfrage, bei der 500 Personen befragt wurden, war der Westdeutsche Rundfunk.

Höheres Preisgeld

Genf (sid) – Um rund zehn Prozent hat der internationale Motorrad-Verband das Preisgeld für die Straßen-Weltmeisterschaft angehoben. Die Gesamtgewinnsumme eines Rennens, bei dem alle fünf Klassen ausgeschrieben sind, beträgt damit 312 750 Schweizer Franken statt wie bisher 284 000 Franken.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Altena – Bad Hamm 9:4, Grenzau – Düsseldorf 2:9, Steinhagen – Saarbrücken 6:9, Bremen – Bayreuth 4:9, Jülich – Reutlingen 8:8.

TENNIS

Damenturnier in Hershey/Pennsylvania, erste Runde: Collins (USA) – Betzner (Deutschland) 7:6, 6:3.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft, Herren, Gruppe 1: CSSR – Finnland 28:25. – Gruppe 2: „DDR" – Ungarn 24:25, Norwegen – Frankreich 20:20, Holland – USA 18:23.

FUSSBALL

Zweite Bundesliga: Saarbrücken – Darmstadt 3:0 (2:0). – **Freundschaftsspiel:** Wales – Norwegen 1:1.

STAND ● PUNKT / *Die Frauen takeln auf und streben kraftvoll ans Ruder*

Frau, Schiff und Meer – das paßt für Männer nicht zusammen. Weder auf einem großen Seeschiff noch auf einem kleinen Segelschiff. Ganze sieben der rund 5000 Offiziere auf Seeschiffen der Bundesrepublik Deutschland sind Frauen, keine von ihnen ist Kapitänin. Und bei den Olympischen Spielen waren zwar 1984 erstmals zwei Frauen am Start: Kathy Forster als Steuerfrau der englischen 470er-Crew, Trine Elvström als Vorschoterin im dänischen Tornado. „Frau an Bord – Totschlag und Mord" reimte man bei der alten Handelsmarine.

Doch die Frauen streben ans Ruder. Im internationalen Seglerverband sitzt die Hamburgerin Hanne-Marie Bense an der Spitze des Frauen-Ausschusses, bei der Kieler Woche bestimmt seit wenigen Jahren eine Frau als Wettfahrtleiterin über die segelnden Männer. Sie stellte übrigens die Veranstalter vor arge Probleme, da beim traditionellen Regatta-Essen bis dahin Frauen keinen Zutritt hatten. Zu den Ausscheidungen um den Admiral's Cup, der Weltmeisterschaft für Hochseesegler, haben sich 1985 zwei deutsche Frauen-Crews gemeldet, und bei den nächsten Olympischen Spielen vor Seoul segeln die Frauen erstmals in einer eigenen Klasse. Doch wie es scheint, werden die Frauen im nationalen Verband noch viele Untiefen passieren müssen.

Die Wellen der Begeisterung über das Engagement der Frauen schlagen bei den Männern nicht gerade hoch. Kommentar von Ulli Libor, Vizepräsident des Deutschen Segler-Verbandes (DSV), zur Teilnahme der Frauen am Admiral's Cup: „Ich finde es sehr nett." Für die Forderung nach einem Frauenausschuß im DSV sieht er „keinen Grund". Immerhin bekommt mit der Kielerin Sabine Hellmich, 21 Jahre alt und aktive Seglerin, eine Frau jetzt Sitz und Stimme im Olympia-Ausschuß, dem offiziellen Gremium für Leistungssport. Für die Frauen wird im Hinblick auf Seoul zwar alles Nötige getan, doch nicht ein bißchen mehr. Der Verband steht auf dem Standpunkt, „es ist für uns nichts Sensationelles geschehen" (Sportdirektor Hans Senders), es gehe nur um eine neue Disziplin, Gerät und Kurse seien denen der Männer identisch, Sichtungslehrgänge seien durchgeführt, am Aufbau eines Kaders werde gearbeitet. Eine Bewußtseinsveränderung habe von der Basis, sprich: von den Vereinen, auszugehen.

Und die Frauen selber, die jahrelang ihre traditionelle Rolle gespielt haben? Eine Hanne-Marie Bense, die fast im Alleingang dafür sorgte, daß die Frauen vor Seoul ihren Kurs selbst bestimmen dürfen, ist auf Dauer zu wenig.

D. G.

Bis zum heutigen Tag ein bewegendes Ereignis: Der Besuch John F. Kennedys in der Bundesrepublik

Mit einem Satz die Herzen der Berliner gewonnen

Die „Vier von tausend Tagen", die John F. Kennedy im Juni 1963 in Deutschland verbrachte, fielen spät in seine kurze Präsidentschaft. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin und damals Amerika herzlicher verbunden als heute, erinnerte sich später, daß die Blumen der Berliner die Sitze und den Boden des gleichen Wagens bedeckten, in dem der junge Präsident kein halbes Jahr darauf durch Dallas fuhr. Die Jahrzehnte, die vergangen sind, seit er sein luxuriöses Bad in der deutschen Menge nahm, konnten dem ungeheuren

Vier von tausend Tagen – ARD, 20.18 Uhr

Nachhall nichts anhaben, den das bewegende Ereignis bis zu dieser Stunde behalten hat.

So ist es nicht immer mit den Bädern, die offizielle Staatsbesucher in der Menge nehmen. Daß die Erinnerung daran noch heute das Fernsehen beschäftigt, spricht dafür, daß dies kein Besuch wie andere war. Dabei hatte er nicht unter den günstigsten Vorzeichen gestanden. Fast geschlossen war Amerikas öffentliche Meinung gegen die Reise gewesen. Viele in Washington fanden, daß der Zeitpunkt vom Präsidenten schlecht gewählt war, sich auf einen Popularitäts-Wettbewerb mit de Gaulle einzulassen, der kurz zuvor Triumphe in der Bundesrepublik gefeiert hatte.

Kennedys Kritiker hielten es für unangemessen, daß er mit seiner Bürgschaft, die Existenz amerikanischer Städte für die Verteidigung Europas zu riskieren, Amerikas Europapolitik emotional überlastete. So schwerwiegende Zusicherungen, hieß es, dürften nicht vor einer hingerissenen Masse abgegeben werden, sondern seien nur dann als seriös zu betrachten, wenn sie offiziellen Charakter hätten.

Andere bemängelten, er habe den Europäern geschmeichelt, statt sie zu größeren finanziellen Opfern für ihre eigene Sicherheit aufzufordern. Doch der beispiellose Erfolg, den Kennedy in Berlin hatte, fegte in den USA alle Einwände hinweg.



Genießt das Bad in der Menge: Präsident John F. Kennedy in Berlin FOTO: KEYSTONE

Es ist wahr, daß er vor diesem Besuch ein eher unterkühltes Verhältnis zu Deutschland hatte. Sein berühmter Satz „Ich bin ein Berliner" war nicht spontan seinem Herzen entsprungen. Schon lange vor dem Abflug nach Europa war in Washington ein Text eingeplant, den der Präsident auf deutsch zu sprechen gedachte. „Ich freue mich, in Berlin zu sein" hieß es im ursprünglichen Text seiner Redenschreiber. Das war Kennedy zu farblos. Er selbst war es, der schließlich den berühmten Satz formulierte, der dann, sorgsam in phonetische Umschrift gebracht, Aufnahme in das endgültige Manuskript fand.

Es ist ein Satz, der seit zwei Jahrzehnten die große psychologische Wasserscheide im Verhältnis Deutschlands zum Westen markiert. Selten hat ein scharf berechnetes, ja sogar demagogisches Wort, vom Rostrum des Volkstribunen gesprochen, eine so dauerhafte Wirkung hinterlassen. Ein großer Teil der amerikanischen Linken, Kennedys eigentliche Gefolgschaft, gab nach dem Berlin-Besuch die reservierte Haltung auf, mit der sie Deutschland gegenüberstand. Nie wurde es deutlicher, daß sich im Fernseh-Zeitalter langfristige Veränderungen nicht immer hinter verschlossenen Türen, sondern vor den Augen und durch die Stimme des Volkes vollziehen.

Kennedys „grand design" für die atlantische Gemeinschaft wurde mit seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche definiert. „Die Freiheit", sagte er, „darf weder amerikanisch noch europäisch, sie muß schlicht und einfach die Freiheit sein." Es war wohl wirklich so, daß sein Deutschland-Erlebnis die Skepsis löste, die bis dahin seine Einstellung zu Europa und zur Bundesrepublik beherrscht hatte. Ihn befiel stumme Betroffenheit, so berichtete Willy Brandt, als er vor dem Brandenburger Tor stand, das die Kommunisten mit Tüchern verhängt hatten. Und vor dem Abflug aus Berlin servierte er seinen Gastgebern diese Schlußpointe: „Ich werde meinem Nachfolger ein Briefchen hinterlassen, das er nur in einem Augenblick tiefer Entmutigung öffnen darf. Es wird nur drei Worte enthalten: 'Reise nach Deutschland'."

HEINZ BARTH

KRITIK

Isoliert oder privilegiert?

Ein Häftling bereitet sich auf das Examen zum Magister der Psychologie und Gesellschaftswissenschaften vor; der Gesinnungsgenosse nebenan holt im Alter von 38 Jahren das Abitur nach, das er in seiner Jugend zu Gunsten des Bombenterrors gegen die freiheitliche Gesellschaftsordnung verschmäht hatte: Alltag im Leben zweier Häftlinge aus der „Roten Armee Fraktion" (RAF), die wegen Polizistenmordes eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen. Sind deutsche Terroristen in den Gefängnissen isoliert oder privilegiert?

Günter von Lojewski erhielt für die informative Dokumentation, einen Beitrag in Re[illegible], Genehmigung, in mehreren Haftanstalten zu filmen. Wie lebt es sich dort in der „Isolationsfolter", eine immer wieder aufgegriffene, von Politikern servil übernommene Vokabel des Linksextremismus?

Bei dem Selbstverständnis zivilisatorischer Annehmlichkeiten – Radio, Fernsehen, Schallplatten und eigene Bibliotheken – ist nach heutigen Maßstäben zwar noch nichts über menschenwürdige Behandlung gesagt. Inhaftierte RAF-Mitglieder hatten jedoch ihrem privilegierten Knast nichts entgegenzusetzen. Sie stellten sich nicht den Kameras. Lojewski rügte denn auch die „öffentliche Begriffsverwirrung". Die Klarstellung dürfte andere Gefangene allerdings ermuntern, ebensolche Privilegien, wie sie Terroristen haben, zu fordern.

WERNER KAHL

Karrriere mit Drucksachen

Dr. Monnsen ist Hinterbänkler, und sehr zum Leidwesen seiner Frau droht er, das zu bleiben: Ein von den Schulkameraden des Abgeordnetensöhnchens als „faul" gescholtener Wochentag-Bonner, der von der „großen" Politik auch nur aus der Zeitung erfährt und die Bürgersprechstunde am Wochenende geduldig als zwar öden, aber edlen Klimmzug für Volk und Vaterland begreift.

Joachim Roering hat sich für neunzig lockere ZDF-Minuten mit seinem **Abschied von der Hinterbank** eine erbauliche Mär ausgedacht, an deren Ende Werresheims Dr. Monnsen ganz groß dasteht, und neben ihm die glückliche Frau Doktor.

Die nämlich hat, mit dem seltenen politisch-geistigen Rüstzeug solider deutscher Sprachkenntnis, eine Bundestagsdrucksache betr. die deutsche „Absatzindustrie" als unfaßlich verklausuliert entlarvt und das MdB damit zum Aufbruch emporgepuscht: Der und sein Bonner Adjutant enttarnen den Gesetzentwurf als schieren Nonsens und entfachen so eine ganze Kettenreaktion von Ereignissen, an deren Happy-End nicht nur ein eingebuchteter (prominenter) MdB-Kollege sitzt, sondern auch die Einsicht, daß ein fleißiges Parlament vor Fehlern nun mal auch nicht sicher ist.

Das hat Roering zu einer hübschen Posse aufbereitet, Bonner Absurditäten, d. h. menschlich allzu Menschliches, mit feinem Lächeln freigelegt: Bonn und Werresheim sind überall.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD | ZDF | SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Das Ultimatum
11.55 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
Ein Zusammenschnitt aus Sendungen nach dem Guinness Buch der Rekorde 1983
16.55 Kernbeißer
Von Hirschen und anderen Waldbewohnern
17.40 Tele-Lexikon
Windkanal
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Rück-Sichten
Vier von tausend Tagen
John F. Kennedy in Deutschland
Film von Andrej Bockelmann
21.00 Die Krimistunde
Geschichten nach Henry Slesar
Nachtwache / Der zweite Schuldspruch / Der Ersatzmann
Mit Krista Stadler, Hans Hirschmüller, Jochen Striebeck u. a.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Barrikade
Satirische Zeitkomödie von Kurt Boeser
Berlin im März 1848: Revolution liegt in der Luft, als kampfentschlossene Arbeiter, beeinflußt durch das kommunistische Manifest von Karl Marx, zum ersten Mal die schwarz-rot-goldene Fahne hissen. Das Militär will diesen Aufstand gewaltsam unterdrücken.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Elternsache: Grundschule
Ein Ratgeber im Medienverbund
2. Schulanfang
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
9. Folge: Gold
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Der Spion, der auf ein kaltes Bier kam
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Telemotor
Die allgemeine Katalysator-Verunsicherung bei Neuwagen-Interessenten und Altfahrzeugbesitzern, die Verzögerungstaktik der Autohersteller in dieser Richtung, die Versorgungslage mit bleifreiem Benzin in Deutschland sowie der neue Katalysator-Mazda 626 stehen im Mittelpunkt der von Harry Valérien moderierten Sendung
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Wie gewinnt man die Frauen?
Warum hat gerade jetzt die Politik die Frauen neu entdeckt?
Moderation: Anna Doubek und Klaus Bresser
Anschl. heute
Anschl. Gute Nacht-Musik
Spanische Romanze
Liona Boyd, Gitarre

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Die Schlacht von San Juan Hill
15.00 Siehste!
Pusteblume
Ich möchte ein Tier
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Kum Kum
Die Sonnenuhr
17.00 Simon Templar
S. T. und ein halbseidenes Mädchen
18.00 Fauna Iberica
Die Geschichte vom Steinbock (2) oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Pechvögel
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Sammy Davis jr., Peter Lawford, Fiona Lewis u. a.
Regie: Jerry Lewis
Nachdem ihr Nachtlokal Pleite gemacht hat, suchen die unzertrennlichen Kumpane Salt und Pepper nach einem neuen Dreh, um möglichst ohne Arbeit durchs Leben zu kommen.
20.30 B. A. D. Cats
Schnelle Reifen – heiße Bienen
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Mord auf der Via Veneto
Italien. Spielfilm (1968)
Mit John Cassavetes, Gabriele Ferzetti u. a.
Regie: Alberto de Martino
Dem Schein nach ist Signor Corda ein braver Familienvater und fleißiger Vertreter. Doch in Wirklichkeit ist er ein tollkühner Einbrecher, für den selbst Gefängnismauern kein Hindernis sind.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

III.

WEST

10.55 Sondersitzung des Landtages
Themen u. a.: Das WDR-Vorschaltgesetz
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Geheimnis der fünf Gräber
Amerikanischer Spielfilm (1956)
21.35 Filmtip
21.45 Landesspiegel
22.15 Die Reise in den Traum
23.10 Nachtstudio Spätausgabe
0.25 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 In den Sümpfen und Wäldern Finnlands
20.00 Tagesschau
20.15 Arabeske
Amerikanischer Spielfilm (1966)
21.55 Bücherjournal
22.45 Jazz-Fest Berlin 1984 (3)
NRBQ and the Whole Wheat Horns
23.35 Nachrichten

HESSEN

19.20 Der Strohmann
Amerikanischer Spielfilm (1975)
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
Im Schatten der Mitternachtssonne
Spannungsfeld zwischen Nordkap und Spitzbergen
22.30 Die Zitadelle (1)
23.20 Sportreport

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (1)
20.30 Familie am Bildschirm (1)
21.00 Dichter und Bäuerin
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Unser Mann in Bonn: Manfred Wörner
22.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Kulturkalender
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 Standpunkte
10 Tage vor der Wahl

BAYERN

19.00 Affäre Blum
Fernsehspiel von R. A. Stemmle
21.05 Leiden mindern
Mediziner, die Christen sind
21.50 Rundschau
22.05 Das historische Stichwort
22.10 Der Richter von Colorado
Amerikanischer Spielfilm (1948)
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Ein Länder-Magazin
19.00 heute
19.30 Derrick
Kamillas junger Freund
von Herbert Reinecker
Herr Kessler wird in seinem Haus überfallen. Dabei wird die Hausgehilfin Martha von dem maskierten Gangster erschossen. Die Ermittlungen ergeben, daß der Täter über Kesslers Lebensweise genau informiert sein mußte.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 „Mein Kind hat gestohlen"
aus der Reihe „Kinder, Kinder"
von Reinhold Schnatmann
Moderation: Rainer Haake
Wie reagieren Eltern, wenn ihr Kind gestohlen hat, wie sollten sie sich verhalten? Ziel des Beitrages ist, Eltern die möglichen Hintergründe aufzuzeigen.
22.30 denkmal
Ein kulturelles Ratespiel
23.30 3SAT-Nachrichten

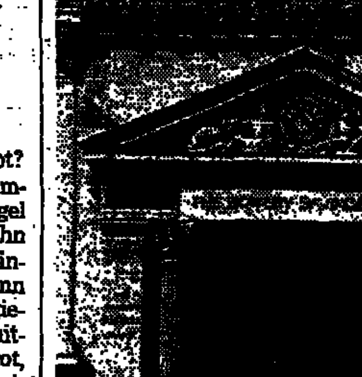
Ein Meister in Stücken

F. L. – Ist denn so etwas erlaubt? Darf man sich einen Stummfilmklassiker einfach unter den Nagel reißen, ihn formal zerstückeln, ihn um mehr als die Hälfte seiner Länge grausam kappen? Was dann noch übrigbleibt, einfach „viragieren", das heißt einfärben, mal quittegelb, dunkelblau oder grellrot, den Rest grünlich? Die alten Zwischentitel reißt man heraus und ersetzt sie grausam durch aufs Bild gepappte Untertitel, damit den alten Stummfilm-Rhythmus grausam zerhackend. Die reine Kinobarbarei!

Giorgio Moroder, der Disco-Komponist, hat all diese Untaten an Fritz Langs großem expressionistischen Kinowerk „Metropolis", bisher ziemlich ungesühnt, begangen. Er hat ein Meisterwerk der frühen Filmkunst grausam und rüde zerschnippelt, hat Fritz Langs grandiose Bilder nur dazu benutzt, sie mit heulender Musik und einzelnen Gesangsnummern zu unterlegen. Er sagt: So erst würde es ja der rocksüchtigen Jugend von heute angemessen schmackhaft und überhaupt erst bekannt. Meister Moroder als Popülisator eines Stummfilmklassikers an Hand von Schere, Farbe und schleimig unterlegter Musik von heute. Wenn da die Hühner nicht lachen!

Fritz Lang kann sich nicht wehren. Er kann in seinem fernen Grab in Hollywood nur rotieren. Wer's aber heute sieht, schlägt vor solcher Barbarei immer nur die Hände vors Gesicht. Es ist, als verschnitte man einen Rembrandt, färbte die Reste neu ein und ließe dazu unbekümmert und ruchlos eine schmierige Rockmusik donnern.

Ist so etwas erlaubt? Es ist es nicht. Es geschieht trotzdem. Wehe den Fledderern großer Werke! Fritz Langs Meisterstück in lauter dumme, kleine Video-Clips zerhackelt. Was kommt wohl demnächst dran?







Banker, Dichter, Obdachlose: Straßenbilder von der Bowery in New York, aus der Berliner Ausstellung FOTOS: CARIN DRECHSLER-MARX

Die Bowery – eine der berühmtesten und verrufensten Straßen

Eine „harte Straße" hat die Schriftstellerin Kate Millett die Bowery genannt. Sie weiß, wovon sie spricht, denn sie lebt selbst schon mehr als ein Vierteljahrhundert dort und hat mit zunehmendem Verständnis „Exzentrität und Wut", „Armut und Not" dieser Straße „voller menschlichem Abfall" erlebt.

Die Bowery hat bessere Tage gesehen. Diese nur 1600 Meter lange Strecke in New York, zwischen Chatham Square in Chinatown und Astor Place, mauserte sich vom ehemaligen Indianerpfad zur hocheleganten Meile im 19. Jahrhundert, sank dann zum Amüsierzentrum herab und wurde schließlich „die berühmteste Elendsstraße der Welt". Mit vielen Vorbehalten mag man heute davon sprechen, daß sich für die Bowery eine „Renaissance" andeutet.

Die Deutsch-Amerikanerin Carin Drechsler-Marx hat ein Jahrzehnt lang an der Bowery fotografiert. Ihre „Bilder einer verrufenen Straße" fanden in New Yorks Goethe-Haus große Aufmerksamkeit. Sie wurden jetzt in der Reihe der „Bibliophilen Taschenbücher" bei Harenberg publiziert.

Eine Ausstellung im Schöneberger Haus am Kleistpark in Berlin zeigt eine nach Motiven sortierte Auswahl. Der Betrachter ist betroffen von der atmosphärischen Dichte gleichermaßen wie von der informativen „Sachlichkeit" dieser Aufnahmen.

Künstler und Schauspieler besuchen (das inzwischen auch literarisch aktenkundige) Lokal „Phebe's". In der kleinen „Amato's Opera" wird „Aida" – mit Klavierbegleitung – geprobt. Zwei der bekanntesten New Yorker Rockschuppen gehören, neben zahllosen Lampengeschäften und Restaurantbedarfs-Lieferanten, zum Inventar der Bowery. Lesungen. Konzerte. Künstler-Gesichter. Die Lofts und Ateliers der Millett und von Tom Wesselmann.

Die Poesie des Morbiden, eine lyrische Lust am Detail zeigt sich, wo die Fotgrafin die Reklame-Schilder, die Fassaden mit dem Schatten-Filigran der versperrten Balkone und Feuerleitern, Säulenkapitelle und gammelige Abrißdächer festhält.

Viel wichtiger aber sind hier die „Bums", die Obdachlosen, die Ausgeflippten, Alkoholiker und die ehemaligen Patienten von „Irrenanstalten". Sie findet anrührende Spuren von Herzlichkeit in den Gesichtern dieser Hoffnungslosen, die zu vielen Tausenden die Bowery bevölkern. Und sie zeigt menschliche Leiber – wie hingeworfen auf das Steinpflaster, der Trostlosigkeit preisgegeben zwischen Müll und Dreck. Manchem dieser Einsamen leistet die Fotografin ausdrücklich Abbitte, weil sie die Männer, „zerlumpt und blutig geschlagen, mehr tot als lebend" fotografiert hat, ohne ihre Zustimmung einholen zu können.

Eher dokumentarisch, aber nicht minder beeindruckend sind dann die Aufnahmen aus Entziehungskliniken, Asylen und Missionen. Diese fotografischen Zeugnisse sind zugleich Kunst und sozialer Beleg von der Schattenseite des glitzernden Manhattan. New Yorker Straßengeräusche, Musikfetzen, Menschenstimmen und das Jaulen der Polizeisirenen tönen durch diese Ausstellung.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 3. März; Fotoband „Bowery". Harenberg, Dortmund. 12,80 Mark, in der Ausstellung 10 Mark.

Zwischen Lebenshilfe und Wertorientierung: Die anspruchsvolle Reihe „Texte + Thesen" der Züricher „Edition Interfrom"

Kursbuch für die Wanderdünen in der Politik

Was Ende der 60er Jahre die „Kursbücher" eines Hans-Magnus Enzensberger für die APO-Generation waren, das sind heute die von der „Edition Interfrom" in Zürich herausgegebenen „Texte + Thesen" für Liberal-Konservative: anspruchsvolle, nicht teure Periodikum-Sachbuch-Zwitterwesen (pro Band 14 Mark), geschaffen nicht nur zur Information, sondern ebenso zur Wertorientierung, mitunter sogar zur Lebenshilfe.

Notwendig erscheint ja gerade in dieser „Zielgruppe" eine publizistische Schützenhilfe zum Ertragen jener existentiellen Spannung, welche der Liberal-Konservative heutzutage auszuhalten hat und welche bedingt ist durch den antithetischen, doch nicht antagonistischen Gegensatz zwischen dem Bekenntnis zur Modernität, zu wirtschaftlichem Wachstum und technologischem Fortschritt einerseits und dem Bekenntnis zur geschichtlichen Kontinuität und zu tradierten Werten andererseits.

Sehr deutlich wird das in den neuesten Erscheinungen der „Texte + Thesen", beispielsweise in dem Band „Ratlose Normalität – Die Deutschen auf der Suche nach sich selbst" des Mainzer Politikwissenschaftlers Werner Weidenfeld. Da fordert der Verfasser ein „Umdenken für die Zukunft", und er vertritt mit Nachdruck die These: „Die Zukunftsfähigkeit der Deutschen ist abhängig von der Kraft zur Modernisierung."

Er warnt ausdrücklich vor allen Versuchen, „aus der Kompliziertheit unserer Welt gewissermaßen auszusteigen". Dennoch übersieht Weidenfeld nicht den Preis, der für die Modernität gezahlt wird: „Die konkret erfahrbaren Erscheinungsformen dieser Industriegesellschaft lassen ganz zwangsläufig die Distanz zwischen dem einzelnen Bürger und der modernen Massenzivilisation wachsen. Die technologische Produktion bringt anonyme soziale Beziehungen mit sich; die Trennung von Arbeit und Privatleben wird immer tiefer; Bürokratien breiten sich aus; der Alltag des Bürgers zerfällt in unterschiedliche und oft sogar gegensätzliche Erfahrungswelten."

Deswegen empfiehlt der Verfasser „die Bewahrung der Kontinuität" als Äquivalent zur „Fähigkeit zum Wandel", „die Verknüpfung der Erfahrung der Vergangenheit mit dem Sorgehorizont der Gegenwart", eine stärkere „kollektive Identität" und einen größeren „politischen Konsens".

Kulturpessimismus und Antitechnizismus, welche in früheren Zeiten nicht nur bei der dezidierten Rechten, sondern auch bei der rechten Mitte zu Hause waren, sind – ideologischen Wanderdünen gleich – längst zur politischen Linken abgewandert. Gerd Langguth, Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, unterstreicht in seiner Studie „Der grüne Faktor – Von der Bewegung zur Partei?" die „antitechnische Grundorientierung" bei den „Neuen Sozialen Bewegungen". Ebenso zeigt er die Korrelation zwischen dem wachsenden Technik-Verdruß bei der Bevölkerung und den Erfolgen der „Grünen" auf.

Langguth bringt eine Fülle von demoskopischen Daten. Unter den grünen Wählern – so kann man nachlesen – besteht eine Überrepräsentanz der Ledigen, der Großstädter, der Konfessionslosen, der jungen Menschen in der Ausbildung und der Akademiker. Auch in der „Grünen"-Fraktion des Bundestages kann man eine starke Dominanz der Hochschulabsolventen feststellen, welche nur noch von der FDP-Fraktion überboten wird.

Was in Langguths instruktiver Studie ein wenig zu kurz kommt, das sind die geistesgeschichtlich-philosophischen Hintergründe der „Grünen". Wenn der Verfasser in ihrer Programmatik eine „Mixtur aus ‚konservativer' Zivilisationskritik einerseits und aus traditioneller linker Kapitalismuskritik andererseits" bemerkt, so übergeht er dabei die Tatsache, daß diese Mixtur bereits für die linke „Frankfurter Schule" charakteristisch war – insbesondere für Herbert Marcuse, der etwa 1968 in „Psychoanalyse und Politik" schrieb:

„Auch die Technik ist aus der Unterdrückung geboren; noch die höchsten Errungenschaften zur Erleichterung der menschlichen Existenz bezeugen ihre Herkunft in der vergewaltigten Natur und in den verstumpften Menschenwesen."

Ebensowenig genannt werden die von Proudhon, Kropotkin und anderen formulierten Ideen des Frühsozialismus und Anarchosyndikalismus, welche bei den Forderungen der „Grünen" nach „selbstverwalteten Verfügungsrechten" und „basisdemokratischer Kontrolle" in der Wirtschaft Pate gestanden haben.

Die engagierte Auseinandersetzung mit der derzeitigen „Friedensbewegung" veranlaßt Hans Rühle, Leiter des Planungsstabes des Verteidigungsministers und Autor von „Angriff auf die Volksseele – Über Pazifismus zum Weltfrieden?", zu einem Parforceritt durch die Geschichte der pazifistischen Bewegung in diesem Jahrhundert. Dabei wird deutlich, daß eine pazifistische Gesinnungsethik mitunter einem imperialistischen Totalitarismus Vorschub leistete – so etwa in den 30er Jahren der Abrüstungsfetischismus in Großbritannien dem Hitler-Staat und ebenso ein Jahrzehnt später die „Ohne-mich"-Kampagne dem Stalinismus.

Ein Bekenntnis zu einem „geläuterten Patriotismus" legt Bruno Heck in der Schrift „Vaterland Bundesrepublik?" ab. Für Heck – Bundesfamilienminister in drei Kabinetten, CDU-Generalsekretär zur Zeit von Kurt-Georg Kiesinger und derzeit Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung – „transzendiert dieses Vaterland Bundesrepublik" nach zwei Seiten, hin zu Europa und hin zur Nation, der auch die Deutschen in der „DDR" zugehören.

Heck gibt ebenso seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Demokratie, auch wenn sie keine absoluten Wahrheiten vermittelt, dennoch nicht ohne Werte auskommen kann. Insbesondere seien die Kirchen und die Institutionen der Bildung aufgerufen, neuen Werten im Bereich des Sozialen Geltung zu verschaffen.

Der Verfasser, wohl einer der gebildetsten Politiker, die wir haben, vermag durch seine Studie sicherlich – ebenso wie die anderen Autoren der Interfrom-Reihe – manchem Leser eine wirkliche geistige Orientierungshilfe zu geben.

GISELHER SCHMIDT

Göttingen: „Terroristen"

Nummern sind auch nur Menschen

Eine Revolution wird vorbereitet, irgendwo in Mittelamerika. Ein übler Diktator wütet dort, erfährt man, und man hört detailliert von Massaker-Exzessen, die von der Nationalgarde begangen werden. Ganz folgerichtig denkt man während der ersten Szene, die Vokabel „Terroristen" sei eine Parole der staatlichen Propaganda, eingesetzt zu dem Zweck, die Revolutionäre zu diskriminieren. „Terroristen" heißt das Stück, das jetzt am Deutschen Theater in Göttingen – nach der Uraufführung 1984 in Warschau – erstmals auf eine deutsche Bühne kam; der uns da in die Irre führt, ist der polnische Dramatiker Ireneusz Iredyński, Jahrgang 1939. Jan Kulczyński aus Warschau führte Regie, seine Landsleute Mariusz und Xymena Chwedczuk entwarfen Dekoration und Kostüme.

Wie sich herausstellt, sind sich Diktator und Revolutionäre in Sachen Terror gleich. Eine „Nummer Eins" gibt es bei denen, einen eiskalten Taktiker, der sich, maskiert, gelegentlich zu Interviews bereitfindet. Vor allem jetzt, da eine offensichtlich US-amerikanische Spitzenjournalistin (Elsbeth May) im Lande ist. Der hat er seine „Nummer Sieben" (Andreas Kaufmann) entgegengesandt, die sich prompt in sie verliebt. Schließlich gibt es, wieder auf der anderen Seite, einen klugen und entsprechend opportunistischen Minister – den spielt der Doyen des Theaters, Eberhard Müller-Elmau –, der heimlich mit den „Freiheitskämpfern" zusammenarbeitet, obwohl er weiß, daß Revolutionen niemals nur auf eine Besserung der Verhältnisse zielen, sondern immer auch vom Schaffen eines „Neuen Menschen" träumen – und daß dieses Vorhaben regelmäßig in die Binsen geht.

Auch der Revolutions-Boß, dessen ekelhaften Zynismus sein Darsteller Jörg Schröder nicht immer hinreichend deutlich macht, hat einen direkten Draht zur anderen Seite, zur Nationalgarde. Er sorgt dafür, daß diese die Journalistin und ihren Kameramann umbringt. Damit erreicht er, daß der Diktator – zwei Tage vor dem Aufstand – allen internationalen Kredit verliert. Nummer-Sieben, ein Idealist, revoltiert – und wird erschossen. Nach dem Sieg der Revolution erhält er ein Staatsbegräbnis.

Vorher hat er freilich die Frage gestellt, auf die es Iredyński ankam: „Worin unterscheiden wir uns eigentlich von dem Diktator?" Nummer Eins weiß die Antwort, und diesmal meint er das nicht zynisch: „In unserem Ziel. Was der Revolution dient, ist moralisch – und gut."

Für polnische Verhältnisse im Jahr 1984 war das, wenn es dort ebenso subtil und unaufdringlich inszeniert worden ist wie in Göttingen, eine erregende Verkündigung von der Bühne herab. Bei uns wirkt das alles ein bißchen allzu durchgekaut.

KATHRIN BERGMANN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Philobiblon"

Weiß ist doch eine Farbe

Vermag eine Zeitschrift, physisches, ungeteilt sinnliches Behagen zu verschaffen? Der Rezensent erhielt ein Paket mit den vier Heften des Jahrgangs 1984 (insgesamt 342 Seiten ohne die Inserate) von „Philobiblon / Eine Vierteljahresschrift für Buch- und Graphiksammler" (Verlag Hauswedell, 7000 Stuttgart 1, Postfach 723). Schon beim Anfassen der Hefte erfaßte mich Wohlbehagen: makellose schwarze Typographie auf einem Papier von einem satten Weiß – was uns daran erinnert, daß „Weiß" ebenfalls eine Farbe, nicht bloß Abwesenheit von Farbe ist. Ein Papier, das sich herb körnig anfaßt und von keinen Farb- oder Kleistergerüchen belastet ist. Und das Format, die Dikke der Hefte handlich unbeschwert, ohne doch putzig zu werden. Kurz: eine Quasi-Vollkommenheit, wie man sie hierzulande bei Zeitschriften kaum mehr antrifft.

Wie steht es mit dem Inhalt dieser schönen Hefte (pro Jahrgang 72 Mark)? Wie der Titel „Philobiblon" schon zeigt, handelt es sich um eine Zeitschrift für Liebhaber des Buches, die nun in den 29. Jahrgang eintritt, aus der Tradition des großen Auktionshauses Hauswedell hervorgegangen ist und nun im Auftrag der (bibliophilen) Maximilian-Gesellschaft in Hamburg von Reimar W. Fuchs herausgegeben wird.

Dem entspricht der Inhalt. Wir finden in diesen Heften Aufsätze über Schriftgestaltung, Buchillustration, Einbände, Lesezeichen, berühmte Bibliotheken, freie Graphik und alles Übrige, was einen Bibliophilen entzückt. Ein hochspezialisierter Bereich, aber auch eine geschlossene Welt. Der Rezensent erinnert sich des Besuches in einer der berühmtesten Privatbibliotheken, die Kostbarkeiten wie das erste, der Mutter gewidmete Exemplar des ersten Buches von Rilke enthielt. Die Tausende von Bänden, natürlich alle kostbar gebunden, standen wie mit der Schnur ausgerichtet auf den Regalen. Man wagte keines anzufassen. Es war an jenem Abend von vielem an den Büchern und um die Bücher die Rede – bloß nicht von dem, was in ihnen zu lesen war.

Der Leser merkt, daß ich – wenn auch ein Bücherverschlinger – kein Bibliophiler bin. Wer von ähnlichen Beklemmungen wie den geschilderten befallen wird, kommt jedoch in „Philobiblon" 1984 doch auch auf seine Kosten. Ich denke da an den bewegenden Aufsatz „Aus Anlaß der Grimmfeiern" aus der Feder des nun 84jährigen Lutz Mackensen, der uns vorführt, wie hochgebildet die Germanisten einmal waren – ein Text, der an den Brüder-Grimm-Klischees zweifelt und doch dezent bleibt.

Geradezu dramatisch ist der Bericht von Dieter Wuttke über „Die Emigration der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg und die Anfänge des Universitätsfaches Kunstgeschichte in Großbritannien" – wenn man auch gern Näheres darüber erführe, auf Grund welcher Regelungen die Behörden im Dezember 1933 den Abtransport dieser größten ikonographischen Bibliothek der Welt auf zwei Spezialdampfern aus Hamburg nach London erlaubten. Aufschlußreich ist die Polemik um das Institut „Kulturwissenschaft" – man erinnert sich des bizarr überzogenen Buches von Christoph Steding „Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur" (1938), in dem dieser kuriose Einzelgänger die Kulturgeschichte (im Gegensatz zur politischen Geschichte) zur Quelle aller Dekadenz proklamierte.

ANTON MADLER

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Amsterdam: Der Meister des Hausbuchs – Rijksmuseum (14. März bis 9. Juni)
Bern: Camille Claudel-Auguste Rodin – Kunstmuseum (16. März bis 19. Mai)
Bremen: Gustav Seitz – Gerhard-Marcks-Haus (bis 28. April)
Brüssel: Félicien Rops – Musée d'Art Moderne (bis 28. April)
Düsseldorf: Antonius Höckelmann – Kunsthalle Düsseldorf (bis 8. April)
Am Anfang: Das Junge Rheinland – Kunsthalle Düsseldorf (bis 8. April)
Duisburg: Dänische Skulptur im 20. Jahrhundert – Wilhelm-Lehmbruck-Museum (3. März bis 14. April)
Frankfurt: 50 Jahre Henri Cartier-Bresson – Fotografie Forum (bis 21. April)
Hannover: Sempé – Wilhelm-Busch-Museum (10. März bis 5. Mai)
Französisches Glas – Historismus – Jugendstil – Art Déco – Kestner-Museum (bis 14. April)
Henri Laurens – Sprengel-Museum (3. März bis 28. April)
Marc Chagall – Kestner-Gesellschaft (bis 8. April)
Köln: Eduardo Paolozzi – Museum Ludwig (bis 24. März)
Ornamenta Ecclesiae – Kunsthalle (7. März bis 9. Juni)
Kölns romanische Kirchen – Stadtmuseum (bis 19. Mai)
Krefeld: Flachs aus Flandern – Deutsches Textilmuseum (bis 27. Mai)
Hubert Kiecol – Haus Esters (bis 21. April)
Mainz: Abstrakte Maler der inneren Emigration – Landesmuseum (bis 31. März)
Mannheim: Franziska Becker – Karikaturen – Kunstverein (10. März bis 14. April)
München: Topor, Tod & Teufel – Stadtmuseum (bis 5. Mai)
Expressionisten-Sammlung Buchheim – Haus der Kunst (16. März bis 12. Mai)
Auguste Rodin – Villa Stuck (bis 7. April)
Nürnberg: Moderne Malerei aus der Sammlung Thyssen-Bornemisza – Germanisches Nationalmuseum (bis 24. März)
Oberhausen: Aspekte Amerikanischer Kunst der Gegenwart – Städtische Galerie (bis 14. April)
Stuttgart: George Cruikshank – Paul Flora – Württ. Kunstverein, Kunstgebäude (bis 31. März)
Ludwig Hohlwein: Plakate – Staatsgalerie (bis 21. April)

Mailänder Scala: Donatonis „Atem" uraufgeführt

Ein Drache vom Himmel

Er wurde an der Mailänder Scala uraufgeführt. Also muß es sich bei Franco Donatonis Bühnen-Erstversuch „Atem" wohl um eine Oper handeln. Der Komponist kümmert sich jedoch weder um den Text noch um die Handlung. Statt dessen läßt er sich von Giorgio Pressburger visionäre, verzückt schöne Bilder auf die Bühne stellen. Auch um eine Opernmusik im weitesten Sinne mochte er sich nicht bemühen. Donatoni benutzte einfach Kammermusik und Orchesterstücke, die er ohne Blick zur Bühne in den letzten 20 Jahren geschrieben hat. Das erstaunliche an diesem Mailänder Unternehmen ist, daß die Rechnung trotzdem aufgeht. Donatoni und Pressburger vermögen den Zuschauer zu unterhalten. Freilich nicht jeden, denn ein großer Teil des Publikums verließ in der Pause fluchtartig das Theater.

Perplex darüber, wie einfach es sich die Scala macht, ihre opernunwilligen Komponisten auf die Bühne zu drängen, kann man in den Uraufführungen der letzten Jahre doch eine gewisse Gemeinsamkeit, eine italienische Linie oder Dramaturgie erkennen: die Absage an eine nachvollziehbare Handlung bei Nonos „Prometeo" und die Benutzung verschiedener in sich geschlossener Einzelkompositionen, die etwas zwanghaft zu einem Ganzen gefügt werden sollen, wie in Stockhausens „Samstag aus Licht". Stark erinnert fühlt man sich an Berios „La vera storia" vor drei Jahren – auch dort die Besinnung auf Archetypen, Szenen, die den Charakter eines Ritus annehmen, sich zum Lebenskampf ausweiten.

„Atem" ist gleichbedeutend mit Leben, und vom Leben, dem alltäglichen und traumhaft verwischten, dem nur noch aus Erinnerung bestehenden, erzählt Donatoni. Die einzige das Stück zusammenhaltende Figur, X genannt, wird von dem Tänzer-Mimen Jorma Uotinen mit konzentrierter Extrovertiertheit auf die Bühne, ein Arenarund, geworfen.

X, Spieler, Zuschauer, Zauberer und Animator zugleich, zaubert ein puppig schönes Haus auf die Bühne, Kinder gehen in die Schule, Freiheitskämpfer jagen mit der federnden Eleganz der Tänzer aus der Peking-Oper über die Bühne. Fernöstlich inspiriert und mit einer Prise Wagner versetzt ist der vom Himmel steigende Märchendrache. Zu den Baßmelismen zieht eine schaurig schöne Prozession vorüber, marschieren die Faschisten. Das läßt sich alles nicht nacherzählen. Pressburgers Theater ist zum Schauen und Träumen.

16 Kompositionen verwendet Donatoni, alle seit 1960 entstanden. Die abschließende elektronische Musik und zwei andere Nummern wurden speziell für diese Aufführung komponiert. Die frühen Orchesterwerke, noch von Stockhausen und Berio beeinflußt, werden vom Orchester gespielt. Daneben stehen Kammermusikstücke aus dem Lautsprecher. Zwar erklingen zwischendurch poetische Texte, aber sie erklären die Handlung nicht. Ebensowenig sind die drei Sopranistinnen, ein Mezzo und ein Baß mitspielenden Figuren. Die Musik zeichnet sich durch eine spröde, düstere Stimmung, eine raunende Vortragsweise aus. Neben dem brillanten Kammermusikstück für Harfe, Cembalo und Klavier („secondo estratto") überwältigen die Chorpassagen, die immer, wenn an der Scala Außergewöhnliches in Sachen Chorgesang verlangt wird, von einem Gastensemble vorgetragen werden – diesmal vom Philharmonischen Chor Warschau.

ROLF FATH

JOURNAL

Bibel-Kommentare von Bach entdeckt

SAD, St. Louis

Durch wissenschaftliche Tintenanalyse konnte jetzt nachgewiesen werden, daß die Bibliothek eines theologischen Instituts in St. Louis, Missouri, eine unschätzbare Kostbarkeit besitzt: eine dreibändige deutsche Bibel mit handschriftlichen Kommentaren von Johann Sebastian Bach. Nach Ansicht des Theologieprofessors Howard Cox erlauben die Randnotizen „einzigartige Einblicke" in die Gedankenwelt des Komponisten. Die Tintenanalyse an 150 Marginalien ergab durch Vergleiche mit originalen Bach-Manuskripten, daß die Notizen nur von Bach stammen können.

Umstrittene Abfindung für Niels-Peter Rudolph

war. Hamburg

Mit heftiger Kritik haben die Hamburger Oppositionsparteien CDU und FDP auf einen zwischen dem Senat und Niels-Peter Rudolph ausgehandelten Kompromiß reagiert, der für den bereits am 31. 7. aus dem Amt scheidenden Intendanten des Deutschen Schauspielhauses eine bis Ende 1985 fortlaufende Gehaltszahlung von ca. 60 000 Mark vorsieht. Nur um das Wort „Abfindung" zu vermeiden, habe man diese Konzession gemacht, nach der einer der beiden Intendanten mit Steuergeldern fünf Monate lang spazierengehen könne, hieß es dazu aus der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Rudolph hatte ursprünglich bis 1986 im Amt bleiben sollen; doch dann war Peter Zadek zum 1. 8. 85 als Theaterchef berufen worden. Rudolph war von seinen anfänglichen Forderungen, die eine Abfindungssumme in Höhe eines Jahresgehaltes (ca. 150 000 Mark) umfaßten, abgegangen, da er ohne die notwendige Gegenzeichnung des Aufsichtsrates ein Regie-Honorar von 50 000 Mark für die nicht stattgefundene „Ödipus"-Inszenierung kassiert hatte.

Wolfgang Ruf geht zum Deutschen Bühnenverein

dpa, Oberhausen

Wie bereits gemeldet (vgl. WELT v. 26. 2.), hat Wolfgang Ruf, Leiter der Westdeutschen Kurzfilmtage, seinen Vertrag mit der Stadt Oberhausen gekündigt. Auf einer Pressekonferenz gab er jetzt bekannt, daß er zum Deutschen Bühnenverein in Köln wechselt. Er wird dort am 1. Juli Pressereferent und gleichzeitig verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Die Deutsche Bühne". Es sei nicht zu bestreiten, gab er in Oberhausen bekannt, „daß es Querelen gegeben" habe. Hauptsächlich hätte er jedoch den Wunsch nach einer „neuen Verantwortung" gehabt.

Michèle Morgan 65

Ihre größten Erfolge hatte sie als große Liebende an der Seite berühmter Filmschauspieler wie Jean Gabin, Yves Montand und Henry Vidal. In über 50 Filmrollen verkörperte sie die elegante Dame, behauptete sich aber auch als Charakterdarstellerin. Michèle Morgan – ein Pseudonym in Anlehnung an den amerikanischen Milliardärsnamen, der ihr Glück bringen sollte – galt jahrelang als beliebteste Schauspielerin Frankreichs. Sie erhielt



Verehrt und gefeiert: Die Filmschauspielerin Michèle Morgan FOTO: NEUE FILM ALLIANZ

fünfmal die Auszeichnung als beste Filmdarstellerin des Jahres, u. a. für ihre Darstellung des blinden Mädchens in „La Symphonie pastorale". Die gebürtige Pariserin studierte an der Schauspielschule René Simon, als sie von dem Regisseur Marc Allegret entdeckt wurde. In den letzten Jahren wandte sich die Morgan mit großem Erfolg der Modebranche zu. Morgen wird „Frankreichs charmanteste Großmutter" 65. Fa.

Kompositionswettbewerb bei den Musiktagen

dl. Hitzacker

Die Sommerlichen Musiktage Hitzacker finden vom 27. Juli bis zum 4. August statt. Zum Europäischen Jahr der Musik wurden 17 junge Bläser aus verschiedenen Nationen Europas eingeladen, die Alban Bergs Kammermusik und Mozarts „Gran Partita" in Hitzacker studieren werden. Ferner ist der 7. Kompositionswettbewerb für Kammermusik ausgeschrieben worden (Einreichung bis zum 1. 12. 1985).

Auch der Boß aller Bosse ist unter den Verhafteten

FBI gelang entscheidender Schlag gegen die Mafia

DW. New York

Dem US-Bundeskriminalamt (FBI) ist nach eigenen Angaben praktisch die Enthauptung der New Yorker Mafia, der Hochburg des organisierten Verbrechens in den Vereinigten Staaten, gelungen. Seit Wochenbeginn sitzen die Chefs der fünf Mafia-Familien der Millionenstadt hinter Gittern, unter ihnen der 72jährige Paul Castellano, Leiter der Gambino-Bande, der als der „Capo di Tutti Capi", der Boß aller Bosse, gilt. Der „Pate" von Cosa Nostra, wie sich die amerikanische Mafia nennt, wurde zusammen mit acht anderen führenden Mafiosi festgenommen, wozu auch die Chefs der



Paul Castellano

drei Familien Genovese, Lucchese und Colombo – Anthony Salerno, Antonio Carallo und Jerry Langella – gehören. Der Boß der Bonanno-Gang, Phillip Rastelli, ist schon seit einiger Zeit in Haft.

Das FBI glaubt, bisher beispiellose Beweise gegen die Mafia-Bosse in Händen zu haben, denen die Justiz bisher nur kleinere Delikte, nicht aber schwere Kriminalität nachweisen konnte. Die am Dienstag veröffentlichte Anklageschrift spricht vor allem von Rauschgifthandel, Kreditwucher, Pornographie, Bandenunwesen, verbotene Geldspiele und Kontrolle über korrupte Gewerkschaften.

Zusammengetragen wurden die belastenden Elemente seit drei Jahren durch intensive Fahndungsanstrengungen, durch die rund 300 Mafiosi festgenommen wurden.

Dabei stützte sich die Bundeskriminalpolizei auf eine in der Vergangenheit weithin fehlende Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitsdiensten und wandte neue Abhörmethoden und Überführungstricks an. Einer der sensationellsten Coups gelang den Fahndern 1982. Sie schmuggelten ein Mini-Mikrofon in den „Jaguar" von Anthony Corallo und nahmen so 75 Stunden arglose Unterhaltung des Gangsterchefs mit seinem Chauffeur und mit anderen Mafiosi auf. Das verschaffte ihnen noch nie zuvor gelungene Einblicke in das Funktionieren von Cosa Nostra, die seit 1931 von einer geheimen Kommission, dem „Club", gelenkt wird. Dieses Gremium aus den Familien-Chefs, ein regelrechter Verwaltungsrat des Verbrechens, hat zur Aufgabe, zu verhindern, daß Spannungen zwischen rivalisierenden Familien zum einen Krieg der Banden ausartet. Die Cosa Nostra zählt nach Schätzung der Fahnder rund 2000 „Ehrenmitglieder", von denen jeder über etwa zehn „Handlanger" verfügt.

Zu den Mitteln des „Clubs" gehört die kollektive Entscheidung von „Contracts", Mordaufträgen gegen unliebe Mafiosi, die das Kräfteverhältnis innerhalb von Cosa Nostra gefährden. In der jetzt veröffentlichten Anklage wird dem Aufsichtsgremium unter Leitung von „Godfather" (Pate) Paul Castellano der Mord an dem Maifa-Chef Carmine Galante von der Bonanno-Familie angelastet. Der jetzt gelungene „Fang der Bosse" ist nach Ansicht von FBI-Direktor William Webster von „historischer Bedeutung". Das gesammelte Beweismaterial sei für die Cosa Nostra „der Anfang vom Ende", versicherte er.



Zahlreiche Massenkarambolagen im dichten Nebel

DW. Bonn

Dichter Nebel hing gestern über den Straßen und führte zu Massenunfällen auf den Autobahnen. Besonders betroffen war Nordrhein-Westfalen mit Sichtweiten von stellenweise weniger als zehn Metern. Auch in Holland und Belgien ereigneten sich serienweise schwere Unfälle.

Auf der Autobahn A 4 zwischen Köln und Aachen kam es gegen 10 Uhr zu einer Massenkarambolage, als rund 200 Fahrzeuge, darunter zahlreiche Tanklastzüge, bei Sichtweiten von nur wenigen Metern ineinanderkrachten. Dabei gab es einen Toten und zahlreiche Verletzte. Die Unfallstellen lagen in Richtung Aachen zwischen Kerpen und Düren, in Richtung Köln zwischen dem Kreuz Aachen und Buir.

Werks- und Berufsfeuerwehren aus der gesamten Umgebung rasten zum Einsatzort, um eingeschlossene Autofahrer aus den Wracks zu befreien und brennende Wagen zu löschen. Der Sachschaden geht vermutlich in die Millionen. Autobahn-Teilstücke waren bis in den Nachmittag hinein gesperrt.

Etwa zur gleichen Zeit kam es auf der Autobahn A 57 von Köln nach Neuss zwischen dem Autobahnkreuz Köln-Nord und Dormagen zu mehreren Massenunfällen mit fast 100 beteiligten Autos. Ausgelöst wurde der Unfall nach Angaben der Polizei durch drei Lastwagen, die bei schlechter Sicht in einen Unfall verwickelt wurden und umstürzten. Die nachfolgenden Fahrzeuge hätten auf der plötzlich blockierten Fahrbahn wegen zu hoher Geschwindigkeit bei miserablen Sichtverhältnissen nicht rechtzeitig bremsen können und seien ineinandergerast (siehe Foto).

Eine Autofahrerin wurde beim Aussteigen überfahren und erlitt tödliche Verletzungen. Mit dem Schrecken davon kamen 40 Schulkinder, die in einem Reisebus saßen. Ein Lastwagenfahrer konnte dem Bus gerade noch ausweichen und so eine Katastrophe verhindern. Die Autobahn mußte für mehr als vier Stunden gesperrt werden.

Viele Jahre Forschungsarbeit umsonst

AFP, Basel

Bei einem Brand in einem Basler Immunologie-Forschungsinstitut, das vom Chemie-Konzern Hoffmann-La Roche finanziert wird, ist gestern nach Angaben des Firmensprechers ein unermeßlicher Schaden für die wissenschaftliche Forschung entstanden. Der Chemiker Georges Köhler, Nobelpreisträger von 1984, der an dem Institut arbeitet, erklärte, „viele Jahre Forschungsarbeit" seien wahrscheinlich ein Raub der Flammen geworden. Die meisten Versuchstiere kamen bei dem Brand ums Leben. Laut ersten Ermittlungen brach das Feuer am Nachmittag bei Reparaturarbeiten an einer Klima-Anlage aus. Es besteht kein Verdacht auf Brandstiftung.

Zum Streik aufgerufen

dpa, Forbach

Drei große Bergarbeiter-Gewerkschaften haben die Kumpel der Lothringischen Kohlegruben (HBL) gestern aufgerufen, am kommenden Montag mit einem 24stündigen Streik bessere Sicherheitsvorrichtungen in den Bergwerken dieser Gruppe zu fordern. Der Aufruf erfolgte nach dem schweren Grubenunglück in der Zeche „Simon" in Forbach, bei der am Montag 22 Bergleute vermutlich nach einer Schlagwetter-Explosion ums Leben gekommen waren. Die Rettungsmannschaften bargen in der gestrigen Nacht die letzten drei Leichen aus 1050 Metern Tiefe.

20 210 Beschwerden

AP, Berlin

Das Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen in Berlin hat im vergangenen Jahr 20 210 Beschwerden und Anfragen von Bürgern über Versicherungsunternehmen bearbeitet, 600 weniger als 1983. In 29 Prozent der Fälle konnte das Bundesaufsichtsamt helfen. Spitzenreiter bei den Beschwerden war der Bereich der Haftpflicht-, Unfall- und Autoversicherungen, gefolgt von Sach- und Rechtsschutzversicherungen.

Überschwemmungen

dpa, New York

Frühlingshafte Temperaturen haben im mittleren Westen der USA zu schweren Überschwemmungen geführt. Mindestens drei Menschen kamen in den letzten drei Tagen in den Fluten ums Leben. Hunderte von Bewohnern gefährdeter Orte mußten evakuiert werden. Ein Wärmeeinbruch mit Temperaturen von 20 Grad hatte die ungeheuren Schneemassen zum Schmelzen gebracht.

Zuerst das eigene Geld

dpa, Karlsruhe

Getrennt lebende Ehegatten sind vor dem Geltendmachen von Unterhaltsansprüchen grundsätzlich gehalten, auf ihr eigenes Vermögen oder Sparguthaben zurückzugreifen. Das entschied der Familiensenat des Bundesgerichtshofes (BGH). Er machte jedoch auch auf gewisse Einschränkungen dieses Urteils aufmerksam: So braucht das Vermögen zum Beispiel nicht angegriffen zu werden, wenn dies unwirtschaftlich ist. (Aktenzeichen: IV b ZR 60/83).

Häftling flüchtete

dpa, Köln

Einen Stadtbummel nutzte am Dienstagnachmittag in Köln ein 22jähriger Häftling der Siegburger Justizvollzugsanstalt zur Flucht. Der Mann war mit einer Betreuerin zum Einkaufen unterwegs. Vor einem Lokal in der Kölner Südstadt setzte er sich ab und tauchte in einer Gruppe von Jugendlichen unter. Er ist wegen Raubmords zu acht Jahren Jugendstrafe verurteilt.

Neues Telefon

dpa, Bonn

Ein Tastentelefon in Flachbauweise, das 40 Rufnummern speichern kann, ist der neue Fernsprechapparat mit dem Namen „Düsseldorf", den die Bundespost seit gestern anbietet. Es soll zusätzlich 16,50 Mark monatlich kosten. Auf einem Feld, das die gewählte Nummer wiedergibt, werden die anfallenden Gebühren für ein Gespräch angezeigt.

LEUTE HEUTE

Traditionsbewußt

Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre, Henry Miller und Ernest Hemingway waren Stammkunden im Café „Les Deux Magots" in Paris. Seine Geschichte reicht bis in das Jahr 1873 zurück. Jetzt wird das weltberühmte Café unter neuer und zugleich alter Regie geführt: **René Mathivat** avancierte vom Pächter zum Eigentümer. Für stolze 15,6 Millionen Franc (fast fünf Millionen Mark) ersteigerte er das „Deux Magots". Der 82jährige versicherte, daß das Café am Boulevard Saint Germain des Près „immer das bleibt, was es war". Die heutige Stammkundschaft kann aufatmen: Sie kann auch in Zukunft zu den knusprigen Croissants die berühmte „chocolat chaud" schlürfen.

Preiswürdig

In schöner Eintracht präsentierten sich während einer dreistündigen Feierlichkeit Rocksänger und Interpreten von klassischer Musik vor 85 Millionen Fernsehzuschauern in Amerika. Der „Grammy", begehrter amerikanischer Musikpreis, wurde zum 27. Mal verliehen. Je zweimal ausgezeichnet wurden die 43 Jahre alte „Rock-Oma" **Tina Turner** und der Michael-Jackson-Rivale **Prince**. Doch auch der Konkurrent Prince's ging nicht leer aus: **Michael Jackson** gehörte ebenso zu den Preisträgern wie **Donna Summer**, **Bruce Springsteen**, **Joe Williams** und **Chaka Khan**. Auch Opernsänger **Placido Domingo** erhielt einen „Grammy" – für einen Popsong.

Imagepflege

„Etwas lieblicher" wollte Englands „Eiserne Lady", Premierministerin **Margaret Thatcher**, nun doch aussehen. Sie soll ihren Porträtisten **John Anthony** (67) um einige kleine Korrekturen an dem Ölgemälde gebeten haben, das jetzt in ihrem Amtssitz enthüllt wurde. „Maggie", die ihre Gesichtszüge etwas zu „grimmig" geraten fand, meinte: „Warum nicht mit ein paar Ohrringen?"

Handel mit Embryonen

Skandalöse Praktiken in Wiener Poliklinik aufgedeckt

KURT POLLAK, Wien

Mit Abscheu reagierte die Öffentlichkeit in Österreich auf die Aufdekckung eines schwunghaften Handels mit abgetriebenen Embryonen. Hauptabnehmer von Hirnhäuten, Keimdrüsen und anderen embryonalen Teilen waren verschiedene Kosmetik-Erzeugungsfirmen, die aus der menschlichen „Wegwerfware" Schönheitspflegemittel und angeblich hochwirksame Regenerationssalben und -tinkturen produzierten.

Aufgedeckt wurde der Skandal von Mitarbeitern des österreichischen Magazins „Ikarus". Die Reporter hatten sich, um einem Gerücht nachzugehen, zwei Prosekturgehilfen der Wiener Poliklinik als Aufkäufer einer Kosmetikfirma vorgestellt und bekamen von diesen prompt geliefert, was ihnen anfänglich selbst unglaubhaft schien: guterhaltene ganze Embryonen zum Stückpreis von umgerechnet 14,30 Mark und embryonale Hirnhäute zu 43 Mark das Stück. Damit war bewiesen, daß die beiden Prosekturgehilfen „unter der Hand" einen illegalen schwunghaften Handel mit den Leichenteilen trieben. Wiens Bürgermeister Helmut Zilk ließ umgehend eine Untersuchung einleiten. Resultat: Die beiden Gehilfen gaben zu, ohne Wissen ihrer Vorgesetzten die begehrten Embryo-Organe an Kosmetikfirmen verkauft zu haben. Die beiden „Leichenhändler" wurden fristlos entlassen und sehen einem gerichtlichen Verfahren entgegen. Bürgermeister Zilk: „Solche Geschäfte darf es einfach nicht geben."

Fast alle österreichischen Krankenhäuser verfügen über Embryos, seit in Österreich 1973 der Schwangerschaftsabbruch legalisiert worden ist und jährlich etwa 70 000 Abtreibungen vorgenommen werden. Wiens Stadtrat für Gesundheit, Professor Alois Stacher, gab bekannt, daß eine sofortige Revision in anderen Wiener Spitälern keinen Hinweis auf solche Geschäfte ergeben habe.

Das Ende der „Polar 3"

Deutsches Forschungsflugzeug von Rebellen abgeschossen

ROLF GÖRTZ/DW. Madrid/Bonn

Die Polisario-Front für die Befreiung der Westsahara hat sich gestern in Algier zum Abschuß des deutschen Expeditionsflugzeugs „Polar 3" am vergangenen Sonntag bekannt. In einem Kommuniqué gaben die Rebellen bekannt, daß das Expeditionsflugzeug vom Typ Dornier-228 den Maschinen geglichen habe, die von der marokkanischen Luftwaffe zu Aufklärungsmissionen eingesetzt werden.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat teilten Militärs jedoch mit, die marokkanische Luftwaffe habe keine Flugzeuge dieses Typs. Sie sei vielmehr mit amerikanischen und französischen Maschinen ausgerüstet, und zwar mit Transportern vom Typ Hercules C-130, Bombern vom Typ F-5 und Mirage F-1 sowie mit zweimotorigen OV-10. Alle würden bei Aufklärungsflügen in die Westsahara eingesetzt.

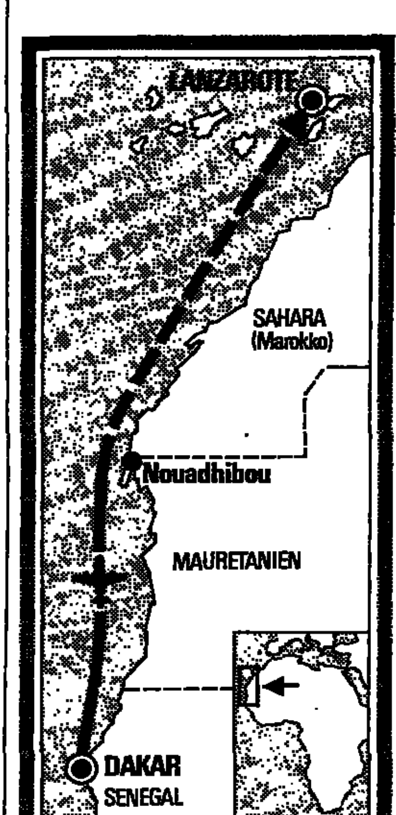
Die Rebellen, die die Herkunft des Dornier-Flugzeuges nicht gekannt haben wollen, warnten in ihrer Erklärung ausländische Staaten, dafür Sorge zu tragen, „die territoriale Integretät der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (SADR) nicht zu verletzen". Die „Polar-3", die sich nach einer ausgedehnten Forschungsmission in der Antarktis auf dem Weg von der senegalesischen Hauptstadt Dakar zur spanischen Kanareninsel Lanzarote befand, wurde dem Kommuniqué der Rebellen zufolge südlich der Ortschaft Argub in einem Gebiet abgeschossen, in dem die Wüstenkrieger kürzlich bereits zwei ausländische Maschinen abgeschossen haben.

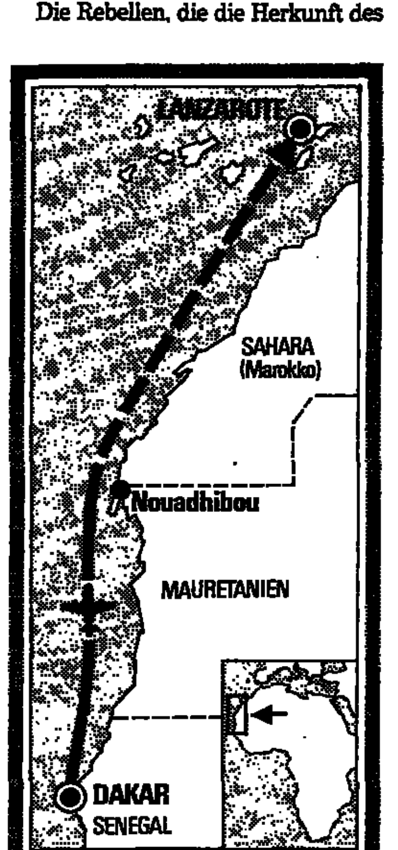
Wie die „Polar 2"-Besatzung mitteilte, sei man von Dakar auf der offiziellen Luftverkehrsroute entlang der Küste nach Norden geflogen. „Wir haben auch die vorgeschriebene Höhe von 8000 Fuß eingehalten." Der Kurs der beiden Maschinen führte jedoch auch über die Westsahara, die seit Jahren als Kriegsgebiet angesehen werden muß.

Hier kämpfen von der Sowjetunion ausgerüstet und in Algerien stationierte Truppen der sogenannten Polisario-Front für eine unabhängige sozialistische Volksrepublik Sahara gegen die marokkanische Armee, die bereits den Nordteil der Westsahara besetzt hält. Die Kämpfe werden sporadisch geführt, zumal Libyen seine bisherige Unterstützung der Polisario-Front vor einem halben Jahr aufkündigte.

Dornier-Sprecher Rolf Christ bestätigte in München die Nachricht vom Abschuß des Flugzeugs und erklärte, die drei Besatzungsmitglieder seien dabei ums Leben gekommen. Es handelt sich bei ihnen um den Leiter des Dornier-Flugbetriebsteams und gleichzeitig ersten Piloten, Herbert Hampel (47), um Copilot Richard Möbius (46), der bei Dornier unter Vertrag stand und um den Dornier-Techniker Josef Schmid (28).

Die Bundesregierung hat gestern den Abschuß der „Polar 3" als einen unentschuldbaren Gewaltakt verurteilt, der allen Prinzipien menschlichen und zivilisierten Verhaltens widerspreche. Wie das Auswärtige Amt in Bonn erklärte, ist der Abschuß des zivilen Flugzeuges um so mehr zu verurteilen, als die Bundesregierung zur Westsahara-Frage stets eine neutrale Haltung eingenommen habe.





Geplante Flugroute der „Polar 3" entlang der Westsahara-Küste

„Nofretete" zu verkaufen

Berliner Ägyptologe empört über eine Sendung des ZDF

F. DIEDERICHS, Berlin

Spinnertum oder archäologische Sensation? Diese Frage stellte sich am Dienstagabend allen ZDF-Fernsehzuschauern, die zuerst in der „Tele-Illustrierten" und dann auch im „heute-Journal" die Botschaft des Hobby-Archäologen Meinhard Hoffmann vernehmen konnten: Er will nicht nur die vollständige Mumie der ägyptischen Königin Nofretete entdeckt haben, sondern auch in der Lage sein, die Echtheit des vermeintlich sensationellen Fundes nachweisen zu können. Beweise blieb der Mann in der Sendung schuldig. Er erklärte sich lediglich bereit, „in nächster Zeit" seine Ergebnisse einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen.

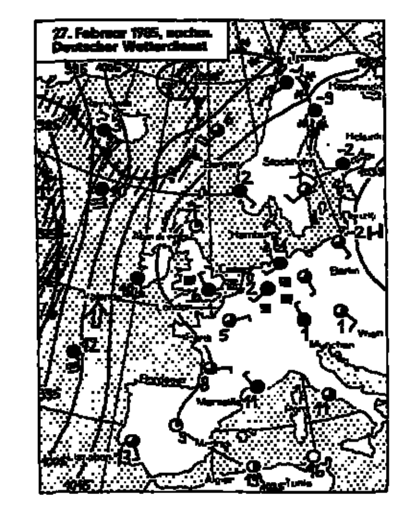
Bei Fachleuten ist nicht nur diese Behauptung auf Unverständnis gestoßen. „Empörend, was sich das Fernsehen da geleistet hat", erklärte gestern der Direktor des Ägyptischen Museums in Berlin, Professor Jürgen Settgast, gegenüber der WELT. Der Leiter des Museums, das seit 1920 im Besitz der einzig bekannten Nofretete-Büste ist, kreidet dem ZDF vor allem an, hier „einem Hochstapler Sendezeit gegeben zu haben, ohne auch nur einen Wissenschaftler dazu um Stellung zu bitten".

Settgast hält es für „absolut ausgeschlossen", daß ein Hobby-Archäologe gefunden haben will, wonach seit dem Beginn des Jahrhunderts die namhaftesten Ägypten-Forscher der Welt suchen. Für wahrscheinlich hält es der Berliner Ägyptologie-Experte dagegen, daß sich Hoffmann auf dem „freien Markt" eine der zahlreich verfügbaren namenlosen Mumien besorgte und und versucht, „in die Schlagzeilen zu kommen". Settgast: „Es ist heute kein Problem, eine Mumie zu besorgen. Bei uns liegen einige davon rum, die für verschiedene Experimente benutzt werden."

Die wahren Motive des „glücklichen Finders" offenbarten sich dann in einem Telefongespräch mit der WELT. Ein Beauftragter von Hoffmann lehnte Auskünfte über Fund- und Aufbewahrungsort ab, bat aber für diese „Exklusiv-Story" um ein finanzielles Angebot: „Die Hitler-Tagebücher sind Ihnen ja sicher noch in Erinnerung." Die WELT lehnte – gerade deshalb – dankend ab.

WETTER: Neblig-trüb

Wetterlage: Deutschland liegt im Einflußbereich eines mitteleuropäischen Hochs, das seine Lage und Stärke in den nächsten Tagen nur wenig ändert.



Vorhersage für Donnerstag:
Im gesamten Bundesgebiet und Berlin in den Morgenstunden verbreitet Nebel, dabei örtlich Reifglätte auf den Straßen. Am Tage nur zögernde Nebelauflösung oder Übergang zu hochnebelartiger Bewölkung, aber niederschlagsfrei. Nur in den Hochlagen der Mittelgebirge sonniges Wetter. Tageshöchsttemperaturen je nach Nebelauflösung zwischen 4 und 8 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

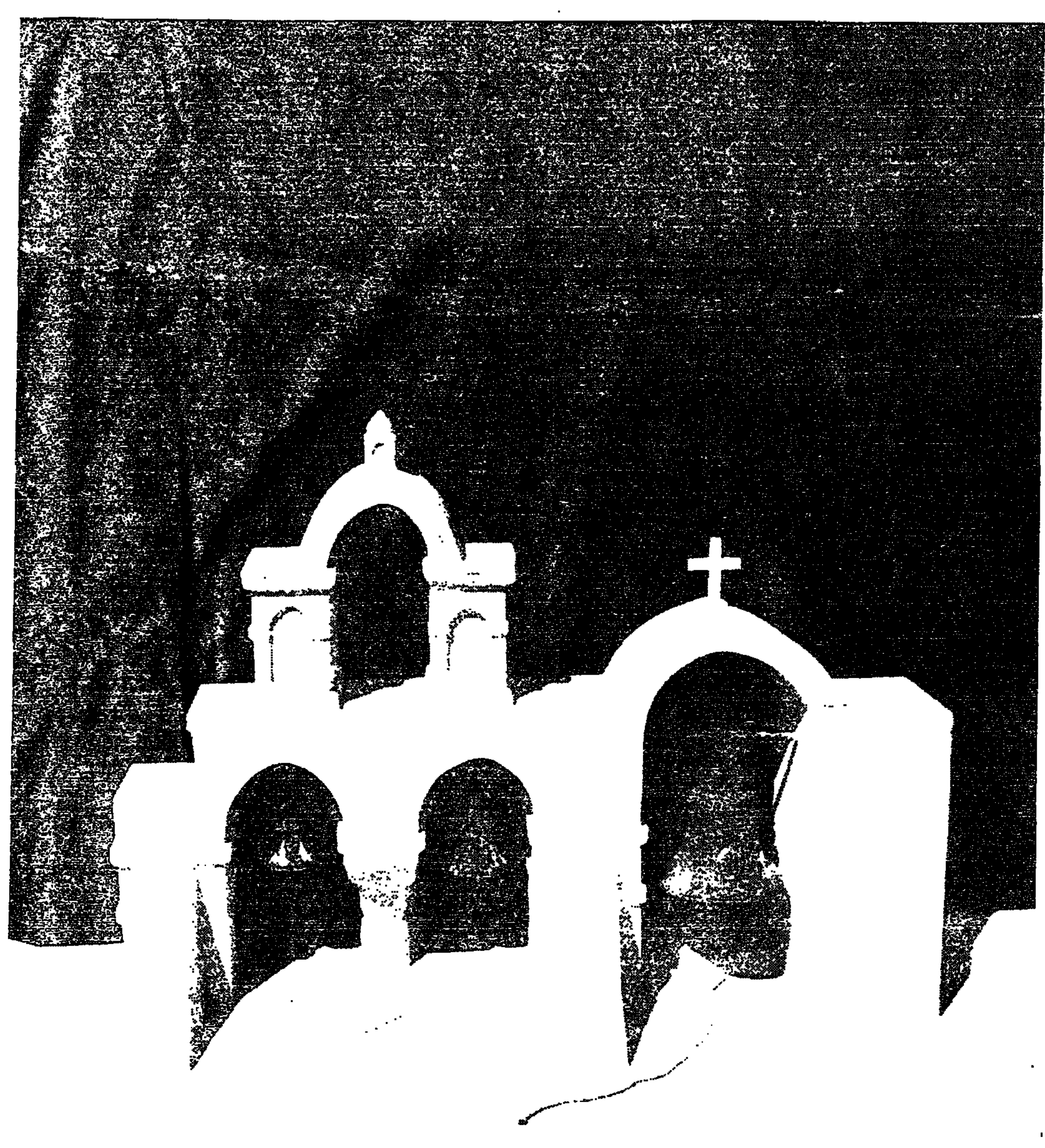
Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	16°
Bonn	4°	Kopenh.	1°
Dresden	6°	Las Palmas	19°
Essen	2°	London	6°
Frankfurt	7°	Madrid	9°
Hamburg	1°	Mailand	7°
List/Sylt	1°	Mallorca	15°
München	1°	Moskau	-5°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	19°	Oslo	0°
Amsterdam	2°	Paris	5°
Athen	9°	Prag	2°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	3°	Stockholm	-1°
Budapest	-2°	Tel Aviv	14°
Bukarest	-4°	Tunis	16°
Helsinki	-2°	Wien	1°
Istanbul	0°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.08 Uhr, Untergang: 18.02 Uhr; **Mondaufgang:** 11.01 Uhr, Untergang: 3.46 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Herr Abgeordneter Apel, es ist nicht üblich, im Deutschen Bundestag zu essen." Bundestagspräsident Jenninger gestern in der Debatte zur Lage der Nation.



Wie nie zuvor lockte 1984 Hellas die Deutschen an seine Küsten, hier Santorin FOTO: R. DIETRICH

Der Gast soll den Hellenen verstehen und mit ihm lächeln

Von EVANGELOS ANTONAROS

Den Aufkleber in zwei Sprachen – Griechisch und Englisch – gibt es bereits in Millionenauflage: „Lächle – es ist ansteckend". Mit diesem Slogan – jedem einreisenden Griechenland-Besucher soll ein Aufkleber in die Hand gedrückt werden – hat die griechische Fremdenverkehrszentrale (EOT) eine Großkampagne gestartet, deren Ziel das Näherbringen von Touristen und Einheimischen ist. EOT-Generalsekretär Nikos Skoulas: „Wir wollen uns mehr als bisher um das Wohlbefinden unserer zahlreichen Gäste bemühen. Jeder Griechenland-Besucher soll sich wie zu Hause fühlen."

1984 war ein phantastisches Rekordjahr für den griechischen Fremdenverkehr: Mehr als 6,2 Millionen Touristen verbrachten ihre Ferien in Griechenland, 830 000 von ihnen kamen aus Deutschland, knapp 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Kaum ein Bett war frei, Flüge waren vor allem im Linienverkehr zwischen dem Festland und den Inseln für Wochen im voraus hoffnungslos ausgebucht.

Mit dem Boom kamen allerdings auch die Probleme. Es mehrten sich die Beschwerden über den schlechten Service in Hotels und Restaurants in fast allen Landesteilen, das Problem der Mehrfach-Buchung ist so schlimm wie nie zuvor gewesen, Tausende von Touristen mußten in überlaufenen Flughäfen auf die nächste Flugverbindung warten.

Griechenland ist ein Ferienland der Mode – und dazu noch ein recht preiswertes Urlaubsziel. Zwar stöhnen die Hellenen selbst unter der Last der ständigen, oft sprunghaften Preissteigerungen, die die Kaufkraft ihres Einkommens aufzehren. Aber für den devisenbringenden Ausländer werden die Preissprünge durch die ständige Drachmen-Abwertung mehr als ausgeglichen. So sind die Preise etwa aus deutscher Sicht stabil geblieben, in manchen Fällen sind sie sogar geringfügig zurückgegangen.

Für 1985 sind die Erfolgsaussichten nicht weniger rosig für die Griechenlandplaner. Weil die Konkurrenz-Ferienländer Spanien und Italien erheblich teurer geworden sind, sind die Pauschalreisen nach Griechenland – trotz einer teilweise Erhöhung der Bettenkapazität bei einigen Großveranstaltern um bis zu 20 Prozent – so gut wie ausgebucht. Individualreisende haben daher kaum noch eine Chance, ein Hotelzimmer zu bekommen, wenn sie nicht spätestens bis Mitte März ihre Buchung vornehmen. Skoulas: „In diesem Jahr rechnen wir mit mindestens einer Milion Urlauber aus Deutschland"; also ein weiterer Rekord in Sicht.

Die Mängel des Ferienziels Griechenland sind bekannt: eine schlechte Infrastruktur mit sehr vielen Lükken, liebloser Service, nicht ausreichende Sportmöglichkeiten, ein oft ungenießbares Frühstück. Dazu ein leitender Angestellter der Athener EOT-Zentrale: „Die meisten Beschwerdebriefe, die uns oder unsere Außenbüros erreichen, gehen auf diese Probleme ein. Wir bemühen uns drarum, jeder Beschwerde nachzugehen."

Athens Verantwortliche sind – anders, als manche Veranstalter in Westeuropa hinter vorgehaltener Hand bereits behaupten – der Meinung, daß Griechenlands Kapazitäten längst noch nicht gesättigt sind. Mit Zahlenprognosen für die absehbare Zukunft gehen sie zwar sehr behutsam um. Aber während sie offen zugeben, daß Hauptferienzentren wie Rhodos, Korfu, Mykonos, teilweise auch Kreta, absolut gesättigt sind und daher für diese Gebiete ein generelles Hotelbau-Verbot erlassen worden ist, weisen sie darauf hin, daß andere landschaftlich viel attraktivere Landesteile – etwa in Nord- und Westgriechenland, Euböa, Westpeloponnes, die Ionischen Inseln – so gut wie unentdeckt sind und daher ein „großes touristisches Potential" besitzen.

Über die Reize der Landschaft, die Klarheit des Wassers, die feinen Sandstrände und die Freundlichkeit der Menschen kann man ganz bestimmt nicht streiten. Doch Bemühungen, den Touristenstrom in diese Gebiete umzuleiten, schlugen in den letzen Jahren fehl, weil diese Landesteile weit unter den Erwartungen der wenigen unternehmungslustigen Touristen blieben – wegen des Mangels an Infrastruktur. Kaum ein Tourist will seine zweiwöchigen Ferien auf einer der Ägäis-Inseln verbringen, wo wegen schlechter Versorgungsbedingungen Fleisch nur selten vorrätig ist, und niemanden zieht es in eine noch so herrliche Hotelanlage, wenn die Surf-Bretter oder die Paddelboote fehlen, wenn die Disco geschlossen ist oder wenn das Frühstück seinen Namen nicht wert ist.

Mit solchen unangenehmen Tatsachen konfrontiert, bemüht sich die EOT-Zentrale in letzter Zeit immer systematischer und konsequenter um die Erschließung und die Entwicklung des „verkannten Griechenlands": Sehr zum Ärger der Hoteliers auf Rhodos werden neuerdings auch werbemäßig neue Gebiete gefördert. In erster Linie geht es um den Westpeloponnes, um Ägäis-Inseln wie Thassos, Lesbos und Samos, westgriechische Inseln, die Zakynthos und Kefallinia heißen. Skoulas: „Griechenland besteht nicht nur aus Rhodos, Korfu und Kreta."

Inseltouristen, die nicht unbedingt nach Korfu, Kreta und Rhodos wollten, mußten bisher den zeitraubenden und nervenstrapazierenden Umweg über Athen in Kauf nehmen: Ab 1985 werden mehr Inseln als bisher direkt von Chartermaschinen aus dem Ausland angeflogen. Als erste sind Mykonos, Lesbos, Thassos und möglicherweise auch Zakynthos dran. Hinzu kommt, daß neue Flughäfen auf mehreren Inseln entstehen.

„Den Touristenstrom streuen – die Ballungszentren allmählich entlasten", heißt die Geheimstrategie der Athener Planer. Nach langem Streit mit der erzkonservativen orthodoxen Kirche konnte EOT-Chef Skoulas die Einrichtung der ersten FKK-Anlagen Griechenlands durchsetzen: Mit Zustimmung der örtlichen Gemeinden sind in Argolis (Peloponnes) und auf den Inseln Mykonos, Antiparos, Andros und Skyros bereits in diesem Sommer die ersten Nudisten willkommen. Sie dürfen in der griechischen Sonne nahtlos braun werden, ohne Gefahr zu laufen, von prüden Popen oder übereifrigen Dorfpolizisten wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses" verklagt zu werden. Skoulas: „Wir müssen vielseitig sein und mit den Trends in der Tourismus-Branche Schritt halten."

Athens Tourismus-Planer träumen große Träume. Ob sie verwirklicht werden, hängt letzten Endes vom Geschick, vom Organisationstalent und vom Ideenreichtum der EOT-Bosse ab. Griechenland hat als Ferienland zweifellos ein sehr großes Potential.

INTERVIEW MIT NIKOS GEORGOSSOPOULOS / Heute schon die Ziele für 1987

„Wir stellen die Peripherie ins Zentrum"

Seit einigen Jahren ist Nikos Georgossopoulos Direktor des Griechischen Tourismusbüros in Frankfurt. Im Gespräch mit H.-H. Holzamer erläutert er Entwicklungen und Perspektiven.

Georgossopoulos: Im Jahr 1983, das war praktisch das erste Jahr, in dem ich hier in Deutschland gearbeitet habe, nahm der Einreiseverkehr von der Bundesrepublik Deutschland nach Griechenland um genau 20,2 Prozent zu. Kamen 1982 604 000 deutsche Touristen, waren es im Jahr 1983 schon 728 000. Das Jahr danach, 1984, zeigt im Einreiseverkehr noch eine Steigerung um 18,5 Prozent, und im vergangenen Jahr haben wir 860 000 deutsche Touristen in Griechenland gehabt.

Dies ist auf jeden Fall eine sehr erfreuliche Entwicklung, und hauptsächlich deshalb, weil diese Steigerung zu einem Zeitpunkt erfolgte, in dem der gesamte deutsche Reisemarkt mehr oder weniger stagnierte.

WELT: Und in '85 wollten Sie die Millionen-Grenze überschreiten?

Georgossopoulos: Das war ein Ziel, das wir uns für 1987 gesetzt hatten. Ob das in diesem Jahr erreicht wird, kann man momentan nicht mit Sicherheit sagen, aber wir rechnen damit, daß im Jahre 1985 eine neue Steigerung um zehn Prozent erreicht wird.

WELT: Gibt es irgendwelche Informationen darüber, aus welchen Ländern Sie die Touristen abziehen?

Georgossopoulos: Das kann man nicht mit Sicherheit sagen. Und zwar deshalb nicht, weil die absoluten Zahlen für Griechenland nicht so groß sind wie die Zahlen für Italien, Österreich und Spanien. In diese drei Länder fahren Millionen von deutschen Touristen, und ein kleiner Verlust bei diesen Ländern bedeutet schon für uns einen ziemlich hohen Gewinn.

Auf jeden Fall kann ich sagen, daß wir versucht haben, bei den mittleren Einkommensschichten zu gewinnen. Früher haben wir unsere Bemühungen auf den elitären Tourismus konzentriert. Das ist selbstverständlich nicht der große Markt, wenn auch ein wichtiger Marktanteil. Wir bemühen uns um diese Gruppe weiterhin. Man kann wohl sagen, daß unsere Gewinne hauptsächlich auf die Bemühungen bei mittleren Einkommen zurückzuführen sind.

WELT: Was sind denn die Motive dieser Gruppen? Ist es der Humanist, der die Tempel sucht, oder der Tourist, der in Luxusanlagen den Sommer und vielleicht auch den Sport genießen will?

Georgossopoulos: Ich glaube, diese Leute haben auch ein höheres Bildungsniveau und besuchen Griechenland auch wegen seiner Kultur und wegen seiner Geschichte.

WELT: Wie kommen denn die Reisenden heutzutage? Mit dem Flugzeug, oder spielt der Pkw oder gar die Bahn noch eine nennenswerte Rolle?

Georgossopoulos: Ungefähr 60 Prozent der deutschen Griechenlandbesucher kommen nach Griechenland mit dem Flugzeug. Der Rest, also 40 Prozent, verteilt sich auf Autos, Schiffe und Eisenbahnen.

1983 hat der Autoverkehr nach Griechenland enorm zugenommen. Im Jahre 1984 nahmen der Autotourismus und Flugtourismus gleichmäßig zu.

WELT: Man sagt, daß Griechenland aufgrund seiner langen Küstenlinie für infrastrukturelle Maßnahmen wie den Hotelbau das sensibelste Urlaubsland sei. Wenn Sie weiterhin solche Zuwachsraten haben, wo, würden Sie sagen, liegt in der Zukunft die Grenze an Touristen, die ihr Land aufnehmen kann?

Georgossopoulos: Sicher. Griechenland hat eine enorme Zuwachsrate aus der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren erzielt. Diese Steigerungsraten liegen über der durchschnittlichen Steigerung des gesamten Einreiseverkehrs. Man kann nicht sagen, daß Griechenland international so gute Ergebnisse erzielt hat wie in der Bundesrepublik.

Im letzten Jahr sind zum ersten Mal sechs Millionen Touristen gekommen.

Ich glaube nicht, daß ein anderes Land so frühzeitig und so empfindlich auf die Tatsache reagiert hat, daß der Tourismus auch Nachteile für die Umwelt mit sich bringt. Wir haben dies rechtzeitig erkannt, und es gibt ein Bündel von Maßnahmen, die bereits getroffen worden sind und die das Ziel haben, eine räumliche, zeitliche und generell sinnvolle Verteilung des Einreisestromes zu erreichen.

So wurden zum Beispiel in den letzten drei Jahren in Griechenland neun neue Flughäfen errichtet. Sie sollen dazu führen, daß nicht überbelastete Gebiete, die reizvoll sind, touristisch erschlossen werden und dadurch die bekannten Regionen entlasten. So soll die touristische und allgemeine Infrastruktur in der Peripherie verbessert und zusätzliche Möglichkeiten für die Touristen geschaffen werden.

Wir haben weiterhin in Griechenland vor zwei Jahren 90 Gemeinden und Regionen als touristisch übersättigt erklärt. In diesen Gebieten darf man keine Hotels mehr bauen.

In der Peripherie darf man noch Hotels bauen, aber sie sollen sich erstens dem Landesbild anpassen und zweitens dürfen sie keine hohe Bettenkapazität haben. Diese Kapazität ist momentan auf 200 Betten begrenzt.

Weitere Maßnahmen der griechischen Zentrale unterstützen die Investitionen im touristischen Bereich in diesen Randgebieten. Es werden bis zu 25 Prozent der gesamten Investitionskosten vom griechischen Staat subventioniert, und weiterhin werden in den unbekannten oder weniger bekannten Gebieten alte Häuser restauriert, damit das architektonische Erbe bewahrt bleibt. Gleichzeitig soll den Privatunternehmen eine Richtung gezeigt werden, wie man in der Zukunft Unterkunftsmöglichkeiten in diesen Gebieten ausbauen kann.

WELT: Können Sie ein paar von diesen neuen Gebieten nennen?

Georgossopoulos: Die Chalkidiki ist so ein neues Gebiet. Sie ist in den letzten sechs Jahren bekannt und erschlossen worden. Hauptsächlich denke ich an die Inseln im Ägäischen Meer, wie zum Beispiel Lesbos, Leros, Samos oder die Sporaden-Insel wie Alonysos.

WELT: Und Rhodos ist beispielsweise eine vom Tourismus überlastete Insel?

Georgossopoulos: Natürlich gehört Rhodos zu den erschlossenen Gebieten. Es ist ein reizvolles Investitionsgebiet und wurde demnach auch von den Unternehmern bevorzugt, gerade weil Rhodos einen Namen im touristischen Bereich hatte. Selbstverständlich werden wir Regionen wie Rhodos nicht vernachlässigen. Aber es sollen nicht weitere Investitionen im Hotelbereich oder größere Investitionen im touristischen Bereich durchgeführt werden.

WELT: Sie haben von der Empfindlichkeit der Natur gesprochen. Wie sieht es denn aus mit der Empfindlichkeit der griechischen Psyche.

Georgossopoulos: Wir sind ständig touristischen Einflüssen ausgesetzt, nicht nur auf die Umwelt. Das menschliche Element spielt auch eine Rolle.

Sitten, die in Griechenland nicht bekannt sind, werden durch den Fremdenverkehr eingeführt. Aber der Grieche, glaube ich, ändert seine Psyche und seine Sitten nicht so leicht.

Das Nacktbaden wurde vor zwei Jahren durch das griechische Parlament einstimmig bewilligt. Daher darf man in Griechenland problemlos dort nacktbaden, wo es erlaubt ist. Es ist in der ganzen Welt so, daß man nicht an jedem Strand nacktbaden darf. Ich sage dies, um zu betonen, daß man sich in Griechenland darüber Gedanken macht, wie man diese negativen Wirkungen des Fremdenverkehrs am besten meistern kann. In Griechenland spielt der Mensch eine sehr wichtige Rolle.

AUS DEM INHALT

GESPRÄCH MIT CHRISTOS PAPAGEORGIOU / Neue Ziele in Deutschland?

Vor Gesprächen mit der Lufthansa

Unter der Ägide von Christos Papageorgiou hat die Olympic Airways weitreichende Schritte unternommen: Im Jahre 1984 zum Beispiel wurde der Liniendienst nach Montreal und Toronto aufgenommen sowie die Verbindung zum Fünften Kontinent mit dem Flugdienst von Athen nach Melbourne und Sydney nach siebenjähriger Pause wieder eingeführt. Ebenso wurden im selben Jahr Flugverbindungen von Athen nach Kopenhagen und Marseille eingerichtet. Gegenüber der WELT erläutert der Flottenchef die neuen Aktivitäten seiner Gesellschaft.

Papageorgiou: Auch die Olympic hat zwischen 1981 und 1983 eine Krise durchgemacht, wie die anderen Fluggesellschaften in diesem Zeitraum. 1984 wurde im Zuge einer Wirtschaftserholung die Talsohle der Krise durchschritten. Wir glauben, daß uns das Jahr 1985 und die folgenden Jahre ein steigendes Volumen im Passagierflugaufkommen bescheren werden. Im Hinblick auf diese positiven Erwartungen sollte jetzt expandiert werden.

Die Olympic hat ihren Sitz in einem Land mit einer außerordentlichen Bedeutung für den Luftverkehr. Griechenland ist die Pforte Europas zu den Ländern des Mittleren und Fernen Ostens und Afrikas. Diesen Vorteil wollen wir nutzen, indem wir unser Flugnetz entsprechend ausbauen. Zur wirtschaftlichen Gesundung des Unternnehmens gab es zwei Alternativen, um die Folgen der Krisenjahre zu überwinden: entweder: Schrumpfung der Gesellschaft, Entlassungen, Reduzierung der Gehälter.

Diese Lösung wurde ausgeschlossen, um Spanungen mit dem Personal und den Gewerkschaften zu vermeiden. Somit blieb uns nur die zweite Alternative, nämlich Expansion, um die laufenden Unkosten durch erhöhte Betriebseinahmen zu decken und darüber hinaus Gewinne zu erzielen.

WELT: Das Defizit konnte 1983 gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent abgebaut werden. Auf welche Weise gelang dieser Erfolg, zumal die Olympic als Staatsunternehmen auf die sozialen Belange der Gesellschaft mehr Rücksicht nehmen muß als private oder halbstaatliche Fluggesellschaften?

Papageorgiou: Hinsichtlich gewerkschaftlicher Forderungen war 1983 ein ruhiges Jahr im Vergleich zu 1982. Daher die gestiegenen Einnahmen, mit denen das Defizit entsprechend verringert werden konnte. An diesem Beispiel wird erkenntlich, weshalb wir so großen Wert auf ein entspanntes Verhältnis mit der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften legen.

Ich möchte beim Thema Defizit auf die spezifischen Ursachen zu sprechen kommen, die maßgeblich zum Fehlbetrag der Olympic beitrugen. Die soziale Einstellung unserer Gesellschaft äußert sich in den außerordentlich niedrigen Preisen bei den Inlandslinien, obwohl wir gerade hier aufgrund unseres Monopols die Möglichkeit hätten, marktgerechtere Preise zu nehmen. In anderen Worten, wir verdienen trotz starker Konkurrenz auf den Auslandsstrecken und verlieren dort, wo es uns leichtfallen würde zu verdienen: im Inland.



Mit der Olympic im Steilflug: Christos Papageorgiou FOTO: DIE WELT

Wegen der stets steigenden Treibstoffkosten, die in Dollar bezahlt werden, müssen die inländischen Flugpreise eines Tages den Unkosten angepaßt werden.

Zur wirtschaftlichen Gesundung der Olympic müssen auch gerechte, kostendeckende Preise vom Konsumenten bezahlt werden und nicht vom Gros der Steuerzahler, die für die Deckung der Defizite des öffentlichen Sektors aufkommen müssen.

Ein weiterer ungünstiger Faktor liegt im Umstand, daß die Olympic gezwungen war, zur Tilgung von Fehlbeträgen aus zurückliegenden Jahren, die der Staat nicht übernehmen wollte, kurzfristige Kredite zu hohem Zinssatz aufzunehmen. Wenn diese hohe Zinsbelastung nicht wäre, hätte die Olympic 1983 sogar Gewinn gemacht.

WELT: Das Jahr 1984 war für den griechischen Tourismus sehr erfolgreich. Und für die Olympic?

Papageorgiou: In wirtschafticher Hinsicht sind wir mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden. Unzufrieden sind wir hingegen mit den Dienstleistungen, vor allem auf den Inlandsstrecken. Der niedrigen Preise wegen steigerte sich die Nachfrage, die in puncto Service nicht immer befriedigt werden konnten. Vor allem die Abfertigungshalle der Olympic auf dem Athener Flughafen ist den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die nue Abfertigungshalle wird spätestens im Sommer 1986 fertig sein und allen Anforderungen genügen. Vor allem hinsichtlich Service.

WELT: Wird im Hinblick auf diese Investitionen überhaupt noch ernsthaft erwogen, den geplanten Athener Zentralflughafen in der Mesogia fertigzustellen?

Papageorgiou: Meiner Einschätzung nach werden noch rund zehn Jahre vergehen, ehe der neue Flughafen in Betrieb gestellt wird. Daher ist es zur Überbrückung dieses Zeitraumes unumgänglich, erforderliche Investitionen zur Serviceverbesserung auf dem gegenwärtigen Flughafen zu tätigen.

WELT: Der deutsche Markt gewinnt für den griechischen Tourismus ständig steigende Bedeutung. 1984 zum Beispiel erhöhte sich die Zahl deutscher Griechenland-Besucher auf über 800 000 gegenüber 728 000 Einreisen im Vorjahr. Die Verbindung der Olympic zwischen Griechenland und Deutschland beschränkt sich allerdings nur auf drei deutsche Destinationen, nämlich Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart. Betrachten Sie es nicht als zweckmäßig, weitere Zielorte in der Bundesrepublik zu erschließen?

Papageorgiou: Im Prinzip wäre ich sehr glücklich, wenn uns die Lufthansa Landerechte für weitere deutsche Destinationen einräumen würde.

Ich hoffe, mit Herrn Präsident Ruhnau von der Lufthansa bald zu einem entsprechenden Übereinkommen hinsichtlich weiterer deutscher Zielorte zu gelangen, um deutsche Griechenlandbesucher besser zu bedienen. Im Falle Berlin gibt es allerdings ein Problem. Mit der ostdeutschen Interflug können wir preismäßig höchstens dann konkurrieren, wenn wir unsere Dienstleistungen herabsetzen, was nicht in unserem Interesse liegt. Die Zielorte München und Hamburg hingegen interessieren uns sehr, und wir wären gerne bereit, der Lufthansa dafür Landerechte beispielsweise auf Rhodos und Korfu anzubieten.





Die Sanierung der Plaka brachte neues Leben in die Athener Altstadt FOTO: HHH

AUF EINEN BLICK

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK

Griechische Botschaft, Rheinallee 34, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/35 50 36.

Griechische Zentrale für Fremdenverkehr, Neue Mainzer Straße 22, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/23 65 61.

Zweigstelle München: Pacellistraße 2, 8000 München 2, Tel.: 089/22 20 35.

Zweigstelle Hamburg: Neuer Wall 35, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/36 69 73.

Olympic Airways, Friedrich-Ebert-Anlage 2, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/74 04 45.

IN GRIECHENLAND

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Odos Karaoli kai Dimitriou 3, Athen, Tel.: 003/01/3 69 41. (003 Vorwahl Griechenland)

Generalkonsulat in Saloniki, Odos Karolou Diehl 4a, Thessaloniki, Tel.: 031/23 63 15.

Honorarkonsulate in:

Chania/Kreta, Megaron ETE 308, Chania/Kreta, Tel.: 0821/2 26 14.

Iraklion/Kreta, Odos Papalexandrou 16, Iraklion/Kreta, Tel.: 081/28 54 00.

Korfu, Odos Capodistriou 26, Korfu, Tel.: 0661/3 17 55.

Patras, Plateia Georgiou A. Nr. 50, Patras, Tel.: 061/27 74 48.

Rhodos, Odos Kennedy 43, Rhodos, Tel.: 0241/2 97 30.

Samos, Odos Themistoklis Sofoulis 36, Samos/Samou, Tel.: 0273/2 72 57.

Volos, Leoforos Vassileos Konstantinou/Ecke Odos Gamvetta, Volos, Tel.: 0421/2 53 79.

Lufthansa, Odos Krageorgi 4, Athen, Tel.: 01/3 29 44.

Zentralbüro der Griechischen Zentrale für Fremdenverkehr (GFZ bzw. EOT), Amerikis Str. 2, Tel.: 01/3 22 31 11 in Athen, zudem in Athen: Karageorgi Servias Str. 1, Tel.: 3 22 25 45 und Ost-Flughafen Ellinikon, Tel.: 9 79 95 00.

Außerdem in den Büros der griechischen Zentrale für Fremdenverkehr:

Piräus: Örtliches Büro für den östlichen Teil von Zentralgriechenland und die Inseln: Marina Zeas, Tel.: 4 13 57 16.

Chania/Kreta: Akti Tombasi 6, Tel.: 0821/264 26.

Iraklion/Kreta: Xanthoudidou Str. 1, Tel.: 081/22 24 87.

Ioannina/Epiros: Nap. Zerva Str. 2, Tel.: 0651/250 86.

Kavala: Platia Eleftherias 2, Tel.: 051/22 24 25.

Kefalonia: Odos Vallanou, Tel.: 0671/228 47.

Korfu: (Kerkyras): Verwaltungsgebäude, Tel.: 0661/305 20–303 60.

Kos: Informationsbüro, Akti Koundourioti, Tel.: *0242/287 24.*

Larissa: Koumoundouriustr. 18, Tel.: 041/25 09/19.

Patras: Iroon Polytechniou Str., Tel.: 061/42 03 04.

Rhodos: Archiepiskopou Makariou Str. 5/Ecke Papagou Str., Tel.: 0241/236 55–232 55.

Thessaloniki: Mitropoleos Str. 34, Tel. 031/27 18 88.

Volos: Platial Riga Fereou, Tel.: 0421/362 33.

TIPS FÜR REISENDE

Entweder gültiger Reisepaß oder amtlicher Personalausweis. Bei Anreise über Jugoslawien wird gültiger Reisepaß benötigt. Kinder ab 10 Jahren brauchen einen Kinderausweis mit Bild. Höchstaufenthalt drei Monate.

WÄHRUNG UND DEVISEN

Devisen: Die Deviseneinfuhr in bar oder in Form von Reiseschecks durch Touristen ist uneingeschränkt. Eingeführte Beträge bis zu US-Dollar 500 pro Person dürfen innerhalb eines Jahres wieder ausgeführt werden. Beträge über US-Dollar 500 pro Person sollten bei der Einreise auf einem Formblatt der Devisenkontrollbehörde deklariert werden.

GESCHÄFTSZEITEN

Geschäfte sind wochentags von Mitte Mai bis Mitte Oktober Mo., Mi., Sa. von 8.30 bis 14.30 Uhr, Di., Do., Fr. von 8.30 bis 13.30 und nachmittags von 17.00 bis 20.00 Uhr geöffnet.

Souvenirläden: *Mo. bis Sa. von 8.30 bis* 21.30 Uhr, So. und feiertags von 9.00 bis 15.00 Uhr.

Banken: Montags bis freitags von 8.00 bis 14.00 Uhr. In den größeren Städten *haben die Filialen der Bank von Griechenland* entweder durchgehend von 8.00 bis 20.00 Uhr geöffnet oder aber von 18.00 bis 20.00 Uhr.

MUSEEN

Ganzjährig geöffnet außer: 1. Januar, 25. März, Karfreitag bis mittags, Ostersonntag und 25. Dezember. Alle Museen haben dienstags geschlossen außer dem Archäologischen und Byzantinischen Museum in Athen und dem Museum in Iraklion/Kreta, die montags geschlossen sind. Die Museen Akropolis, Olympia, Epidaurus und Delphi bleiben während des Sommers jeden Dienstag von 8.00 bis 11.00 Uhr und das Museum in Iraklion/Kreta jeden Montag von 13.00 bis 19.00 Uhr geschlossen.

ATHEN / Facelifting für die Altstadt

Plaka macht wieder Spaß

Die Hauptstadt der Hellenen, in den letzten Jahren wegen Luftverschmutzung, Verkehrschaos und zunehmend schlechter Lebensqualität, von den Urlaubern immer mehr gemieden, bekommt ein Face-Lifting. Wenn auch mit einiger Verspätung sind die Oberen des Athener Tourismus dahintergekommen, daß allein eine Restaurierung *der Heiligtümer* auf dem Akropoli-Hügel keineswegs ausreicht, um die ausbleibenden Besucher zurückzuholen. Immer mehr leere Betten, Hotelpleiten am laufenden Bande, eine nach oben schießende Arbeitslosigkeit waren die unerwünschten Folgen.

Daß es auch anders sein kann, zeigt das Beispiel Plaka: Die einst schmucke Athener Altstadt zwischen dem Akropoli-Hügel und dem Syntagma-Platz war Ende der 70er Jahre zu einem unerträglichen, ja unmenschlichen Gemisch aus Nepp-Lokalen, Bouzouki-Läden mit ohrenbetäubender Musik und Drogenhändlern geworden. Inzwischen hat sich Athens ältester Stadtteil radikal zum Besseren verwandelt: Zunächst wurde die Plaka zu einer riesigen Fußgängerzone erklärt, Athens bekanntlich abgasreiche, schrottreife Autos erhielten Fahrverbot. Die dezibel-starken Lokale wurden kurzerhand geschlossen, die Liebesdienerinnen wurden verjagt, Hasch und Heroin sind kaum noch zu haben.

Inzwischen hat die Plaka einen großen Teil ihres Original-Charakters zurückgewonnen. Sie ist ein Nachbild des Alten en miniature geworden. Es macht schon wieder Spaß, ein schönes Abendessen bei Folklore-Musik ohne ohrenstörende Verstärker (was in Griechenland eine absolute Ausnahme ist) zu genießen oder einfach durch die schönen Seitenstraßen zu schlendern. Klar, daß Athen mit der Akropolis immer wieder in Verbindung gebracht wird. Gerade deshalb *hat die Griechenhauptstadt (nicht* ganz zu Unrecht) im Ruf gestanden, eine Kulturwüste zu sein. Zur Zeit verfügt die Vier-Millionen-Metropole zwar über – sage und schreibe – 62 Theater, doch ihre Qualität läßt viel zu wünschen übrig.

Im Sommer 1985 soll jedoch alles anders werden. Athen soll *im Zeichen* der Kultur stehen. Papandreous engagierte und ideenreiche Kulturministerin, die Schauspielerin Melina Mercouri, will mit Hilfe von großangelegten Kulturtagen für eine Saison aus Athen die „Kulturhauptstadt Europas" machen. E. A.

EINKAUFSBUMMEL / In der Fundgrube

Frohes vom Dodekanes

In einem Straßencafé in der Plaka, dem alten Stadtviertel von Athen unterhalb der Akropolis, die Straße heißt Kydathion und die kleine Sotiris-Kirche ist nahebei. Genau der Kirche gegenüber, kenntlich an der griechischen Fahne, ist täglich (außer Montag) von 10 bis 14 Uhr das Museum für Volkskunst geöffnet.

Dort müßte wegen der Anregungen jeder Einkaufsbummel beginnen, wenn man es auf Textilien und Handarbeiten abgesehen hat. Die Stickereien sind kostbar, rot in Naturfarben überwiegt. Viele der Inseln, wo die Frauen in den langen Wintermonaten sticken, stricken und weben, haben eigene Motive, bunte Blumen wie Rosen und Nelken oder Vögel herrschen vor. Besonders von den Inseln des Dodekanes kommen die fröhlich bestickten Decken für Brautbetten und die großen Bettvorhänge (Sparveri). Material ist Baumwolle, Wolle, Leinen und Seide.

Der Pfau als Symbol des Stolzes spielt eine besondere Rolle. Aber natürlich wird im Museum nichts verkauft. Deshalb schlendern wir durch die engen Plaka-Gassen, wo es billige bunte Flatterkleider aus Baumwolle und Pullover oder Jacken aus Schafswolle in der Adrianou-Straße gibt, zum Zentrum „Zentrum hellenischer Tradition" in den Arkaden zwischen der Flohmarkt-Gasse Pandrossou und der Mitropoleos-Straße.

Dieses „Center" wird privat geführt und ist eine Fundgrube für Handarbeiten, für alte Brauttruhen und Haushaltsgeräte aus Holz und Kupfer. Die Eigentümer fahren im Winter auf die Inseln und in die Provinzen im Norden und kaufen bei Bauern und Händlern mit Sachverstand ein. Bestickte Tischdecken, Kissen, bunte Taschen, Kupferkannen, Geschirr, Holzspindeln, Schäferstöcke und bemalte Teller.

In der Voukourestiou Nr. 8 liegt das Geschäft von Irene Kalokerinos. Sie zeigt und verkauft eine besonders große Auswahl von handgearbeiteten Artikeln, wie Blusen und lange Kleider mit zartem Kreuzstich.

Der Preis ist abhängig von der Qualität und schwankt bei den typisch griechischen Blusen zwischen 1800 *und 6500 Drachmen (1000 Drachmen* sind umgerechnet 25 Mark). Bestickte Brillenetuis oder kleine Täschchen für Schlüssel und Lippenstift sind für 700 bis 1000 Drachmen zu haben. Von der Insel Skyros kommen die schön bemalten Teller mit Blumenornamenten und Paradiesvögeln. Kü.

SPORADEN / Inseln im Dornröschenschlaf im Rücken von Athen

In Skiathos sind die Nächte lang

Sporaden – das bedeutet auf gut Deutsch nichts anderes als „die Zerstreuten". Und die rund 130 Eilande der beiden Inselgruppen liegen tatsächlich in alle Winde „zerstreut" im Ägäischen Meer.

Von den „Südlichen Sporaden", zu denen zum Beispiel auch Rhodos, Kos und Samos gehören, sind schon viele Inseln touristisch voll erschlossen. Die „Nördlichen Sporaden" – sie liegen sozusagen im Rücken von Athen hinter Euböa und der Pelion-Halbinsel – träumen dagegen noch im Dornröschenschlaf vor sich hin. Nur Skiathos, gepriesen als die Badeinsel mit den meisten und schönsten Sandstränden der Ägäis, ist eine Ausnahme. Schon seit drei Jahren wird sie bequem von Deutschland aus direkt mit Ferienjets angeflogen. Dadurch sind auch einige Nachbar-Inseln ein wenig nähergrückt.

Skiathos, in der kleinen, platanenüberschattenen Bucht, zehn Gehminuten unterhalb der Kirche des heiligen Nikolaus, Schutzpatron aller griechischen Seeleute, riecht es nach harzigem Kiefernholz und frischer Farbe. Es wird gehobelt, gesägt, gehämmert und gestrichen. Unter den starken, geschickten Händen der Tsoubelekis-Brüder Dimitri, Theodoros und Angelos entstehen solide, dickbauchige Boote. Die drei Brüder sind die letzten Kaiki-Bauer auf den Sporaden, seit Holz immer knapper und für den Schiffsbau zu teuer wird. Fünfzehntausend Mark kostet ein Kaiki ohne Motor.

Später dann mühsamer Aufstieg zwischen Macchia, Opuntien und Disteln zu den Ruinen des mittelalterlichen Kastro auf steiler Felsnase, direkt an der Nordspitze. Das nur sechs Kilometer entfernte Festland mit dem Pelion-Gebirge ist von hier aus fast zum Greifen nah. Über Mittag ankert das Boot an der menschenleeren, breiten „Aselinos"-Sandbucht. Unter dem Schattendach der kleinen Taverne schmecken frische, gebratene Fische und spritziger Nymphenwein. Abends veranstaltet der Wirt hier drei Mal die Woche lautstarke „Bouzuki"-Nächte für Einheimische und Fremde. „Du mußt morgen abend kommen, Bouzuki ist dann sehr lustig", wirbt er geschäftstüchtig.

Je weiter nach Süden, desto mehr feinsandige Badeplätze gleiten am Ausflugsboot vorüber. Da ist der einsame Elina Beach und der verschwiegene Banana-Strand, Refugium für FKK-Badegäste, die geschichtsträchtige Mandraki-Bucht, wo einst die Flotte des Xerxes nach dem Sieg über die Griechen im Sturm zerschellte, Vrolimos, Tsanerias, Troulos und, und, und. Der prominenteste und touristisch meisterschlossene Strand, der sich wie ein breites, goldenes Halsband hinzieht, eingefaßt von den dunkelgrünen Nadeldächern eines Pinienwaldes, heißt „Koukounaries". Bis hierher fährt auf der insgesamt zwanzig Kilometer langen Asphaltstraße auch der weißgrüne Inselbus. Wer zu den kleinen, ganz einsamen Badeplätzen will, muß mit einem kurzen Fußmarsch rechnen. Aber im Schatten herbduftender Pinien und Platanen läßt es sich gut wandern. Nikos, der freundliche Busschaffner, kennt die geheimen Pfade und hilft gern mit Auskünften, während er 45 Drachmen (ungefähr 1,10 Mark) für den Fahrschein kassiert.

Wenn abends in der Chora (Hauptstadt) die Lichter angehen, wird es in den weißen schmalen Gäßchen quicklebendig. In Skiathos sind die Nächte lang. Bummeln und Ausgehen ist hier ein Vergnügen. Jeder hat sein eigenes Ritual.

Ich suche mir zuerst einen hübschen „Logenplatz" in einem der vielen Freiluftcafés an der „Paralia", der Hafenstraße. Nirgends läßt sich das kunterbunte Ferienvölkchen besser beobachten als hier. Oder ich setze mich in eine der Ouzerien am kleinen Fischerhafen, um beim Aperitif im matten Schein altmodischer Fischerlampen hinauszuschauen aufs Meer und zum schwarzen Schattenumriß der winzigen Halbinsel Bourtsi, die schützend vor dem Hafen liegt. Auf Nachtschwärmer wartet dort eine der gefragtesten Diskos. In Andenkenläden und Boutiquen, inmitten des Gassengewirres, ist bis neun Uhr abends Betrieb. Bei Loula, die ihre flotten Freizeit-Modelle selbst entwirft, oder in einem der gut sortierten Antiquitätengeschäfte läßt sich immer etwas Hübsches finden.

Allmählich beginnen sich die unzähligen Tavernen zu füllen. Ich schaue bei „Elias" erst in die Kochtöpfe – neben dem „Carnayu" am Ende der Hafenstraße, eines der besten Insel-Restaurants –, bevor ich mich für gegrillten Oktopus und in Kräutern geschmorten Lammbraten entscheide. Gegen Mitternacht werden dann in den Tavernen Stühle beiseite gerückt, Griechen und Gäste beginnen zu tanzen. Erst bei Sonnenaufgang, wenn die Vögel anfangen zu zwitschern, verstummen die heißen Sirtaki-Rhythmen. Ein neuer Sonnentag zum Verträumen beginnt.

Keiner käme wohl auf die Idee: Skopelos – die fast alpenländisch gebirgige, grüne Insel ist nur zwei Bootsstunden von Skiathos entfernt und mit 96 Quadratkilometern etwa ein Drittel größer als das Nachbar-Eiland – ist für die Griechen das „Zwetschgen-Paradies". Der hochprozentige „griechische Slibowitz" aus den Insel-Destillerien wird in ganz Hellas hoch geschätzt. Sicher eine angenehme Begleiterscheinung für die wenigen Touristen, die länger bei den freundlichen Skopelioten bleiben und nicht nur flüchtig für ein paar Stunden als Tagesausflügler von Skiathos herüberkommen. Die Zeit scheint stehengeblieben zu sein auf Skopelos. Nur wer uriges, griechisches Leben und Stille liebt, ist hier gut aufgehoben.

Erst im letzten Moment, beim Einbiegen in den breiten Hafen von Skopelos, hebt sich sozusagen der Vorhang vor der Bühne. Im „Rampenlicht" der Morgensonne strahlen die weißen Häuser der Chora, eng angeschmiegt an den steilen, dunkelgrünen Berg. An der Steilküste zum Meer hin wird sie flankiert von einer behäbigen, weißen Kirche mit runden, schiefergedeckten Kuppeln. Dahinter führt, angepaßt an das Zick-Zack der Felsen, eine schmale, mauergeschützte Treppe nach oben – zum nächsten Kirchlein.

Schon frühmorgens um sieben landen die Fischer mit ihrem Fang im Hafen. Es ist das Geschäft der Männer, die Fische erst ausführlich zu begutachten und dann einzukaufen.

Der Morgen ist auch die ideale Zeit, um in die Wanderstiefel zu schlüpfen und zu den einsamen Klöstern auf dem der Chora gegenüberliegenden Berg zu wandern. Der Duft von Salbei, Thymian und wildem Majoran begleitet mich auf dem breiten Drei-Stunden-Weg bis hinauf zum höchstgelegenen Frauenkloster Prodromos.

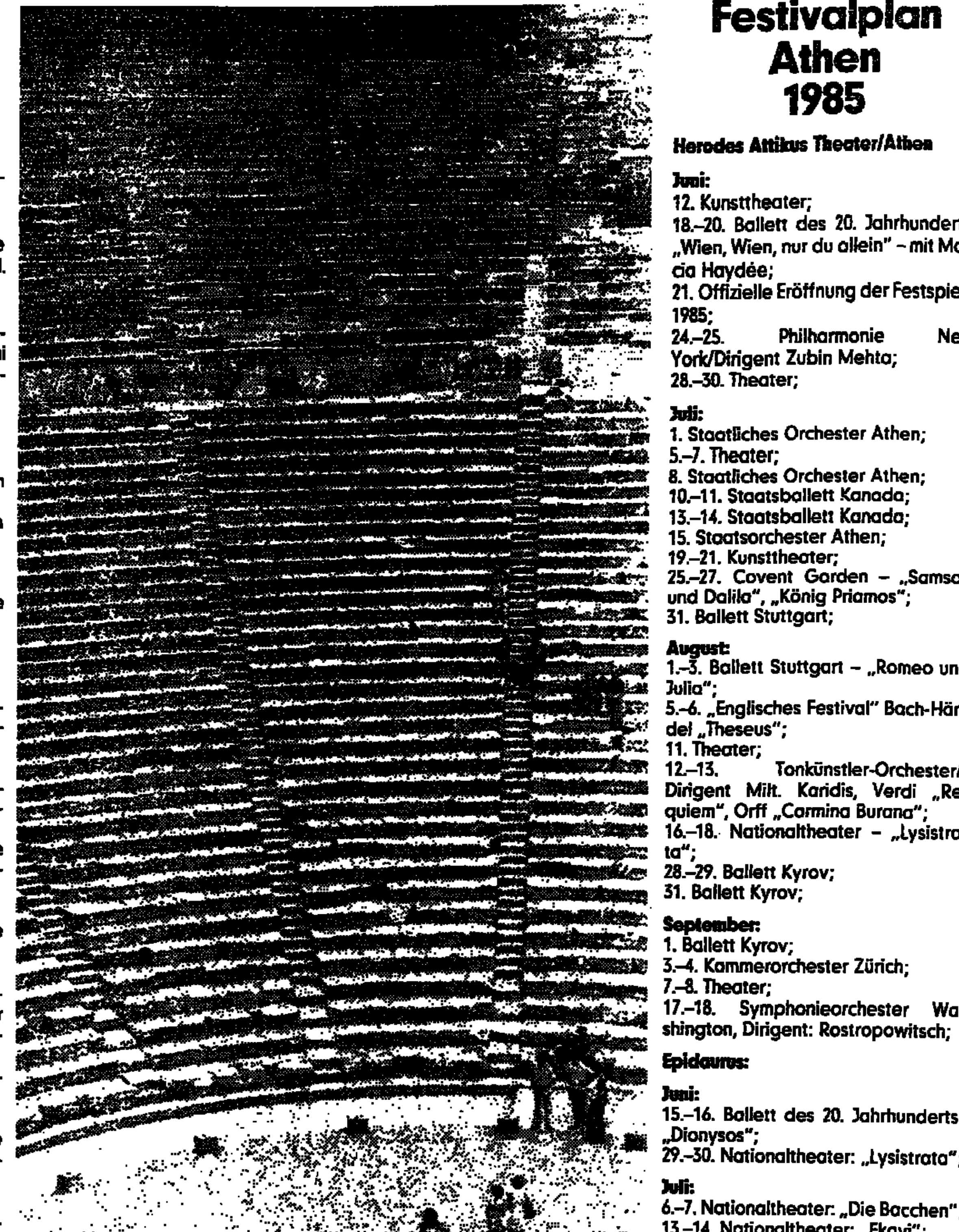
TONI BAUM

Festivalplan Griechenland 1985

April 1985:
1. 4.–31. 10. „Ton und Licht" – Veranstaltungen;
14. Ostern (Ostersonntag);
23. 4.–12. 5. Internationale Musiktage in Thessaloniki (Informationen: Tel. (00301) 27 46 16);
Mai 1985:
21. Anastenaria (Feuertanz) in Langadas bei Thessaloniki und Agia Eleni bei Serres (s. beigefügte Information);
Juli – August 1985:
Weinfeste in Dafni bei Athen;
September 1985:
11.–12. Festival griechischer Lieder in Thessaloniki;
30. 9.–6. 10. Festival des griechischen Films in Thessaloniki
Oktober 1985:
„DIMITRIA" in Thessaloniki
Im Oktober finden laufend kulturelle Veranstaltungen statt.

MESSEN

Februar 1985:
3.–10. Agrotica International – Ausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und Zubehör
März 1985:
3.–10. Furnidec – Internationale Ausstellung für Möbel-, Dekorationsherstellung und Fabrikation.
24.–31. Infacoma – Internationale Ausstellung für Bau- und Konstruktionsmaterial;
April 1985:
24.–28. PHILOXENIA – Internationale Tourismusausstellung;
Mai 1985:
8.–21. Detrop – Internationale Ausstellung für Apparate/Maschinen der Speisen- und Getränke- (Lebensmittel-)Branche;
26.–29. Textilia – Internationale Textilmesse;
Juni 1985:
5.–10. Marmin – Internationale Messe für Marmor und Mineralien u. technisches Zubehör;
September 1985:
1.–15. Internationale Messe Thessaloniki;
Dezember 1985:
1.–4. Textilia – Internationale Textilmesse.
Die Messen finden jeweils auf dem Gelände der Internationalen Messe Thessaloniki statt.



Ein Besuch im Theater, wie hier in Epidauros, gehört zum Hellas-Urlaub dazu FOTO: DIE WELT

Festivalplan Athen 1985

Herodes Attikus Theater/Athen

Juni:
12. Kunsttheater;
18.–20. Ballett des 20. Jahrhunderts: „Wien, Wien, nur du allein" – mit Marcia Haydée;
21. Offizielle Eröffnung der Festspiele 1985;
24.–25. Philharmonie New York/Dirigent Zubin Mehta;
28.–30. Theater;

Juli:
1. Staatliches Orchester Athen;
5.–7. Theater;
8. Staatliches Orchester Athen;
10.–11. Staatsballett Kanada;
13.–14. Staatsballett Kanada;
15. Staatsorchester Athen;
19.–21. Kunsttheater;
25.–27. Covent Garden – „Samson und Dalila", „König Priamos";
31. Ballett Stuttgart;

August:
1.–3. Ballett Stuttgart – „Romeo und Julia";
5.–6. „Englisches Festival" Bach-Händel „Theseus";
11. Theater;
12.–13. Tonkünstler-Orchester/Dirigent Milt. Karidis, Verdi „Requiem", Orff „Carmina Burana";
16.–18. Nationaltheater – „Lysistrata";
28.–29. Ballett Kyrov;
31. Ballett Kyrov;

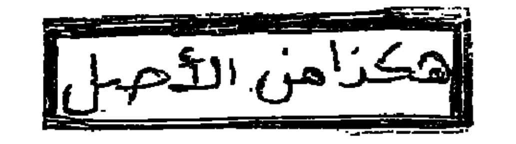
September:
1. Ballett Kyrov;
3.–4. Kammerorchester Zürich;
7.–8. Theater;
17.–18. Symphonieorchester Washington, Dirigent: Rostropowitsch;

Epidauros:

Juni:
15.–16. Ballett des 20. Jahrhunderts: „Dionysos";
29.–30. Nationaltheater: „Lysistrata";

Juli:
6.–7. Nationaltheater: „Die Bacchen";
13.–14. Nationaltheater: „Ekavi";
20.–21. Nationaltheater: „Die Bacchen";
27.–28. Nationaltheater: „Lysistrata";

August:
3.–4. Kunsttheater;
10.–11. Kunsttheater;



THASSOS / Wie ein in der Ägäis schwimmender Schwarzwald

„Taxifahrer Pagalos, wir kommen wieder“

In der Ferne scheint sich der zarte Dunstschleier langsam zurückzuziehen, je näher wir mit der „Thessaloniki“ unserem Ziel kommen. Dann ist plötzlich der Blick frei, plötzlich wächst aus dem Meer eine Insel, kommt näher und näher, wird grüner und grüner. Das soll Griechenland sein?

Was da so aussieht wie ein schwimmender Schwarzwald, paßt nicht so recht in das karstig-karge Bild der weiß-blauen griechischen Inselwelt. Und doch: Es ist Griechenland, Thassos, die nördlichste Insel der Ägäis, gleich vor dem mazedonischen Festland. Wie wir bald sehen werden, ist es ein Eiland voll von Pinien und Olivenbäumen, von Zedern und Platanen.

Doch halt! Erst einmal wollen wir mit unserer Fähre anlegen, denn dann steht uns ein großer Augenblick bevor: Herr Pagalos tritt in unser Leben. Sie kennen Herrn Pagalos nicht? Herr Pagalos ist einer von vier Taxifahrern in Limenas, der Hauptstadt, die – um es den Gästen leichter zu machen – wie die Insel auch Thassos genannt werden darf. Als Taxifahrer gehört Herr Pagalos, wie wir bald merken, zu den Berühmtheiten am Ort.

Mit einem väterlichen Lächeln und einem „Na, ihr zwei, wie heißt ihr denn?“ hat er unsere Jungs gleich gewonnen. Der oder keiner, fällen sie ihre Entscheidung über den freundlichen kleinen Herrn mit dem dunklen Krauskopf, der sein Deutsch als Bergmann in Dortmund gelernt hat und nun sein Leben in der Heimat mit einem Toyota verdient. Es wird eine treue Liebe für vier Wochen: Der Mann weiß alles, kennt jeden, arrangiert alles – als hätte er mit unserer Ankunft eine Patenschaft übernommen. Seine Kollegen werden ihm kaum nachstehen, denn trotz der niedrigen Taxi-Preise macht sich Freundlichkeit natürlich bezahlt.

Die Insel, so schrieb der antike Geschichtsschreiber Herodot, verdanke ihren Namen dem Sohn des phönizischen Königs Aginor, der hier nach seiner verschwundenen Schwester Europa gesucht habe. Seit jenen fernen Tagen haben immer wieder Fremde mit wenig freundlichen Absichten Thassos heimgesucht: Perser und Byzantiner, Türken, Russen und Ägypter, wieder Türken und schließlich Deutsche und Bulgaren.

Sind es insgeheim diese Erfahrungen, die das Insel-Völkchen bei aller Gastfreundschaft veranlaßt haben, eine große Invasion der Touristen abzuwehren? Man ist hier ängstlich bemüht, große Urlaubsburgen gar nicht erst entstehen zu lassen, sondern den Strom der Fremden in kleine Bäche zu teilen und sie den vielen kleinen Hoteliers und Zimmervermietern zufließen zu lassen.

Und so ist dieses Eiland immer noch eher ein Geheimtip für den, der – auch als Camper – seinen Urlaub selbst organisiert, denn ein Ziel der Massenveranstalter. Ganze 2500 Hotelbetten gibt es auf Thassos, und bei Privatleuten ist für rund 5600 Gäste Platz. Das Schmuckstück der Insel, die in einer malerischen Bucht gelegene Bungalow-Anlage „Makryammos“, ist mit 400 Betten bereits das größte Etablissement. Fast scheint es, daß sich die Insel versteckt. Nur wenige Chartergesellschaften in Europa haben den nahegelegenen Flughafen von Kavala schon entdeckt. Und so hat man meist, wenn man aus der Luft anreist, von Saloniki aus eine zwar reizvolle, aber immerhin noch gut dreistündige Fahrt im Bus oder Taxi bis zur Fähre in Kavala oder Keramoti vor sich. Die Überfahrt ist dann jedoch nur noch ein etwas größerer Katzensprung.

Und dann Thassos. Eine grüne Berglandschaft im Nordosten, die nach Südwesten flach ausläuft. Die Wälder steigen zum Meer hinab, das smaragdgrün schimmert, einladend sauber, obwohl ganz in der Nähe die Griechen nach ihrem ersten eigenen Erdöl bohren. Fast überall mischt sich wohltuend die Ruhe in das bezaubernde blau-grüne Bild, und oft liegt der Duft von Blüten in der Luft.

Sicher, es gibt in ganz Griechenland keinen Platz, an dem nicht auch Historie und Kultur angeboten werden. Wer die sucht, der kann sich im Archäologischen Museum umschauen oder im Sommer die Aufführungen klassischer Tragödien durch das nordgriechische Nationaltheater ansehen. Sie finden statt im antiken Theater in einem Pinienwald über Limenas. Auch wer kein Wort versteht, wird sich von der Atmosphäre begeistern lassen.

Doch es sind nicht Museum und Theater, die den Reiz dieser Insel ausmachen, es ist das Gefühl, noch einen kleinen Zipfel des Paradieses entdeckt zu haben. Als wir nach vier Wochen von der „Thessaloniki“ herab Herrn Pagalos zuwinken, steht für uns fest: Thassos und Herr Pagalos sehen uns wieder.

MANFRED ROWOLD

CHALKIDIKI / Unerforschtes Land

Geranien mit Salz

Eine der Regionen, die im Rahmen der touristischen Dezentralisation Griechenlands erschlossen werden, ist die Chalkidiki, östlich von Thessaloniki. Wer sie bereist, glaubt ein unerforschtes Land zu betreten.

Ein Berg nach dem anderen taucht vor dem Auge auf, abgerundet und in harmonischen Blautönen: kühle Auen mit Bäumen, und immer wieder das Meer, die Ägäis, die die drei Halbinseln Kassandra, Sithonia und Athos umspült. In den Brisen des Meeres wird der Salzgeschmack bis in die Höfe getragen, auf die Geranien in den Blumenkästen, die hölzernen Balkone, die Treppen und Kirchen.

Kassandra ist die westlichste der Halbinseln, ihr Erkennungszeichen sind Pinienwälder, Olivenhaine, grüne Ebenen und immer wieder die endlose Küste. Hinzu kommen ungezählte kleine Dörfer, vor allem an der Ostküste, die sich ein paradiesisches Flair bewahren konnten, wie Nea Fokea oder Afito, Kalithea, Kriopigi, Pefkohori oder Polichrono.

Sithonia, die mittlere Halbinsel, weist sich aus durch endlose Sandstrände und romantische Fischerhäfen. Ormilia, Vatopedi, Metamorfossi, Nikiti sind Ortschaften, die erwandert werden wollen, die Buchten von Pirgadikia, Vourvourou Omos Panaias, Porto Koufo, Nea Marmara und Porto Carra sind heute magische Begriffe für die Eingeweihten, morgen vielleicht schon gehandelte Adressen der Griechenland-Besucher.

Der dritte „Finger“ der Chalkidiki wird dem öffentlichen Ansturm für immer entzogen bleiben, es ist der Klosterberg Athos, der strenge Regeln für einen Besuch kennt.

B. S.-B.

MAKEDONIEN
25 km
Sofia
E20
E92 Athen
E5-S
Koronia-See
Volvi-See
Saloniki
Nea Apollonia
Stavros
Stagira
Arnea
Souroti
Holomon 1025m
Nea Roda
Poligiros
Ormylia
ATHOS
Olynthos
Nea Kallikratia
Ouranopolis
Nea Moudania
Ag. Nikolaos
Potidea
Nikiti
Dafni
Sani
SITHONIA
Sarti
Sikia
Athos 2033m
KASSANDRA
Kalandra
Nea Skioni
CHALKIDIKI
Ägäisches Meer
DIE WELT

Alexis aus der Ägäis tanzt nicht mehr

Die Schularbeiten machte er im unruhigen Schein der Petroleumlampe, und in seiner freien Zeit sah er den Fischern beim Netzflicken zu. Er träumte davon, schnell älter zu werden, damit sich ihm die Türen des Kafenions, der wahren Heimstatt des griechischen Mannes, öffnen würden.

Als Zwölfjähriger blickte er in die Kinderwagen und überlegte, welches der Mädchen er wohl einmal heiraten würde. Das Muster seiner Zukunft schien in der Vergangenheit der Väter vorgezeichnet. Alexis wurde Fischer wie sie. Ansonsten wurde alles anders.

Zwei neuzeitliche Ströme überschwemmten das Fischerdorf in der nördlichen Ägäis. Elektrizität und Tourismus. Beides brachte in die begrenzte Inselwelt einen Kulturschock, der zwar Wohlstand im Schlepptau führte, Regeln für den Umgang mit der neuen Welt aber nicht mitlieferte.

Die älteren Insulaner brauchten auch keine. Selbst wenn sie am Wandel Geld verdienten, ignorierten sie ihn in ihrem persönlichen Bereich. Da konnte einer Millionär sein und dennoch mit der sechsköpfigen Familie in einem fast fensterlosen Zwei-Zimmer-Häuschen mit Außenklo leben. Er würde zwar Tausende von Drachmen für die Musikanten beim Dorftanz springen lassen, seine Frau aber weiterhin zum Wäschewaschen an die Quelle schicken.

Für die Jungen, Neugierigen, kam nicht nur mit dem Fernsehen eine neue Welt ins Dorf, sondern vor allem durch den Tourismus. Das Fernsehen lieferte gewisse Gebrauchsanweisungen. Zum Beispiel, daß Männer Whisky trinken.

Alexis stieg von Ouzo auf Scotch um und ließ sich seine ersten Jeans schicken. Er wunderte sich über die flotten, freien Ausländerinnen, die mit dem Rucksack ins Dorf einfielen, nicht nur den Bauchnabel in die Sonne hielten und auf der Straße rauchten.

Alexis kannte bis dahin nur zwei Sorten von Frauen. Das normale griechische Mädchen, das bis zur Eheschließung zu Hause blieb und am Samstagabend mit den Brüdern ausging. Dessen Mitgift dem späteren Mann eine finanziell sorgenfreie Zukunft zu sichern hatte, da sein Verdienst für die Aussteuer der eigenen Schwester draufging.

Von den anderen Frauen hatte Alexis nur gehört. In Athen boten sie sich gegen Geld den Männern an, unbekümmert und unmoralisch wie Melina Mercouri (die jetzige Kultusministerin) in „Sonntags nie“ und ebenso unentbehrlich.

Das Touristen-Mädchen, das mit Alexis im Kafenion flirtete, leitete eine Begegnung mit der unbekannten dritten Art ein. Alexis' Leben veränderte sich.

Das war vor zwölf Jahren, als er sich noch verlieben konnte und sich überlegte, wie er das Mädchen seiner Mutter vorstellen sollte.

Er verstand, daß das Mädchen, eine Deutsche, zurück in ihre Heimat fahren mußte, um den Segen ihrer Eltern einzuholen. Er war dankbar, daß es keinen Bruder gab, der ihm wegen der verlorenen Ehre der Schwester an den Kragen gehen würde.

Alexis wartete ein Jahr lang auf die Rückkehr des Mädchens. Wenn er sich in kalten Winternächten in die klammen Decken an Bord seines Fischerbootes wickelte, träumte er von dem Zimmer, das er an sein Elternhaus anbauen und wo er mit seiner Frau und dem Nachwuchs leben würde.

Das Mädchen kam im Sommer zurück und brachte ihm Adidas-Turnschuhe mit. Nach zwei Tagen zog es mit einem anderen Fischer durch die Gegend, und Alexis verstand die Welt nicht mehr.

Auch um ihn herum hatte sie sich verändert. Eine große deutsche Zeitschrift hatte über das Dorf berichtet, Fotos von unberührten Stränden, wettergegerbten Fischern und fröhlich bemalten Booten gezeigt, die Gastfreundschaft der Griechen und den temperamentvollen Charme der Insulaner gerühmt.

Die Deutschen kamen in Scharen. Einer kaufte für 500 Mark ein kleines Stück Land, das er im vorigen Jahr für 100 000 Mark veräußerte.

Der Kaufmann eröffnete die erste Bar, heute gibt es rund zehn im Dorf, immer neue kommen hinzu. Familien lagerten in den Küchen, um den Fremden das einzige Zimmer zu überlassen.

Die Preise stiegen, und Alexis sah ein, daß er mit der Fischerei allein nicht mehr genug Geld verdienen würde, um den inzwischen benötigten Whisky zu bezahlen. Er rüstete sein Boot zur Badefähre um und gondelte die Touristen zu abgelegenen Stränden.

Bei den Überfahrten alberte er mit den hübschen deutschen Mädchen herum, spendierte ihnen am Abend einen Planter's Punch in der Bar und lernte im Laufe der Jahre die Hotelzimmer seines Heimatdorfes von innen kennen.

Er staunte darüber, daß die Mädchen ihm freiwillig das anboten, was seine Mutter an der Ehe störte.

Alexis schnappte brockenweise Englisch auf und verstand es bald geschickt, seine Urwüchsigkeit als griechischer Fischer mit weltmännischem Gehabe, das er sich von den männlichen Touristen abguckte, zu verbinden. Er wußte bald selbst nicht mehr, was echt und was Show war, und irgendwann ging er sich selbst verloren. Er merkte es daran, daß er sich nicht mehr verliebte, sondern Abenteuer sammelte. In manchen Sommern schlief er mit mehr als zwanzig Frauen.

Alexis begriff, daß er den Mädchen zwar unvergeßliche Urlaubsfreuden bescherte, er aber für sie im Grunde genauso unwichtig war, wie sie es für ihn waren. Die Mädchen aber reisten ab, und er blieb. Er lebte weiter in dem Dorf, wo er geboren war und wo Urahnen im Kampf gegen die Türken gefallen waren.

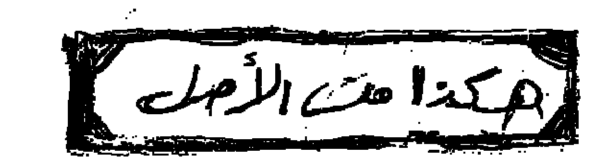
Seine Eskapaden hatten sich herumgesprochen, und als er mit Dreißig auf die Suche nach einer anständigen Ehefrau ging, fand er die Türen verschlossen. Keine Mutter mochte ihre Tochter einem Mann anvertrauen, dem ausländische Frauen seltsame Krankheiten angehext hatten.

Da half auch nicht, daß Alexis bereit war, auf jegliche Mitgift zu verzichten.

Er sah sich in einer Sackgasse. Er liebte Kinder, wollte heiraten und jemanden haben, der ihn im Alter versorgen würde. Alexis ahnte, daß er seine Zukunft verschenkt hatte, und er ertappte sich dabei, wie er die alten Männer beneidete, die im Kafenion Tavli spielten und Enkelkinder auf dem Schoß wiegten. Heute ist Alexis 33 Jahre alt.

Seine anmutigen Bewegungen, die die Touristen der frühen Jahre begeistert haben, sind abgehakt geworden. Beim Zembekiko, dem traditionellen Tanz, der aus den Slums von Izmir stammt, denken heute noch viele Inselbewohner an Alexis. Er war der Beste, die Nummer eins. Manchmal, wenn beim winterlichen Dorftanz aufgespielt wird, sehen die Alten zu ihm hin. Alexis schüttelt dann immer den Kopf. Er tanzt nicht mehr.

MARTINA KEMPFF



KRETA



KRETA IM ÜBERBLICK / Reiz des Widerspruchs

Historische Fundgrube

„Der Zauber Kretas", sagt Kreta-Anbieterin Evi Haffenrichter, „liegt im Widerspruch: hohe Bergmassive und das Meer, kilometerlange, meist naturbelassene Sandstrände neben wildzerklüfteten Felsküsten, fruchtbare Ebenen neben völlig verkarsteter Landschaft. Zeugnisse vieltausendjähriger Vergangenheit wechseln ab mit Neubauten. Kleine unberührte Dörfer liegen neben modernen Touristenzentren."

Kreta ist mit einer Länge von 245 km und einer Breite von maximal 67 km eine der größeren und die südlichste Insel Europas. Die wichtigen Städte liegen ebenso wie Touristenzentren an der Nordküste, die Südküste blieb weitgehend unberührt. Mit 300 Sonnentagen hat die Insel ein regenarmes, mildes Klima.

Spuren der Kultur und der Geschichte reichen zurück bis ins Zeitalter der Minoer. Byzantinische Kirchen, venezianische Burgen und Plätze jüngerer Vergangenheit legen Zeugnis ab von der wechselreichen, aufopferungsvollen Geschichte der Insel.

Das archäologische Museum in Heraklion umfaßt fast sämtliche Funde der minoischen Kultur (vor allem aus Knossos und Phaistos) und ist damit einzigartig in der Welt. Der Zeitraum von vier Jahrtausenden (5000 bis 1100 v. Chr.) wird im Museum von Heraklion dargestellt. Weitere lohnende Museen sind das Agios Nikolaos Museum, das archäologische Museum Chania, das achäologische Museum Rethymnon und das Historische Museum Heraklion.

Zahlreich sind die archäologischen Stätten, neben Knossos und Phaistos vor allem Gortis, Tilissos, Lissos, Heraklion, Zakros, Lato, Kritsa und das Dikteon Andron.

Westlichste Stadt ist Chania, erbaut an der Stelle des antiken Kidonia. Hier ging in den labyrinthischen Gassen der Altstadt die Romantik eine Ehe mit venezianischer und ottomanischer Architektur ein. Der Vorstadt dagegen geben klassizistische und moderne Gebäude ihr Gepräge.

Rethymnon breitet sich an den Ausläufern einer Sandbucht aus. Hier hat sich zwischen mit Blumen geschmückten Balkons das mittelalterliche Bild der Stadt erhalten können.

Agios Nikolaos, die Stadt im Herzen des Mirambelo Golfes, ist seit alters als Sommerfrische der Festlandsgriechen bekannt. Die Stadt liegt an einem See und am Meer zugleich, je nach Gusto kann man im schattigen Kafeneion die Füße in die eine oder andere Richtung strecken.

Iraklion, die größte Stadt, ist eine Inselmetropole voller Lebenslust und Kultur. Hier lebt man im Bewußtsein, nach jahrhundertelangem Kampf die Freiheit und die Einheit mit Griechenland errungen zu haben. Was die Fremden hinterließen, etwa das venezianische Kastel, der Palazzo Ducale oder Bauwerke aus der türkischen Periode, wird liebevoll gepflegt.

Die ursprüngliche Schönheit der Insel findet man auf dem Lande, abseits der Hauptstraßen und größeren Städte. Die Kamares-Tropfsteinhöhle etwa erreicht man nach vierstündigem Fußmarsch vom gleichnamigen Dorf aus, die Samaria-Schlucht verlangt zu ihrer Durchwanderung gleich das Doppelte an Zeit ab. Lohnend ist es immer.

B. S.-B.



DENKMAL FÜR DEN SCHRIFTSTELLER NIKOS KAZANTZAKIS, FÜR DAEDALOS UND DIE FREIHEIT

In freier Interpretation dreier Künstler aus Iraklion

In zwei Jahren wird Kreta um drei Attraktionen reicher sein. Künstler aus Iraklion haben vom Bürgermeister der Stadt, Manolis N. Karelles, den Auftrag bekommen, der Freiheit, Daedalos und Ikaros und dem Schriftsteller Nikos Kazantzakis monumentale Denkmäler zu setzen. Daedalos und sein Sohn, die ersten Menschen, denen es gelang – wenn auch nur für kurze Zeit –, die Schwerkraft der Erde zu überwinden, starteten in der Hauptstadt Kretas.

Die Freiheit ist auf dieser Insel, die den Zugang zum östlichen Mittelmeer und zu Nordafrika beherrscht, stets ein Thema gewesen; Freiheit nicht nur im Sinne der Abwesenheit von fremden Herren, sondern als ewiger Ausdruck des persönlichen Kampfes mit einem armen Leben zurechtzukommen. Nikos Kazantzakis schließlich, dessen Werke auch ins Deutsche übersetzt wurden, ist der größte Dichtersohn der Insel und vehemter Interpret dieses Freiheitsgedankens. „Ich fürchte nicht, ich glaube nicht, ich bin frei", lautete sein absolutes Credo. Die 42jährige Aspasia Papadoperaki bekam den Auftrag, Kazantzakis ein Denkmal zu setzen. Von ihr, der Bildhauerin, stammt auch die Statue von Maria Callas, die vor dem Hilton in Athen zu bewundern ist.

Ihre Heimat ist Iraklion, wo sie in einer riesigen Höhle ein Atelier hat. Sie erzählt in ihrem Athener Studio, daß sie vom Stil des deutschen Bauhauses beeinflußt worden sei, daß sie in einer zeitlichen Abfolge von antiker Klassik, Renaissance und Moderne stehe.

Klare Linien prägen auch ihr Kazantzakis-Denkmal, eine 17 Meter lange und bis 2,70 Meter hohe Anordnung von Steinblöcken, die auf Kreta gebrochen wurden. Sie zeigen die wesentlichen Stilelemente der abendländischen Architektur. Das Gehörn des minoischen Stiers findet sich dort ebenso wie zur Linken eine dorische Säule, es schließt sich an ein byzantinisches Triptychon, ionische und moderne Architekturelemente. 33 Menschen, die Kazantzakis beeinflußten, sind zu finden. In der mittleren Gruppe, deren schräge Linie die Moderne symbolisiert, finden sich die Deutschen Spengler und Nietzsche, die Kazantzakis Werk besonders stark prägten. Die Einzelfigur ist der mykenische Held Kazantzakis, der Kapitän Michalis. Sein Gesicht trägt die Züge des Vaters von Kazantzakis, der den Sohn stark beeinflußte. Von dem Buch „Kapitän Michalis" gibt es inzwischen eine dramatisierte Fassung, die weltweit mit Erfolg auf den Bühnen gespielt wird.



Der Weg empor

Wie sollen wir Gott lieben?
Indem wir die Menschen lieben.

Wie sollen wir die Menschen lieben?
Indem wir sie auf den rechten Weg führen.

Welchesist der rechte Weg?
Der Weg empor.

Nikos Kazantzakis
Griechische Passion

Die Zahl der 33 Figuren ist nicht rein zufällig gewählt, denn Kazantzakis Odyssee, ein zentrales Werk, hat genau 3333 Verse.

Die Porolyt-Säulen stehen nicht gerade. Sie sind mit einem Neigungswinkel aufgestellt. Damit will Aspasia Papadoperaki zeigen, das das philosophische Gebäude Kazantzakis, das zu einem Großteil auf nihilistischen Elementen aufbaut, ihrer Meinung nach gegen Einsturz nicht gefeit ist.

Dieser Gedanke, daß das philosophische Werk ihres Landsmannes jedenfalls Veränderungen unterworfen ist, wird auch dargestellt durch eine Wellenlinie, die über die ganze Einheit läuft.

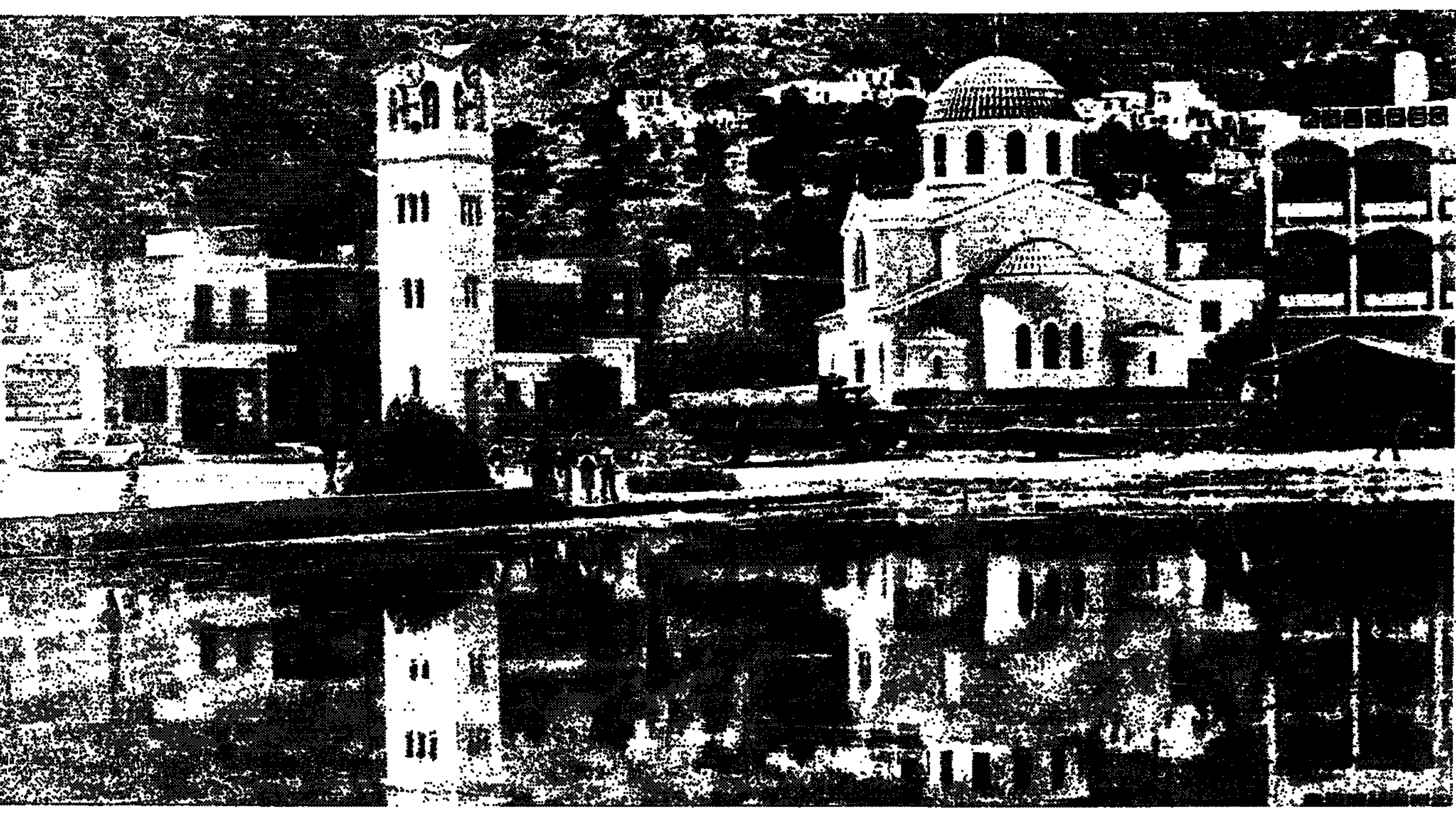


Der Gedanke liegt nahe, daß ein getrenntes Denkmal für die Freiheit nicht erforderlich gewesen wäre, da ja Kazantsakis für die Freiheit stehe. Doch Aspasia Papadoperaki weist darauf hin, daß der Schriftsteller seine eigene Vorstellung der Freiheit gehabt habe. Nicht jeder sei daher bereit, einen Kranz an der „Freiheit in Kazantzakischer Interpretation" niederzulegen.

Seit drei Jahren arbeitet sie mit ihren beiden Künstlerkollegen an den Skulpturen. 18 Millionen Drachmen werden dafür ausgegeben werden müssen, ein Großteil des Geldes steht schon bereit. Es stammt nicht auf öffentlichen Mitteln, sondern aus Spenden des Förderungsvereins. Dies erlaubte es, auf eine öffentliche Ausschreibung zu verzichten und die „Kinder" der Stadt zu beauftragen. Aspasia Papadoperaki ist eine schüchterne, vielleicht sogar etwas hausbacken wirkende Frau. Ein Blick in ihre griechisch blauen Augen (mithin viel heller als die ihrer Landsleute) erklärt jedoch unmißverständlich die Faszination, die von ihren Werken, Plastiken und Bildern ausgeht.

Wer nicht zwei Jahre warten will, bis das Œuvre feierlich enthüllt wird, kann heute schon in der Höhle der Aspasia Papadoperaki in Iraklion verfolgen, wie das Werk des Nikos Kazantzakis in Stein gehauen und neu interpretiert wird.

H.-H. HOLZAMER



Neben der Kirche steht in Elounda ein Hotel, ob das eine harmonische Entwicklung ist, wird in Kreta diskutiert

FOTO: K.J.KALLABIS

„Will hier irgendjemand die Zeit zurückdrehen?"

Die Türen des Kafenions stehen weit offen, in den Fenstern hokken Kinder. Alte Frauen haben sich auf Stühlen niedergelassen, junge Männer drängen sich hinter der Theke, alte sitzen auf dem weißen Mäuerchen vor der Tür. Der Bürgermeister eröffnet die Diskussion. Er gibt einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche Situation des Dorfes und beklagt, daß die fünf Prozent Gewinn, die der Staat von jedem Tourismusbetrieb abführe, nicht zurück ins Dorf fließen.

Bürgermeister: Wir müssen unser Dorf attraktiver machen.

Ein alter Fischer: Noch attraktiver? Schaut euch doch an, was aus uns geworden ist. Im Winter kämpfen wir ums Überleben, sind bei schlechtem Wetter arbeitslos und zahlen Touristenpreise. Im Sommer, wenn wir das Leben genießen könnten, geben wir es an die Fremden weg!

Eine alte Frau: Allein der Preis fürs Brot! Nur weil die Touristen alles zahlen, muß man sich querlegen, um den Kindern ein Essen vorzusetzen.

(Gelächter. Die Sprecherin hat keine Kinder und gehört zu den wohlhabendsten Frauen im Dorf.)

Der alte Fischer: Man sollte zwei Preise einführen. Einen Touristenpreis und einen für uns.

Zwischenrufer: Wer garantiert, daß dann nicht einige von uns Sachen für sich kaufen und mit Profit an die Ausländer weitergeben?

Bürgermeister: Zur Sache . . .

Alte Frau: Wie schützen wir unsere Mädchen vor den Fremden?

Bürgermeister: Wir müssen mit den Mädchen reden. Wir können sie nicht einsperren, wenn die Touristen kommen. Die Geschäftsleute sollen keine Schminke und unsittliche Kleidung an sie verkaufen.

Ein junger Mann (scherzend): Vielleicht sollten wir die Touristen einfach vertreiben.

Mehrere Zwischenrufer: Ich habe gerade neue Ware aus Athen bestellt! Ich habe ein neues Hotel! Dann lassen die Fremden ihr Geld auf einer anderen Insel! Dann sperrt die Bank die Kredite!

Bürgermeister: Wir sind uns also einig, daß wir die Touristen brauchen. Also, erster Programmpunkt: Die Errichtung eiens öffentlichen Nacktbadestrandes.

(Sturm der Empörung)

Priester: Das ist gegen das Gesetz! Dafür gibt es Gefängnis.

Bürgermeister: Es ist gegen das Gesetz, und es ist doch nicht mehr gegen das Gesetz. Gegen den Widerstand der Kirche hat die nationale Tourismusorganisation beschlossen, es den Gemeinden zu überlassen, ob sie außerhalb der Wohngebiete Nacktbadestrände einrichten wollen.

Junger Mann: Die Fremden baden *doch überall nackt!*

Alte Frau: Ganz nackt? Sogar ohne Badeanzug?

Bürgermeister: Ganz nackt.

(Gejohle. Die Frau verläßt die Versammlung.)

Bürgermeister: Wer ist für den Nacktbadestrand?

(Ein alter Fischer hebt die Hand.)

Eine Frau: Du Bock! Dann wissen wir ja, wo du jetzt fischen gehst!

Priester: Du kannst die Kirche nicht übergehen! Die Polizei soll alle Nacktbadenden ins Gefängnis stekken, um die anderen abzuschrecken.

(Längere Unruhe.)

Eine Frau: Wie ist das mit unseren Mädchen, die in Hotels arbeiten. Kann man die nicht irgendwie versichern? Falls sie einen Unfall haben oder krank werden?

(Mehrere Frauen bekreuzigen sich.)

Bürgermeister an die Hotelbesitzer: Könnt Ihr das machen?

Zwischenruf: Dann stellen sie Ausländerinnen ein, die weniger kosten!

Bürgermeister zum Polizisten: Achte in diesem Jahr strenger auf Schwarzarbeiter.

Polizist: Was soll ich denn noch alles tun! Ich bin hier ganz allein. Wißt ihr wieviele Nacktbader, Wildcamper, Schwarzarbeiter es hier im Sommer gibt, wieviele Leute trotz Verbots mit dem Auto im Dorf rumfahren, wieviele Unfälle, Schlägereien, Visa-Anträge. Da hilft mir auch die halbe zusätzliche Kraft, die ich im Sommer kriege, nicht. Da kommen die Touristen alle auf einmal, und dann braucht ihr die Fremden für die Arbeit.

Eine alte Frau: Was ist mit den Betrunkenen? Kann man die Barbesitzer nicht dazu bringen, daß sie an solche Leute nichts mehr ausgeben?

Mehrere Zwischenrufer: Überhaupt die Bars! Der Lärm!

Bürgermeister: Die Regierung hat die Sperrstunde in diesem Sommer von zwei auf drei und samstags von drei auf vier Uhr verlängert. Dadurch steigen die Bareinnahmen und also auch die Abgaben. Unser Land braucht das!

Zwischenruf: Aber wir nicht! Dann gibt es vor vier Uhr überhaupt keine Ruhe mehr!

Bürgermeister: Ohne den Tourismus hätten wir keine Elektrizität, kein Fernsehen, könnten unsere Söhne nicht in Athen studieren und unsere Töchter nicht so ordentliche Mitgiften erhalten. Dann hätten wir im Sommer nicht eine tägliche Fährverbindung mit Athen und könnten unsere eigenen Ernten nicht loswerden.

Ein Bauer: Die Felder verrotten sowieso. Alle wollen im Sommer im Dorf arbeiten. Ist ja auch schöner hübschen Mädchen einen Kaffee hinzustellen, als sich auf dem Feld die Hände schmutzig zu machen! In 20 Jahren wird die Insel im Winter geschlossen und im Sommer nur noch für die Touristen geöffnet sein . . .

Bürgermeister: Ohne Tourismus wäre die Insel schon längst „geschlossen" worden, Sommer wie Winter. Hast du vergessen, wie arm wir waren? Daß unsere Söhne weggegangen sind, weil sie die Armut satt hatten? Nun sind viele mit dem Tourismus wieder zurückgekommen, können bei uns leben und fast so gut verdienen wie in der Stadt. Niemand leidet hier mehr Hunger! Will irgendjemand die Zeit zurückdrehen?

MARTINA KEMPFF

PHILOXENIA

Treffen an Ort und Stelle von Gast und Hotelier

Philoxenia heißt die neue griechische Touristikausstellung, die erstmals vom 24. April bis 28. April 1985 auf dem Gelände der Internationalen Messe von Thessaloniki stattfinden wird. Zweck dieser Ausstellung, die im Zusammenwirken von der Griechischen Fremdenverkehrszentrale, der Organisation der Internationalen Messe von Thessaloniki und der Olympic Airways als offizieller Carrier veranstaltet wird, ist das organisierte Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage beim griechischen Tourismus.

Ausländische Reiseveranstalter können an Ort und Stelle mit den Vertretern des griechischen Fremdenverkehrs zusammentreffen, um Geschäfte und Verträge abzuschließen. Vor allem für viele einheimischen Hoteliers und Touristik-Unternehmer, die bisher nicht in der Lage waren, die großen internationalen Touristikmessen zu besuchen, ist die Messe Philoxenia von großer Bedeutung. Für sie waren Besuche im Ausland, etwa auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB), der bedeutendsten europäischen Fachmesse für Touristik, zu aufwendig und zu teuer. Zudem bietet die Philoxenia den Vorteil, daß sich alles um ein Land, eben Griechenland, dreht.

Es ist zu erwarten, daß erstmals das gesamte touristische Angebot des Landes an einem verkehrsgeographisch leicht erreichbaren Ort den Reiseveranstaltern verfügbar ist. Kreta nimmt dabei (neben Rhodos) einen herausragenden Platz ein.

Darüber hinaus will die Philoxenia Griechenland, vor allem Athen, als Standort für Kongresse, Konferenzen und Meetings fördern. Gerade Athen bemüht sich seit einiger Zeit, seine Lage als Drehscheibe zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika als internationales Kongreßzentrum stetig auszubauen.

Nie.

MIT DEM MOTORRAD ÜBER LAND

Ziele, die Füßen und Autos verschlossen sind

Vasiliou ließ sich nicht erschüttern. Mochte sein Englisch auch auf noch so schwachen Füßen stehen: „Only for good looking not for rent", beschied er uns, als wir das Motorrad mieten wollten, das im Schaufenster stand. Es sei nur zum Angucken. Mieten könne man es nicht.

Im übrigen fügte er hinzu, selbst wenn man es könnte, wäre es schon vermietet. Wir jedenfalls würden es nicht bekommen.

Ohne ein Zweirad wollten wir in Kreta aber nicht auf Reisen gehen. Unser Hotel in Chersonissos überragte zwar einen traumhaften Strand und gehörte zu einem hübschen kleinen Badeort, doch das Land, die Insel Kreta, lockte mit einer Weite, die sich per pedes nicht bewältigen ließ, und mit Straßen, die zu einem großen Teil von Autos nichts wissen wollen.

So blieben nur die Motorräder, am besten geländegängige. Daher hatte Vasiliou sowieso gewonnen.

Ein letzter sehnsüchtiger Blick zu dem Motorrad zum Anschauen, und schon wandten wir uns den zu vermietenden Objekten zu. Auch diese Maschinen, meinte der Vermieter, seien „noch ziemlich neu". Zwischen 200 und 400 Mark pro Woche wollte er für die zweirädrigen Untersätze haben, je nach Hubraum.

Hier fehlte ein Rückspiegel, hier ein Blinker, mal war der Hinterreifen blank, mal deuteten kleine Ölflecken auf Undichtigkeiten hin. „Das sind doch keine Mängel", sagte Vasiliou, „die Maschinen fahren" und hätten ja auch erst 10 000 Kilometer auf dem Buckel.

Tatsächlich, auf keinem seiner Modelle zeigte der Kilometeranzeiger mehr als 12 000 bis 13 000 Kilometer. Dabei blieb es, bis zur Rückgabe übrigens auch bei unserem Motorrad, das wir schließlich mieteten. Ob da was defekt war?

Schließlich starteten wir doch mit einer Enduro-Maschine, die aller Skepsis zum Trotz uns brav zu unseren Zielen brachte. Von unserem Hotel aus ging es zunächst nach Agios Nikolaos, einem malerischen Ort, der in seinem Inneren einen kleinen Fischerhafen birgt.

In einem der zahlreichen Straßencafés rund um den Hafen verbrachten wir unter dem Schutz der Bäume bei Ouzo und griechischem Kaffee Minuten der Entspannung.

Nachdem wir uns an souvenirjagenden Touristen, lässigen kretischen Kellnern und Bürgern von Agios Nikolaos sattgesehen hatten, brachen wir auf in Richtung Sitia. Die Küstenstraße führte uns zunächst entlang der Bucht von Agios Nikolaos. In nicht endenwollenden Serpentinen ging es hinauf ins Gebirge; zur Linken das dunkle Blau der tiefliegenden Bucht, zur Rechten steil aufsteigende, karge Berge.

Zum einzigen Palmenhain am Strand von Vai

Trotz der für kretische Verhältnisse gut ausgebauten Straße kommt man auf der Kurvenstrecke bis Sitia nicht schnell voran. Sitia liegt wieder in einer Ebene am Meer.

Nach kurzer Rast über flache Hügel in Richtung Vai, nach etwa 30 Kilometern der berühmte einzige Palmenhain am Strand von Vai, an der nördlichen Ostküste von Kreta.

Wer nach Postkartenbildern die Vorstellung von einem weitläufigen, karibischen Strand hat, mag ein wenig enttäuscht sein, denn dieser Palmenstrand hat an der Küste eine Längenausdehnung von etwa nur 500 Metern. Zum Landesinnern hin ist der Palmenwald ausgedehnter. Die Erinnerungsfotos mit dem Palmenwald als Hintergrund arrangierten wir in ähnlich geschickter Perspektive wie es die Postkartenfotografen dort tun. Abends kehrten wir nach Agios Nikolaos zurück.

Am nächsten Tag fuhren wir in Richtung Ierapetra, mit rund 6000 Einwohnern, die einzige Stadt an der Südküste. Auf dem Weg zu der 36 Kilometer entfernten Stadt durchquerten wir die Insel zwischen den Gebirgen Dikti und Oro Sitias.

Das landschaftliche Bild wird durch Hunderte von weißen Windmühlen geprägt, die der Landwirtschaft zur Bewässerung der Felder dienen. In Ierapetra steht ein venezianisches Kastell mit gut erhaltenen Zinnen und Türmen, das Ende des 13. Jahrhunderts erbaut wurde. Ierapetra liegt an einem weitgestreckten Strand, der zum Baden einlädt. Dennoch wirkt diese Stadt, verglichen mit den im Norden auf Tourismus getrimmten Städten, insbesondere am Stadtrand etwas verwahrlost.

Ein Bild von hundert Mühlen

Unsere Reiseroute führte uns weiter westlich nach Mirtos hinauf ins Dikti-Gebirge nach Pefkos und von dort wieder hinab zur Küste nach Arvi. Die zum Meer hin gelegenen schönen Gebirgstäler sind übersät von riesigen Gewächshäusern aus Plastikfolie und deren vom Winde verwehten, nicht mehr gebrauchten Resten.

In die kleinen Fischerdörfer Mirtos und Arvi sowie Tsoutsouros verirren sich trotz ihrer Lage an schönen Stränden mit dunklem Sand nur wenige Touristen, weil die Straßen meist nicht asphaltiert und dadurch unwegsam sind.

Die Straßenführung entlang an Abgründen oder hierzulande nicht bekannte Gefällestrecken verwandelt auch für uns Motorradfahrer den Ausflug in einen Abenteuertrip. So entdeckten wir auf der Weiterfahrt nach Kasteliana zwei Touristen, die mit ihrem Auto im Schotter der Straße steckengeblieben waren.

Von Kasteliana führt uns der Weg über Pirgos nach Mirtos und schließlich nach Phaistos. Die Straße ab Kasteliana war gut asphaltiert und gefahrlos zu befahren.

Phaistos ist einer der großen minoischen Palastanlagen. Im Gegensatz zu Knossos wurde hier wenig restauriert, so daß die Besichtigung nicht so plastisch und weniger eindrucksvoll ist.

Sieben Kilometer von Phaistos entfernt liegt das Fischerdorf Matala. Die kleine Bucht ist umgeben von hohen Sandsteinfelswänden, in denen in mehreren Stockwerken übereinander Höhlen verschiedener Größe liegen. Dieser Ort wird bevorzugt von jüngeren Leuten besucht. Neben dem dort vorhandenen Campingplatz gibt es auch zahlreiche Privatunterkünfte.

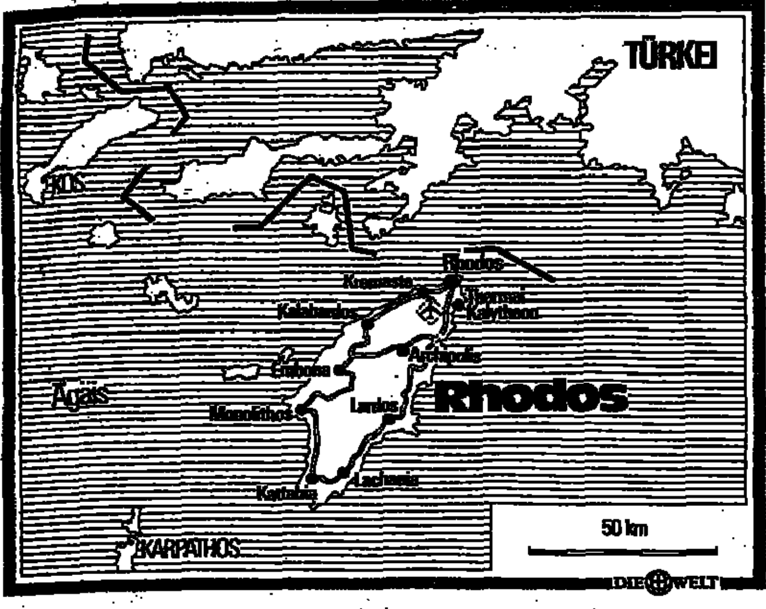
In den Tavernen lärmten bei unserem Eintreten Jugendliche aus USA und dem westlichen Europa. Statt Sirtaki hörte man Rock und Pop wie in San Francisco, London, Berlin oder Hamburg.

Vasiliou strahlte als wir ihm das Motorrad zurückgaben. Ob seine Freude uns galt, weil wir wieder gesund da waren oder seiner Maschine, die er erneut als „neuwertig" vermieten kann, darüber schwieg er sich aus.

PETER HOELLGER



RHODOS



GESCHENKE / Ein reges Hin und Her

Aspirin, Video und vielleicht Bananen

„See you next year", verabschieden sich die griechischen Freunde und winken der ablegenden Fähre nach. Sie erwarten im kommenden Jahr wieder den Besuch ihres Lieblingstouristen, und sie erwarten auch, daß er nicht mit leeren Händen kommt. Ein Mitbringsel muß sein, das gebietet die Höflichkeit.

Schließlich ist man selber ja auch großzügig bewirtet worden, durfte weder für den Ouzo zahlen, noch die Familie zum Mittagessen einladen.

In vielen Fällen erübrigt sich das Nachdenken über ein Gastgeschenk – die Familie hat dem Abreisenden bereits eine Liste mitgegeben. Da finden sich dann neben dem Wunsch nach echt deutschem Aspirin auch der nach einem Videorecorder. Selbst wer sich letzteres leisten könnte, sollte die Finger davon lassen. Bei elektrischen und elektronischen Geräten kennt der hellenische Zoll keine Gnade und kassiert kräftig.

Vieles von dem, was den Griechen freut, gibt es zwar auch in Athener Geschäften, dort aber zu oft unerschwinglichen Preisen. Markenware aus Germania macht den Hellenen glücklich – selbst wenn die entsprechende Firma eine Zweigstelle in Griechenland unterhält. Der Grieche hegt ein tief verwurzeltes Mißtrauen gegenüber den Produkten, die unter Lizenz in seinem eigenen Land hergestellt werden. Das betrifft vor allem Kosmetika. Frauen aller Altersgruppen schwören zum Beispiel auf die Creme der blauen Dose – aber nur, wenn die Aufschrift durchweg deutsch ist.

Auf den Dörfern ist Kleidung immer willkommen, aber bitte schön, nicht abgelegte. Dort herrscht auch noch das Nylon-Zeitalter, bunte Kopftücher, Windjacken und Hemden aus diesem Material sind sehr willkommen. Wo der Tourismus schon länger zu Hause ist, gehört Sportkleidung der deutschen Markenfirmen zu den beliebtesten Mitbringseln. T-Shirts und Turnschuhe auf denen – möglichst groß – der Name der Herstellerfirma steht.

Hat der griechische Freund gar ein Auto, so ist jedes Zubehör recht – selbst Scheibenwischer kosten in Griechenland ein kleines Vermögen.

Da nach Griechenland keine Bananen importiert werden und die mickrigen Exemplare aus Kreta nie weiter als bis nach Athen kommen, sind die Griechen wild auf diese Südfrucht. Vor allem auf den Inseln, wo es Kinder gibt, die nicht einmal wissen, wie eine Banane aussieht.

Nürnberger Lebkuchen sind begehrte Naschereien und manchmal auch Lakritze. Letztere gibt es in Hellas nicht, und die Meinung derer, die die schwarze Süßigkeit schon mal probiert haben, ist geteilt. Einige sind begeistert, andere halten sie für Gift.

Griechische Männer legen mit Freuden die Kumbolois, die kickenden Perlen aus der Hand, wenn man ihnen Zigarettentabak und Papierchen reicht. Loser Tabak ist in Griechenland nicht erhältlich.

Griechische Hausfrauen lieben alles, was das Heim schmückt. Es darf – für unseren Geschmack – auch ruhig ein bißchen kitschig sein: farbige Dosen, Puppen, Porzellan-Nippes. Über feine Wolle, Stick-, Strick- und Nähvorlagen zeigen sich die Frauen des Landes entzückt. Wenn sie allerdings fertige Handarbeiten wie Häkeldeckchen oder bestickte Bettüberwürfe mitbringen, dann können sie getrost gleich Eulen nach Athen tragen.

Übrigens, selbstverständlich wird ihr Geschenk mit einem Geschenk erwidert, und dann müssen sie sich wieder revanchieren, und dann kriegen sie wieder was. „See you next year!"

MARTINA KEMPFF

FESTUNGSGRABEN / Aus einem Dschungel wird ein internationales Begegnungszentrum

Würdige Fassung für ein Juwel der Stadt

Ein blaßblauer Abendhimmel wölbt sich über der Altstadt von Rhodos, deren Türme und Minaretts sich dunkel gegen Westen hin abheben. Ungläubiges Erstaunen beim Betreten des Festungsgrabens unweit des Acandia-Hafens. Dort, wo noch vor einigen Jahren ein undurchdringlicher Dschungel von Buschwerk und sumpfigem Untergrund jedes Fortkommen praktisch zur gewagten Expedition werden ließ, präsentiert sich jetzt gepflegter Boden in der gesamten Breite des Festungsgrabens und erlaubt dem Besucher ungehinderte Passage in der gesamten Länge von zwei Kilometern.

Als vor zwei Jahren die Stadtverwaltung von Rhodos unter ihrem dynamischen Bürgermeister Savas Karagiannis daranging, den Wildwuchs zu roden, den sumpfigen Morast trockenzulegen und ganze Berge von Müll, die sich in den letzten Jahrzehnten angesammelt hatten, abzutragen, wurde offenbar, daß mit der Freilegung des Festungsgrabens die intakte Altstadt von Rhodos, ein Juwel des Mittelalters, eine würdige Fassung erhalten hatte.

Beim Durchwandern dieser schluchtartigen Festungsmauern, mit Ausblicken auf die Zinnen des Großmeisterpalastes, auf Vorwälle, die sich einem Schiffsbug gleich spitzzulaufend nach einer Ecke plötzlich aufbäumen, wird dem Betrachter verständlich, daß diese Stadt in der südöstlichen Ägäis ein lebendes Denkmal bildet, das von den Kulturen und der Geschichte des Abendlandes ebenso wie der des Ostens geprägt wurde. Hier lebten, bauten, kämpften und starben Griechen und Perser, Johanniter aus allen Regionen Europas, Türken, Venezianer, arabische Seeräuber, italienische Kolonisten und – in jüngster Vergangenheit – auch deutsche Soldaten, welche die Insel bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges hielten.

Aus kriegerischen Begegnungen wurden friedliche, touristische. Daß es darüber hinaus auch zu völkerverbindenden Begegnungen kommen soll, ist das Anliegen des Ministeriums für Jugend und Athletik. Zusammen mit der Stadtverwaltung und dem Amt für byzantinische Altertümer des Dodekanes will es dem Festungsgraben nicht nur den alten Glanz wiederverleihen, sondern ihn in seiner gesamten Länge von zwei Kilometern zu einer Stätte der internationalen Begegnung im Rahmen von Konferenzen, kulturellen Veranstaltungen, Seminaren und sonstigen Darbietungen gestalten.

Der Hintergrund der Bastionen, Türme und Mauern schafft eine Atmosphäre, die derartige Intentionen begünstigen. Die zu nächtlicher Stunde von Scheinwerfern angestrahlten Mauern rufen mit ihren Lichteffekten im gezackten Winkelwerk des Festungsgrabens romantische und bizarre Kontraste zwischen Licht und Schatten hervor. Eine solche natürliche Kulisse für kulturelle Begegnungen ist in etwa vergleichbar mit dem Domplatz (bei der Jedermann-Aufführung) der Salzburger Festspiele. Ein Freilufttheater für 1500 Besucher wurde in der Nähe des Caretto- oder Italia-Turmes errichtet.

1983 fand bereits eine Ausstellung für darstellende Kunst statt, 1984 eine weitere für Volkskeramik. Das ungarische Ballett gab Vorstellungen im Freilufttheater. Eine Biennale der Bildhauerkunst wird alle zwei Jahre mit parallel laufenden künstlerischen Darbietungen zu einer ständigen Institution im griechischen Kulturleben. Ein internationaler Wettbewerb soll die besten Ideen zur zukünftigen Nutzung des Festungsgrabens prämieren. Für Ausstellungen im geschlossenen Raum wurde der Caretto-Turm, ein ehedem düsteres und feuchtes Gebäude voller Schutt und Abfälle, in einen gefälligen Saal umgewandelt. Auch der St. Georgsturm wird gegenwärtig restauriert, wobei Steinplatten, Türen und Fenster in mühsamer Arbeit im originalen Stil wiederhergestellt werden.

Der Caretto- oder Italia-Turm ist benannt nach Großmeister Fabrizio del Caretto, einem großartigen Festungsbauer und auch einem Helden der Johanniter. Fünfmal verwundet, wehrte er einen türkischen Durchbruch an der Hauptverteidigungsmauer ab und warf die Eindringlinge an der Spitze seiner Truppen wieder zurück.

ΓΑΛΛΙΑ FRANCE – ΚΑΣΤΙΛΛΗ CASTILLE – ΓΕΡΜΑΝΙΑ GERMANY – ΩΒΕΡΝΗ AUVERGNE – Η ΜΕΣΑΙΩΝΙΚΗ ΠΟΛΗ THE MEDIEVAL CITY – ΙΤΑΛΙΑ ITALY – ΑΓΓΛΙΑ ENGLAND – ΠΡΟΒΗΓΚΙΑ PROVENCE

ΟΙΚΟΣΗΜΑ Σ'ΑΥΤΑ ΤΑ ΤΕΙΧΗ – COATS-OF-ARMS ON THESE WALLS

Fluvian – de Lastic – de Milly – degl' Orsini – d'Aubusson – del Carretto

Am mächtigen Bolwerk des St. Johannes-Turmes vorbei führt der Festungsgraben unter einer steinernen Brücke hindurch zum englischen Sektor, wo nach der ersten Türkenbelagerung des Jahres 1480 eine gewaltige Bastion in Form einer langgestreckten Festungsrampe errichtet wurde. Zweck dieses Bauwerks war, dem erstmals eingesetzten, konzentrierten Artilleriebeschuß und seinen verheerenden Wirkungen während der Belagerungen von Konstantinopel (1453) und von Rhodos (1480), Paroli zu bieten. Dabei wurde der Festungsgraben verbreitert und eine Vormauer errichtet – einem Schiffsrumpf nicht unähnlich –, welche beim Artillerie-Bombardement die Hauptmauer abschirmte, während die auf diesem Vorwall postierten eigenen Kanonen den Feind auf der gegenüberliegenden Seite des Grabens in Schach halten sollten.

Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts wurden unter den Großmeistern Pierre d'Aubusson, Emery d'Amboise und Fabrizio del Caretto neben diesen Vorwällen zusätzliche Befestigungen vor allem an den Stadttoren errichtet, um diese neuralgischen Punkte des Festungssystems im aufkommenden Zeitalter der Artillerie erfolgversprechend zu verteidigen.

Das Beispiel einer uneinnehmbar scheinenden Befestigung bietet der St. Georgsturm an der Grenze zwischen dem deutschen Abschnitt und dem der Auvergne. Der von Großmeister Fluvian (1421–1437) erbaute hohe rechteckige Turm diente anfangs dem Schutz des Stadttores bei der St. Georgskirche. Nach den schweren Artillerieschäden während der ersten Türkenbelagerung (1480) ließ Großmeister Pierre d'Aubusson 1946 das Stadttor zumauern und den St. Georgsturm mit einem Bollwerk umschließen, das zu den mächtigsten des Festungswalls gehört.

Einer der bedeutendsten Festungsbauer dieser Zeit, Basilio dalla Scuola, baute 1521 die Bastion um den St. Georgsturm weiter aus, mit drei Meter dicken Mauern und zweistöckigen gewölbeförmigen Kasematten.

Vom St. Georgsturm aus ist es nicht mehr weit bis zum Ende des Festungsgrabens in der Nähe des Mandraki-Hafens. Oberhalb der Zinnen des Großmeisterpalastes funkeln die Sterne in der kühlen Winternacht. Quirliger Verkehr empfängt den Besucher bei der Rückkehr aus dem Mittelalter – die Gegenwart hat ihn wieder. Die Initiativen um den rhodischen Festungsgraben machen den Übergang leicht.

H. N.

AUF EINEN BLICK

Rhodos ist 1404 qkm groß und hat 63 000 Einwohner. Die Sprache ist Griechisch; Englisch, Deutsch und besonders von den Älteren Italienisch werden verstanden.

Das Klima gestattet von April bis Oktober Badefreuden unter wolkenlosem Himmel. Die schönsten Reisezeiten sind Frühjahr und Herbst. Mit den starken Bemühungen der Inselverwaltung, die Reisesaison auszudehnen, wird eine Verbesserung vor allem des kulturellen Angebots einhergehen. Es kann daher damit gerechnet werden, daß die Saison bis vor die Weihnachtsfeiertage, gedacht ist an den 23. Dezember, verlängert werden kann. Vom Wetter her wird es jedenfalls keine Probleme geben, da die Regenzeit im Januar beginnt. Die Mittagstemperatur beträgt im Februar 11,9 (16), im März 13,5 (16) Grad. Mit 259 Sonnentagen im Jahr gehört Rhodos zu den sonnigsten Gegenden des Mittelmeeres, die Werte sind nur wenig schlechter als die Zyperns. Von Oktober bis März kann es regnen.

Pauschalangebote bieten praktisch alle großen Reiseveranstalter. Griechenland-Spezialisten bieten auch einfache, dafür preiswertere Arrangements.

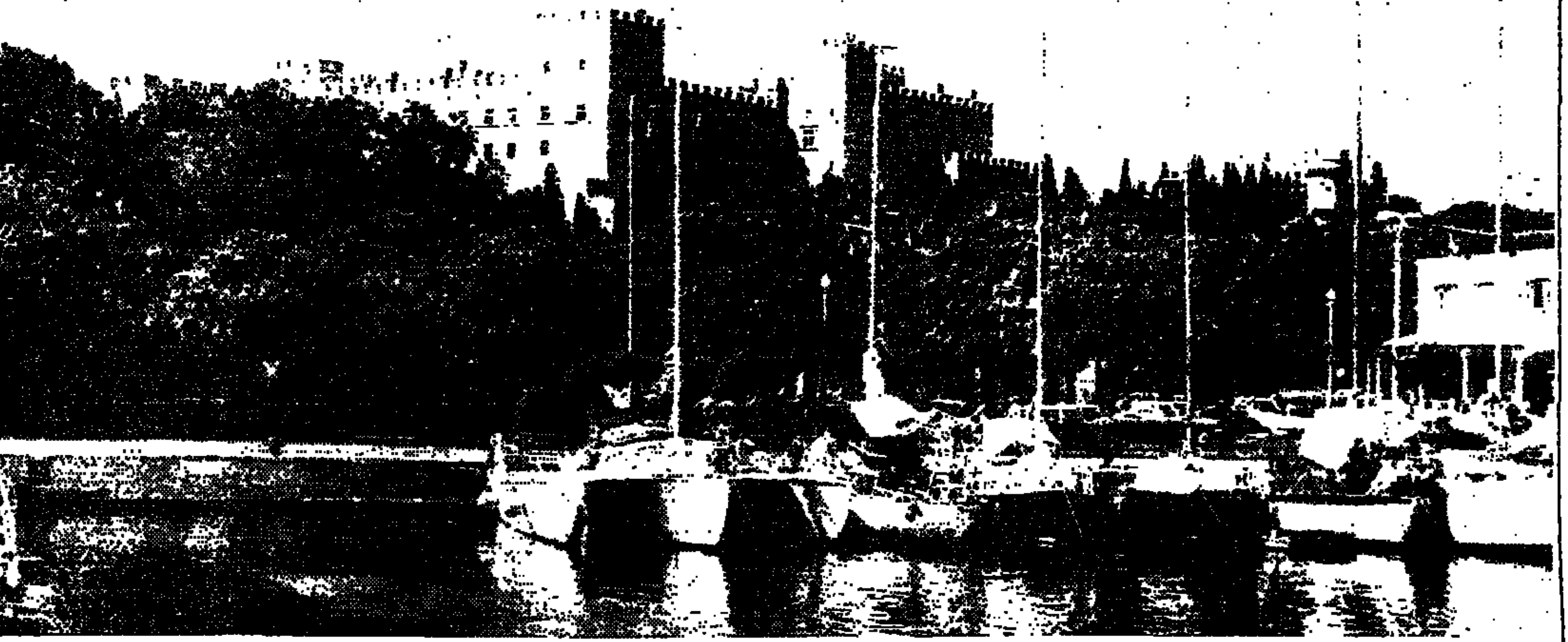
Literatur über Rhodos: Polyglott Band 806, Goldstadt Band 22, LN-Touristikführer Band 17, Touropa-Urlaubsberater Band 404, Merian Heft 11/67, Grieben Band 275, Griechische Inseln DuMont Verlag, Rhodos von Christos Karusos im Esperos-Verlag. Reiseführer Efstathiadis Griechenland und Gerd Höhler „Begegnung mit Griechenland" im Econ-Verlag.

Verbindungen zur Außenwelt hat Rhodos mit dem Flugzeug täglich über Athen, wöchentlich mit Frankfurt, Amsterdam, Brüssel, Wien und anderen. Per Schiff kann die Anreise von Brindisi, Ancona, Venedig, Genua, Neapel und Marseille erfolgen. Die innergriechischen Verbindungen sind gut, per Flugzeug oder Schiff.

Die Hotels der Insel sind zahlreich. Zu den besten der über 120 mit eigenem Schwimmbecken oder Privatstrand gehören Hotels Astir Palace, Athena, Mediterranean, Chevaliers Palace, Park, Belvedere, Blue Sky, Siravast. Außerhalb der Stadt Rhodos können neben anderen genannt werden: Apollo Beach, Falirakion; Doretta Beach, Tholos; Elafos – Elafina, Profitis Elias; Electra Palace, Paralia Trianda; Elisabeth (Apartments), Paralia Ialissu, Ixia in Trianda.

Festtage auf Rhodos sind neben anderen der 29./30. Juli Ag. Sula in Soroni mit Eselsrennen; der 28. Juni in Lindos; der 14. Juni in Filerimos (Profitis Ammos); der Ag. Panteleimon in Siana am 26. Juli; am 7. September beten die Frauen im Kloster Tsabikas um Nachwuchs; der Ag. Ioannes Theologos wird am 26. September in Artamiti verehrt, und Karneval feiert man in Apokries.

B. S. B.



Für Segler und Kreuzfahrer das schönste Ziel in Rhodos: der Mandraki-Hafen vor der Festung FOTO: DIE WELT

GESPRÄCH MIT DEM PRÄSIDENTEN DES RHODISCHEN HOTELVERBANDES, KASTELLORIZIOS

Vertrauen auf die Anziehungskraft der Roseninsel

Das abgelaufene Jahr 1984 war für den rhodischen Tourismus recht erfolgreich. Mit 708 000 Besuchern wurde das Vorjahresergebnis von 573 000 Einreisen um 23,6 Prozent übertroffen. Gegenüber der WELT erklärt der Vorsitzende des Hotelverbandes die Gründe.

Kastellorizios: Das Vorjahr war tatsächlich sehr erfolgreich für Rhodos, sowohl die Besucherzahlen als auch die Übernachtungen bedeuten Rekorde. Dieser Erfolg ist vor allem auf die sehr niedrigen Preise der rhodischen Hotels zurückzuführen. Seit Jahren verfolgen die Hoteliers eine Niedrigpreispolitik, um die geographische Distanz zwischen Rhodos und den mittel- und nordeuropäischen Besucherländern, die sich in höheren Flugkosten niederschlägt, auszugleichen.

WELT: Wie sehen Sie das Jahr 1985? Erwarten Sie eine erneute Steigerung des Besucheraufkommens?

Kastellorizios: Es ist noch etwas früh, um sichere Prognosen zu stellen, weil die Programme der Veranstalter für 1985 gerade erst jetzt, nämlich Mitte Januar, herausgekommen sind. Es gibt noch keine Verkäufe, und daher ist es schwierig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Saison einzuschätzen. Echte Prognosen können wir nach der ITB in Berlin stellen. Gewisse Anzeichen führen uns aber zur Annahme, daß die Reisesaison 1985 ebenfalls gut wird. Vor allem sind die Preiserhöhungen der rhodischen Hotels derartig gering . . .

WELT: Wie hoch denn?

Kastellorizios: 15 bis 20 Prozent, also geringer als der Wertzuwachs europäischer Währungen gegenüber der Drachme. Da ist aber noch ein anderer, nicht unwesentlicher Punkt: 1984 verzeichnete Spaniens Währung erstmals eine Stabilisierung, was dazu führte, daß aus Preisgründen ein gewisser Prozentsatz von traditionellen Spanienbesuchern 1984 nach Rhodos kam. Die gleiche Entwicklung erwarten wir auch im laufenden Jahr: Eine stabile spanische Währung bildet ein positives Element im griechischen Tourismus.

Einen anderen wesentlichen Bestandteil des rhodischen Tourismus bildet der traditionelle Stammgast, der immer wieder kommt. Es gibt Kunden, die ihren Urlaub auch in anderen griechischen Gegenden verbringen, auch in andere Länder reisen, aber letztlich nach Rhodos zurückkehren und dabei bestätigen, daß die Roseninsel doch die größte Anziehungskraft ausübt. Elemente wie ein mildes, beständiges Klima, das von April bis Jahresende anhält, echte und ursprüngliche Gastfreundschaft, klares Meer, Sauberkeit, funktionierende touristische Infrastruktur und die landschaftliche Vielfältigkeit und Schönheit der Insel, um nur einige Beispiele herauszugreifen – schwerlich findet der Besucher in anderen touristischen Zentren so viele Anreize und Attraktionen.

All diese Fakten bestärken unseren Optimismus für 1985, und wir glauben, daß die Steigerungsrate für Rhodos zwischen 10 und 15 Prozent liegen wird.

WELT: Der Begriff Rhodos hat tatsächlich für viele Besucher einen magischen Klang. Die Kokurrenz inner- und außerhalb Griechenlands ist aber groß. Was wird in Rhodos getan, um die führende Position zu halten?

Kastellorizios: Die touristische Tradition ist auf Rhodos höher als in den anderen Regionen des Landes. Wir haben gelernt, unsere Kunden individuell zu behandeln, den Deutschen anders als den Schweden und den Schweden wieder anders als den Engländer, während es anderswo diese Art von individuellem Service noch nicht gibt.

WELT: Gut, aber was wird getan, um das Angebot zu bereichern,um dem Besucher neue Anreize zu bieten?

Kastellorizios: Wir wissen um die Gefahr der Sättigung, trotz des überaus reichhaltigen Angebotes, das allein schon die historische Altstadt von Rhodos bietet. Unlängst wurde der mittelalterliche Festungsgraben in seiner gesamten Länge von zwei Kilometern mit seinen Wällen, Türmen und Bastionen restauriert. Diese archäologische Stätte mit einer Unzahl von Sehenswürdigkeiten ist erstmals der Öffentlichkeit und dem Tourismus zugänglich.

Weiter werden die Nachbarinseln Symi, Chalki, Karpathos und Kastellorizos zu touristischen Satelliten von Rhodos ausgebaut. Diese farbenfrohen Dodekanesinseln mit ihrer charakteristischen Architektur können während eines Tagesausfluges mit Tragflächenbooten besucht werden.

WELT: Gibt es Umschichtungen im rhodischen Tourismus?

Kastellorizios: Tatsächlich waren die Schweden vor Jahren die führende Besuchernation auf Rhodos. Deutsche Touristen belegten im vergangenen Jahr den zweiten Platz hinter den Engländern, doch ich glaube, daß 1985 die Deutschen an erster Stelle stehen werden.

WELT: Wie steht es mit dem geplanten Wintertourismus? Besteht überhaupt echtes Interesse an der Förderung und Verwirklichung von Wintertourismus auf Rhodos?

Kastellorizios: Die ausgezeichneten klimatischen Bedingungen, die auf Rhodos im Herbst und im Frühwinter herrschen, gestatten eine Ausdehnung der Touristensaison.

Dem Frühling entgegenfliegen

Wir fahren von Symi her auf Rhodos zu. Der kleine Dampfer schaukelt ganz schön in der Frühjahrsbrise. Die Insel Symi mit dem alten Kloster Panormitis liegt dicht vor der türkischen Küste, der malerische Hafen Ghialos mit Uhrturm und engen Straßen am Berghang war früher die Heimat von Schwammtauchern. Heute sind die jungen Griechen, die einst nur heiraten durften, wenn sie einen Schwamm aus dreißig Meter Tiefe herausholen konnten, ins Ausland oder auch nach Rhodos abgewandert. Viele Häuser stehen leer und verfallen.

Zunächst sehen wir von Rhodos nur die großen Hotel-Anlagen an der nordwestlichen Küste, dann umrunden wir die Nordspitze der „Rosen-Insel", und vor uns liegt der beherrschende Festungsblock der Kreuzritter mit Großmeister-Palast, Türmen und hohen Mauern. Sie schützen noch heute den Mandraki-Hafen mit seinen Yachten, bunten Booten und Ausflugsdampfern. Durch die Einfahrt mit den bronzenen Standbildern von Hirsch und Reh (Elaphos und Elaphina) fahren wir an den Mühlen vorbei zum Kai mit dem bunt belebten Hafen-Korso, mit Straßencafés und Geschäften.

Wer nach Rhodos fährt oder fliegt, kommt dem Frühling und Sommer entgegen. In den schön angelegten Parks und Gärten blühen Rosen fast den ganzen Winter hindurch, schmücken Palmen die Promenaden. Aber Vorsicht: Regenschirm und Pullover nicht vergessen. Wir haben auch noch Ende April bibbernde Gestalten im Bikini beobachtet, die kühn im Meer baden wollten und es dann doch unterließen. Trotz warmer Sonne, die aber wegen der häufigen Winde niemals tropisch-schwül oder feucht-heiß scheint, ist das Schwimmen im Mittelmeer erst ab Ende Mai/Juni erfreulich, wenn man keine Kaltwasser-Ratte ist.

Einkaufsbummel und Strandleben

Auf Rhodos hat man nie Langeweile. Ausflüge, Museen und Spaziergänge oder Einkaufsbummel sind wollkommene Abwechslungen zum sommerlichen Strandleben. Zwischen dem Hafen und der Berghöhe mit der antiken Akropolis teilt sich die Stadt: In den Mauern liegen die alten Ritter-Quartiere der Johanniter und die früheren Türken-Viertel mit zahlreichen Moscheen. Ein Stück Mittelalter lebt hier weiter. Außerhalb der fünf Kilometer langen Mauern und der breiten Gräben hat sich seit 1912, als Rhodos an die Italiener fiel, die erst 1943 abrückten, die Neustadt mit ihren Hotels, Restaurants, Tavernen und Geschäften entwickelt. Die italienische Erbschaft ist, wenn man sich den Baustil des Gouverneurspalastes am Hafen betrachtet, nicht zu leugnen. Die großen Hotels liegen meist außerhalb.

Es waren die Italiener, die in den zwanziger und dreißiger Jahren die Straßen mit den Quartieren der Johanniter-Ritter, ihre Hospitäler und Kapellen sowie ihre Festungsanlagen restaurierten. Der mächtige Klotz des Großmeister-Palastes, dessen strenger Eindruck gemildert wird durch Blumen und Bäume, wurde zum größten Teil sogar neu gebaut und diente den italienischen Königen und Mussolini als Residenz. Die Italiener haben viel Geld und guten Willen in den Aus- und Aufbau der Ritterstadt auf Rhodos gesteckt, weil sie sich als Nachfahren der Johanniter betrachteten, ihren imperialen Anspruch auf den griechischen Dodekanes begründen und zugleich demonstrieren wollten, daß die katholische Kirche im Herrschaftsgebiet der griechischen Orthodoxie und der Moslems einen historischen Stützpunkt hat.

Rhodos gehört zu Griechenland und hat wegen der Rückkehr 1947 noch besonders begünstigte Zollgesetze, aber der mittelalterliche Teil der Stadt Rhodos ist nicht griechisch. Das sagt kein Fremdenführer, das findet man selbst heraus, wenn man durch die Straßen der Ritter bummelt, die Herbergen der Italiener oder Franzosen und das Hospital (heute Archäologisches Museum) besucht (montags geschlossen).

Die letzten 180 Kreuzritter mußten im Dezember 1522 nach halbjähriger Belagerung durch die Türken abziehen, nachdem sie seit 1306 Rhodos zur stärksten Festung des christlichen Abendlandes ausgebaut hatten. Bis 1912 war dann das verfallene Rhodos ein Teil des osmanischen Reiches.

Wir streifen gern durch die alte Stadt hinter den stillen Mauern und Bastionen, denn immer wieder stößt man auf malerische Ecken und blumenüberrankte Höfe oder verlassene Moscheen hinter hohen Bäumen. Seit der Türken-Zeit gibt es viele leere Plätze, die Griechen bauen heute lieber in der Neustadt mit ihrem manchmal überbordenden Tourismus-Verkehr. Die Festung Rhodos hat auch deshalb Geschichte gemacht, weil sie von den Johannitern unter dem berühmten Großmeister Pierre d'Aubusson (1476–1503) gegen die neu eingeführten Geschütze der Türken umgerüstet werden mußte, durch Vorwerke und Bastionen, Erdwälle und breite Gräben. Aber wie gesagt, es half nichts, da den Rittern Munition und Verpflegung ausgingen.

Neben Lindos Kamiros und Ialysos

Neben der Stadt Rhodos und dem Ausflugs-Muß Lindos mit seiner hoch aufragenden Akropolis sollte man die wieder ausgegrabenen Stätten und Städte Kamiros und Ialysos besuchen. Bus-Touren sind leicht zu vereinbaren und dauern, wie für das dichtbewaldete und wasserreiche „Tal der Schmetterlinge", nur einen halben Tag. Für Lindos sollte man allein einen ganzen Tag ansetzen. In der Neustadt werden Motorräder und knatternde Mopeds vermietet, ebenso natürlich auch Leihwagen, so daß man sich „selbständig" machen kann.

Eine Fahrt über Land lohnt sich immer, auch wenn man nur staubige Pisten oder Schotterwege zu abgelegenen Dörfern und Rastplätzen benutzen kann. Denn das eigentliche Rhodos beginnt hinter Lindos und reicht bis zum einsamen Kap Prassonissi. Dann entdeckt man nicht nur herrliche Badeplätze, wo wegen der Felsen allerdings Vorsicht geboten ist, sondern auch verlassene Felder und verwahrloste Oliven-Haine. Die Jungen sind alle in Rhodos und arbeiten in Hotels oder Reisebüros.

Das Rhodos ohne Tourismus ist eine Insel der freundlichen alten Leute. Auch die jungen Mädchen ziehen weg, auf wen sollen sie warten? Rhodos lebt vom Geschäft mit dem Urlaub der Deutschen, Engländer und Skandinavier. Doch darüber sollte man die andere Seite der Medaille, das ganze Rhodos, nicht vergessen.

MARIANNE KÜHNE



Im Falle eines Falles nicht aufgeben, den nächsten fragen

Erhalten Sie im Hafen Piräus die Information, daß an diesem Tag kein Schiff zu Ihrer Insel fährt, suchen Sie die benachbarte Agentur auf. Alle Büros haben nur Verträge mit bestimmten Schiffahrtslinien und sind über die Abfahrtzeiten anderer Dampfer nicht informiert. Oder fragen Sie einfach die Hafenpolizei.

In diesem Jahr werden auf mehreren kleinen Inseln Flughäfen eröffnet. Es ist sinnvoll, Plätze bereits in Deutschland bei Olympic Airways zu buchen, da die kleinen Maschinen im Sommer restlos ausverkauft sind.

Verzichten Sie, wenn möglich, auf den Rucksack. Schlechte Erfahrungen haben die Bewohner mißtrauisch gemacht.

Nacktbaden ist nicht mehr grundsätzlich in Griechenland verboten, allerdings nur an den im vorigen Jahr neu eingerichteten Nacktbadestränden erlaubt. Dafür wird „wildes Nacktbaden" strenger geahndet.

Wo es offizielle Campingplätze gibt, wird auch „wildes Campen" von der Polizei verfolgt.

Lassen Sie das Auto in Athen. Der Transport zu den Inseln ist unverhältnismäßig teuer, und auf den Fähren werden Sie zur Urlaubszeit oft keinen Platz finden.

Nehmen Sie ein Taxi vom Flughafen nach Piräus, bestehen Sie darauf, daß der Taxifahrer die Uhr einschaltet. Tausend Drachmen für die Tour sind in jedem Fall überbezahlt. Sehr viele Taxifahrer sprechen Deutsch.

Stereos, Radios, Videos und Elektronika aller Art interessieren den griechischen Zoll bei der Einreise am meisten. Damit Sie sich Unannehmlichkeiten ersparen, sollten Sie diese Geräte in ihren Paß eintragen lassen.

Kartenspielen ist in griechischen Bars verboten. Tavli, das griechische Backgammon, erlaubt.

Wasser ist kostbar auf den meisten Inseln. Es wird aus dem Meer gewonnen oder vom Festland herbeigeschifft. Was im Frühsommer verbraucht wird, fehlt am Ende der Saison, da es bis September nie regnet. Denken Sie daran, wenn Sie duschen.

Tragen Sie immer eine Taschenlampe bei sich, da nachts viele Wege nicht beleuchtet sind und außerdem das elektrische System regelmäßig zusammenbricht.

Wenn Sie sich selbst verpflegen, versuchen Sie, die überteuerte Importware zu meiden. Wollen Sie Fleisch grillen, nehmen Sie am besten ein Bild des entsprechendes Tieres zum Fleischer mit und zeigen Sie ihm, was Sie wollen. Fleisch ist Fleisch auf den Dörfern, Zunge kostet soviel wie Schwanz, und die Fleischer, oft ehemalige Fischer, haben wenig Ahnung vom Zerschneiden. Abgehangenes Filet gibt es nicht. Leber nur am Tag der Schlachtung, und dann ist sie unvergleichlich gut.

Nehmen Sie Eurocheques mit. Der Kurs ist günstiger. Da die Drachme von Tag zu Tag ihren Kurs ändert, empfiehlt es sich, täglich bei der Bank vorbeizuschauen.

Wollen Sie ein Auto, ein Moped oder ein Fahrrad mieten, prüfen Sie unbedingt den Zustand der Bremsen. Es gibt keinen TÜV in Griechenland.

Die Restaurants sind gesetzlich angehalten, jeweils zwei Preise zu verzeichnen, einmal mit, einmal ohne Mehrwertsteuer. Sie müssen natürlich den höheren Preis bezahlen. Trinkgeld ist üblich.

Trinken Sie einheimische Spirituosen, wenn Sie Geld sparen wollen. Botrys ist zum Beispiel ein Weinbrand, der es mit guten Cognacs aufnehmen kann und nur ein Bruchteil davon kostet.

Eine Schachtel griechischer Zigaretten kostet umgerechnet selten mehr als eine Mark. Ausländische Tabakwaren kosten oft mehr als das Doppelte. Loser Tabak für Zigaretten ist nicht erhältlich und wird von griechischen Männern immer als ein besonders schönes Mitbringsel erachtet.

Beschweren Sie sich nicht über lauwarmes oder kaltes Essen. Die Griechen kennen keine heißen Speisen.

M. K.

Wilhelms Achilleion auf Korfu

Wer ist denn das?" fragt der Junge an der Hand des Vaters. Beide tragen Turnschuhe und kurze Hosen. Der Vater studiert die Unterschrift des Bildes von einem schnauzbärtigen Mann und sagt: „Das war einmal ein deutscher Kaiser." Die deutschen Touristen durchwandern die einstmals herrschaftliche Villa „Achilleion" auf Korfu, die bis 1914 Kaiser Wilhelm II. gehörte. Dort verbrachte er im März 1914 die letzten Frühjahrsferien vor dem Kriegsausbruch.

Von der damaligen tagelangen Reise nach Korfu existiert noch der genaue Fahrplan und das Protokoll. Von Berlin fuhr der Kaiser mit der Bahn über Dresden nach Triest, dort ging er an Bord der Yacht „Hohenzollern". Ein Modell des Schiffes und auch die Standorte des Kaisers sind im „Achilleion" ausgestellt.

Wilhelm II. hatte die Villa 1908 von den Österreichern erworben, nahe beim Dorf Gastouri. Die österreichische Kaiserin, die berühmte „Sissi", hatte 1890 Villa und Park nach eigenen Vorstellungen gestalten lassen, eine Mischung von althellenischem Palast, Parthenon und Wiener-Ring-Palais. Der Besucher stolpert daher über Plüsch, Gipsbüsten und klassische Statuen.

Von der schwermütigen Stimmung der Kaiserin, die kurz vor dem Bau ihren einzigen Sohn Rudolph durch Selbstmord in Mayerling verloren hatte, geben Gedichte von ihr Ausdruck, die in einer Vitrine gezeigt werden.

MARIANNE KÜHNE

DAEDALA / Anregungen aus der direkten Begegnung mit der Natur

Yori Voulgaris und die Kraft des Vollmondes

Er schuf das Labyrinth des Minotaurus und schwang sich als erster Mensch in die Lüfte. Er war Architekt, Bildhauer, Handwerker und Goldschmied – der Beste von allen; soll ihn doch die Göttin Athene selbst in den Künsten der Künste unterwiesen haben. Selbst im 20. Jahrhundert sollten wir Daedalos noch als Genie feiern.

Ein Kunstwerk von technischer Perfektion und unübertroffener Schönheit heißt bei Homer ein „Daedalum", und die Pluralform, Daedala, steht heute noch für Objekte von so herausragender Qualität, als habe der Meister persönlich sie geschaffen.

Da kann man es wohl vermessen finden, wenn ein griechischer Juwelier die Kollektion seiner eigenen Werkstatt „Daedala" tauft. Doch die „Daedala" des Yori Voulgaris, eines der Top-Juweliere des heutigen Hellas, wurzeln in der griechischen Antike – so modern sie auch heute aussehen.

Voulgaris residiert auf der Insel Mykonos, dem Künstlerzentrum Griechenlands. Wie so viele der dort ansässigen Künstler glaubt auch er, seine Inspirationen der Magie der benachbarten Insel Delos zu verdanken.

Bei Vollmond geht er nahe dieser Insel schwimmen, an einer geheimnisvollen Stelle, „wo sich die Energie konzentriert". Ob es nun die Geister der Vergangenheit sind, wer mag das schon sagen, aber jedes Mal entsteigt er mit einem neuen Design im Kopf den Fluten. Die Motive sind zahlreichen Vorbildern von der Bronzezeit bis zur Archaischen Periode nachempfunden.



Yori Voulgaris wählt für seine Schmuckstücke, wie bei diesem Armband, Symbole der Antike FOTO: DIE WELT

Voulgaris, der früher als Archäologe selbst in Delos gegraben hat, wählt mit Vorliebe Themen, bei denen die Natur Pate steht. Er findet die Symbole auf Fresken, Vasen, Skulpturen und Krügen. Nun fertigt er keine Replikate an, sondern variiert das klassische Motiv, stilisiert es und folgt dabei einer strengen Geometrie.

Was ursprünglich als heiliges Symbol oder als Glücksbringer galt, verarbeitet er heute in 18karätigem Gold zu Schmuck. Wer um die Symbolik der Formen weiß, meint Voulgaris, mag beim Tragen seiner „Daedala" wohl ein wenig von ihrer Zauberkraft spüren.

So steht das Zeichen der Bienenkönigin für Weissagung und Ewigkeit, das des Stieres für Stärke und Willenskraft. Der mykenische Schild der trojanischen Könige ist ein Talisman, der den Schutz der Götter garantiert. Gegen alles Übel hilft der heilige Knoten der minoischen Könige, und deren Doppelaxt sichert Ausgeglichenheit, Selbstkontrolle und Macht. Das Gleichgewicht zwischen Körper und Seele erhält das Symbol einer altertümlichen Pflanze, der Akanthus; die Lilie verheißt Fruchtbarkeit, und das Efeu des Dionysos spendet Lebensfreude.

Wer mit Voulgaris Vollmondzauber auf sich wirken läßt, bezieht natürlich auch die Elemente in seine Kreationen ein: Sonne, Mond, Wind und Wellen, letztere als Symbol der ewigen Wiederholung, gehören zu den „Daedala", von denen Voulgaris behauptet, daß „sie den Bogen zwischen der Antike und der Moderne spannen".

M. K.

Reisen nach Griechenland
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

